

Juri Luschkow

Neuanfang der Geschichte

Die Menschheit im 21. Jahrhundert
und
Russlands Zukunft



Juri Luschkow

NEUANFANG DER GESCHICHTE

Die Menschheit
im 21. Jahrhundert
und Russlands Zukunft



**OLMA-
PRESS**

Moskau



SIGLOCH
Edition

Kuenzelsau

2003

Originaltitel: Лужков Ю. М. Возобновление истории:
Человечество в XXI веке и будущее России. 2002

Juri Luschkow

Neuanfang der Geschichte: Die Menschheit im 21. Jahrhundert und
Russlands Zukunft / Übersetzung aus dem Russischen von
Ju. Nowikow, N. Klimow, B. Wik. Moskau: OLMA-PRESS; SIGLOCH,
2003. — 238 Seiten.

ISBN 5-224-04349-2

Im vorliegenden Buch werden die relevantesten Probleme der Weltzivilisation,
deren Fortbestand im 21. Jahrhundert ernsthaften Herausforderungen ausgesetzt ist,
insbesondere die Richtungen und Restriktionen der heutigen Weltentwicklung, Inhalt
und Folgen der Globalisierung sowie die Aussichten für die Evolution des Staats-
wesens und der Demokratie unter die Lupe genommen.

Juri Luschkow schildert seine Sicht des heutigen und künftigen Russlands so-
wie dessen Erneuerungschancen, er formuliert Zielstellungen beim Staatsaufbau und
zeichnet Ansätze der außenpolitischen Ideologie für sein Land.

All rights reserved

© Ю. М. Лужков, 2002

© Deutsche Ausgabe, OLMA-PRESS,
2003

© Gestaltung AO „Moskowskije
utschebniki i Kartolitografija“, 2002

ISBN 5-224-04349-2 (OLMA-PRESS)

ISBN 3-89393-276-3 (SIGLOCH)

Bei der Erarbeitung des vorliegenden Buches haben mitgewirkt: D. B. Badowski, A. A. Ignatenko, W. A. Korezki, N. A. Kossolapow, N. N. Latypow, A. W. Malgin, A. P. Nasaretjan, K. B. Norkin, A. L. Tschetschewitschnikow und A. Ju. Scheluchin.

Eingang gefunden haben auch die Anregungen aus den Werken von K. Annan, G. A. Arbatow, A. D. Bogaturow, M. W. Iljin, W. L. Inosemzew, M. Kastels, A. I. Nekiessa, A. S. Panarin, A. W. Torkunow, E. Toffler, F. Fukujama und S. Hantington.

Das Nachdenken über die Anhandlungen von I. Bentham, M. Weber, T. Hobbes, H. Grotius, I. A. Iljin, I. Kant, S. Lem, J. Locke, K. Lesch, K. W. Markarjan, A. W. Nasartschuk, W. I. Pantin, C. Polanyi, A. P. Potijoomkin, Erasmus von Rotterdam, J.-J. Rousseau, J. Soros, N. Chomsky, E. Hoffer, A. Schweitzer und K. Jaspers hat mir geholfen, ein eigenes Bild über manche Probleme zu bilden, die in diesem Buch behandelt werden.

Von unschätzbarem Wert für die Arbeit an dem Buch waren meine Begegnungen und Diskussionen mit W. W. Putin, Je. M. Primakow und M. G. Sturua.

Die Bemühungen von F. Mayor, früherer UNESCO-Generalsekretär und jetzt Leiter der Weltkultur-Stiftung, der bei einer Konferenz in Moskau das Konzept und das Programm der Weltkultur vorgelegt hat, haben mich zu diesem Unterfangen inspiriert. Das F. Mayor-Projekt hat es ermöglicht, weltweit Gleichgesinnte in der Auffassung der künftigen Entwicklungswege der Menschheit zu ermitteln sowie deren Bestrebungen auf der weltkulturorientierten Entwicklungsphilosophie zu konsolidieren.

Die Schöpfung ist nicht das
Werk von einem Augenblicke ...
sie ist die ganze Folge der Ewig-
keit hindurch wirksam.

Immanuel Kant

Gegenwart als neue Zeitachse der Geschichte

Unsere jungen Zeitgenossen, die ihr selbständiges Leben an der Jahrtausendwende begonnen haben, meinen oft, das 21. Jahrhundert hätte mit derselben zahlenmäßigen Unabwendbarkeit das 20. Jahrhundert ablösen sollen, wie das 20. Jahrhundert auf das 19. und vorher das 19. auf das 18. gefolgt war. Menschen in meinem Alter können sich hingegen daran erinnern, dass etwa vor vierzig Jahren der Eintritt des 21. Jahrhunderts gar nicht so hundertprozentig unumgänglich zu sein schien. Zu Beginn der 60-er Jahre zweifelten manche daran, dass die Politiker fähig sind, eine Nuklearkatastrophe abzuwenden. Die Forscher rechneten aus, wie viele Male die Menschheit wohl vernichtet werden könnte, wenn man all die angehäuften Sprengköpfe zur Detonation bringen würde, sowie welche Folgen für die Gesundheit, das Leben und die Reproduktionsfähigkeit der Menschen die anhaltenden Kernwaffen-Versuche in der Atmosphäre haben würden. Die Menschheit erwies sich jedoch als vernünftig genug, das Überleben der Zivilisation zu sichern.

Der Eintritt des 21. Jahrhunderts ist ein historisches Verdienst der Generation unserer Väter und Mütter. Dies zu vergessen und zu glauben, die Ereignisse hätten sich nach dem einzig möglichen Szenario entwickelt, wäre unsererseits ein Zeichen der Undankbarkeit und der Unbedachtsamkeit. Der Unbedachtsamkeit deshalb, weil diesem Irr-

tum ein weiterer folgen würde, der sich als fataler Fehler erweisen könnte. Und zwar: wir meinen, auch das 21. Jahrhundert würde ebenso automatisch dem 22. Jahrhundert weichen. Indessen lässt das angebrochene Jahrhundert keinen Spielraum für eine solche Sorglosigkeit.

Die Geschehnisse des 11. September 2001 in der USA werden oft als ein Wendepunkt bezeichnet. Für manche war dieser Wendepunkt bereits früher eingetreten. Bei sehr vielen jedoch — sei es in Russland oder in anderen zivilisierten Ländern — ist der Groschen bis heute nicht gefallen. Der „schwarze Oktober“ 2002 in Moskau und die Folgeereignisse haben dies schonungslos unter Beweis gestellt.

Das neue Jahrhundert fordert hart und gnadenlos seine Rechte ein, indem es die Weltzivilisation vor neue ethische, ökonomische, technologische, ökologische, demographische und kulturelle Herausforderungen stellt. Das Erscheinen des Terrorismus auf der Vorbühne der Weltgeschichte ist lediglich das symbolträchtige Zusammentreffen dieser Herausforderungen mit einer völlig neuen Qualität der Weltentwicklung.

Der 11. September in den USA sowie der 23.–26. Oktober in Russland — an diese schrecklichen Daten werden wir stets zurückdenken — und das nicht nur als an den Beginn einer neuen Epoche, eines neuen Jahrhunderts der Menschheitsgeschichte, sondern auch als an das Ende und die Selbsterschöpfung jener Welt, die vorher da gewesen war.

Wir werden nie mehr dieselben sein wie vorher. Denn *die Geschichte hat neu angefangen*. Jedenfalls für den Großteil der Menschheit, die oft als zivilisiert bezeichnet wird; der Countdown hat vom Neuen begonnen. Die Geschichte hat mit ihrem Neuanfang jene Illusion über einen erfolgreichen Evolutionsabschluss der Weltzivilisation zerstört, die Ende der 80-er Jahre — nach der Niederlage des kommunistischen Systems — entstanden war.

Damals hat das gestörte Kräftegleichgewicht zwischen den beiden Weltsystemen, die beinahe ein ganzes Jahrhun-

dert hindurch maßgeblich die Entwicklung prägten, die Euphorie eines gewaltlosen Sieges aufkommen lassen. Deren Folge war die kaum kontrollierbare Selbstgenügsamkeit der westlichen Welt, die Missachtung von internationalen Instituten, Normen und Restriktionen, die zudem weitgehend aus der bipolaren Welt hervorgegangen waren und somit unter den neuen Verhältnissen überflüssig zu sein schienen.

Die verkündete Doktrin vom „Ende der Geschichte“ sollte weis machen, dass die westliche Welt, deren Wertvorstellungen, die Marktwirtschaft sowie das auf deren Grundlage aufgebaute politische Weltsystem die Spitzenleistung der Zivilisation sei. Alle übrigen Staaten und Systeme würden so oder so — früher oder später — im Rahmen des Globalisierungsprozesses in diese Logik der „Aufholjagd“ bezüglich des Westens einbezogen werden und dessen Entwicklung nachvollziehen. Dabei würden dieser Logik zufolge jene Kulturen und Zivilisationen, die aus eigenem Willen oder durch die ablehnende Haltung des Westens abseits des Globalisierungsprozesses bleiben, degradieren und im Zuge der „historischen Selektion“ umkommen.

Die Zukunft der Menschheit verwandelte sich somit aus einer dramatischen Suche und Auseinandersetzung zwischen diversen Entwicklungsmodellen in einen rein mechanischen Prozess des Zermahlens von Ländern, Völkern und Kulturen, wobei bei weitem nicht alle die „gähnenden Höhen“ der Konsumzivilisation der modernen westlichen Gesellschaft erreichen und erleben würden. Die westliche Welt hatte sich zu jener Zeit die Rolle des Demiurgen angemessen, der nicht nur die Welt erschafft, sondern schon jetzt ihre Zukunft verkörpert.

Ein derartiger Status und ein solches Wertverständnis der Entwicklung des Westens berechtigte dazu, die übrige Welt „nicht in Betracht zu ziehen“, und brachte zugleich grundsätzlich neue Ansätze beim Aufbau der internationalen Be-

ziehungen, einen „globalen Egoismus“ — das Recht sich bei jeder Situation an jedem Ort der Welt aus „humanitären“ Gründen und Wertvorstellungen des Fortschritts einzumischen.

Jedoch erwies sich der Versuch, die Geschichte „abzuschließen“, als bloße Illusion. Die Geschichte begann von Neuem. Allerdings wissen wir nicht, wohin und wie, auf welchen Wegen und zu welchen Horizonten sie nunmehr streben wird. Die neue Welt wird viel unkalkulierbarer und zufälliger in ihrer Entwicklung sein, weil darin neue, zuvor unbekannte sowie nichtsteuerbare Kräfte und Strömungen auftauchen.

Die Zukunft der Welt ist wieder zu einer Frage geworden. Lief diese Frage nach der Zukunft der menschlichen Zivilisation früher, sagen wir im 20. Jahrhundert, darauf hinaus, wie diese Zukunft aussehen würde und wessen Zukunftsprojekt besser sei, so geht es heutzutage bei dieser Frage darum, ob diese Zukunft für die Weltzivilisation und den Planeten Erde überhaupt eintreffen wird.

Der heutige Zustand der Weltzivilisation ähnelt am stärksten jenem Abschnitt der Weltgeschichte, der in die Mitte des ersten Jahrtausends v. Chr. fiel und als „Achszeit der Weltgeschichte“ bezeichnet wurde. Gerade zu jener Zeit bildeten sich die wichtigsten Grundlagen der heutigen Zivilisationen, von Morgenland und Abendland, von Philosophie und Kultur heraus. Gerade damals formierten sich die ersten Voraussetzungen für die Entstehung der Weltreligionen, es entstand die eigentliche Logik der geschichtlichen Entwicklung. Dabei geschah das als eine Art der Reaktion auf die herannahende Katastrophe. Die Menschheit sah sich damals wohl zum ersten Male an der Schwelle zur Selbstvernichtung: Das extensive Wachstum und die „technologischen“ Möglichkeiten, einander auszurotten, bargen eine Gefahr des Untergangs jener Welt in sich, die ihre eigene Identität, ihre Probleme und Ziele nicht zu erkennen vermochte.

Nur die vollzogene „Bewusstseinsrevolution“ hat den heutigen Menschen geprägt. Dieser Durchbruch hat der Zivilisation geholfen, jene globale Krise zu überwinden, die zu einem vorzeitigen „Abschluss“ der Geschichte hätte führen können.

Heute weist unsere Zivilisation eine erschreckende Ähnlichkeit mit jenem Bild aus der Vergangenheit auf. Wir stehen an der Schwelle einer „neuen Achsenzeit“, einer neuen großen „Bewusstseinsrevolution“, ohne die die moderne Weltzivilisation nicht imstande sein wird, die Herausforderungen für ihre Existenz zu erwidern, die offensichtliche Beschränktheit der extensiven Wachstumschancen sowie die Unfähigkeit zu überwinden, im Rahmen des bestehenden Systems und der bisherigen Entwicklungstrends das Bündel an sozialökonomischen, demographischen, ökologischen und politischen Problemen zu bewältigen.

Die Welt steht vor dem Übergang zu einer neuen Qualitätsstufe in ihrer Entwicklung. Die derzeitigen Spannungen im Lauf der Geschichte haben eben mit diesem qualitativen Wandel zu tun. Die Welt verändert sich, und dieser Veränderung kann man unmöglich ausweichen. Die größte Herausforderung besteht für uns darin, dass sich diese Veränderung — egal ob mit oder bereits ohne die Menschheit — vollziehen wird. Heute wissen wir nicht genau, wie sich der Mensch und die Menschheit verändern werden. Sie werden aber nur dann überleben, wenn sie sich wandeln können. Dieser auf den ersten Blick einfache und banale Gedanke ist ein Imperativ für die Zivilisationsentwicklung.

Die Menschheit soll lernen, nicht nur und nicht so sehr den Zustand der Gesellschaft, sondern in erster Linie und vor allen Dingen deren Entwicklungstrends zu steuern. Die Welt muss sich zu völlig neuen Grundlagen und Prinzipien des sozialen Engineering und des zivilisatorischen Aufbaus durchringen.

In der zerbrechlichen Welt von heute kommt nur ein „Management aus der Zukunft“ als erhaltendes Management in Frage. Die Zukunft ist nicht etwa durch einen Eisernen Vorhang von unserer Gegenwart getrennt. Ein Zukunftsbild — egal auf welche Weise es gewonnen wird — fügt sich in das System der sozialen Kommunikation und beeinflusst unterschwellig das Verhalten der Menschen. Die von Psychologen und Ärzten mehrfach beschriebene „Selbstaussführung der Prophezeiungen“ fesselt die Phantasie: Die Menschen wirken unbewusst auf den Ereignisgang ein, um das vorausgesagte Resultat (selbst wenn dieses für sie alles andere als ungünstig ist) näher rücken zu lassen; somit können Menschen ohne sichtbaren Grund untergehen oder im Gegenteil überleben, je nachdem, welche Zukunftsaussichten ihnen eingeflößt worden waren.

Ausgerechnet deswegen steht die ganze Welt vor dem Zwang, sich festzulegen und die entscheidende Wahl zu treffen. Dabei gilt es, diese Wahl rationell zu treffen, im klaren Bewusstsein dessen, was da vorgeht, und der ganzen Dimension jener Probleme, mit denen sie konfrontiert ist, sowie dessen, welche Gefahren die Weiterentwicklung der Situation für die Welt mit sich bringt. Wir müssen unsere Entwicklungsstrategie bewusst formulieren und auswählen. Diese Strategie soll eine Antwort auf jene Fragen der Geschichte sein, denen wir uns heute stellen müssen und die den Untergang der Alten Welt bezeugen.

UNTERGANG DER ALTEN WELT

**Kritik
der Gegenwart**

Die Welt sieht sich mit einer Herausforderung von grundsätzlich neuer Dimension und inhaltlicher Substanz konfrontiert. Es handelt sich hierbei um eine in ihren Erscheinungsformen globale Krise der Weltzivilisation samt deren institutionellen und kulturellen Grundlagen.

Dies ist eine Sackgasse der Alten Welt. Zudem besteht das allergrößte Problem darin, dass die Menschheit in diese Sackgasse gekommen ist, indem sie all jene Tendenzen und Entwicklungsprinzipien, die Sinn und Inhalt der Menschheitsgeschichte der Neuzeit geprägt haben, konsequent bis zum logischen Abschluss geführt hat. Der Gedanke des Fortschritts und jener Typ der Wirtschaftsführung, der die Menschheitsentwicklung in den letzten Jahrzehnten ihr Gepräge gegeben hat und den wir als Kapitalismus bezeichnen, das nationalstaatliche System der Weltorganisation, der Demokratie-Gedanke, der wissenschaftlich-technische Fortschritt sowie die sich dahinter verbergende Evolution der sittlichen und ideologischen Organisation der Menschheit — das sind jene dominanten Merkmale in der Geschichte der Neuen Welt, die heute die Zivilisation auf eine bizarre Weise an den Rand des Abgrunds geführt haben.

Soweit die jetzigen Prinzipien der Abwicklung wirtschaftlicher und politischer Aktivitäten und des Aufbaus der Weltwirtschaft, die Wirkungsprinzipien der Gesellschaft und

deren Institute, die derzeitige Struktur, die Funktionen und Prinzipien der Tätigkeit von internationalen Institutionen und übernationalen Machtgremien beibehalten werden, verwandelt sich die Endlichkeit der heute existierenden menschlichen Zivilisation unerbittlich in eine eintreffende und mit jedem Tag immer realer werdende Prognose. Die Forderung nach einer „Neuen Zeit“ und nach einem Neuanfang der Geschichte verwandelt sich hingegen aus einem rein akademischen Gedanken in das notwendig werdende reale Tätigwerden „hier und heute“, in eine Kernaufgabe des neuen Jahrhunderts, das so ungestüm und bedrohlich Einzug gehalten hat.

Die vordringlichste Aufgabe lautet heute: „Korrigierung der Namen“. Man muss sich dessen bewusst sein, dass hinter schönen Worten und einer Vielzahl von plausiblen Konzeptionen über die Entwicklung der menschlichen Zivilisation das Chaos des realen Verständnisses und des Bewusstwerdens dessen steckt, wo wir angelangt sind und was mit uns geschieht. Die Welt stürzt dann zusammen, wenn die Ursachen mit den Folgen, das Schwarze mit dem Weißen, die echten Werte mit nichtiger Hast verwechselt werden.

1. DIE SACKGASSEN IN DER ENTWICKLUNG DER MODERNEN WELT

1.1. Eine Krise des Fortschrittsgedanken

Der Vorstellung der modernen zivilisierten Welt über die eigene Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft liegt letztendlich der große Gedanke des Fortschritts, des Wachstums, der Entwicklung vom Schlechteren zum Besseren zugrunde.

Dies ist tatsächlich ein großer Gedanke, weil er hinsichtlich seiner Auswirkung auf die Welt von heute kaum mit etwas sonst zu vergleichen ist. Darin äußert sich der Triumph der Vorstellungen über eine bessere Zukunft, über die unbeschränkten Potenzen des Menschen und der menschlichen Zivilisation. Zu einem gewissen Zeitpunkt avancierte der Fortschritt zum „wichtigsten Gesetz der Geschichte“, wurde deren Sinn und Rechtfertigung.

Der Gedanke des Fortschritts kam aus den Zeiten der Aufklärung. Damals schien es, das menschliche Geschlecht bewege sich auf einem geraden historischen Weg, vom Einfachen zum Komplizierteren, von der Unwissenheit zum Wissen, von der moralischen Blindheit zu den Höhen der Moral. Kein Wunder, dass jegliche „Vorwärts und Höher“-Bewegung nunmehr als Fortschritt aufgefasst wurde. Zudem passte der Gedanke des Fortschritts ideal zu den Vorstellungen über einen linearen Charakter der Geschichte als einer „von ... bis“-Route, die zudem obligat vom Niede-

ren zum Höheren, vom Schlechteren zum Besseren, vom Primitiven zum Vollkommeneren führe.

Das Schema war verlockend und fasziniert auch heute noch durch seine Einfachheit und Klarheit. Falls die Bewegung stets in eine — vermutlich bessere — Richtung erfolgt, soll all das, was der Menschheit und den Völkern früher widerfahren ist, per definitionem schlechter gewesen sein. Zumal der Fortschritt unumgänglich ist, sei das Schlechtere dem Untergang geweiht. Daraus lassen sich drei Schlussfolgerungen ziehen, die auf der Hand zu liegen scheinen. Die erste Schlussfolgerung lautet: Alles, was „vorher“ da gewesen ist, soll früher oder später verschwinden, indem es einem Neuere und apriori Fortschrittlicheren Platz macht. Die zweite Schlussfolgerung: Da die historisch früheren sozialen Formen keine Überlebenschancen haben, wäre es nur logisch, nachzuhelfen, dass diese schon etwas früher verschwinden; somit könnte man den Gang der Geschichte beschleunigen und den Eintritt des Fortschritts forcieren. Und schließlich die dritte Schlussfolgerung: Jene Länder und Völker, die immer noch bei jenen gesellschaftspolitischen Formen verharren, die äußerlich als obsolet anmuten, sind per definitionem „rückständig“, „unterentwickelt“, so dass die fortschrittliche Menschheit verpflichtet sei, ihnen beim Durchbruch in die Zukunft zu helfen.

Freilich ist eine solche Vorstellung über den Fortschrittsgedanken etwas vereinfacht, aber es handelt sich um eine bewusste Vereinfachung, weil zu guter Letzt gerade dieser Ansatz häufig zum realen Mechanismus im Vorgehen der Menschheit wird, ungeachtet der stetig neu hinzukommenden weiterentwickelten Fortschrittsideen.

Doch die Erfahrung des vergangenen Jahrhunderts hat zugleich die Frage nach dem Preis des Fortschritts mit aller Schärfe aufgeworfen — insbesondere nach dem Preis jener Irrtümer und Utopien, die wir oftmals für den eigentlichen Fortschritt oder den Weg zu ihm zu halten geneigt

sind. Die Geschichte erscheint uns nicht mehr als Vektor „aus dem Dunkel zum Licht“, denn es ist offensichtlich geworden, dass sie ganz erstaunliche Zickzacks zu vollführen vermag. Jener systemhafte Ansatz, der sich an der Wende der 1970-er Jahre in der Forschung und strategischen Planung durchsetzte, hat wohl den noch aus dem 18. Jahrhundert stammenden Vorstellungen über den Fortschritt den letzten „Degenstoß“ versetzt. Klar wurde, dass sich die Absolutierung beliebiger vereinzelt betrachteter Seiten und Parameter des Fortschritts für das Gesamtsystem zwangsläufig als destruktiv erweist; die Fortschrittsjagd in einer Sparte rächt sich unvermeidbar mit einer Degradierung von Gesellschaft und Persönlichkeit in einer anderen Sparte.

Das letzte Drittel des zu Ende gegangenen Jahrhunderts stand im Zeichen einer tiefgehenden Krise des Fortschrittsgedanken. Die Ursprünge dieser Krise lagen in der Erschöpfung jener Art industrieller Kultur und jenem nicht von ihr zu trennenden Rationalismus, die die Ideen von Freiheit, Glück und materiellem Wohlstand absolutieren. Die Kehrseite der Medaille sind Gewalt und Aggression gegenüber der Natur und dem Menschen selbst.

Dennoch will und darf man die Idee des Fortschritts nicht aufgeben. Sie aufzugeben, hieße, die eigentliche Chance zu durchkreuzen, eine Gesellschaft auf den Prinzipien der Vernunft, der Sittlichkeit und des Humanismus aufzubauen. Und dazu noch zu einem Augenblick, wo die Menschheit vor nie da gewesenen Problemen und Herausforderungen steht, für deren Meisterung uns grundsätzlich neues Denken und soziales Handeln abverlangt werden, die dem heutigen Tag überlegen sein sollen.

Und dann, wenn der Fortschritt grundsätzlich unmöglich und nichts anderes als eine der zahlreichen Illusionen sei, werden somit beliebige künftige Erscheinungsformen von sozialer und sonstiger Verantwortungslosigkeit, von Egoismus, Wildheit, Barbarei und Skrupellosigkeit sowie die Missachtung des einzelnen Menschen und des gesam-

ten Menschengeschlechts im Vorhinein gerechtfertigt. Das sozial-historische Schaffen wird sinnlos: Wozu braucht man es überhaupt, wenn nicht nur die Träume eines Menschen, sondern auch die früher als objektiv geltende Perspektive des Fortschritts nichts weiter als ein Art Selbstbetrug sei, bedingt durch die Besonderheiten unserer geistigen Verfassung und die historisch entstandenen Realitäten?

Die materielle Zivilisation des 20. Jahrhunderts bot dem Menschen zum ersten Mal in der langen Geschichte die Möglichkeit, die eigenen Träume auf ein mächtiges praktisches Fundament zu stellen. Als Gegenleistung verlangte sie jedoch von ihm, seine Träume gewissermaßen auf die Erde zu holen. Wenn eine ideale Gesellschaft unerreichbar sei — jedenfalls in der realen Zeitdimension, d.h. zu Lebenszeiten der Generation unserer Zeitgenossen —, so besteht die praktische Alternative dazu keineswegs in der Aufgabe von Träumen und Idealen.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts sieht man die alternativen Wege zum Fortschritt von Grund auf anders als noch vor fünfzig Jahren. Die totale Zerstörung und daraufhin die Errichtung eines idealen Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells quasi auf der grünen Wiese wäre der qualvollste und mühsamste Weg. Zudem ist die Qualität des Endergebnisses nicht garantiert. Seinerzeit haben die Missionare und Kolonisatoren ebenfalls aufrichtig daran geglaubt, dass sie das Licht von Wahrheit und Zivilisation in alle Teile der Welt bringen. Als Ergebnis sind zwei Drittel der Menschheit zur nachholenden Entwicklung — d.h. zur Rolle der ewigen Außenseiter — verurteilt.

Aber alles unverändert zu belassen und die Weltentwicklung ihren natürlichen Weg gehen zu lassen, ohne daran Korrekturen vorzunehmen, ist nicht mehr möglich, weil es zu spät ist. Die Welt ist zu einem einheitlichen wechselseitig abhängigen Ganzen gewachsen. Darin prallen die mächtigsten polaren Interessen und Kräfte aufeinander, darin werden überaus gefährliche Risiken und Probleme

akkumuliert. Die Spontaneität würde zwar in dieser Situation irgendwohin führen, aber die Endstation könnte etwas anderes als Fortschritt sein.

Und da sind wir an einem weiteren wichtigen Scheideweg bei der Einschätzung der Aussichten und der Bestimmung von Zielen der Menschheitsentwicklung angelangt. Der Fortschritt scheint nunmehr weder etwas Unvermeidliches noch etwas Notwendiges zu sein. Das letztere ist für uns besonders von Belang. Es handelt sich hierbei nicht mehr um die Auseinandersetzung und den Wettstreit von andersgearteten, aber dennoch fortschrittsorientierten Weltbildern — wir erleben eine Konfrontation anderer und in Wirklichkeit viel größerer Dimension. Der Gedanke von einer Rückkehr zur Natur und zur „Unschuldigkeitsepoche“ der Menschheit findet weltweit immer stärkere Unterstützung. Bei dieser These sind sich einig: die Umweltfreaks, die Gegner von Kapitalismus und Globalisierung als auch die Verfechter der ausschließlich sittlichen Grundlagen der Weltordnung, egal mit welchen konkreten religiösen und philosophischen Doktrinen der eine oder andere Ansatz verbunden ist. In der Geschichte der Menschheit setzt sich eine neue große Idee durch — die Idee der Selbsteinschränkung bei der Zivilisationsentwicklung. Sie wird als Allheilmittel für das Überleben und als wichtigstes Prinzip der sozialen Gerechtigkeit im Weltmaßstab präsentiert.

Stimmt es aber? Einerseits will keiner mit dem Westen darüber streiten, dass gerade der Westen den meistentwickelten sowie wirtschaftlich und technologisch den fortschrittlichsten Teil der heutigen Welt darstellt. Hier braucht man keinem etwas weis zu machen. Es wird jedoch eine völlig andere Fragestellung lanciert, von der eine weit größere Gefahr für die „zivilisierte Menschheit“ ausgeht. Ihr wird nämlich der Selbstverzicht nahegelegt, bestenfalls die Selbsttötung von all dem, was heute sein Wesen und seinen Stolz ausmacht incl. hochentwickelte Wirtschaft und

Forschung sowie technologische Vollkommenheit. Dies ist der Preis für den Verzicht auf Fortschritt.

Der islamische Fundamentalismus, der die Ausführende der terroristischen Aktionen am 11. September 2001 und am 23.–26. Oktober 2002 „inspiriert“ hat, bedeutet seinem Wesen nach eine Negierung des Fortschrittsgedanken. Der richtige Weg soll demnach nicht jener sein, der vorwärts — zum Neuen, Unerforschten und im Heiligen Buch nicht Vorgesehenen — führt, sondern jener, der uns zur richtigen Reproduzierung jener Normen und Vorschriften, Methoden und Handlungen zurückbringt, die zur Zeit der Herausbildung des Islam galten. Das talibanische „Islamische Emirat Afghanistans“ — dieses fortschrittsfeindliche zivilisatorische Projekt — ist ein krasser Beweis dafür, was den Völkern der so genannten islamischen Welt vorgeschlagen wird. Und zugleich auch dem Rest der Menschheit, für den die Befreiung von allem „Überflüssigen“ vorgezeichnet ist, soweit es in der Scharia nicht vorgesehen ist, wie sie sich im 7. Jahrhundert in einem recht spezifischen Zivilisationsareal auf der Arabischen Halbinsel formiert hat.

Andererseits: auch wenn sich die Idee des weiteren Fortschritts für die hochentwickelten Staaten der Welt in Frage stellen lässt, ist dieselbe These für den Rest der Welt vermutlich fehl am Platze. Die negativen Folgen des Fortschritts zu vernichten bzw. einzuschränken, ist hier kaum denkbar ohne das Risiko, eine viel schrecklichere Perspektive heraufzubeschwören: die Konservierung der Rückständigkeit, Armut und Ausweglosigkeit für den Großteil der Menschheit. Während bezogen auf den Westen der Slogan der Fortschrittseinschränkung oft als Aufruf erklingt, auf den Überfluss sowie auf die gefährlichen Versuche zu verzichten, sich über das Gute und Böse zu stellen, kann dieselbe Parole für die restliche Welt völlig anders klingen: als Verurteilung dazu, auf die notwendige Entwicklung zu verzichten.

Würde heute in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung verschiedener Länder und Weltregionen eine relative Gleichheit bestehen, hätte sich wohl der Gedanke der einfachen Selbsteinschränkung des Fortschritts als überaus attraktiv und effizient erweisen. Aber die Weltlage sieht etwas anders aus. Neben der „Goldenen Milliarde“ der so genannten zivilisierten Menschheit existiert auf dem Erdball eine Milliarde Unterernährter, eine Milliarde Kranker, eine Milliarde Bettelarme, eine Milliarde Analphabeten und eine Milliarde dem Untergang Geweihter.

Aber auch damit noch nicht genug. Wäre dies die Wurzel des Problems, könnten wir sagen, dass wir die Einschränkung des Fortschritts einfach mit dessen Umverteilung zugunsten weniger entwickelter Teile der Welt verbinden müssen. Aber diese These klingt natürlich unrealistisch, weil darin weder die technischen und moralischen Probleme bei der Umsetzung beliebiger solcher „idealer Schemata“ noch die realen Wirkungsprinzipien des kapitalistischen Wirtschaftssystems der Welt beachtet werden.

Die Wurzel des Problems besteht gerade darin, dass die Rückständigkeit der restlichen Welt seit jeher die wichtigste Funktion des Fortschritts der „fortschrittlichen Abteilung der Menschheit“ ist. Das eigentliche Zustandekommen der Welteinheit in der Epoche der Entstehung und des Wachsens von Kolonialreichen hat den ökonomischen und sozialen Mechanismus im Zusammenwirken der Mutterländer und der Kolonialwelt offenbart. Letztere dienten nicht nur als eine Ressourcenbasis für die Entwicklung und Modernisierung oder als ein Reservoir zur Sicherstellung einer stärkeren sozialen Integration der Mutterländer selbst, sondern auch als neue Märkte.

Es stimmt, dass die westliche Zivilisation im Zuge ihrer Entwicklung gewisse Antworten auf die Frage hervorgebracht hat, was die Ursache der Armut und der Rückständigkeit sei, und wie man sich dazu verhalten soll. Diese Antworten helfen jedoch kaum weiter.

Größtenteils gilt eine solche Situation als bedauerlich, aber zugleich als „natürlich“ und „unumgänglich,,: Denn dort, wo der Markt und die freie soziale Auswahl alles entscheiden, wird es immer prosperierende als auch solche Menschen geben, die eine Lebenskatastrophe erleiden. Den letzteren muss freilich geholfen werden — im Rahmen der Möglichkeiten der Gesellschaft und des Staates, aus humanitären Erwägungen und einfach deshalb, um die Stabilität und den sozialen Frieden zu wahren. Eine solche Hilfe würde jedoch an der Situation selbst im Grunde nichts ändern; mehr noch, man geht von Anfang an davon aus, dass sie gar nichts zu ändern braucht: Solange es Prosperierende gibt, sehen sich alle anderen dazu genötigt, diese aufzuholen, und dies sei eine Motivation und zugleich ein Motor der gesellschaftlichen Entwicklung. Wenn also das Gefälle in der Lebensqualität und den Entwicklungsstufen eine Quelle für die eigeninitiierte Bewegung der gesamten Welt ist, so gilt es, dieses Gefälle zu bewahren — mit der einzigen Einschränkung, dass keine krassen Gegensätze zwischen den „Einkunftspolen“ zugelassen werden.

Aber ein solches Beziehungsmodell löst letztendlich keine Probleme. Auf der Welt gibt es Menschen, die pro Tag mit weniger als einem Dollar auskommen müssen, und es gibt auch solche, die Tausende und Zigtausende Dollar täglich verdienen. Der Ländervergleich nach dem durchschnittlichen Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung ergibt ein Gefälle von etwa 60:1, was weit über dem Gefälle der „Einkommenspole“ in den meisten Ländern der Welt liegt. Die Hilfe in all ihren derzeitigen Formen — die UNO und weitere internationale Organisationen sowie die Industrieländer erweisen bereits seit mehr als 40 Jahren diese Hilfe an die „Dritte Welt“ — vermag bei all ihrer Nützlichkeit und Notwendigkeit das zentrale Problem nicht zu lösen: In all diesen Jahren vergrößert sich das Gefälle zwischen den ärmsten und reichsten Ländern der Welt weiter.

Die Aufstockung der Hilfen für die weniger entwickelten Länder der Welt wird ebenfalls kaum zur Lösung des Problems beitragen können, weil dessen Wurzel nicht in quantitativen, sondern in qualitativen Kennziffern liegt. Die Gewährung umfangreicher Hilfen ohne klare Ziele und Verpflichtungen seitens der Empfängerländer lässt im Laufe der Zeit zwangsläufig Schmarotzermentalität bei der Elite und der Bevölkerung dieser Länder entstehen; damit wird deren Entwicklungsfähigkeit noch mehr untergraben, die Mißverhältnisse und die Instabilität in der Welt werden verstärkt. Somit hat das Ganze mit der Entwicklungsidee nicht das Geringste am tun, sie wird durch bloße Hilfeleistung substituiert. Die bisherigen Versuche, Bedingungen für die Gewährung von Hilfe an das jeweilige Land festzulegen und auf diese Weise dessen eigene Weiterentwicklung zu stimulieren, haben meist keineswegs zum Ziel, diese Länder auf den „magistralen Hauptweg des Fortschritts“ zu bringen, sondern sind im Gegenteil dazu gedacht, die Stabilität der Industriestaaten selbst zu sichern (damit es keine Meuterei gibt) sowie neue Märkte und Möglichkeiten für die eigenen Volkswirtschaften zu schaffen. Somit bleibt die rückständige Welt selbst in jenen Fällen, wenn sie auf den Weg des Fortschritts zugelassen wird, am Straßenrand, oder aber man pflastert mit deren Hilfe den eigentlichen Weg in die Zukunft.

1.2. Problem der nachhaltigen Entwicklung

Das Armuts- und Rückständigkeitsproblem hat auch noch eine weitere Seite. Viele Wissenschaftler bezweifeln bereits seit längerer Zeit die Fähigkeit der natürlichen

Umwelt der Erde, jene höheren industriellen und infrastrukturellen Belastungen zu verkraften, die nötig wären, wenn man versuchen würde, den Lebensstandard und die Lebensqualität der meisten Erdenbürger wenigstens an die niedrigsten Standards des am stärksten entwickelten Teils der Welt heranzuführen, — und zwar unter Gebrauch der modernen Technologien.

Heute gibt es mindestens zwei Prämissen, die keiner bestreitet: zum einen, dass die Umweltsituation katastrophal sei und mit unklaren und damit noch unangenehmeren Folgen und Gefahren drohe, und zum anderen, dass die physische Erschöpfung der natürlichen Ressourcen eine reale Perspektive sei, die man nicht ignorieren dürfe. Laut den Berechnungen des Biologen W. G. Gorschkow kann die Gesellschaft bis zu einem Prozent der Biota-Nettoproduktion verbrauchen, ohne unumkehrbare Zerstörungen der Biosphäre zu riskieren. Indessen hat diese Kennziffer bereits zehn Prozent überstiegen und nimmt weiter zu.

Man hat auch eine hypothetische Antwort vorgeschlagen — die Idee der nachhaltigen Entwicklung, bei der die Befriedigung der laufenden Bedürfnisse der Menschen die Lebensqualität und das eigentliche Überleben der nachfolgenden Generationen nicht in Frage stellen würde. Mit anderen Worten ist es unsere Pflicht, unseren Kindern und Enkelkindern nicht etwa eine ausgeplünderte, verdreckte und leblose Wüste zurückzulassen, sondern einen Planeten, der für ein menschenwürdiges und gesundes Leben geeignet ist. Eine natürliche Umwelt, wo nicht nur der Mensch allein, sondern auch alle anderen Lebensformen Platz haben und weiterhin haben werden.

Diese Idee hat die Unterstützung der Weltgemeinschaft gefunden. Dafür hat bereits 1987 die UNO einstimmig gestimmt; als Weiterentwicklung und Umsetzung dieser Idee wurde im Laufe der 1990-er Jahre eine ganze Reihe von internationalen Abkommen unterzeichnet. Zahlreiche Staaten, darunter auch Russland und die USA, haben nationa-

le Konzepte für die nachhaltige Entwicklung verabschiedet.

Was ist jedoch in der Praxis unternommen worden? Ist die Natur intakter und die Luft sauberer geworden? Wenn überhaupt, dann in einem äußerst geringen Maße. Dafür aber sind in der Wirtschaft im zurückliegenden Jahrzehnt zwei markante Wandlungen eingetreten. Zum einen hat sich ein schnell wachsender Markt für so genannte umweltfreundliche Waren und Leistungen herausgebildet — und eigentlich wird diese Marktparte auch gebraucht, sie stellt jedoch eine zusätzliche Barriere bei der Zulassung der Waren aus den Entwicklungsländern auf die Märkte der Industriestaaten dar und ist zugleich ein Mittel zur ökonomischen und politischen Beeinflussung der inneren Situation in vielen weniger entwickelten Ländern. Somit ist eine neue Barriere zwischen Reich und Arm, zwischen den stärker Entwickelten und den sich Entwickelnden entstanden.

Parallel dazu formierte sich ein Markt zum Verkauf von Quoten für die schädlichen Emissionen in die Atmosphäre. Gemäß den geschlossenen Abkommen hat jedes Mitgliedsland Anspruch darauf, proportionell zu den Dimensionen seiner Volkswirtschaft eine bestimmte Menge von Schadstoffen in die Luft zu pusten. Jene Länder, die aus irgendwelchen Gründen die ihnen zustehende Quote nicht voll ausnutzen (dazu gehört auch Russland, ein Großteil dessen Industrie in den 1990-er Jahren vorübergehend stillgelegt war), können einen Teil der eigenen Quote an jene verkaufen, die sie brauchen.

Die positiven Wandlungen im Bereich des Naturschutzes sind minimal. Die hochentwickelten Staaten verbrauchen einen um eine Größenordnung höheren Anteil an Ressourcen als weniger entwickelte Länder und produzieren dementsprechend auch hohe Mengen an Schadstoffen. Somit verwandelt sich die rückständige Welt nunmehr nicht nur in eine Ressourcenbasis und einen Markt für die fortschrittlichen Staaten, sondern sie wird darüber hinaus auch

noch zu einer Umwelt-nische für das Überleben von Fortschrittsbesten.

Damit macht sich die sozialökologische Differenzierung des Planeten ebenso deutlich bemerkbar wie das sozialökonomische Gefälle. Und es wäre grundsätzlich falsch, anzunehmen, dass die Folgen der menschlichen Abgrenzung nach dem Kriterium Intaktheit der Lebensumwelt genauso simpel und geradlinig sowie geläufig und plausibel sein werden wie die Folgen der sozialen Schichtung.

Es ist durchaus denkbar, dass sich die Ereignisse nach einem grundsätzlich anderen Szenario entwickeln. Im häuslichen Bereich können sich die Bevölkerung der Industriestaaten als auch die Eliten aller Länder schon heute leisten, unter ökologisch besseren (oder sogar optimalsten) Bedingungen zu leben, von allen Beimengungen gereinigtes Wasser zu trinken, hochwertigere („umweltfreundliche“) Produkte, Waren und Leistungen zu konsumieren. Es scheint, als ob damit das Problem wenigstens für einen Teil der Weltbevölkerung gelöst wäre. Auch wenn es nur die „Goldene Milliarde“ ist. Aber gerade da liegt das echte Problem. Mit der Tatsache, dass der Löwenanteil der Ausgaben und Abfallstoffe auf die Industrieländer entfällt (ein durchschnittlicher US-Bürger verbraucht 150 Mal so viel Energie wie ein Bewohner von Bolivien oder Bangladesch), wird die These über die unabwendbare Verschärfung des internationalen Wettbewerbs und einen künftigen neuen Weltkrieg um saubere Luft, sauberes Wasser und sauberen Boden noch überzeugender.

In den modernen westlichen Gesellschaften versteht man unter der Umweltkrise eher das Problem der Erhaltung von Lebensqualität und Nichtzulassung solcher Bedingungen, die den erreichten Lebensstandard und Lebensstil gefährden würden. Eine derartige Fragestellung ist jedoch von vornweg unzulässig, weil in Wirklichkeit das Problem der Umweltkrise in der Herausbildung von Einschränkungen besteht, damit die Menschheit überleben kann. Demgegen-

über sind Strategien, die darauf abzielen, die Lebensqualität in einer ökologischen Krise aufrechtzuerhalten, nicht nur hinsichtlich des Verbrauchs von gesellschaftlichen Ressourcen unrationell und ineffizient, sondern in gewissem Sinne auch weitgehend amoralisch.

Die Umweltkatastrophe ist zudem mit einer Nuklearkatastrophe vergleichbar. Während es für eine Einzelperson — mit einem gewissen Arbeits- und Finanzaufwand — möglich ist, sich individuell vor deren sichtbaren kurzzeitigen Erscheinungsformen zu schützen, so können weder persönlicher Reichtum noch gesellschaftliches Standing einen Schutz vor deren Dauerfolgen sichern.

Durch die Zerstörung der natürlichen Umwelt entstehen Bedrohungen und Gefahren neuer Art. Die Umweltverschmutzungen und deren Folgen breiten sich auf dem ganzen Globus aus. Diese Verschmutzungen akkumulieren sich in Pflanzen und lebenden Organismen, gelangen mit der Nahrung in den menschlichen Körper, oft auf einem äußerst komplizierten und bizarren Wege. Manche Verschmutzungsarten, die jede für sich allein nicht katastrophal ist, ergeben bei der Zusammenlegung eine synergistische Wirkung, die hinsichtlich ihrer Folgen für Mensch und Natur viel stärker und unkalkulierbarer sein kann als bei separater Einwirkung. Sich irgendwie vor all diesen Folgewirkungen zu verstecken, ist unmöglich oder überaus schwer.

Die letzten Jahrzehnte des vorigen Jahrhunderts haben bereits ein qualitativ neues Phänomen hervorgebracht. Die Natur — von einer Mikrobe bis zu einem Menschen — beginnt sich unter der Einwirkung neuer Umweltbedingungen zu verändern, indem sie auf eigene Art auf die Umweltdegradierung reagiert. Nach Angaben der Ärzte können nur zwei Prozent aller Neugeborenen in Moskau zum Zeitpunkt ihrer Geburt als „praktisch gesund“ befunden werden. Darin kommen die neuen Wechselbeziehungen zwischen der Umwelt und der Humanbiologie zum Ausdruck.

Die Wissenschaftler aller Fachrichtungen geben zu, dass die Richtung dieser Veränderungen bisher unklar ist; man weiß nicht einmal genau, ob diese Veränderungen einmaliger Art sind, oder sich in den Lebewesen speichern und im Laufe der Zeit eine qualitative Neuordnung der Gesamtumwelt bewirken können. Nicht ganz klar ist auch, ob die menschlichen Aktivitäten auf dem Planeten Erde und der Einfluss dieser Aktivitäten auf die natürliche Umwelt irgendwelche tiefgehenden langfristigen Klimafolgen haben, und wenn ja, welche es sind. Wenn sich derartige Folgen früher oder später feststellen lassen sollten, werden deren Neutralisierung oder Ausgleich beträchtliche Geldmittel sowie abgestimmte internationale Aktionen und Kooperationsformen verlangen, die sich heute nicht einmal in Ansätzen abzeichnen.

Natürlich müssen wir in Erwägung ziehen, dass alle derartigen Prognosen auf einer Extrapolation jetziger ökonomischer und demographischer Trends in die Zukunft beruhen. Solche Extrapolationen führen tatsächlich zur Schlussfolgerung, dass die Energieträger und sonstigen irdischen Ressourcen bald erschöpft sind, dass das Fassungsvermögen der Biosphäre endgültig überbelastet und deren Degradierung unumkehrbar ist.

Aber auch die Projekte zur gewaltsamen Umkehrung jetziger Entwicklungstrends erweisen sich als ebenso unbefriedigend. So wird etwa vorgeschlagen, den Verbrauch der natürlichen Ressourcen zu reduzieren, indem man entweder den individuellen Bedarf einschränkt (der Philosoph Panarin behauptet, „das Elend müsse wieder zu einer Tugend werden,“) oder aber die Weltbevölkerung rapide reduziert, welche die biologisch zulässigen Normen überschritten hat.

Inwieweit aber sind solche Szenarien realistisch und akzeptabel? Es ist offensichtlich, dass selbst die geringste Einschränkung des unrationellen Ressourcenverbrauchs für eigentlich statusgebundene Bedürfnisse nicht nur ein verständliches mentales Unbehagen bei einer zahlreichen

Menschengruppe auslösen, sondern auch alles andere als einfache Wandlungen in der Lebensweise, in der Wirtschaftsorganisation und den Kriterien für deren Funktionieren erfordern würde. Damit „das Elend zu einer Tugend wird“, bedarf es nicht etwa Managemententscheidungen, sondern einer Revolution im Bewusstsein und in der wirtschaftlichen Lebensnorm insgesamt.

Mehr noch. Selbst eine Einschränkung des Ressourcenverbrauchs garantiert noch nicht, dass diese Ressourcen angesichts des jetzigen Bevölkerungswachstums für alle ausreichen. Die Zahl der Erdenbürger nimmt weiter zu und soll laut Prognosen auf 12 bis 14 Milliarden (nach manchen extremen Hochrechnungen sogar auf 15 bis 25 Milliarden) Menschen anwachsen. Die fortschreitende Zunahme der Weltbevölkerung wird bereits in den kommenden 30 bis 50 Jahren buchstäblich die Frage nach dem Überleben des Planeten akut machen, weil die irdischen Ressourcen nicht imstande sein werden, so viele Menschen zu versorgen, wenn die heutigen Technologien für den Aufbau der Gesellschaft und dessen ökonomischen und politischen Lebens erhalten bleiben und linear evolutionieren.

Ebenso offensichtlich ist es, dass sich, falls die oben genannten Aufgaben des Niveauausgleichs in der Entwicklung der einzelnen Weltregionen angepackt werden (Sicherstellung einer besseren Ernährung und der Gesundheit für die Armen), das demographische Problem nur weiter verschlimmern wird. Jene Lebenserwartung und Lebensqualität, die heute im Westen erreicht sind, werden dann auch in anderen Regionen zugänglich, die Kinder- und Seuchensterblichkeit nehmen ab etc.

Die Diskussion um die Ideen einer Verringerung der Weltbevölkerung führt wiederum zu erschreckenden Annahmen und Ideen. Zu wessen Lasten und auf welche Weise soll die Bevölkerungszahl verringert werden? Die Versuche, auf die Länder aufgeschlüsselte „Quoten“ für eine optimale Bevölkerungsstärke einzuführen, erregen einen natürli-

chen Protest bei der Bevölkerung und den Politikern der entsprechenden Länder verbunden mit höflichen Gegenargumenten seitens der Wissenschaftler dieser Länder. Gänzlich tragisch-komische Kollisionen entstehen, sobald man die Frage zu diskutieren beginnt, wie sich ein Bevölkerungsrückgang erzielen lässt. Der Krieg wird hierbei als unzulässiges oder gar unzureichend wirksames Mittel bezeichnet. Milliarden Menschen zu „überreden“, dass sie keine Kinder mehr kriegen (für eine zeitnahe Bevölkerungsabnahme müssen die Geburten eben eingestellt und nicht bloß eingeschränkt werden; denn selbst in China mit seiner totalitären Macht und ungewohnt hohen Gesetzestreue der Bürger haben die restriktiven Maßnahmen keinen Bevölkerungsrückgang, sondern lediglich eine Verlangsamung des Wachstums gesichert), ist von vornweg ein völlig utopisches Anliegen.

So kommt es, dass bei all diesen extremistischen Auslegungen der „nachhaltigen Entwicklung“ die Autorität der Wissenschaft dazu missbraucht wird, Ausländerhass, ethnischen Argwohn und Intoleranz zu schüren (in europäischen Staaten ist seit langem das Wort „Ökofaschismus“ im Umlauf). Der Begriff „die Goldene Milliarde“ könnte zudem eine neue und völlig unheimliche Bedeutung gewinnen — als jene Zahl, auf die die Weltbevölkerung zu reduzieren sei, um eine sozionatürliche Harmonie zu erzielen.

Es liegt auf der Hand, dass die zivilisierte Welt unmöglich die Frage danach aufrollen kann, das Wachstum der Weltbevölkerung zu stoppen bzw. die Weltbevölkerung zu reduzieren. Wir widersetzen uns der natürlichen Auswahl durch unsere gesamte soziale Geschichte. Und wir können unmöglich die Frage nach der globalen demographischen Regulierung real stellen, ohne zu riskieren, in die Versuchungen des Totalitarismus und in die Finsternis eines Neorassismus abzuleiten.

In dieser Situation müssen wir eher zum Schluss kommen, dass man, zumal Bedrohungen in dieser Dimension

und mit so weitreichenden Folgen im Gespräch sind, zur Rechtfertigung ihrer Ursachen auf keinen Fall die Umstände, unkompetentes Management oder den Eigennutz irgendwelcher Menschengruppen vorschützen oder aber versuchen darf, diese mit zwar einschneidenden, aber doch mit „systeminternen“ Maßnahmen in den Griff zu bekommen.

Hilfreich könnte hier eine weitere Antwort auf die Herausforderungen durch die „Wachstumsgrenzen“ sein. Ganz allgemein läuft sie darauf hinaus, dass die Menschheit immer noch weit davon entfernt ist, ihre Entwicklungsmöglichkeiten auszuschöpfen. Dies hat sie dem wissenschaftlich-technischen und technologischen Fortschritt zu verdanken, die es gestatten, die Horizonte der Zivilisation um ein Mehrfaches auszuweiten und grundsätzlich neue Entwicklungsressourcen freizusetzen und somit nicht nur für die „Goldene Milliarde“, sondern für alle Erdenbürger eine Zukunft zu sichern. Die Verfechter dieser Betrachtungsweise behaupten, die irdischen Ressourcen würden der Menschheitsentwicklung in absehbarer Zukunft kaum Grenzen setzen, so dass die Weltbevölkerung noch auf ein Mehrfaches anwachsen könne, ohne deren Lebensniveau im geringsten zu beeinträchtigen, selbst wenn man das heute erreichte technologische Niveau und die Produktionsmengen zugrunde legen würde. Die Ressourcen unseres Planeten sind tatsächlich limitiert, und man sollte sie sinnvoll nutzen. Das soll aber nicht heißen, dass all diese Ressourcen in einer Truhe einzuschließen sind und der Schlüssel dazu wegzuschmeißen ist. Eine Reduzierung des Verbrauchs der natürlichen Ressourcen lässt sich allein durch die Entwicklung der Wirtschaft erreichen. Für deren Entwicklung aber müssen wiederum diese Reichtümer verbraucht werden.

Trotz der einleuchtenden Argumente zugunsten dieser Idee ist der heutige Zustand der Menschheit weit entfernt vom ergötzlichen Bild eines auf dem technologischen

Durchbruch beruhenden Glücks und Wohlergehens für alle. Woran liegt es? Der wissenschaftlich-technische und technologische Fortschritt an sich sind nicht von der Hand zu weisen. Genauso unbestritten ist, dass ausgerechnet der wissenschaftlich-technische Fortschritt die wichtigsten Horizonte der Menschheitsentwicklung im Laufe der letzten hundert Jahre oder jedenfalls mehrerer Jahrzehnte prägt. Parallel dazu bestehen jedoch nach wie vor ökologische Probleme, frappierende Niveauunterschiede in der Entwicklung verschiedener Länder und Völker sowie die immer schlimmer werdende Rückständigkeit der Weltmehrheit vor dem Hintergrund des Fortschritts der Vorhut der westlichen Zivilisation.

Hier kommt man ins Grübeln und zur Annahme, dass den Sackgassen des Fortschritts, der weltweiten Armut sowie den Einschränkungen der nachhaltigen Entwicklung die auf der ganzen Welt übliche Wirtschaftsführung zugrunde liegt, aber auch dass der wissenschaftlich-technische Fortschritt an sich zur Lösung der globalen Menschheitsprobleme nur wenig beiträgt, solange er nicht durch einen Fortschritt in den Funktionsprinzipien des wirtschaftlichen und sozialen Lebens selbst ergänzt wird.

Die Religion des wirtschaftlichen 1.3. Wachstums und der „Geist des Kapitalismus“

Wir sind bei der Frage angelangt, die der eigentlichen Diskussion um den Fortschritt zugrunde liegt. Es ist die Frage danach, was man gewöhnlich unter dem Fortschritt versteht, und worin man dessen Merkmale und Kriterien sieht. Das Maß des Fortschritts wird doch durch

nichts anderes als durch besonders geläufige und zugängliche ökonomische, quantitative, soziale Parameter gemessen. Also damit, was sich selber ohne weiteres messen lässt.

Deshalb wird in der Praxis und Theorie der modernen westlichen Wirtschaft das wirtschaftliche Wachstum, die technische und — im weiten Sinne des Wortes — technologische Entwicklung in den Vordergrund gestellt. Der Kult des wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Wachstums hat beinahe einen Religionscharakter angenommen. Heute gilt gerade das wirtschaftliche Wachstum als die wichtigste Voraussetzung für soziale Entwicklung und soziale Stabilität. Nach dessen Tempo wird die Wettbewerbs- und Lebensfähigkeit der jeweiligen Wirtschaft und Gesellschaft bemessen. Dessen aktuelle und akkumulierte Ergebnisse sind das wichtigste Kriterium, um das Entwicklungsniveau eines Landes nach allen Skalen zu bewerten — von inoffiziellen Daten bis zu den UNO-Statistiken. Ist das Wachstum da, kommt alles andere dazu — so meinen Politiker und Geschäftsleute, Wirtschaftsanalysten und einfache Bürger.

Dieser Positivismus des Seins hat, um mit Auguste Comte zu sprechen, die religiöse und metaphysische Periode in der Menschheitsgeschichte abgelöst, indem die Frage nach der moralischen Vervollkommnung der Menschheit und deren Suche nach dem Sinn des Lebens durch die beobachtbaren materiellen Erscheinungsformen der eigenen Größe ersetzt wurde.

Der Markt mit den ihm wesenseigenen Konkurrenzgesetzen teilt die Akteure des ökonomischen Prozesses ständig in Prosperierende und Versager ein. Eingeteilt werden alle: sowohl die Unternehmer (von den allergrößten bis zu den kleinsten) als auch die Arbeitnehmer (von einem Hilfsarbeiter bis zu einem erstklassigen Spezialisten oder Manager). Diese Einteilung ist manchmal „gerecht“ — gemäß den Verdiensten, öfter jedoch zufallsbedingt, mitun-

ter beleidigend dumm und ungerecht. Aber es wird eingeteilt.

Die hochentwickelten und verantwortungsbewussten Staaten sind bemüht, diesen Prozess zu korrigieren: durch die sozialen Hilfeleistungen an die ärmsten Bevölkerungsschichten sowie dadurch, dass die größten Konzerne, die für die Wirtschaft des Landes wichtig sind und viele Arbeitsplätze sichern, immer wieder vor dem Bankrott gerettet werden. Dies ist jedoch lediglich eine Korrektur, die in gewissen Grenzen die negativsten Folgen eines Phänomens korrigiert, aber das Phänomen selbst keineswegs abschafft oder beseitigt.

Die filternde Rolle des Marktes ist nicht bloß eine seiner Nebenwirkungen, sondern ein wichtiger sozialer und ökonomischer Mechanismus. Gerade er legt die Grundlagen und bestimmt die Intensität der sozialen Motivation einer Persönlichkeit — sei es eines Unternehmers oder Arbeitnehmers — sowie aller Wirtschaftssubjekte. Die scharfe Konkurrenz am Markt — der Prozess der Einteilung in die Vorreiter und Schlusslichter — verläuft härter und schonungsloser. Aber auch die Motivation ist stärker und deutlicher ausgeprägt und zeigt eine größere Wirkung. Das in allen Etagen der sozialökonomischen Leiter vorhandene „Versager-Pool“ erfüllt eine weitere wichtige Funktion: Daraus werden jene rekrutiert, die unangenehme, aber für die Gesellschaft nützliche Aufgaben zu erfüllen bereit sind. Etwa eine niedrigqualifizierte und wenig Ansehen genießende Arbeit auszuführen, wenig einträgliche oder besonders riskante Geschäftstätigkeit zu betreiben, also so oder anders die Außenseiter-Gebiete der Wirtschaft zu betreten. Dass es Menschen gibt, die für eine relativ niedrige Vergütung zu arbeiten bereit sind, dient objektiv als eine Voraussetzung für die Herausbildung solcher Wirtschaftsnischen und -formen, wo man durch die niedrigen Startausgaben kurzfristig einen beachtlichen Vorteil in der Konkurrenzfähigkeit erzielen kann (später steigen diese Ausgaben, aber

bis dahin bleibt Zeit). Damit wird die Grundlage für den Dynamismus der gesamten Wirtschaft sowie deren einzelne Zweige und Sparten gebildet.

All das zusammengenommen heißt jedoch, dass in der Marktwirtschaft die relative Rückständigkeit ihrer einzelnen Teile und -akteuren vom Grundsatz her nicht „restlos“ überwunden werden kann und darf, damit der Markt selbst bestehen bleibt mit seiner Fähigkeit, flexibel, dynamisch und sensibel zu sein. Egal welcher Markt — ob Binnenmarkt, Weltmarkt oder globaler Markt.

So oder ungefähr so sieht heute unsere Vorstellung darüber aus, wie die Menschheit wirtschaftet und wie sie ökonomisch funktioniert. Einer solchen Sicht des Kapitalismus fehlen scheinbar jegliche Perspektive und jegliche Annahmen darüber, dass die bestehenden Formen der gesellschaftlichen Organisation stichhaltig und fortschrittsfähig sind. Aber gerade hier ist die Frage angebracht, inwieweit die jetzige Vorstellung und das reale Agieren des kapitalistischen Wirtschaftssystems seinem ursprünglichen Sinn entspricht.

Auf den ersten Blick scheint es paradox, aber die modernen Prinzipien der Weltwirtschaft und der Wirtschaftsführung stehen letztendlich im Widerspruch zu den Grundlagen jener ökonomischen und sozialen Ordnung, die Kapitalismus genannt wird.

Historisch hat der Kapitalismus selbst nicht mit dem Wirtschaftswachstum begonnen (das letztere ist ein „Produkt“, ein Nutzeffekt des westlichen Wirtschaftsmodells), sondern mit einer Revolution auf dem Gebiet von Ethik und Religion, damit, was Max Weber „Geist des Kapitalismus“ genannt hat. Der Kapitalismus entstand nicht als ein ökonomisches System, sondern als eine ihrer Herkunft nach ethische und religiöse Arbeitsaskese.

Zum Problem für den Westen wird heute die entstandene Konsumgesellschaft mit ihrer hedonistischen Ablehnung des „Molochs der Geschichte“ und ihrem Bestreben, sich

von schwerer Arbeit „im Schweiß des Angesichtes“ und dem Kampf um ein menschenwürdiges Leben zu distanzieren. Die westliche Wirtschaft wird immer mehr zu einer Wirtschaft, die neue künstliche Bedürfnisse erzeugt und den Menschen dauernd dazu zwingt, sich etwas Neues zu wünschen, und ihn somit von den Spannungen des Daseins ablenkt. Die Sicherung von Arbeit für die Bürger wird zu einem Fetisch der Schaffung von immer neuen und neuen quasiökonomischen Arbeitsnischen, die es möglich machen, diese Tätigkeit zu vergüten.

Damit wird zweifelsohne ein komfortabler Existenzrahmen geschaffen sowie ein Wachstum der Dienstleistungswirtschaft gewährleistet; zugleich wird jedoch der zivilisierten Welt nicht nur der „Lebenswille“, sondern auch das Verständnis der Werte der Entwicklung von Mensch und Menschheit genommen. Die Arbeit verwandelt sich für die Menschen dieser Konsumgesellschaft aus der Lebensquelle in einen Anhang und eine „Tarnung“ der Möglichkeit zu konsumieren und zu genießen.

Das größte Paradoxon und Problem der Neuen Welt besteht jedoch darin, dass wir bei der Diskussion um den gesamten genannten Komplex von postmodernen Problemen in der Entwicklung von Mensch und Menschheit verstehen müssen, dass ein riesengroßer Teil der Erdbevölkerung keinerlei derartige Fragen vor sich hat und im Prinzip um viel einfachere „irdische“, wie wir jetzt sagen würden, Probleme besorgt ist. Diese Probleme gehören eher nicht zur postmodernen Epoche, sondern zur Epoche des Werdens von modernen Gesellschaften.

Hier sehen wir uns schon mit dem sozialen Problem der Neuzeit konfrontiert. Verschiedene Länder, Völker und Gesellschaften der modernen Welt befinden sich auf unterschiedlichen Entwicklungsstufen, in unterschiedlichen Epochen und mit einer unterschiedlichen Aufgabenstellungen. Und gerade diese Unterschiede werden kritisch, weil es sich hierbei nicht etwa um Unterschiede der quantitativen

Reihe als Folge der stadialen Entwicklung handelt, wie es früher meist der Fall gewesen ist, sondern um qualitative Unterschiede.

Der Fortschritt verwandelt sich aus einer bewussten Vorwärtsbewegung der Menschheit auf der Grundlage von Zielen und Wertvorstellungen in ein spontanes Zusammenspiel und eine Balance von Hemmnissen und Gegengewichten, die zu einer Vielzahl unterschiedlich gerichteter und mitunter unbekannter Kräfte gehören. Der resultierende Vektor dieser Brownschen Bewegung kann jedoch nur mit großem Vorbehalt als Fortschritt bezeichnet werden. Die „unsichtbare Hand des Marktes“, die sich in der Ausgangsvorstellung auf den moralischen Geist des Kapitalismus sowie die christliche Freiheit der Wahl stützt und die die Welt zum Gedeihen führt, mausert sich in eine anonyme Fingerfertigkeit unter dem Tisch der globalen Wirtschaft.

Es wäre befremdend, zu behaupten, dass das Wachstum nicht nötig oder nur von zweitrangiger Bedeutung sei. Je fester, reicher und mannigfaltiger das materielle Fundament, desto besser, ausgefüllter und hochwertiger können die übrigen Seiten im Leben der Persönlichkeit und der Gesellschaft sein. Mehr noch, es wäre ebenfalls befremdend, zu bestreiten, dass in der heutigen Welt der Bedarf am Wirtschaftswachstum gewaltig ist.

Diesem Bedarf liegt jedoch ein anderes Verständnis von Zielen und Aufgaben bei der Entwicklung der Weltzivilisation zugrunde. Gerade weil die Armut und Rückständigkeit aus den „Bärenhöhlen“ des Planeten hinausgekrochen und zu einem globalen Problem geworden sind, tut nicht das einfache Wirtschaftswachstum not, sondern die Rückkehr zum „Geiste des Kapitalismus“ und dessen Nutzung zur erfolgreichen Lösung von sozialen Problemen — und das sind bereits ganz andere Mechanismen — und zwar nicht nur soziale, administrative, politische, rechtliche etc., sondern auch ökonomische.

Der Markt muss so aufgebaut werden, dass er nicht etwa das Wachstum der Weltwirtschaft „im Ganzen“ und auch nicht das Wachstum nur jener Länder sichert, die ohnehin am stärksten entwickelt und besonders fortgeschritten sind. Der moderne Markt sollte diese Funktionen vor allen Dingen dort wahrnehmen, wo es Elend und einen gewaltigen, jedoch nicht zahlungskräftigen Bedarf gibt. Während in der Vergangenheit das wirtschaftliche Wachstum die Grundlage für die Regulierung der Wirtschaft der zu Beginn des 20. Jahrhunderts am stärksten entwickelten Länder geschaffen und somit deren zunehmendes Vorpreschen gegenüber dem Gros der Staaten bedingt hat, so sollte jetzt das Wachstumsziel darin bestehen, einen beschleunigten Aufschwung der weniger gedeihenden und problembehafteten Länder und Regionen zu sichern.

Es geht um die Notwendigkeit einer neuen Akzentsetzung: nicht ein Wachstum um des Wachstums willen, sondern zur Absicherung von makrosozialen Zielen. Indessen funktioniert weiterhin ein Wachstumsmodell, das historisch gewachsen und in der Praxis angepasst worden ist, um in erster Linie die Bedürfnisse von Industriestaaten zu befriedigen — vor allem den Wachstumsbedarf ihrer Wirtschaft. Paradoxe Weise ist das wirtschaftliche Wachstum zwar da, trägt allerdings in seiner herkömmlichen Form bzw. bei der Verwendung herkömmlicher Wachstums-„Technologien“ nicht zur Abnahme, sondern zur Verschärfung von Problemen der modernen Menschheit bei.

Die Welt des 21. Jahrhunderts wird die Stabilität kaum bewahren können, falls sie es bei dem Bestreben bewenden lässt, die Nachteile des herkömmlichen Wachstums auf ein Minimum zu reduzieren, die Grundlagen des bisherigen Fortschrittsmodells aufrechtzuerhalten, und sich weiterhin auf das ausgehöhlt und seiner ursprünglichen moralischen Grundlage beraubte Modell der kapitalistischen Wirtschaftsführung zu stützen.

1.4. Die postindustrielle Welt

Wenn wir jedoch das Problem der Sicherstellung einer gerechteren Entwicklung und eines Wachstums im Interesse der gesamten Menschheit ansprechen, gehen wir quasi davon aus, dass sich das moderne System der Wirtschaftsführung und der politisch-wirtschaftlichen Organisation nicht weiter entwickelt. Stimmt es aber?

Die moderne westliche Welt ist praktisch in eine neue Entwicklungsphase getreten, die oft als postindustriell bezeichnet wird. Dieses Stichwort bringt vor allem den ökonomischen Inhalt der Tätigkeit der modernen Zivilisation zum Ausdruck, der mit dem Wachsen und Werden einer neuen globalen Wirtschaft verbunden ist, die sich in erster Linie als eine Wirtschaft von wissensbasierten Technologien bzw. als virtuelle Informationswirtschaft des Finanzkapitals entwickelt.

Ihre Organisations- und Funktionsprinzipien unterscheiden sich bereits heute weitgehend von der herkömmlichen Struktur der industriellen Gesellschaften. Die Möglichkeiten, die sich bieten, sind auch immens. Vielleicht sollten wir heute gerade hier nach einem Ausweg aus jenen Entwicklungssackgassen suchen, die immer augenscheinlicher werden?

Die Idee des wissenschaftlich-technischen und technologischen Fortschritts, des Fortschritts der wissensbasierten Wissenschaft, die eine neue Qualität und Zukunft der Welt bestimmen sollen, erscheint tatsächlich recht interessant. In der postindustriellen und — im behandelten Sinne — post-modernen Wirtschaft des Westens verspürt und nimmt man deutlich den Impuls bzw. Versuch wahr, neue Horizonte und Prinzipien der Wirtschaftsorganisation zu erreichen,

jene Einschränkungen zu überwinden, die der herkömmlichen Wirtschaftsorganisation anhaften. Im marxistischen ökonomischen Sprachgebrauch könnte man sagen, der Postindustrialismus sei ein Versuch, die Abhängigkeit der Wirtschaft von jenen grundlegenden Instrumenten zu überwinden, die bisher im Dienste ihrer Entwicklung standen: der natürlichen Ressourcen, der körperlichen Menschenarbeit und des Produktionskapitals. Die neue Wirtschaft fördert und stellt andere Kräfte in den Dienst der Gesellschaft, vor allem das innovative Potential der Wissenschaft und des Wissens, die sich selbst reproduzierende Raffiniertheit und Information. Somit verändert sich das eigentliche Wirtschaftsbild: dessen Schlüsselement wird anstelle von industriellen Werksriesen ein mit Wissen gerüsteter Mensch, der sich auf Computertechnologien und das weltumspannende Informationsnetz stützt.

Die sich dadurch eröffnenden Möglichkeiten können mit der Überwindung jener Fortschrittseinschränkungen verbunden sein, die sich bei der Analyse der modernen Entwicklungslogik offenbaren, aber auch mit dem Übergang zu einer neuen Fortschrittsformel, die es möglich machen würde, den Verbrauch der natürlichen und sonstigen Ressourcen einzuschränken, ohne die eigene Entwicklung zu stoppen. Möglicherweise können wir in der neuen Wirtschaft auch ein Potential zur Überwindung der globalen Rückständigkeit entdecken, falls wir erkennen, wie man die ganze Welt in ein einheitliches Informationsmedium einbinden und das kreative Potential selbst der rückständigsten Gesellschaften umsetzen kann.

In jenem Maße, in dem der Postindustrialismus mit der Entfaltung vor allen Dingen des kreativen Potentials des Menschen verbunden ist, gewinnt die Arbeit selbst erneut einen wertmäßigen Sinn und moralische Dimensionen, die natürlich nicht dieselben sein werden wie in der frühkapitalistischen christlichen Ethik, aber ganz bestimmt mit den Grundlagen der Weltauffassung insgesamt und dem Zweck

des menschlichen Verweilens auf dieser Welt verbunden sein werden.

Allerdings haben sich die Vermutungen über eine derartige Entwicklung postindustrieller Systeme bisher nicht bewahrheitet.

Die Fähigkeit, etwas Neues hervorzubringen — eine neue Technologie, neues Wissen, eine neue Erfindung — wird zur Grundlage des ökonomischen und sozialen Fortschritts sowie der Persönlichkeitsentwicklung. Zum Einlassschein in die postindustrielle Welt wird die Fähigkeit, eine unikale Technologie und ein darauf beruhendes Produkt zu schaffen, an dem die Welt Interesse hat. Diese neuen Entwicklungskriterien existieren jedoch immer noch in der Logik der alten Vorstellungen über den Sinn der wirtschaftlichen Praxis sowie in den unveränderten Normen des internationalen und globalen Zusammenwirkens.

Die Kontrolle über die vorderste Linie der Entwicklung und somit auch über die Potenzen dieser Entwicklung — das ist die wichtigste Ressource der westlichen Zivilisation. Die wirtschaftliche Dominanz des Westens sowie die Strategie seiner Überlegenheit beruhen auf der Monopolisierung von neuen Horizonten der technologischen Entwicklung, auf der Erzielung von Superprofiten aus dieser Dominanz sowie auf der Möglichkeit, die Existenz der gesamten Welt von sich abhängig zu machen.

Die auf der Grundlage des Superwissens gewonnenen Resultate lassen sich deren Erzeugern nicht nur nicht wegnehmen, sondern schaffen Voraussetzungen für eine Abhängigkeit anderer Menschen, Körperschaften, Staaten, der ganzen Welt von ihnen. Somit verstärkt sich die Polarisierung und Ungleichheit der Welt sowie ihre Abhängigkeit vom neuen Wissen.

Dabei verkauft der Westen weltweit nur die Ergebnisse seiner geistigen und technologischen Überlegenheit, nicht aber die Überlegenheit selbst. Mehr noch: manche Länder erwerben zwar die Ergebnisse des westlichen technologi-

schen und wissenschaftlichen Wissens, verfügen jedoch selbst nicht über die technologischen und geistigen Möglichkeiten, diese zu reproduzieren. Dabei ist der berüchtigte Brain-Drain im gewissen Sinne tatsächlich das größte Problem für viele Länder der Welt, weil es sowohl den Verlust des innovativen Potentials als auch den Verlust der Reproduzierbarkeit dieses Potentials bedeutet.

Offensichtlich ist zugleich die Herausbildung einer globalen Finanzwirtschaft, mit deren Hilfe sich sowohl Staaten als auch verschiedene private Interessengruppen ebenfalls die Erzielung von Superprofiten aus der weltweiten Finanzpyramide der Börsenspekulationen und der Schuldenwirtschaft sichern. Diese andere Seite des Postindustrialismus steht grundsätzlich in einem Widerspruch zum Trend der Neuentfaltung des menschlichen Potentials und des Sinnes wertorientierter kreativer Arbeit.

Die virtuelle Finanzwirtschaft ist kaum produktionsorientiert und ist im Grunde ein völlig virtuelles System zur Selbstreproduktion des Profits, des Geldes um des Geldes willen, wo dieses Geld als solches längst nicht mehr mit seiner produktions- oder arbeitsmäßigen Deckung verbunden ist, sondern sich in einen Informationsfetisch verwandelt hat — in bloße Zahlen in den Computern, deren gesamte Abdeckung auf dem System der globalen informationsmäßigen Dominanz des Westens beruht.

Dieses System, das längst die Verbindung zwischen der Realwirtschaft und den davon abgeleiteten Finanztools (Derivaten) verloren hat, ist im Grunde ein Mechanismus nicht nur für einen aufgeschobenen Bankrott der globalen Wirtschaft, sondern auch ein System der Zukunftsaufzehrung in reiner Form. Die globale Wirtschaft und die Vorstellungen über sie als einen universellen Tool ähneln immer mehr dem Vertrauen in die Finanzpyramiden: Der wichtigste Beweggrund ist hier entweder die klare Erkenntnis dessen, dass du gewinnst, weil du dich an der Spitze dieser Pyramide, in den ersten Reihen des Prozesses befindest, oder

aber der simple Glaube daran, dass du es schaffst, auf deine Kosten zu kommen, und der Betrogene ein anderer sein wird — jemand, der ein paar Stufen niedriger steht. Dieser Prozess wird ergänzt durch das objektive Interesse der Weltführer, die Rückständigkeit der restlichen Welt zu konservieren, weil sie als Wohlstandsbasis für das sich globalisierende System gebraucht wird.

Die politischen und ökonomischen Prozesse entfalten sich in einem immer stärkeren Maße im Rahmen des virtuellen politischen Informationsraumes mit dessen Informationsflüssen, Finanzen, Machtentscheidungen, symbolischen Ressourcen und symbolischem Wissen. Die Weiterentwicklung der postindustriellen Wirtschaft des Westens verwandelt sie und die ganze Welt in zunehmendem Maße in postproduktive und Postlabour-Gesellschaften.

In der Welt formiert sich ein neuer Typ abhängiger Entwicklung, geprägt nicht so stark durch die Ressourcenabhängigkeit, an der gerade der Westen hätte leiden können, und nicht durch die finanzielle Abhängigkeit, die im Hinblick auf das Problem der Außenschulden oder mangelnden Investitionen etwa für Russland bedeutsam ist. Den höchsten Stellenwert erlangt die informationsmäßige und technologische Abhängigkeit, die mit der Schaffung einer neuen Entwicklungsqualität zu tun hat.

Die Abhängigkeit der Entwicklung kommt auch noch darin zum Ausdruck, dass nur der Westen über Ressourcen verfügt, um de facto bestimmten Ländern zu erlauben oder nicht zu erlauben, sie aufzuholen sowie mit der postindustriellen Welt zusammenzuwirken. Dies äußert sich sowohl in der Zustimmung zu Technologie-Exporten als auch in den Investitionen. Eine solche Aktienmehrheit zur Beeinflussung der Entwicklung anderer Staaten bewirkt mehr als direkte Kontrolle.

Aber auch damit sind noch nicht alle Probleme in der Entwicklung postindustrieller Gesellschaften aufgezählt. Würde sich das Ganze nur auf die Schaffung einer neu-

en Basis und einer neuen Technologie für die Überlegenheit der westlichen Zivilisation beschränken, so könnten wir meinen, es handle sich um die Reproduktion auf einer neuen Stufe des gesamten Komplexes alter Probleme bei der wirtschaftlichen Entwicklung der Zivilisation, auch wenn dort manche neue — allerdings schwache — Möglichkeiten entstehen, um im Laufe der Zeit bei entsprechendem Willen die bisherigen Schwierigkeiten zu überwinden.

Das wichtigste und entscheidende Instrument zur Normalisierung der globalen Situation muss gerade der Einsatz von Technologien sein, um zu versuchen, den Teufelskreis der jetzigen Entwicklungstrends zu durchbrechen. Schließlich haben in der Weltgeschichte solche Systemkrisen schon immer gerade die technologische Intensivierung hervorgebracht und wurden durch sie überwunden. Der so romantische und ebenso unrealistische Vorschlag, die Entwicklung einzuschränken und nach dem Vorbild der ursprünglichen Natur eine „neue Archaik“ zu schaffen, mutet wie eine Utopie an.

Andererseits wird für die Überwindung der Entwicklungssackgassen durch einen neuen technologischen Durchbruch ein völlig anderes Bewusstsein erforderlich sein, und es wird äußerst schwierig sein, etwaige Gruppen, die der Versuchung unterliegen würden, um der Dominanz und der weltweiten Macht über die Menschheit willen auf die Selbsteinschränkung zu verzichten, unter Kontrolle zu halten. Dabei stellt sich gerade heraus, dass das Voranschreiten des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und die Transformation der grundsätzlichen Grundlagen der Wirtschaftsorganisation unter den Verhältnissen des Postindustrialismus eine ganze Reihe von neuen, überaus gefährlichen Prozessen hervorbringen. Die „Zukunftstechnologien“, die wir uns bereits heute vorstellen können und die sich im Prinzip als eine Lösung für die demographischen, ökologischen und sozialen Probleme anbieten, vermögen sowohl die Lebenshorizonte zu erweitern als auch die Frage

der Menschheitsvernichtung nicht einfach in die praktische, sondern in die absolut aktuelle Ebene zu überführen.

Bill Joy — Mitgründer und Spitzenforscher der Firma SUN Microsystems, ein großer Experte in den Nanotechnologien* — hat in seinem Artikel folgenden überraschenden und offen gesagt schockierenden Gedanken geäußert. Er schrieb, wenn das 20. Jahrhundert ein Jahrhundert der Massenvernichtungswaffen gewesen sei (mit denen zu koexistieren die Menschheit einigermaßen gelernt hat), so habe nunmehr ein Jahrhundert des *Massenvernichtungswissens*** begonnen.

Für den Bau einer Atombombe braucht man doch einen immensen Aufwand an Finanzen, Rohstoffen etc., wie ihn sich im 20. Jahrhundert nur wenige mächtigste Staaten leisten konnten. Dementsprechend stand der Einsatz solcher Waffen und alles, was damit zusammenhing (wissenschaftliche und technische Dokumentation, Tests etc.) unter strikter Kontrolle des Staates und wurde Gegenstand der Abkommen zwischen zurechnungsfähigen Regierungen, die sich ihrer Verantwortung gegenüber den eigenen Völkern und der Menschheit insgesamt bewusst waren.

Die Entwicklung von Nanotechnologien sowie von Gen- und Robotertechnik bringt hingegen neben gewaltigen Wohltaten für die Gesellschaft auch neue Mittel zur gegenseitigen Vernichtung mit sich, die nicht weniger traumatisch, dafür aber unvergleichbar preiswerter sind. Diese Mittel entziehen sich bereits der staatlichen Kontrolle und werden ausreichend vermögenden Unternehmen und künftig auch kleineren Einzelgruppen zugänglich.

* Nanometer — ein Milliardstel Meter; eine mit Atomen und einfachen Molekülen vergleichbare Größe. Die Elemente dieser Größe gestatten es, die Informationen mit einer Dichte 1 bit pro Molekül zu speichern. Die Rechanlagen bekommen damit einen praktisch unbeschränkten Speicher und eine Schnelligkeit, die nur durch die Zeit begrenzt ist, die ein Signal braucht, um das Gerät zu passieren.

** Siehe: *Joy B. Why the future doesn't need us // Wired, 2000, April.*

Die Entwicklung der globalen virtuellen Geldwirtschaft und neuer Technologien — miteinander gekoppelt — ermöglichen eine erneute Demoralisierung der wirtschaftlichen Aktivitäten, eine beschleunigte, globale Entwicklung von Schattenwirtschaft, krimineller Wirtschaft und Angstwirtschaft. Die raffinierten Methoden des politischen Terrorismus machen auch die Unverwundbarkeit von Kernkraftwerken, chemischen Produktionsanlagen und Militärlagern problematisch; in der nahen Zukunft werden wohl diverse atomare „Minibomben“ und sonstige originelle Bescherungen zur Realität.

Man rechnet damit, dass bis 2030 die Leistung der Computer verglichen mit dem Jahr 2000 um ein Millionenfaches ansteigen und die Abhängigkeit sämtlicher sozialer Prozesse von den Informationssystemen so eine Tiefe erreichen kann, dass die „virtuelle“ Zerstörung dieser Prozesse einer Atrophie des gesamten sozialen Geschehens gleichkommen würde. Aber das wäre noch nicht das Schlimmste. Supercomputer machen es heute bereits möglich, Nanoviren zu erzeugen (keine virtuellen, sondern durchaus materieller Art), die imstande sind, nach der Laune des Programmierers selektiv Menschen mit vorgegebenen genotypischen Besonderheiten zu treffen.

Das Allerschrecklichste besteht jedoch darin, dass die Herstellung solcher Waffen recht billig und zugänglich wird, und deren Kontrolle weder für den Staat, noch für kommerzielle Unternehmen möglich sein wird: Sie kann somit für kleine Gruppen von computergebildeten Amokläufern real werden.

Joy schließt nicht aus, dass sich die Nanoviren wegen eines durchaus möglichen Fehlers der menschlichen Kontrolle gänzlich entziehen können. Dann wären sie imstande, da sie viel kleiner, effizienter und aggressiver als die Lebewesen sind, in wenigen Tagen ausnahmslos alle Proteinmoleküle auf der Erde zu zerstören ...

Die technologische Weiterentwicklung provoziert auch eine ganze Reihe ökologischer und weltanschaulicher Probleme. Zum Beispiel ist die Lösung des globalen Ernährungsproblems incl. die Nahrungsmittel-Versorgung der weiter zunehmenden Weltbevölkerung im Rahmen der herkömmlichen Landwirtschaft unmöglich. Das Problem lässt sich generell nur mit Hilfe von Gentechnik lösen, indem man genveränderte Nahrungsmittel erzeugt. Ähnlich kann das Problem der Sicherung von Gesundheit und Lebensqualität angesichts der schlechter werdenden Umwelt grundsätzlich nur mit Hilfe der Technologien des medizinischen Klonens von Organen gelöst werden. Auf diesem Wege oder auf den Wegen einer Weiterentwicklung von virtuellen und Informationstechnologien wird auch die Frage nach der faktischen Unsterblichkeit von Individuen sehr bald Realität werden. Man braucht kein Prophet zu sein, um anzunehmen, dass die Möglichkeit der Unsterblichkeit bzw. einer endlosen Lebensverlängerung für einzelne Menschen sofort zum neuen Faktor für die soziale und rassenmäßige Differenzierung der Menschheit werden wird.

Ganz offenbar sind das alles völlig beispiellose Bedrohungen, wobei die Menschheit in ihrer bisherigen historischen Erfahrung keine kulturellen Regulierungsmechanismen — „Schutzsysteme gegen Idioten“ — entwickeln konnte, die diesen Bedrohungen adäquat wären. Offenkundig sind die Folgewirkungen einer breiten Anwendung solcher Technologien sowie der Entwicklung dieser Technologien noch nicht voll erkannt.

2. DIE UNTERBROCHENE GLOBALISIERUNG?

Je mehr wir über die Einschränkungen der modernen Wirtschaftsentwicklung reden, desto offensichtlicher wird, dass all diese Einschränkungen so oder anders damit zusammenhängen, dass die Welt wegen der totalen Erschließung des irdischen Raumes mit sich selber in Konflikt geraten ist. So oder anders, aber gerade hier setzt die Globalisierung an, d.h. die Versuche, von einer extensiven Erschließung der Welt mit einer schrittweisen Ausdehnung des zivilisatorischen Raumes zu deren intensiven Nutzung überzugehen, wo die Möglichkeiten zur Lösung von Problemen zulasten der neuen bisher unerschlossenen Territorien und Ressourcen immer mehr aufgezehrt werden. Die Idee der „Wachstumsgrenze“ erweist sich lediglich als Einzelfall der „Grenzen der Welt selbst“, der physischen Beschränktheit des Erdballs.

Die Globalisierung ist vor allem mit der Wirtschaftsentwicklung und der Herausbildung des Systems der internationalen Beziehungen verbunden. Auf der Grundlage dieses Prozesses erfolgt jedoch auch eine Globalisierung der politischen, sozialen und kulturellen Organisation der Menschheit. Der Inhalt dieser Prozesse besitzt eine eigene Logik und Dynamik. Darin lassen sich auch neue Probleme der postmodernen Welt erkennen sowie möglicherweise auch jene Ressourcen, die der modernen — vorwiegend ökonomisch geprägten — Globalisierung zur Überwindung der Entwicklungssackgassen fehlen.

Dabei müssen wir allerdings sehen, dass gerade der Widerstand im Bereich der Globalisierung und Vereinheitlichung von sozialen, politischen und kulturellen Strukturen viel ausgeprägter und intensiver ist als ein ähnlicher Widerstand in der Wirtschaft oder im System der militärpolitischen internationalen Beziehungen. Deshalb erwarten wir gerade hier, und wir beobachten das

tatsächlich, Anzeichen einer Reaktion auf den Globalisierungstrend in der Weltentwicklung. Sie sind mit dem wachsenden Selbstbewusstsein verschiedener Gesellschaften und Kulturen sowie mit deren Anspruch auf Selbstständigkeit und eigene Sicht der eigenen Entwicklungsaussichten, aber auch der Aussichten der globalen Evolution verbunden.

So entsteht die globale einheitliche Welt, wo sich die Idee als Ressource für stärkere Universalisierung der Entwicklung nicht mehr allein in der Wirtschaft, sondern auch in anderen Bereichen mit dem Trend zur globalen Konkurrenz verschiedener Gesellschaften um ihre Zukunft und um das Recht, die eigene Zukunft zu bestimmen, verbindet. Der Globalisierungsprozess wird durch neue Zivilisationsspaltungen ergänzt, die vermutlich in dem Maße zunehmen werden, wie die Grenzen der Welt von uns immer deutlicher und klarer wahrgenommen werden.

Globalisierung und Westernisierung: 2.1. vereinte Welt oder „Privatisierung der Zukunft“?

In der gesamten Entwicklung des heutigen Westens erkennt man eine große Versuchung der „zivilisierten Menschheit“, zu einer Strategie des Fortschritts nur für sich selbst überzugehen, „die Zukunft zu privatisieren“. Die „zivilisierte Welt“ balanciert seit langem zwischen den wachsenden eigenen Ambitionen und Bedürfnissen einerseits sowie der Selbsterhaltung andererseits. Durch das Wachstum des Wohlergehens und der technologischen Macht des Westens entsteht die Illusion einer Allmächtigkeit, weil die Einsicht, dass einer derartigen Entwicklung

Grenzen gesetzt sind und sie gefährlich ist, aus dem aktuellen alltäglichen Bewusstsein des westlichen einfachen Bürgers und der regierenden Eliten verdrängt wird.

Dies war nicht nur den Ländern des Westens, sondern auch der kommunistischen Welt eigen. Letztendlich hatte die kommunistische Idee bei all ihrer oppositionellen Haltung gegenüber der modernen westlichen Zivilisation eine westliche Herkunft und war durch diesen „Binnen“-Charakter verständlich. Der Kommunismus verkündete die Werte des Fortschritts sogar noch konsequenter als die westliche Welt. Im Grunde unterscheidet sich die kommunistische Utopie vom „Reich Gottes auf Erden“ kaum von der Idee der „Goldenen Milliarde“. Es ist also generell vor allem ein Konflikt innerhalb der westlichen Welt gewesen, deren interne Entscheidung zugunsten einer Variante der „Auserwähltheit“.

Nachdem der Zusammenbruch der „zweiten Welt“ — der kommunistischen Alternative — uneingeschränkte Dominanz-Möglichkeiten für den Westen eröffnet hat, offenbarte sich das System der weltweiten Konflikte noch deutlicher und krasser in den Konflikten um Ressourcen sowie um das Überleben im Rahmen des allgemeinen Prozesses der „globalistischen Expansion“. Mit dem Verlust des globalen Rivalen UdSSR, der die Kontrolle über die ganze Welt sowie die Einbeziehung der gesamten Menschheit in seinen Machtbereich für sich beanspruchte, verlor der Westen zugleich die Motivation und Notwendigkeit, die „Errettung“ der ganzen Welt für sich zu beanspruchen, und konzentrierte sich nunmehr auf den Aufbau einer Zukunft für sich allein.

Die jetzige Etappe der Globalisierungsprozesse entfaltet sich in einer Zeit, wo im System der internationalen Beziehungen ein Staat — die USA — alle anderen einschließlich der ihm unmittelbar folgenden Konkurrenten, Freunde und Rivalen weit hinter sich gelassen hat. Dabei hat er sie gleich in den gesamten Kennziffern weit überholt, die heute die

Leistungskraft und die Entwicklungsqualität eines Landes bestimmen: im wirtschaftlichen und militärischen Potential, in den finanziellen Ressourcen und Potenzen, im Stand von Wissenschaft und Technik und in vielem anderen.

Aber auch die westliche Welt insgesamt hat heutzutage in ähnlicher Weise den Rest der Menschheit deutlich überholt.

Diese unbestrittene Tatsache lässt zwangsläufig die Frage aufkommen: Kann es nicht passieren, dass die Globalisierung in dieser Situation zur neuesten Auflage des Neokolonialismus wird, diesmal des amerikanischen? Es geht nicht einmal darum, ob die westlichen Länder selbst so eine Entwicklung wollen oder nicht (dort gibt es sowohl Kräfte, die für eine solche Entwicklung plädieren, als auch solche, die die potentiellen Gefahren eines derartigen Gangs der Ereignisse erkennen). Wohin wird objektiv der „resultierende“ Trend der globalen Wandlungen in den nächsten Jahrzehnten unter der Einwirkung dieses Faktors gerichtet sein, und wie wird er verlaufen?

Denn an sich hat die neue westliche Strategie der „Abwälzung“ von weltweiten Aufgaben, der „Einpuppung“ und „Privatisierung der Zukunft“ zu einer gefährlichen Verdünnung des Raumes von globalen Weltordnungs-Projekten geführt. Die „übrige Welt“ ist nunmehr auf sich selbst angewiesen, hat allerdings vom Westen das Angebot bekommen, eine interne Konkurrenz um das Recht auszutragen, sich der „Goldenen Milliarde“ anzuschließen.

Die von S. Huntington zu Beginn der 90-er Jahre des vorigen Jahrhunderts verkündete Doktrin des „Zusammenpralls von Zivilisationen“ ist heute „ein Wort der Vergangenheit“, weil darin das Hauptpostulat des westlichen Selbstbewusstseins — die Vorstellung über die Nichtgleichwertigkeit verschiedener Zivilisationssysteme sowie die eigentliche Identifizierung der westlichen Welt in deren Opposition zu anderen soziokulturellen Plattformen — wie ein Augapfel gehütet wird. Somit stellt dieser Ansatz insgesamt lediglich eine Variation zum Thema der progressistischen

Doktrin vom „Ende der Geschichte“ dar, wo dieses Ende aufgeschoben, jedoch nicht aufgehoben wird, und wo der Westen die modernste Zivilisation bleibt, die bereits heute die Zukunft der Welt verkörpert.

Ein solcher Ansatz ist ein krasses Beispiel dafür, wie die Tagesordnung von gestern oder gar vorgestern auf einmal als zeitgemäß präsentiert wird, die realen Probleme der Gegenwart und der Zukunft aber ignoriert werden.

Man fragt sich allerdings, ob der Westen genug Gründe hat, sich zum Flaggschiff der weltweiten Zivilisation zu erklären? Erst vor kurzem wurde ja für die meisten europäischen und amerikanischen Intellektuellen gerade das Gegenteil offensichtlich: Die westliche Zivilisation steckt in einer tiefen Krise und steht kurz vor der Wende. Hier nur eine der zahlreichen Krankheitsdiagnosen: „Die Krise erfasst zur gleichen Zeit beinahe die ganze westliche Kultur und Gesellschaft, alle ihre wichtigsten Institute. Es ist eine Krise von Kunst und Wissenschaft, Philosophie und Religion, Recht und Moral, Lebensweise und Sitten. Es ist eine Krise der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Organisationsformen, einschließlich der Form von Ehe und Familie. Kurz gesagt, es ist eine Krise beinahe des gesamten Lebens, der Denkweise und des Verhaltens, die der westlichen Gesellschaft wesenseigen sind. Genauer gesagt äußert sich diese Krise im Zerfall der grundlegenden Formen der westlichen Kultur und Gesellschaft der letzten vier Jahrhunderte.“

Diese Worte stammen nicht von einem Kommunisten, sondern vom prominenten amerikanischen Philosophen und Soziologen Pitirim Sorokin. Darauf hinzuweisen, dass er mit dieser Sicht der Dinge nicht allein dasteht, wäre zu wenig: Im Laufe des gesamten 20. Jahrhunderts haben wir gerade von westlichen Denkern über die Sackgassen erfahren, in die die neueuropäische Zivilisation hineingeraten ist.

Seit kurzem ist auch offensichtlich, dass selbst die Ideen von Entwicklung und Fortschritt, auf denen die westliche Zivilisation beruht, in einer tiefen Krise stecken. Sie werden

nicht mit jenem wert- und sinnmäßigen Abgrund fertig, der die kontinuierliche technologische Entwicklung, das Wachstum der Weltbevölkerung und der Mittel zur Erschließung der Welt auf der einen Seite und die Endlichkeit der irdischen Ressourcen, die Mißverhältnisse in der Entwicklung, die zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich auf der anderen Seite immer mehr auseinander driften lässt.

Nicht mehr diskutiert werden auch die allergischen Probleme der „Konsumgesellschaft“. Die Diskussionen und Forschungen über das erschreckende Vakuum der lebenssinnbezogenen Wertvorstellungen sowie über das Illusorische der konsumorientierten Existenz u. dgl. — ich verzichte auf die Aufzählung — sind rätselhafterweise alle verschwunden. Dabei haben die von diesen Erscheinungen hervorgebrachten Konflikte und Probleme nur wenig Ähnlichkeit mit dem „Ende der Geschichte“. Wie kann ein Modell für die ganze Welt als Imperativ gelten, wenn es selber grundlegende Änderungen und Korrekturen braucht?

Auf ebenso rätselhafte Weise sind auch die humanitären Spitzenleistungen des westlichen Denkens in Vergessenheit geraten. Im Laufe von reichlich hundert Jahren hat man harte Arbeit geleistet, um das eurozentristische Weltbild zu überwinden. Gemeint ist die alte, noch aus dem Mittelalter übernommene weltanschauliche Orientierung, die den anderen Zivilisationen Rechte absprach, weil sie die Frage nach dem Sinn des menschlichen Daseins anders beantworten. Die Universalien der Aufklärung, der Rationalismus der evolutionistischen, erneuernden Ideen — alles wurde in den Werken von Schriftstellern, Philosophen und Wissenschaftlern sorgfältig analysiert und aufgearbeitet. Sie zeigten darin, dass die technologische, militärische und finanzielle Macht der westlichen Länder als auch der gemüthliche Komfort der alltäglichen Existenz die Erschöpfung der fundamentalen Grundlagen der neuuropäischen Zivilisation verdecken. Es schien, als ob man jetzt nicht umhin könne, die eigentlichen Grundlagen des westzenti-

stischen Modells zu revidieren. Plötzlich aber — nachdem Hunderte Bücher darüber geschrieben worden sind und noch mehr darüber geredet worden war — erwacht der Westzentrismus wie der Leichnam in einem Thriller zu neuem Leben. Das politische Establishment ist auf einmal davon überzeugt, das es das einzig richtige Geheimnis der Weltordnung besitzt.

Das traurigste Schicksal ist allerdings der größten Errungenschaft des Humanismus — der Vorstellung über die Einheit der Menschheit und die Gleichheit der Menschen in ihren Rechte — widerfahren. Natürlich ist es nur ein Postulat gewesen, wurde aber seltsamerweise eingehalten. Die Industrienationen hielten es für ihre obligatorische Pflicht, für die Schwachen zu sorgen — einfach deshalb, weil alle Menschen sind. Man hat auch für die Armen, Analphabeten und Hungrigen gesorgt. Es hieß, man müsse sie an das Niveau der Entwickelten heranführen, ihnen helfen, damit auch sie gedeihen. Man hat auch versucht, das eine oder andere zu tun. Wieviel Zeit und Mittel wurden dafür ausgegeben! Wie viele Bände Resolutionen und Verträge wurden abgefasst! Wie viele wissenschaftliche Forschungen wurden finanziert! Und was ist dabei herausgekommen? Entweder beschränkte sich das Ganze auf eine gutherzigen Rhetorik oder wurde bürokratisch verkrustet. Es gibt kein Verantwortungsgefühl mehr für die Schwachen und Hungrigen: Gewissermaßen sei da alles angeblich tiptopp, es sei deren eigene Wahl und eigene Schuld. Deshalb könnte man die Hilfe für die nichtwestlichen Länder auf ein Minimum reduzieren und diese Hilfe nur dann gewähren, wenn ihr Ausbleiben zu direkten Gefahren für die Interessen des Westens führen könnte.

Die Welt, die noch vor kurzem humanistisch und einheitlich gewesen ist, wird auf einmal nach dem strategischen Prinzip aufgeteilt: in jene, die zum Interessenbereich der westlichen Länder gehört, und in jene, die nicht dazu gehört, nicht gebraucht wird und — vor allen Dingen —

keine Gefahr darstellt. Um Letztere kümmert man sich üblicherweise gar nicht.

Zudem steckt der Westen heute in der Falle seiner eigenen progressistischen Strategie für die „Unsrigen“, und seines Zukunftsprojektes für die „Goldene Milliarde“. War früher, in der industriellen Epoche, die Einbindung der anderen Gesellschaften in den Kreis des westlichen ökonomischen, sozialen und politischen Modells für die Entwicklung der westlichen Welt selbst nötig, so ist es heute angesichts der Entwicklungsbesonderheiten der postindustriellen Wirtschaft und Sozialordnung so, dass eine derartige Einbindung einerseits zusätzliche interne Probleme für die westlichen Gesellschaften mit sich bringt und andererseits vom Standpunkt der Entwicklungsperspektiven des Westens nicht dringend erforderlich ist.

Da aber „die Natur keine Leere duldet“, wurde die globale Alternative der „Goldenen Milliarde“ recht schnell durch eine neue abgelöst. So zeugt zum Beispiel das Entstehen der islamischen Internationale, die die heute für viele Millionen Menschen attraktive These der „islamischen Globalisierung“ als Gegengewicht zur „scheidenden christlichen Welt“ lanciert, mit aller Deutlichkeit davon, dass die Idee der „Privatisierung der Zukunft“ nicht nur für den Westen, sondern auch für seine Gegner überaus attraktiv ist.

Ihre Gedankenlogik ist einfach: „Falls die Ressourcen des Planeten sowieso beschränkt sind und das Überleben nicht allen gegönnt ist, warum soll es dann die westliche Zivilisation sein und nicht wir?“ Dabei werden die Versuche, die Priorität der Interessen des Westens damit zu rechtfertigen, dass die moderne Zivilisation selbst, der wissenschaftlich-technische Fortschritt und sämtliche Errungenschaften dieser Welt vorwiegend durch den Westen geschaffen worden sind, kein Verständnis finden.

Erstens erheben die Gegner der „zivilisierten Welt“ den Anspruch darauf, im Namen der absoluten Mehrheit der Menschheit zu sprechen, und zwar der „unterdrückten

Mehrheit“. Zweitens begegnet man den Hinweisen des Westens auf dessen geistige und technologische Vorreiterrolle, die den Fortschritt der Menschheit gewährleistet habe, gewöhnlich mit den Behauptungen, dass gerade „der Weggang von der Natur“, „die Überheblichkeit des Wissens“ und „der wissenschaftlich-technische Fortschritt als Ausgeburt des Teufels“ zu den globalen Menschheitsproblemen geführt hätten. Deswegen — so die Logik der Gegner der westlichen Welt — sollen der Verzicht auf den Fortschritt, der Rücktritt vom Ruder der Geschichte durch dessen Führer sowie die Rückkehr zur Natur und zur gottesfürchtigen Tradition der Weg zum Überleben der Welt sein. Doch wenn die Zivilisationen, die sich von jener unterscheiden, die heute den Hegemonieanspruch erhebt, weder aufgeben noch sich anpassen oder von ihrem Weg abbiegen wollen, so hindert bei einener solchen ideologischen Orientierung die „Fortschrittlichen und Zivilisierten“ nichts daran, die Rückständigen und Uneinsichtigen zu bestrafen. Das heißt, zumindest die Militarisierung auszuweiten, das Wuchern von Geheimdiensten sowie die Entwicklung und Anhäufung verschiedenster Waffenarsenale zu fördern.

Der Fundamentalismus der „westlichen Auserwähltheit“ trifft hier letztendlich auf einen ebensolchen Fundamentalismus seiner Gegner. Und in diesem Streit wird es wohl keine Sieger geben, weil in einer bestimmten Phase das Bestreben die Oberhand gewinnen wird, den anderen nicht siegen zu lassen.

Somit droht die prophezeite Epoche des „Zusammenpralls der Zivilisationen“ sich in ein „*neues Mittelalter*“ zu verwandeln, wo alle gegen alle kämpfen, um einander zu vernichten. Umso mehr, als dass der heutige Stand der technologischen Entwicklung diese totale gegenseitige Vernichtung viel realer und wahrscheinlicher macht als irgendeine Vermutung über die Überlebenschancen der Welt. Die totale Selbstvernichtung der Welt wird dann nur eine Frage der Zeit sein, die gar nicht so weit entfernt liegt.

2.2. Geopolitik und „Geoökonomik“ der Neuen Welt

Das Problem der Globalisierung besteht in der Art und Weise, wie sie heute die Welt vereint und wandelt, indem sie vorwiegend mit dem Prozess der Errichtung einer weltweiten Dominanz des Westens verbunden ist. Ein so gearteter Globalisierungsprozess ist aus historischer Sicht nichts weiter als eine situative und durch eine bestimmte Auswahl an Charakteristika der modernen Welt gewährleistete Situation. Es stimmt, dass dieser Prozess heute erhitzte Diskussionen und sogar eine politische und soziale Konfrontation auslöst. Jedoch wird das eigentliche Zusammenwachsen der Welt, deren Komprimierung und Kontraktion zu einem einheitlichen wechselseitig abhängigen System durch den derzeitigen Vektor bei der Entwicklung von Globalisierungsprozessen keineswegs aufgehoben. Dieser Vorgang verläuft absolut objektiv und kann durch unsere Bemühungen unmöglich gestoppt werden.

Wenn wir davon sprechen, dass die jetzige Globalisierung vor allem die Dominanz der westlichen Welt beinhaltet, müssen wir begreifen, dass das nicht bloß der konkrete historische Ausdruck des Globalisierungsprozesses ist, sondern auch die Struktur zur Steuerung des Globalisierungsprozesses, die in einer neuen Geopolitik der modernen Welt zum Ausdruck kommt.

Die moderne Welt ist eine werdende Neue Welt, in der sich bereits Inseln einer neuen Struktur abzeichnen, die sich zu einer grundsätzlich neuen politischen Weltkarte zusammenfügt oder diese gänzlich ablehnen wird, weil es angesichts der neuen Konfiguration in der Welt sinnlos ist, die territorialen Verwaltungs- und Staatsgrenzen zu markieren.

Die Welt von heute ist weder monopolar noch multipolar. Dies ist eine Welt mit unbestimmt vielen Polen, wobei weder deren genaue Anzahl noch deren Beschaffenheit, weder deren Organisation noch deren Qualität, Stabilität oder Ziele genau bekannt sind. Ebenso ist ungewiss, wie sie sich verhalten und ob sie in verschiedenen Situationen berechenbar sein werden.

Diese Situation widerspiegelt den globalen Trend, der mit der Krise des klassischen Modells des Staates und der Herausbildung neuer Methoden der Selbstorganisation und Strukturierung der sozialen und politischen Welt zusammenhängt.

Heute setzt sich immer stärker die Vorstellung über die Formierung einer globalen „Geoökonomik“ durch. Dieser Ansatz widerspiegelt gerade den Trend, der mit der vorrangigen Formierung der globalen wirtschaftlichen Einheit der Welt und mit der maßgeblichen Bedeutung dieser Faktoren bei der weiteren Transformation der Menschheit verbunden ist.

Die globale Geoökonomik präsentiert sich uns als ein neues System zur Gestaltung der Weltordnung, verbunden mit der globalen Spezialisierung und Arbeitsteilung zwischen verschiedenen Weltregionen, mit der Verstärkung der regulierenden und lenkenden Rolle nicht nur der multinationalen Großunternehmen (Multis), sondern auch der von uns bereits erwähnten virtuellen Finanzwirtschaft. Diese geökonomischen Beziehungen entwickeln sich parallel zu den nationalstaatlichen Beziehungen und bauen ein paralleles System der Weltordnung auf, das die Staaten auf jeden Fall beachten müssen und in dem sie sich positionieren.

Die Multis haben ihre beinahe gänzliche Unabhängigkeit von den Nationalstaaten offenbart. Die Behörden sind oft einfach machtlos gegenüber den Vertretern des internationalen Kapitals, die keine Inspektionen zulassen, die Gelder mit Lichtgeschwindigkeit transferieren, Investitionen

in verschiedenen Teilen der Welt tätigen und Einnahmen in den steuerfreien Zonen — außerhalb des Zugriffs der Staaten — verstecken.

Es existieren quasi zwei Parallelwelten. In der ersten gibt es Staaten, Grenzen und internationale Verpflichtungen, in der zweiten gibt es nichts dergleichen. In der einen gelten Verfassungen und Gesetze, das Prinzip der Machtteilung. In der anderen gelten nur die Regeln des freien Spiels der Kapitale, das eher einem Spiel ohne Regeln gleicht. Beide Welten bestehen auf demselben Raum und sind oft durch ein und dieselben Menschen vertreten.

Die eine Welt ist relativ stabil: Hier werden die Entscheidungen vorerst bürokratisch bearbeitet, sie werden publiziert, kontrolliert etc. Die andere Welt ist flüchtig und geheimnisvoll: Hier agiert man unter Decknamen, oft virtuell, indem man wie aus dem Nichts auftaucht und ebenso schnell wieder im Nichts verschwindet.

In der ersten Welt leben wir alle. Sie ist verständlich und sichtbar. Mehr noch, diese Welt scheint extra für das Sehen und Verstehen ausgelegt zu sein, um uns Bilder zu liefern, in denen wir uns das Leben gedanklich vorstellen.

Die zweite Welt ist versteckt und unvorstellbar. Hier geschieht alles insgeheim, quasi unter dem Teppich, im Trüben. Uns sind jene Gesetze, nach denen sie aufgebaut ist, unbekannt, sie ist für unsere Wahrnehmung ungeeignet. Sie ist eine Welt der Pseudonyme. Eine Welt, wo der „Schutz von liberalen Werten“ ebenso ein Fetisch ist wie der Heilige Krieg, von dem die Talibanlehrer geredet haben, bis sich das Blatt gewendet hat, und am globalen Markt der „Aktienkurs“ des islamischen Fundamentalismus gefallen ist.

Dabei stellt es sich heraus, dass die globale Geoökonomie hierarchisch aufgebaut ist; darin lassen sich führende und rückständige Sektoren ausgliedern, die zudem mit bestimmten Ländern der Welt und zwischenstaatlichen Koali-

tionen aufs engste verbunden sind. So sind zum Beispiel heute die USA und der Westen insgesamt Inhaber der Aktienmehrheit von finanziellen, infrastrukturellen und High-tech-orientierten super(post)industriellen Sektoren der globalen Wirtschaft, während sich der Asien-Pazifik-Raum nach und nach in eine weltweite Fabrik, in ein neues Weltindustriezentrum verwandelt. In den unteren Etagen ist die Rohstoffwelt angesiedelt, mit der Russland leider immer enger zusammenrückt.

Die objektive Entwicklungslogik der globalen Wirtschaft besteht somit in der Konkurrenz verschiedener Staaten, Regionen, Unternehmen und „Piraten“ globaler Finanzen um das Vorherrschen auf den wichtigsten und einträglichsten hierarchischen Ebenen dieser Pyramide.

Das Informationszeitalter hat zugleich die echte Globalisierung gewährleistet, indem ein einheitliches Informations- und Kommunikations-Universum aufgebaut sowie der Übergang zum globalen Echtzeit-Management — grenzunabhängig und grenzüberschreitend — ermöglicht wurde.

Die Ausbreitung von Informationsnetzen, wie das Internet, die leichte Zugänglichkeit und Billigkeit der Kommunikation zwischen den Individuen unabhängig von ihrem Aufenthaltsort beseitigen die gewisse Abhängigkeit zwischen der Intensität von Kontakten und der geographischen Ansiedlungsdichte (ähnlich wie die totale Telefonanbindung einer Großstadt unseren Bekanntenkreis vom Wohnbezirk weitgehend unabhängig gemacht hat). Dies allein kann bereits zu einem mächtigen Faktor werden, der die Sphäre der menschlichen Kontakte von geopolitischen und ideologischen Einschränkungen befreit. Diese Tendenz wird ergänzt durch die Weiterentwicklung, Vervollkommung und Verbilligung der Verkehrsmittel sowie durch die Lockerung der Grenzschränken.

Zugleich verschiebt sich die wertmäßige Warenqualität immer mehr vom Material- und Energiewert zum Informa-

tionsgehalt. Mit anderen Worten, ein immer größerer Wertanteil eines Produktes entfällt auf dessen Informationskomponente, und dies wirkt sich zwangsläufig auf den Inhalt der Tätigkeit von Zoll- und Grenzstellen aus: Die Funktionen der staatlichen Behörden werden sich nach und nach aus dem Bereich des geographischen Raumes in den „virtuellen“ Informationsraum verlagern.

Somit büßt der physische Raum der Welt immer mehr seine grundlegende Rolle ein und delegiert seine Funktionen an den weltweiten politischen Informationsraum des globalen Managements. Der politische Prozess spielt sich bereits nicht so sehr im physischen Raum der Territorien und des Territorialbesitzes ab, als vielmehr im Rahmen des virtuellen Raumes mit dessen Informations- und Finanzströmen, Machtentscheidungen, symbolischen Ressourcen und Kenntnissen. In diesem Sinne kontrollieren heute viele Staaten der Welt nicht einmal mehr ihr nationales Territorium, ganz zu schweigen von ihrer Fähigkeit, die Prozesse in anderen Weltregionen prinzipiell zu beeinflussen, d.h. Entscheidungen anzuregen und Prozesse zu unterstützen, die hinsichtlich ihrer Erscheinungsformen und Folgen von globaler Bedeutung und Beschaffenheit sind.

2.3. „Nach dem Staat“: die Krise des klassischen Staatsmodells und das System der eingeschränkten Souveränität

Ein relevanter Entwicklungstrend der modernen Welt wird somit die Zerstörung des Prinzips der nationalen Souveränität, das dem nationalstaatlichen System zugrunde liegt. Schon heute kann man mit großer Sicherheit sagen, dass nur wenige Staaten dieser Welt über eine voll-

wertige Souveränität verfügen. Darunter können wir mit Sicherheit die USA, China, Indien und Russland nennen. Und weiter? Selbst in Bezug auf die Schlüsselstaaten der Europäischen Union kommen bereits Zweifel auf.

Im neuen Jahrhundert findet sich kein Platz mehr für das Prinzip der Unerschütterlichkeit und Unbeschränktheit der staatlichen Souveränität, wie wir es in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gekannt haben.

In der Zukunft wird sich die nationalstaatliche Struktur der Welt transformieren. Dies kann durch eine Art neuen Kolonialismus — durch die Einverleibung schwächerer Staaten durch stärkere — geschehen, oder aber — was noch wahrscheinlicher ist — wir erleben den Aufbau von globalen Superföderationen nach dem Vorbild der Europäischen Union. Vermutlich werden sich beide Ansätze im System der globalen Geoökonomik irgendwie miteinander verbinden — bezogen auf die jeweiligen Ländergruppen mit einem unterschiedlichen oder gleichen Entwicklungsniveau.

Die eingeschränkte und selektive Legitimität der Staaten im neuen Gefüge der internationalen Beziehungen widerspiegelt den Trend, dass der Staat seinen Status als wichtigstes und systembildendes Subjekt der internationalen Beziehungen einbüßt, und zugleich auch den Trend, dass sich eine neuartige Konfiguration der globalen Macht herausbildet, die mit dem postindustriellen Areal verbunden ist, das eine hochtechnologische Macht besitzt, die es ihm gestattet, die Legitimität des einen oder anderen Staates in Frage zu stellen, aber auch dessen informationelle, symbolische, ökonomische und gewaltsame Beseitigung herbeizuführen.

Im Zeitalter des „postklassischen Staates“ gewinnt die horizontale Selbstorganisation und das Zusammenwirken von lokalen Gemeinschaften, die nach verschiedenen Kriterien und Merkmalen errichtet werden, zunehmende Bedeutung. Die traditionelle politische Weltkarte sowie das

traditionelle System übernationaler Institute unterliegen angesichts des weltweiten Netzwerkes der Informationsgesellschaft, das sich ihrer Kontrolle entzieht, einer Erosion. Der politische Raum „schrumpft zusammen“, verdichtet sich, indem zugleich das zerstört wird, was wir als nationalen politischen Prozess bezeichnen.

Die nationalen Grenzen, das nationale Recht, die Nationalsprache, die nationalen politischen Institute und Kommunikationsmittel, die Entfernungen und die Zeit — alles, was früher die besondere Ordnung der politischen Organisation von Einzelgesellschaften und -staaten geschützt und geprägt hat, kann sie heute unmöglich vor den globalen politischen Interaktionen bewahren.

Die transnationalen Subjekte, jedoch diesmal nicht nur Geschäftskörperschaften, die früher vorwiegend als Agenten der Industrienationen bei deren globalen Expansion aufgetreten sind, sondern auch andere Strukturen und Einrichtungen spielen in der Politik eine immer größere Rolle. Als Subjekte der Politik fungieren heute in diesem oder jenem Land sowohl die nationalen Führer, als auch Vertreter anderer Staaten, Völker, kirchlicher Organisationen, des internationalen Kapitals sowie verschiedener globaler Sozialbewegungen. Ein Teil von ihnen verfügt zudem über einen nicht ganz legalen Status und vertritt den weltweiten politischen „Schatten“-Prozess und die internationale Kriminalität. Das Erscheinen dieser neuen Geschichtssubjekte erfüllt die Welt mit einem neuen, nicht immer plausiblen und immer öfter überaus gefährlichen Inhalt.

Die Krise und die unzureichende Entwicklung der internationalen politischen Institute hingegen verstärkt den Stellenwert von außerinstitutionellen und außerrechtlichen politischen Technologien im Rahmen des globalen politischen Prozesses.

Von dieser „neuen horizontalen Welt“ geht im Zusammenhang mit dem derzeitigen Globalisierungsmodell, dem

die Dominanz des Westens zugrunde liegt, eine gewisse Gefahr aus.

Betrifft der Prozess der Herausbildung einer neuen vernetzten Welt früher hauptsächlich die Entwicklungsländer bzw. die neuen Nationalstaaten und war er weitgehend ein Werkzeug der westlichen Expansion, so verspüren heute auch die hochentwickelten und mächtigsten Nationen der Welt bei der Organisation des nationalen politischen Prozesses in immer stärkerem Maße den externen und globalen Faktor. Die neuen globalen politischen Subjekte erlangen eine solche große Macht und ein solches Einflusspotential, dass es nicht nur für besonders stabile Staaten, sondern auch für militärpolitische und wirtschaftliche Allianzen und Vereinigungen dieser Staaten schwer wird, sich diesen zu widersetzen.

Der internationale Terrorismus (genauer gesagt: der Diversionskrieg getarnt als Terrorismus) ist keineswegs etwas völlig Externes für die zivilisierte Welt. Die Verwendung des Fernsehens zur Demonstration seiner Macht ist nur die augenscheinlichste Erscheinungsform. Gleichzeitig werden damit doch täglich auch die Kommunikationsmittel, Finanzsysteme und demokratischen Institute vieler Länder der Welt vom „weltweiten Untergrund“ benutzt. Der Angriff am 11. September 2001 hat eine bedeutsame Wirkung gehabt, weil die Souveränität des mächtigsten Staates der heutigen Welt — der USA — in Frage gestellt wurde. Somit war die für einen einfachen Menschen wenig plausible Idee, dass in der Neuen Welt das Territorium und die souveräne Kontrolle über dieses Territorium gegenüber der realen Machstruktur der neuen Welt ephemer und sekundär seien, auf einmal durchaus spürbar geworden, das heißt, sie hatte sich realisiert.

Die Schwäche der nationalstaatlichen Struktur erweist sich hier als Hauptproblem des Westens. Gerade darauf und um sie herum wurde das System der globalen Dominanz der „zivilisierten Menschheit“ aufgebaut; mit seiner Hilfe

war es möglich, verschiedene Interessengruppen und ihre Selbstorganisation zu kontrollieren. Die modernen Ansätze bei der Entwicklung der internationalen Beziehungen widerspiegeln in bestimmtem Maße diese Gefahr. Der Versuch des Westens, mittels Konzept einer „weichen Souveränität“, einer „externen Verwaltung von Staaten“ und „humanitärer Interventionen“ das staatenorientierte Weltsystem zu bewahren, ist offensichtlich. Das Ziel besteht im Aufbau eines neuen nationalstaatlichen Weltsystems, die sich durch Transparenz für die zivilisierte Welt sowie durch Lenkbarkeit auszeichnen soll.

Der angekurbelte Prozess lässt sich jedoch kaum wieder anhalten. Die weltweite Globalisierungsgegner-Bewegung, die nur zum Teil Ausdruck der weltweiten Bürgergesellschaft ist, sowie die gängigen Vorstellungen über die Netzwerknatur des internationalen Terrorismus sind jene Merkmale der neuen Welt und der „globalen Selbstverwaltung“, deren Bekämpfung dem nationalstaatlichen, internationalen System und insbesondere dem Westen schon heute schwer fällt. Der Aufbauprozess einer vernetzten Welt wird heutzutage nicht bloß zu einer Aktion gegen das zivilisatorische Projekt des Westens. Er gewinnt immer mehr die Züge einer alternativen Globalisierung, die unterschiedliche, darunter auch äußerst gefährliche Abarten und Folgen hat.

2.4. Das Phänomen der gespaltenen Zivilisation und die „neue Neue Welt“

Das progressistische Weltbild, dem die Forderung nach Globalisierung, „Westzentrismus“ und einer linearen Zivilisationsentwicklung zugrunde liegt, erweist sich angesichts der Weltlage und deren Entwicklungstrends als

völlig unangemessen. Mit aller Deutlichkeit erleben wir, wie die Gegenwart konkurrenzgeprägt wird, sich in einen Schauplatz des Wettstreits und der realen Auswahl unterschiedlicher Entwicklungsmodelle verwandelt.

Das Besondere der Situation besteht darin, dass unter den Verhältnissen der Globalisierung und der weltweiten Integration das gänzlich entgegengesetzte Phänomen einer gespaltenen Zivilisation entstanden ist. Im Prinzip ist die postindustrielle Welt der Industrienationen des Westens durchaus imstande, sich „einzupuppen“ und unabhängig von anderen Ländern zu existieren — selbst bei der jetzigen Ressourcenabhängigkeit, die sich in der Perspektive technologisch überwinden und abbauen lässt. Dabei ist der Westen, der als wichtigste Ressource die informationsbezogenen postindustriellen Produktionssparten in seinem Besitz hat, bei der Produktion und Entwicklung eben dieser Sparte seiner Dominanz von anderen Ländern und anderen Systemen unabhängig.

Zugleich sind die Entwicklungswelt, die traditionellen Gesellschaften und die Industrieländer der Gegenwart durchaus imstande, ihre Existenz — wenn auch auf einem aus heutiger Sicht nicht ausreichend fortschrittlichen, aber doch auf einem recht hohen Niveau — auch ohne die Länder des Westens zu organisieren. Die Einbußen in der Qualität, im Lebensstandard und in der Überlebensfähigkeit dieser Welt würden höher als bisher sein, insgesamt aber wäre das Überleben dieser Welt gesichert. Damit stellt sich heraus, dass zwei Welten — die postindustrielle Welt der Postgegenwart sowie die Welt der Menschheitsmehrheit — durchaus auch ohne einander existieren können. Sie können jedoch unmöglich unabhängig voneinander und ohne Rücksichtnahme aufeinander existieren, soweit sie gleichzeitig in der Gegenwart vertreten sind.

Stellen wir uns die Neue Welt als einen Siegeszug des Westens vor, so vergessen wir, dass die objektiven Trends der Zivilisationsentwicklung in den kommenden 50 Jahren

den Westen zu einer sich stetig verkleinernden Weltminderheit machen, die trotz ihrer politischen und wirtschaftlichen Expansion zugleich wie Chagrinleder zusammenschrumpft. Die Geschichte der Menschheit wird nicht mehr eine Geschichte der westlichen Zivilisation und des Nordens des Planeten sein. Während wir früher, als auf diese Welt über die Hälfte der Gesamtbevölkerung der Erde entfiel, noch behaupten konnten, die Weltgeschichte sei die Geschichte des Westens, so würde das dann nicht mehr stimmen.

Deshalb beobachten wir heute möglicherweise erst den Anfang vom Ende der großen Neuen Welt des Westens, die einen Aufstieg vor ihrem Fall erlebt hat, und die altern und in der Vergangenheit verschwinden wird, ohne nach historischen Maßstäben begonnen zu haben. Zu einer echten Neuen Welt wird sich hingegen eine völlig andere Welt entwickeln, über die uns heute wenig bekannt ist, obwohl uns diese schweigende Mehrheit von allen Seiten umgibt und langsam, aber sicher in das Gewebe der modernen Weltordnung eindringt.

3. DIE NEUEN PHÄNOMENE DER GESCHICHTE

Das Schlüsselproblem der Globalisierung ist letztendlich die Frage, inwieweit die Welt überhaupt zu steuern ist, wie ein gerechteres und in gewissem Sinne universelles Steuermodell aussehen kann. Das Problem, die gesellschaftliche Entwicklung zu steuern, wird allgemein zum Schlüsselproblem, denn die sich selbstentwickelnde Welt wird unter gegenwärtigen Umständen höchst wahrscheinlich recht bald ihr Ende erreichen.

Die Nachteile des spontanen globalen Weltprozesses sind heutzutage zu erheblich. Sollte das aber der Fall sein und sollte die Steuerbarkeit das wichtigste und das grundsätzliche Moment sein, ist noch wichtiger zu verstehen, wer das zu steuernde Subjekt ist.

Dank unserer Kenntnis der Menschheitsgeschichte verstehen wir recht gut, dass es auf diese Frage zu sehr ankommt. Der politische Wille des Steuernden ist für den Zustand des gesamten Systems von kritischer Bedeutung. Aber es ist grundsätzlich verkehrt, danach zu fragen, ob die gesellschaftliche Entwicklung durch ein Subjekt bzw. eine Gruppen von Subjekten zu steuern ist, wie deren Qualität und Position auch sein mag. Wir sollten nicht für den Gedanken schwärmen, nach einem optimalen Modell für die Konfiguration von internationalen Instituten nach der Organisation einer Weltregierung usw. zu suchen. Die Aufgabe besteht vielmehr darin, einen solchen Aufbau des globalen Systems zu gewährleisten, der einen politischen und sozialen Selbstverwaltungsmechanismus enthält. Was wird das sein?

Bei der Beantwortung dieser Frage kommt es grundsätzlich darauf an, ob wir prinzipiell neue Trends in der Entwicklung der Gesellschaft und unserer Zivilisation aufspü-

ren und verstehen können. Schon heute lassen oder genauer gesagt müssen uns etliche Vorgänge ernsthaft anregen, von neuen Mechanismen und Trends der globalen Entwicklung zu sprechen.

3.1. Die Zukunft der Demokratie und der drohende weltweite Bürgerkrieg

Die „zivilisierte Menschheit“ muss sich über das Problem der Intergration der gesamten Bevölkerung unseres Planeten und nicht nur der „Goldenen Milliarde“ in das Zukunftsprojekt Gedanken machen.

Der Übergang zur Erkenntnis der weltweiten Gemeinsamkeit der Menschheit wird viele neue Probleme mit sich bringen. Im gewissen Sinne stellt die ganze politische Geschichte der „zivilisierten Menschheit“ einen konsequenten Übergang zu mehr Integration und Einvernehmen, Demokratie und Zusammenarbeit, Schlichtung und teilweiser Überwindung sozialer Widersprüche innerhalb nationaler Gemeinschaften (und dann auch innerhalb des übernationalen Systems des Westens im Rahmen internationaler Institute) durch den „Ablass“ des autoritären Potentials, durch die Verlagerung der Ressourcenförderung und des Expansionsbestrebens in andere Regionen und Länder der Welt außerhalb der eigenen Zivilisation dar, die folglich immer mehr an positiven Eigenschaften derselben „zivilisierten Menschheit“ gewonnen hat.

Klassen- und Bürgerkriege gehören in dieser „besten der Welten“ meist der Vergangenheit an. Der Westen hat eine innere Einheit erlangt, zuerst beim Aufbau von Kolonialreichen, dann durch die Globalisierungsexpansion. (Auf einem ähnlichen Wege will zur Zeit auch die islamische Welt einheitlich werden, obgleich allein die Idee von ei-

ner einheitlichen islamischen Welt nichts weiter als ein Propagandamythos ist.)

Demnach sehen sich die Welt als Ganzes und insbesondere die „zivilisierte Welt“ beim Aufstieg zu einer anderen — weltweiten Wahrnehmung und Erkennung der sozialen Einigkeit bedroht durch eine neue zunehmende soziale Spaltung und Klassenspaltung der globalen Gemeinschaft, durch die Herausbildung einer Weltelite und eines Weltproletariats, womit Voraussetzungen für einen Weltbürgerkrieg entstehen. Für einen Krieg, der unter Einsatz des gesamten Potentials des Fortschritts und sämtlicher in Frage kommender Waffenarten, aber auch mittels der Informationskriege und des Terrorismus geführt wird. Und das nicht mehr weit entfernt von der Zivilisation und nicht mehr als gesteuerte Konflikte, sondern in jedem Land und in jeder Stadt Amerikas, Europas sowie der ganzen Welt.

Dabei ist auch zu bedenken, dass der Zyklus von Krieg und Frieden mit dem sozialen Gedächtnis verbunden ist. Die zeitgenössische Wissenschaft hat festgestellt, dass üblicherweise einige Generationen kommen und gehen müssen, dass diejenigen kommen müssen, welche die Schrecken und Leiden der vorherigen Katastrophe nicht mehr im Gedächtnis haben, bis ein neuer Krieg ausbrechen kann. Heute steigen jedoch Völker und Zivilisationen in die Weltpolitik und in die Weltgeschichte ein, die einfach nicht wissen, was ein globaler, ein „Welt,-Krieg ist, und noch mehr, die in ihrer spezifischen Weltauffassung den Krieg als ein Wohl ansehen.

Zugleich kann die Politik der Entwicklungseinschränkung, angewandt auf die westlichen Gesellschaften, eine Wiederkehr von inneren Klassenkonflikten provozieren, die vorher eben durch Neuaufteilung und Ausbeutung anderer Länder und ihrer Ressourcen abgebaut worden waren. Die Entscheidung des Westens für die Wiederkehr der inneren Spannung bzw. für die katastrophale Zunahme einer globalen Spannung ist nicht offensichtlich, das aber macht sie nicht weniger hart und schmerzlich.

Sicher muss dieses Entwicklungsszenario der westlichen Öffentlichkeit und den Regierungskreisen in den westlichen Ländern viel bedrohlicher und verheerender erscheinen als der gegenwärtige Zustand der globalen Gemeinschaft und das eventuelle „Aufeinanderprallen der Zivilisationen“. Das ist es ja gerade, weshalb wir heute die Anstrengungen miterleben, im alten Entwicklungsparadigma haften zu bleiben und in eine „Neue Welt“ einzusteigen, ohne etwas zu ändern. Aber nichts ändern — das geht nicht mehr.

Dabei bestehen die Globalisierungsgefahren für den Westen selbst darin, dass die Verführung zu groß ist, auf demokratische Errungenschaften der neuzeitlichen Zivilisation zu verzichten, Menschenrechte und persönliche Freiheiten wegen eines „Heiligen Krieges“ gegen die „Fremden“, die „neuen Barbaren“ einzuschränken. Zumal historisch gesehen Demokratie, Volksherrschaft oder genauer genommen Regierung im Namen des Volkes eine situative Form der Machtorganisation sind.

Wir können nicht sagen, wie die Organisationsformel der Macht in Zukunft aussehen wird. Doch muss es nicht unbedingt Demokratie oder immerhin das sein, was wir zur Zeit unter Demokratie verstehen. Gegenwärtig müssen die demokratischen Regime ihre Effizienz einbüßen — teilweise durch das abnehmende politische Engagement der Menschen und durch größere Möglichkeiten, den Menschen zu beeinflussen, teilweise durch die beängstigende Kompliziertheit der realen Probleme, teilweise dadurch, dass die deklarierten Prinzipien der Demokratie und die Political Correctness eine Selbstzerstörung der demokratischen Regime bewirken. Die Reaktion reift in ihrem Inneren.

Darüber hinaus kann das Maß der Freiheiten des Menschen in der zeitgenössischen Welt nicht endlos ausgebaut werden, es wird innerhalb der traditionellen sozialen Organisation und des Staates totalitäre Trends auslösen müssen. Das ist auch verständlich, wo doch in der heutigen Welt der Ausdruck „Mensch ist gleich Staat“ nicht mehr

so unangebracht wirkt. Dessen Merkmale sind z. B. der Gestalt von Usama bin Laden sämtlich eigen.

Die „Krise der Demokratie“ kommt vor allem darin zum Ausdruck, dass ihre Prinzipien selbst für die westliche Welt keine verbindliche Voraussetzung und kein unangefochtener Wert mehr sind. Das äußert sich sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik der zivilisierten Staaten.

In den 90-er Jahren des vorigen Jahrhunderts wurde das neue Konzept des „humanitären Eingriffs“ in der internationalen Politik umfassend anerkannt. Wir haben beeindruckende und zugleich bedrückende Anstrengungen der westlichen Länder und in erster Linie der USA miterlebt, eine gewaltsame Demokratisierung einzelner nationaler politischer Regime und sogar einzelner Regionen des Planeten durchzuführen. Bei aller Strittigkeit der Ergebnisse dieser Interventionen blieb der eigentliche Ansatz unberührt, der dieser Politik der internationalen Gemeinschaft zu Grunde lag, die immer öfter mit wirtschaftlichen und militärpolitischen Institutionen der westlichen Zivilisation identifiziert wird. Diese Politik beruhte immer auf der Logik einer liberalen, westernisierenden Globalisierung, die den Prozess der globalen Demokratisierung als die Aufzwingung einheitlicher Standards des nationalen politischen Aufbaus für alle Länder bedeutet, um Voraussetzungen zur Abschaffung von jeglichen wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Hindernissen zu schaffen, die die Welt teilen.

Diese Vorgehensweise erscheint jedoch heute nicht nur unakzeptabel für die gesamte nichtwestliche Welt, sondern sie wird neuerdings auch durch die eigentliche westliche Gemeinschaft als bedrohlich und uneffizient aufgefasst.

Es hat sich herausgestellt, dass in der Welt politische Kräfte existieren, die fähig sind, den Prozess der globalen Demokratisierung ganz anderweitig und entgegen dem ursprünglichen Ansatz auszunutzen. Die durch Globalisierung und Demokratisierung geschaffenen neuen Möglichkeiten haben in Kombination mit abgeschwächten herkömmlichen

sozialen und politischen Organisationen sowie dem allgemeinen Anstieg der Instabilität von Staatsinstitutionen die Wirksamkeit der Demokratisierungsstrategie in Frage gestellt. Die westliche Welt sah sich bei der Realisierung ihrer Ziele und Werte vor der Notwendigkeit, die Verantwortung für zahlreiche Länder und Völker zu übernehmen, nachdem diese ihren eigenen herkömmlichen politischen Aufbau aufgegeben und damit sowohl ihre Stabilität als auch ihre Effizienz eingebüßt hatten und sich nun dem Globalisierungswillen der „zivilisierten Menschheit“, als auch den bösen Kräften der „globalen Schattenwelt“ gegenüber ratlos sahen.

Der Westen sieht sich der unwiderstehlichen Versuchung gegenüber, auf die Demokratisierungsstrategie zu verzichten und die Stabilisierungslogik eines übernationalen Regimes anzunehmen, was die Orientierung mehr an Effizienz als an einem liberalen Wertesystem voraussetzt. Und wenn das so ist, so dürfen wir seitens der Weltgemeinschaft gegenüber eventuell nicht ausgesprochen demokratischen, aber stabilen politischen Regimen der Gegenwart mehr Toleranz erwarten. Dies aber hebt den eigentlichen Trend zur Einschränkung der nationalen Souveränität nicht auf.

Die neue Eingriffsstrategie wird dem Namen nach nicht mehr humanitär und dem Inhalt nach nicht mehr demokratisch sein, sondern, bedingt gesagt, zivilisatorisch und stabilisierend. Man kann erwarten, dass der Westen auf Demokratisierungseingriffe verzichten und Stabilisierungseingriffe vorziehen wird. Dabei wird die vorrangige Bedeutung der Stabilisierung dazu führen, dass fortan nicht nur autoritäre, undemokratische Regime, sondern auch nach außen hin durchaus demokratische Systeme für den Westen Eingriffsziele werden können, wenn sie ein Potential bzw. eine aktuelle Ressource zur Destabilisierung der internationalen Situation besitzen.

Somit offenbart die gegenwärtige internationale Lage, dass wahrscheinlich nicht das Wesen des politischen Regimes in einem Land für die Gestaltung der Beziehungen

der USA und der gesamten westlichen Gemeinschaft zum jeweiligen Land maßgebend sein wird, sondern dessen Fähigkeit, die Lage im Lande effizient im Griff zu haben und die Freundlichkeit den USA und deren Verbündeten gegenüber im Kampf gegen die Gefahr des Terrorismus und sonstige Gefahren wirksam zu bekunden.

Der „neue Imperialismus“, der heute im Westen immer öfter heraufbeschwört wird, wird nicht so sehr zum Expansionswerkzeug, mag es um die territoriale Kontrolle oder ideologische Dominanz gehen, sondern zum reinen Abwehrmechanismus der Zügelung.

Zur gleichen Zeit haben ähnliche Entwicklungen auch in den westlichen Ländern eingesetzt, was durch Abschwächung der nationalen Einheit und der Effizienz der politischen Systeme verursacht wurde. Die dort am Anfang des 21. Jahrhunderts aufgekommene „neue Rechtswelle“ stützt sich auf den Gedanken eines globalen Neukonservatismus. Jedoch im Unterschied zur „neukonservativen“ Welle aus dem Anfang der 80-er Jahre des vorigen Jahrhunderts hat diese Forderung eher einen soziokulturellen als einen wirtschaftlichen Inhalt.

Die gesellschaftliche Erwartungen der Menschen in den westlichen Ländern sind damit verbunden, dass die Gefahr einer Unterspülung der Gesellschaft von innen her, die früher im allgemeinen abstrakt oder ausgesprochen lokal war, heute den Rahmen der Fremdkultur-Exklaven gesprengt hat, die sich in den westlichen Gesellschaften in den letzten Jahrzehnten herausgebildet haben. Ethnische und religiöse Minderheiten, die nach und nach westliche Länder füllten, wobei sie vom Sozium insgesamt isoliert und lokalisiert waren, haben tiefe Wurzeln geschlagen, eine kritische Größe erreicht und sind zu einer aktiven „Integrations,-Strategie in die westlichen Gesellschaften übergegangen, genauer gesagt, zu deren „Anpassung“ an eigene Wertesysteme und Interessen. Es ist paradox, aber diese Strategie wird mit den Ressourcen der westlichen Gesellschaften umgesetzt — von Jahr zu Jahr

empfangen die „Fremdkörper“ in einem immer größeren Umfang soziale Sicherheiten und belasten damit immer spürbarer öffentliche Fonds und die Infrastruktur.

Als eine Alternative dazu wurde vom offiziellen Establishment und von westlichen Ideologen die Integration der Immigranten, ihre allmähliche Verwandlung in Mitglieder der einheitlichen politischen Nation des Staates betrachtet, deren Identität nicht mehr von ethnischen Merkmalen, sondern von Wertesystemen und kulturellen Ansätzen geprägt wird. Jedoch versagt dieses Konzept, das zweifellos auf den verhältnismäßig erfolgreichen Werdegang der amerikanischen Nation zurückgreift, in anderen und vor allem in europäischen Gesellschaften, wo nichtsdestotrotz patriarchalischen Traditionen und Werte noch stark sind.

Nicht einmal die USA, die schon immer Vorbild und Muster für eine Gesellschaft besonderer Art, den so genannten Schmelztiegel, geliefert haben, wo alle Nationen, Völker, Ethnien, Kulturen und Religionen zu einer einzigen „großen amerikanischen Nation“ zusammengeschmolzen sind, können jetzt die erforderlichen Temperaturen in ihrem Hochofen der sozialen Stabilität aufrechterhalten. Die qualitative sowie quantitative Zunahme der Subkulturen der Minderheiten führen zusammen mit der geforderten Political Correctness dazu, dass die Basiskultur der amerikanischen Nation Jahr für Jahr selber zu einer Minderheitskultur wird — wenn (noch) nicht quantitativ, so doch der Fähigkeit nach, die Entwicklungstrends im eigenen Land zu beeinflussen und zu bestimmen.

Das Problem der Einwanderung — ein Schlüsselproblem für westliche Länder — besteht darin, dass zivilisierte Gesellschaften ohne Zufluss von Menschenressourcen von außerhalb nicht mehr auskommen können, um den sozialen Standard und die sozialen Sicherheiten für die einheimische Bevölkerung aufrechtzuerhalten und sie von unqualifizierter Arbeit zu entlasten.

Ein schmerzhaftes Problem des Westens von heute, für das die Bürger Russlands immer mehr Verständnis finden, ist die

Überwindung von Widersprüchen der Konsumgesellschaft, die sich von der schweren Arbeit im Schweiß des Angesichts isolieren, aber dabei die Güter des Lebens vermehren will. Die westliche Wirtschaft wird stetig mehr eine Wirtschaft, die stetig neue künstliche Bedürfnisse produziert, indem sie den Menschen stetig etwas Neues wünschen lässt und ihn damit von den alltäglichen und häufig schrecklichen Realitäten der gegenwärtigen Welt fernhält. Das sorgt zweifellos für einen komfortablen Lebenshintergrund, nimmt aber den jeweiligen Nationen nicht nur den Willen, sondern auch die Möglichkeit, die wirklichen Richtungen in der Entwicklung der Menschheit zu begreifen. In einer Konsumgesellschaft verwandelt sich die Arbeit für die Menschen aus einer Existenzquelle in eine Anfügung und Tarnung der Möglichkeiten, zu konsumieren und zu genießen. Die Einrichtung von Arbeitsplätzen für die Bürger verwandelt sich in einen Fetisch, wobei stetig neue quasi-wirtschaftliche Arbeitsnischen geschaffen werden, um die Tätigkeit belohnen zu können.

Aber alles muss bezahlt werden. Zunehmende Agressionsgefühle gegenüber den Migranten und die potentielle Rechtswende der europäischen Politik stellen eben all die sozialen Errungenschaften des Westens in Zweifel, die gegenwärtig die Grundlage für gesellschaftliches Einvernehmen sind. Unter diesen Umständen befremden die öffentlichen Forderungen nicht mehr, die in den westlichen Ländern reifen und die die jüngsten Wahlkampagnen in vielen Ländern Europas politisch beeinflussen. Der Westen steht an der Schwelle einer ernsthaften Umbewertung der Prinzipien seiner liberalen Demokratie mit ihrer Priorität persönlicher Rechte und Freiheiten.

Dabei offenbart die Situation eine paradoxe Übereinstimmung der Interessen der meisten Bürger der westlichen Länder mit den Interessen der globalen Eliten, welche die Demokratie auch allerorts zersetzen. Die Eliten verlassen sich mehr auf die Macht des Geldes, auf PR-Technologien und sonstiges Werkzeug zur Massenzombierung als auf die Ideale

der demokratischen Gesellschaft. Sie streben danach, über den Ausgang von Präsidenten- und Parlamentswahlen zu entscheiden, Regierungsangehörige zu bestechen, sich in staatliche Strukturen einzuschleichen, die Macht zu privatisieren. Frei vom altmodischen Patriotismus und von Verantwortlichkeit, wollen die neuen Welteigentümer Dienstleistungen des Staates beziehen, dem sie Ziele und Aufgaben vorgeben.

Aber im Unterschied zur auf dem legitimen Wege gewählten Macht sind die globalen Eliten weder auf Wahlversprechungen noch auf die Normen der menschlichen Ethik, weder auf nationale Verträge noch auf die öffentliche Meinung angewiesen. Kurz gesagt, sie sind auf nichts angewiesen. Frei von Verantwortung für die gesellschaftlichen Folgen ihrer Taten, greifen sie hemmungslos die nationale Wirtschaft an, zwingen sie den Regierungen ihre Interessen auf, ohne dem Gesetz und den Menschen gegenüber Verpflichtungen wahrzunehmen.

Wir erkennen quasi eine doppelte Machtstruktur. Nach außen hin demonstriert sie Wählbarkeit, Transparenz, Rechenschaftspflicht, Aufsichtspflicht, — alles wie es sich gehört. Aber hinter jeder strategisch wichtigen Entscheidung sind anderweitige, verborgene Strukturen zu erkennen. Anders gesagt ist die gegenwärtige Postdemokratie ein Aufbau, in dem die gesamte Arbeit zum Zombieren des Mengenmenschen und zur Sicherstellung der Stabilität für Behörden von der unsichtbaren Elite übernommen wird. Die Behörden lobbyieren ihrerseits die Interessen der neuen Elite und lassen die wirtschaftlich abhängigen Länder die Grenzen für den globalen Markt öffnen.

Im Ergebnis sehen wir nicht mehr die klassische Demokratie vor uns, die der Erosion durch außer Kontrolle geratene „Netzwerk-Beziehungen“ ausgesetzt ist, sondern eine neue soziale Ordnung. Subjekte des politischen Lebens werden nunmehr nicht nur Staatsmänner, sondern auch Vertreter des internationalen Kapitals, die weder Grenzen noch Kulturen noch humanistische Postulate kennen.

Die Eliten sehen sich auch einer anderweitigen überraschenden Verlockung gegenüber — die lebenswürdige „Goldene Milliarde“ nicht mehr in Anlehnung an bestimmte Völker, Angehörige von bestimmten Staaten, sondern anders — als eine globale Elite zu definieren, die die herrschenden Eliten der weltweit führenden Länder integriert.

Allenfalls verwandelt sich das, was im 20. Jahrhundert eine Massengesellschaft war (in der es noch leidlich auf die Meinung des Einzelnen ankam), unaufhörlich in etwas Anderes — in eine zombierte Biomasse, die von der Kaste der herrschenden Elite regiert wird.

Eine Variante der künftigen Entwicklung kann somit das meritokratische Verwaltungssystem werden, das auf der Dominanz der Wissens- und Informationsträger beruht. Es wird sich eine globale einschränkende Demokratie herausbilden, wo Rechte und Mitbestimmung nur denjenigen Gesellschaften, Staaten und Körperschaften zustehen werden, die über genügend Vermögen und Kapital verfügen und eine allgemeinbildende Prüfung in „Political Correctness“ und „Menschenrechte“ bestanden haben. Dies wäre dann eine neue globale Standesgesellschaft, die künftig ihre großen bürgerlichen, standesabschaffenden Revolutionen durchzustehen hat.

Somit sehen wir uns gegenwärtig mit einer Koexistenz zweier unterschiedlicher Grundsätze der politischen Weltbeschaffenheit konfrontiert. Hinter dem einen steckt die offensichtliche Welt, hinter der anderen — die verbogene Welt; hinter dem einen — ein nationaler Staat, hinter dem anderen Globalisierungstrends. Hinter der offensichtlichen Welt steht das herkömmliche Wertesysteme, hinter der verborgenen Welt — etwas völlig Ungewisses.

Somit ergibt sich die Frage: Was soll weiter kommen? Gibt es tatsächlich ein Globalisierungsprojekt und welche Perspektiven stehen in Aussicht?

Es seien drei Hypothesen genannt. Die erste stammt von den Antiglobalisten. Ihre Aussage lautet, das Ziel der neuen planetweiten Herrscher sei eine Weltregierung, ein Eli-

teklub für die übernationale Bürokratie und Oligarchie, die keinerlei nationalen Behörden gegenüber rechenschaftspflichtig seien. Dieser Prognose nach existiert die neue Klasse bereits, welcher die korrupte übernationale Bürokratie und die transnationalen Konzerne angehören, obwohl sie vorerst organisatorisch keine Struktur bilden will, die USA aber als einen Pflug ausnutzt, um den Boden aufzulockern. Sobald die Zeit reif ist, wird die Supermacht gestürzt und ihre Gewaltressourcen werden geerbt. Eventuell im Rahmen einer solchen übernationalen Institution wie der NATO, die keinem Staat untergeordnet sein wird. Phantome? Vielleicht.

Interessanter ist eine weitere Möglichkeit. Die parallele Welt, sagen manche Experten, habe nicht vor, ans Licht zu treten, die Oligarchen hätten nicht vor, die Machteinrichtungen in nationalen Staaten auszutauschen. Ihrem Wesen würde näher liegen, Staaten als eigene Institutionen und Regierungen als ihre Manager auszunutzen. Die Effizienz der Weltelite sei eben auf deren pseudonymes Verhalten zurückzuführen, ihr sei das Dasein im Schatten nur recht. Obwohl dieses Konzept paradox klingt, scheint eine solche Entwicklung wahrscheinlicher zu sein.

Es gibt noch eine dritte Prognose, an die man lieber nicht denken möchte, obgleich dies nach den Proben, die man bei den Wahlen in Frankreich und vorher in Österreich erlebt hat, nicht mehr geht. Es handelt sich um die Bedrohung durch autoritäre und despotische Regime. Es sind nicht nur die Finanz-Mastodonten, die eine neue Weltordnung mit einer anderweitigen Machtstruktur aufbauen wollen. Im derzeitigen Globalisierungskessel existieren allerlei Trends, darunter auch ausgesprochen antidemokratische. Die neue Weltordnung bedarf nicht nur einer Liberalisierung, sondern auch einer Stabilisierung. Revolutionen und Umstürze gehören allem Anschein nach der Vergangenheit an. Die Weltelite will es lieber mit korrupten Despoten als mit unkalkulierbarer demokratischer Freizügigkeit zu tun haben.

Bislang spricht die wirtschaftliche Ineffizienz gegen autoritäre Regime. Sollte aber jemand eine korporative Despotie neuen Typs aufbauen, die diese These widerlegt, so könnte die Demokratie unter dem Andrang der Massen zusammenbrechen.

3.2. Die Terrorismus-Problematik und die ethische Zulässigkeit des Massenterrors

In seinem relativ neuen und weit diskutierten Bericht, der eben „Geist des Terrorismus“ heißt, hat der bekannte französische Philosoph und Soziologe Jean Baudrillard verkündet, dass heute in der Welt der Terror gegen den Terror Krieg führe und dass „die Energie, mit der der Terror gespeist wird, keine Ursache hat und durch keine Philosophie begriffen werden kann“. Der Terror will die Welt nicht verändern, sondern versucht, sie zu untergraben, „durch Opfer radikaler zu machen“.

Eine solche heroisch-romantische Wahrnehmung des Terrorismus und der von ihm ausgelösten Folgen führt uns in die Irre. Das größte Problem sowohl bei den Ereignissen des 11. September 2001 als auch des 23.–26. Oktober 2002 ist deren *ethische* Zulässigkeit. Die Frage muss beantwortet werden, unabhängig davon, welcher Deutung des Geschehens man sich anschließt, wen man für die Initiatoren dieser ungeheuerlichen Aktionen hält, wo man deren Ursache und Grund zu sehen glaubt.

Die ethische Zulässigkeit derartiger Terroranschläge besteht in der Auslagerung einer Personengruppe außerhalb der Menschheit und der Menschlichkeit, das heißt, außerhalb der Geltung der Sittlichkeit. Die Anschlagobjekte werden nicht als aktive und voraussichtlich verantwortliche Subjekte behandelt — wie das mit Erzherzog Ferdi-

nand und P. A. Stolypin der Fall war. Für die heutigen Terroristen sind die Opfer des Terroranschlags keine Menschen, sondern niedere Wesen, ein Klumpen Materie, für die keinerlei Normen der menschlichen Ethik und auch nicht die erste davon — „du sollst nicht töten“ — gelten. „Wir sind nichtiger Staub für die“, hat Wladimir Putin in Bezug auf die Terroristen treffend gesagt. Eben diese Umbewertung des Gegners findet in Kriegen statt, wenn der Grund für das Töten allein die Zugehörigkeit zum Gegenlager ist.

Ein weiterer Umstand, der den Terrorismus ermöglicht, ist die stille, waage formulierte Vorstellung von irgendwelchen Menschenwesen als Trägern der kollektiven historischen Verantwortung egal wofür — sei es für Kreuzzüge, für die Kolonisierung, für die Teilnahme an Kriegen oder Revolutionen der Vergangenheit. Die Menschenwesen, denen das Menschliche abgesprochen wird, werden quasi das Objekt einer global-historischen Blutrache.

Schließlich maßen sich die Terroristen die Rolle der „Moralverteiler“ an — sie bestimmen, wen man als Menschen, als Objekt anerkennen soll, auf das die Normen der Moral anzuwenden sind, wen man hinrichten und wen man begnadigen soll. Somit maßen sich die Terroristen die Zuständigkeit der transzendenten und sakralen Moralquelle an, sie treten im Namen Gottes auf und glauben, nach dem körperlichen Tod nicht in der Hölle — wohin Mörder gehören —, sondern unter die Gerechten zu kommen.

Alles was über die Täter und unmittelbaren Organisatoren der Terroranschläge vom 11. September und 23.–26. Oktober bekannt ist, beweist, dass die Menschheit eben mit dieser Art Terrorismus konfrontiert ist. Die „Ungerechten“ sind keine Menschen, „Schweine- und Affenkinder“ nennen sie die Terroristen. Ihres Erachtens hätten diese den Tod allein dadurch verdient, dass sie zum feindlichen „Westen“ gehören und darum weder Unschuldige noch

Schuldlose unter ihnen seien. Die Terroristen glauben, dass sie selbst den Gotteswillen umsetzen, dass sie Kämpfer des Heiligen Krieges sind und wissen, dass ihnen ein Paradiesleben zuteil werde. Somit sind die Terroranschläge aus der Sicht der beteiligten Täter moralisch gerechtfertigt.

Es fragt sich jedoch, wer sie berechtigt hat, im Namen der Gottesgerechtigkeit zu sprechen, die ihrem Wesen nach unfassbar ist, ob sie sich nach irgendwelchen islamischen Bestimmungen richten oder ob sie, was wahrscheinlicher ist, Verfechter des extremistischen Sektierertums sind — nennen wir es „Usamismus“, nach Usama bin Laden, den die Angehörigen der Al-Kaida als ihre religiöse Autorität anerkennen.

Es wäre jedoch unzulässig, hier den Punkt zu setzen, wenn wir begreifen wollen, was mit der Menschheit geschieht. Sind nicht etwa die globalen historischen Aktivitäten des Westens in gewissem Sinne von der gleichen Art wie die Behandlung der Moral durch die Terroristen? Hat nicht der Westen das im Grunde unprivatisierbare Anrecht privatisiert, die transzendente und sakrale Quelle und der „Verteiler“ der Moral zu sein, indem er die „nicht-westlichen Realitäten“ nach eigenen Schablonen umformt, in der Annahme, dass eben so und nicht anders die als desindividualisiert, massenartig, „rückständig“ und „verirrt“ bewerteten Völker der übrigen Welt leben sollen — nach dem Kochspruch: Krebse mögen lebendig gekocht werden?

Innerhalb inhaltlicher Wertesysteme, religiöser und quasireligiöser Lehren geht eine gegenseitige „ethische Annihilation“ der beiden Welten vor sich. Dabei ist die historische Konstellation Anfang des 21. Jahrhunderts, in der „neuen Achsenzeit“, so ausgefallen, dass die Zivilisationspaltung nicht zwischen dem „Westen“ und dem „Nicht-Westen“ verläuft. Wir sehen, wie der „Westen“ in den Osten kommt, ein Beispiel dafür kann der Asien-Pazifik-Raum liefern, womit er, und das sei an dieser Stelle erwähnt, sein Zivilisationspotential unter Beweis stellt. Die

Spaltung verläuft maßgeblich zwischen „Islam und Nicht-Islam“. Es sind gerade die in der sogenannten islamischen Welt plazierten Kraftzentren, die ein alternatives Globalisierungsprojekt vorschlagen.

Wichtig ist, zu verstehen, was das Wertesystem ist, welches das eigene Leben zur Vernichtung anderer Menschen opfern lässt. Denn jede Religion, jede Philosophie ist ein Versuch, zwei zusammengehörende Fragen zu beantworten — was ist das Leben und was ist der Tod. Dies ist der Ansatz, der dann die gesamte Vielfalt der weltanschaulichen Fragen ergibt.

Die bekannte These über die Rache der Schwachen, über die Not und das Elend eines Teils der Welt — das ist eine Frage der Weltanschauung. Wen sehen sie in uns? Ist ihre Lage vielleicht so, dass sie die zivilisierte Welt für keine Menschenwelt halten, und lässt das sie die Not und die Leiden derjenigen ganz anders sehen, die in New York und in Moskau umgekommen sind und betroffen wurden? Was sollen wir in der Situation anfangen, wenn Völker und Zivilisationen in die Weltgeschichte eintreten, die einfach nicht wissen, was ein globaler, ein „Weltkrieg“ ist, und die vielmehr den Krieg für ein Wohl halten? Und umgekehrt, sind es nicht die Weltanschauung und die Vorstellung vom Wertesystem, die uns jeden Tag ruhig verleben und die Vorteile der Zivilisation genießen lassen, wo wir doch wissen, dass man anderswo an Unterernährung, Hunger und Krankheiten stirbt, ohne auch nur den geringsten Teil jener Möglichkeiten zu haben, über die die zivilisierte Menschheit verfügt?

Einerseits proklamiert der „zivilisierte Verstand“ die bleibende Selbstwertigkeit jeder Menschenpersönlichkeit, die Bedeutung und die Priorität des Einzel Lebens und der Freiheit. Andererseits aber lehnen wir immer konsequenter die Moral und die Werte in der Politik ab, wobei wir auf formelle Abläufe, Rechtsvorschriften, politische Technologien und Interessenbalance bauen. Noch mehr, wir neigen dazu,

den Wert eines Menschenlebens unterschiedlich einzustufen, je nachdem, wie nahe es uns liegt und verständlich ist. Heute ist folgender Satz klassisch geworden: „Man hat keine stetigen Feinde und Freunde, man hat nur stetige Interessen.“ Er bestimmt heute in vielem den politischen Stil der führenden Staaten der Welt.

Das Problem besteht darin, dass unsere „Wirtschafts-“, unsere „Markt-, -Zivilisation ohne Stärkere und Schwächere, ohne dass jemand oben und jemand unten ist, nicht auskommen kann. Sie ist so beschaffen.

Die neuen Subjekte der Weltpolitik können den Anspruch geltend machen, das Wertesystem in der Politik aufs neue zu aktualisieren und der sozialen Integration neue Inhalte zu verleihen. Die Bürgergesellschaft als Organisationssystem und Interessenvertretung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen wird dem Andrang der sogenannten Umma eventuell nicht standhalten können.

Dabei nutzen die Gegner der zivilisierten Welt gleichzeitig sowohl den atavistischen Fanatismus als auch die im Westen wie in Russland vorhandenen technologische Möglichkeiten, indem sie einen äußerst beeindruckenden, starken und gleichzeitig für den „zivilisierten Verstand“ unbegreiflichen Effekt auslösen. Seine Auswirkungen erinnern an die Einwirkung eines Virus auf den abgeschwächten und zu wenig natürliche Immunität besitzenden Organismus, der sich in Treibhausbedingungen des Zivilisationskomforts befindet und plötzlich der Einwirkung der Urnatur ausgesetzt wird. Dieser Schlag trifft die verwundbarste Stelle am Menschen und in der Gesellschaft „des Informationszeitalters“ — das Massenbewusstsein. Der „zivilisierte Organismus“ ist nicht darauf gefasst, dass seine eigenen Erfindungen — die „Informationsdominanz“ und die „kulturelle Expansion“ — gegen ihn selbst eingesetzt werden. Die Einbahnstraße verwandelt sich plötzlich in eine Straße mit Gegenverkehr, jedoch ohne Trennlinien, Verkehrszeichen und Hinweisschilder.

3.3. Werte-Revanche. Die Zukunft verlangt neue Sinninhalte

Die Ideologie ist in die Geschichte wiedergekehrt und stellt den Anspruch, die vom Westen proklamierte Allgemeingültigkeit der Gesetzmäßigkeiten der „Marktzivilisation“ zu widerlegen. Die Welt sieht sich heute nicht von Staaten und Armeen, nicht von neuesten Waffen und Technologien bedroht, sondern von einer viel schlimmeren und stärkeren Kraft — dem brutalen Willen und dem fanatischen Glauben. Die „Werterevanche“, mit der die „zivilisierte Welt“ und die Weltgemeinschaft heute konfrontiert sind, ist eine Herausforderung an die Überlegenheitsillusion des Rationellen und des Pragmatischen in der Politik.

Manche Politologen neigen dazu, die in den letzten Jahrzehnten beobachtete „religiöse Renaissance“ auf die Zukunft zu übertragen. Diese Autoren bewerten ihre eigene Prognose recht unterschiedlich: Manche wollen das Neue Mittelalter willkommen heißen, andere fassen es als eine traurige Notwendigkeit auf. Die letztgenannte Auffassung wurde in dem 1994 unter den wissenschaftlich-populären Veröffentlichungen zum Bestseller gewordenen Artikel des amerikanischen Wissenschaftlers Samuel Huntington konzentriert dargelegt.

Nach Huntington besteht die politische Zukunft der Weltgemeinschaft in der Aufteilung in sieben bis acht regionale „Zivilisationen“ mit interner konfessioneller Integration, die in einem permanenten Konflikt miteinander stehen werden. Besonders wichtig ist, dass dieses Szenario nicht als eine der in Frage kommenden Perspektiven, sondern als die einzig mögliche Perspektive der historischen Entwicklung präsentiert wird. In diesem Falle dürfte ein Krieg aller gegen alle das Leitmotiv des eingetretenen Jahrhunderts werden.

Zuweilen wird eingewendet, dass dieses Schreckensbild übertrieben sei, dass Kriege die ganze Menschheitsgeschichte begleitet und die Religionen sie ideologisch gründlich untermauert hätten, indem die Menschen in die seinen und fremde geteilt worden seien, um somit der chaotischen Gewalt innerhalb der Gesellschaft vorzubeugen, wobei man dem Krieg einen „höhere Sinn“ zugesprochen habe; dies alles jedoch habe die Menschheit nicht zugrunde gerichtet. Dieser Einwand missachtet jedoch einen ausschlaggebenden Umstand.

Im Laufe der Jahrtausende wurde unter Einsatz von Lanzen, Schwertern, Mörsern, Gewehren, Kanonen und Panzern gekämpft. Kernsprengköpfe und ballistische Raketen haben die Situation von Grund auf geändert, und es stehen noch raffiniertere Waffenarten auf der Tagesordnung. In Verbindung mit einer religiös geprägten Denkweise, der „gesegneten“ Intoleranz und dem Hass gegen die „Ungerechten“ ergibt sich eine solche hochexplosive Ladung, dass sie das Gebäude der planetaren Zivilisation mit Sicherheit sprengen wird.

Im Bezug darauf sind die Hoffnungen auf Entstehung einer für alle Menschen einheitlichen „Weltreligion“ wohl kaum konstruktiv. Der Kern einer jeden Religion ist der Zusammenschluss der Menschen durch die Gegenüberstellung zu den anderen Menschen. Daher ist das religiöse Denken im tiefsten konzeptuellen und psychologischen Grunde dihotomisch. Es teilt die Menschen seit eh und je in Gerechte und Ungerechte, in diejenigen, die „mit Mir“ sind, und diejenigen, die „gegen Mich“ sind. Seine Kernsinnbilder sind die Gestalt des Feindes und die Gestalt des Schwertes. Historische Erfahrungen beweisen, dass dort, wo eine religiöse Lehre beträchtliche Massen erfasst hatte, bald darauf eine weitere Teilung in wahre und falsche Verfechter erfolgte, und neue Propheten zum unversöhnlichen Glauben aufriefen, und selbstlose Helden (mit ihnen auch unzählige unschuldige Opfer) in heiligen Kriegen, bei Repressalien und blutigen Pogromen umkommen mussten.

Es ist zu ergänzen, dass nicht nur Wissenschaftler, sondern auch die scharfsinnigsten der religiösen Philosophen die Diskrepanz zwischen einer gotteserleuchteten Weltanschauung und der sich ändernden Wirklichkeit feststellen mussten. So meinte der bedeutende christliche Denker Gilbert Chasterton, dass sich die Religionen zukünftig auf den fortgeschrittenen Sinn für Humor stützen werden (ob dann die Eigenschaften einer Religion erhalten bleiben?) und somit die ihnen ursprünglich anhaftende Aggressivität loswerden. In seinen berühmten „Briefen“ aus dem Nazikerker hat der Pfarrer und Humanist Dietrich Bonhoeffer hervorgehoben, dass die „volljährige Welt“ auf die „Gotteshypothese“ verzichten, sich über die „Gottesfurcht“ und das Bedürfnis nach äußerer Fürsorge hinwegsetzen würde und dadurch — absolut religionsfrei geworden — Gott näher kommen könne.

Es liegen alle Gründe für die Behauptung vor, dass die religiöse Renaissance, das Neue Mittelalter und der „Konflikt der Zivilisationen“ unter Einsatz der modernen Technik kein historischer Unsinn und auch kein absurdes Drama sein würden: Die Kreuzzüge, Jihad und Gasawat würden diesmal dem Bestehen der Menschengesellschaft ein Ende setzen. Sollte die Entwicklung diese Richtung nehmen, wird es höchstwahrscheinlich das 21. Jahrhundert nicht geben ...

Man sollte aber auch folgendes bedenken. Der Bruch mit der Vergangenheit, mit der Tradition, mit der Archaik wird mitunter als eine Interpretation empfunden und birgt wirklich die Gefahr einer solchen Interpretation in sich, welche zu Gunsten des Marktpragmatismus und der informationsbedingten Vergänglichkeit der Neuen Welt den Verzicht auf Sinn und Werte voraussetzt. Doch eine derartige Auffassung von der Entwicklung und der Modernisierung als Deideologisierung und Demoralisierung des gesellschaftlichen Lebens erweisen sich als nicht weniger bedrohlich als die in Verbindung mit der eventuellen „religiösen Renaissance“ vorausgesagten Konflikte.

Üblicherweise spricht man in einem solchen Fall von Unmöglichkeit und äußerster Gefährlichkeit des religiösen Fanatismus unter den Bedingungen einer Globalisierung der politischen Prozesse, der Zugänglichkeit von Massenvernichtungswaffen und der wachsenden Konkurrenz um die Ressourcen. Das Problem besteht jedoch nicht darin, die Notwendigkeit zu verankern, den „weltweiten Jihad“ mit neuen „Kreuzzügen“ zu erwidern, wozu die Weltgemeinschaft zuweilen offenbar neigt. Die religiöse, genauer, die moralische Renaissance der Werte bedeutet hingegen, dass die adäquate Antwort auf die eintretende Neue einheitliche globale Welt in der Herausbildung einer neuen Daseinskultur, neuer zwischenmenschlicher Beziehungen und eines neuen gesellschaftlichen Aufbaus zu sehen ist.

Stellen wir uns die Frage, wie man die Situation ändern könne und ob eine andere Zivilisation möglich sei, müssen wir früher oder später einsehen, dass dies eine Zivilisation sein muss, die auf anderen Prinzipien aufbaut, die mit einem anderen Wertesystem, einem anderen Weltbild und mit einer anderen Weltanschauung untermauert ist. Demnach kann in der Zukunft eine globale Reformation aller Weltreligionen auf uns zukommen, die auch ein neues „Gottesprinzip“ und die Erlangung eines grundlegend anderen Weltbildes ergeben kann.

Die Weltzivilisation steht an der Schwelle einer neuen globalen Werterevolution. Eine Antwort auf die globale Herausforderung der Gegenwart muss auch in Sinngehalten erfolgen.

ZU EINER NEUEN WELT: WIE IST SIE MÖGLICH?

**Die Gestalt der Zukunft und die Mechanismen
zur Überwindung der Krise der jetzigen
Zivilisation**

Vom neuen Jahrhundert spricht man oft als von einem „Jahrhundert des Chaos und der Ungewissheit“, das der Zivilisation mit katastrophalen Folgen drohe. Das globale System kann mit gleicher Wahrscheinlichkeit verschiedene Entwicklungsrichtungen nehmen, darunter auch katastrophale. Unsicher machen allerdings die Unstimmigkeiten bei den Einschätzungen dessen, welche Szenarios zur Katastrophe führen und welche optimal bzw. bewahrend sein können. Ganz und gar unklar ist, welche Handlungen für den Übergang zu einem optimalen Entwicklungsmodus notwendig sind.

Soll die Gesellschaft zum „natürlichen“ Zustand zurückkehren oder, im Gegenteil, sich noch weiter davon distanzieren, und was bedeutet dies im einen und im anderen Fall? Müssen wir uns für eine forcierte Reduzierung „der menschlichen Population“ einsetzen oder für die Erhaltung der sich (in einem jeden Land und in der Welt) bereits eingestellten Bevölkerungszahl oder für deren Wachstum? Sollen wir eine weitere Erhöhung, eine Reduzierung oder den Ausgleich des materiellen Lebensstandards anstreben? Werden wir die ethnischen, konfessionellen und anderen Eigenarten der Identität der Stämme und Völker fördern, oder überall „allgemein menschliche Werte“ kultivieren? Und so weiter und so fort.

Der Überblick über die Szenarios, nach denen die zu beobachtenden Tendenzen in die Zukunft linear weiterlaufen,

führt zur äußerst pessimistischen Schlussfolgerung: Die Zivilisation der Erde wird das 21. Jahrhundert nicht überleben können. Die gegenseitige Ausrottung der Menschen in religiöser Verzückung oder im Kampf um die schwindenden Ressourcen, der ökologische Kollaps, die genetische Ausartung (ob „natürlich“ oder unterstützt durch die Willkür der Geningenieure), die Konfrontation der Menschen mit den „Robotern“ — all das kann der Sozialgeschichte (vielleicht aber auch der biologischen Evolution auf unserem Planeten) ein Ende machen. Es bleibt abzuwarten, welcher von den genannten Faktoren die entscheidende Rolle spielen wird. Aber im Endergebnis werden in bestenfalls einhundert Jahren auf der Erde nur die rückständigsten Stämme noch leben, bereits zum Aussterben verurteilt, und selbstverständlich nicht ahnend, dass sie im 22. Jahrhundert christlicher (im 15. Jahrhundert moslemischer usw.) Zeitrechnung leben.

Aber lineare Extrapolationen gehören nur zur einen und einfachsten Variante für den Blick in die Zukunft. Die Frage besteht nicht darin, mit hoher Genauigkeit die bereits bestehenden gefährlichen Tendenzen in ihrer Entwicklung zu prognostizieren und das Bild des Finales der menschlichen Zivilisation vorherzusehen, sondern darin, ob es möglich ist, sich in den Lauf der Ereignisse gezielt einzumischen und ihn in eine günstigere Richtung zu lenken? Wenn ja, dann kommt die Frage nach der denkbaren Spanne der gezielten Veränderungen und nach den dafür notwendigen Kosten und Verlusten. Schließlich muss geklärt werden, wie konkret zu handeln ist, um den Lauf der Geschichte auf einen anderen Weg zu lenken und die „schlechte“ Zukunft in eine mehr oder weniger „gute“ zu verwandeln?

Das Wichtigste, was wir verstehen müssen, ist, dass sogar in Phasen der Unbeständigkeit eines derart komplizierten Systems wie die heutige Zivilisation nicht „alles nach Belieben“ geschehen kann, wie es einem naiven Be-

obachter vorschweben mag. In einem jeden Fall ist die Zahl möglicher Szenarios nicht nur nicht unendlich, sondern im Großen und Ganzen auf nur einige Varianten begrenzt. Doch andererseits können wir, wenn wir einen bestimmten Entwicklungsweg genommen haben, nicht mehr zurückkehren und einen anderen wählen: Wir werden zwangsläufig bis ans Ende gehen müssen, und wenn dieses Ende kein fatales ist, dann gelangen wir an den nächsten Scheideweg.

Die Tatsache, dass die Zahl realistischer Szenarios immer begrenzt ist, macht eben die Untersuchung und das Konstruieren der Zukunft möglich. Wir können wirklich wählen, und darin besteht die vielleicht größte Hoffnung der Menschheit. Man muss sich klar entscheiden, das für die Zukunft günstigste Szenario für die Menschheit auswählen, den auf diesem Weg lauernden Gefahren vorbeugen und immer wieder den für die weltweite Zivilisation erforderlichen Weg der Entwicklung durchsetzen.

4. DIE ZIVILISATION VOR DER KRISE: WAS LEHRT UNS DIE GESCHICHTE

4.1. Das Syndrom der Vorkrisenentwicklung

Wie paradox es auch sein mag, aber wir wissen noch zu wenig über den Menschen, die Gesellschaft, die Welt. Im Laufe des größten Teils der Geschichte besaß der Mensch sehr begrenzte Kenntnisse, die er in der Regel aus den Erfahrungen des Alltags schöpfte. Die Wissenschaften über die unbelebte Materie entwickelten sich erst seit der Antike, und es brauchte fast zweitausend Jahre bis sich die naturwissenschaftlichen Kenntnisse zu Fortschritten im wissenschaftlich-technischen Denken des 20. Jahrhunderts transformieren konnten. Erst vor dem Hintergrund dieser Fortschritte und im Ergebnis der sich daraus ergebenden neuen praktischen und erkenntnismäßigen Möglichkeiten haben wir zu verstehen begonnen, wie wenig wir selbst im Vergleich mit unseren laufenden Bedürfnissen wissen, und wie vieles wir noch entdecken, erfahren und verstehen müssen. Wahrhaftig: „Ich weiß, dass ich nichts weiß“.

Mit den Lebenswissenschaften ist die Situation viel komplizierter. Die Biologie, die Genetik, eine Reihe anderer Wissenschaften in diesem Bereich haben ihre Entwicklung erst seit Anfang des 20. Jahrhunderts oder auch später begonnen. Die Wissenschaften von der Gesellschaft und dem Menschen entwickeln sich auf moderner empirischer und

instrumenteller Grundlage eigentlich erst seit Mitte des vergangenen Jahrhunderts.

Das bedeutet, dass sich bei der Untersuchung makrosozialer, geschichtlicher Prozesse, wo empirische Erkenntnisse sich nur langsam mehren, Forschungsmethoden und Ausgangsvoraussetzungen lange und besonders mehrdeutig überprüft werden, die Gesellschaftswissenschaften bisher faktisch auf Hypothesen stützten und vornehmlich weiterhin stützen.

Heute ist die Vorstellung vom Menschen als einem Element der Biosphäre (sei es auch ein besonderes) hoffnungslos veraltet. Manche bestehen sogar darauf, dass die „Biosphäre“ — nichts weiter als ein historischer Begriff sei, der etwas widerspiegele, was vor Dutzenden von Jahrtausenden existiert habe. Seither haben die Menschen die Natur konsequent transformiert, „vermenschlicht“ (mit allen sich daraus für beide Seiten ergebenden positiven und negativen Konsequenzen), sich an ihre sich verändernden Bedürfnisse angepasst, und sie damit zur Anthroposphäre bzw. Noosphäre (nach W. I. Wernadski) verwandelt. Nunmehr ist der lebendige Stoff kein selbständiges geschlossenes Gebilde mehr, sondern ein Subsystem der planetarischen Zivilisation.

Die Anthroposphäre bedeutet „Sphäre des Menschen“, Noosphäre — „Sphäre des Verstandes“. Der Mensch mit seinem Verstand, wie auch die Natur, beinhalten beides — Schöpfung und Zerstörung. Deshalb besteht die Frage nicht darin, ob die Anthroposphäre im Vergleich zur wilden Biosphäre „besser“ oder „schlechter“ ist. Wichtig ist, dass sie ein qualitativ komplizierteres Gebilde ist, in dem mehr Dimensionen, hierarchische Ebenen und ursächliche Zusammenhänge existieren, weshalb sie auch komplizierteren Gesetzmäßigkeiten untersteht.

Der Mensch *erbaut und schafft* ein sozionatürliches System. Eine andere Sache ist die, dass nach den Gesetzen der Natur jeder schöpferische Prozess unbedingt mit zer-

störender Effekten zu bezahlen ist (dies ist auch in der Geschichte der Biosphäre noch vor dem Menschen deutlich zu verfolgen) und dass — was besonders wichtig ist — in bestimmten Perioden die Zerstörung über den Aufbau zu dominieren beginnt. Deshalb besteht die Aufgabe nicht darin, der gesamten Geschichte der Menschheit ihren Ruhm zu nehmen, sondern darin, die Bedingungen und Verhältnisse herauszufinden, unter denen diese Verzerrung stattfindet, und es zu lernen, sie vorausszusehen und ihnen vorzubeugen.

Bei der Analyse von Krisenepisoden der nahen und fernen Geschichte haben Wissenschaftler ungewöhnliche Ähnlichkeiten im Denken und Handeln der Menschen kurz vor Krisenbeginn beobachtet. Ungewöhnliche und erstaunliche, weil es sich um so unterschiedliche Epochen, Kontinente und Kulturen handelt, dass es zwischen ihnen scheinbar gar nichts Gemeinsames geben kann.

Nichts desto weniger hat sich herausgestellt, dass wenn Menschen neue Werkzeuge, Technologien und Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die Natur oder andere Menschen erlangten, sie quasi den Kopf verloren. Und darin unterscheiden sich die gebildeten Europäer nur wenig von ihren Urahnen.

So war zum Beispiel die Krise der Jungsteinzeit eine der bedeutendsten „globalen“ Krisen in der menschlichen Geschichte. Die Zahl der Jäger und Sammler hatte sich zu jener Zeit wirklich der Grenze des ökologisch Vertretbaren genähert, aber selbst das wurde nicht die Hauptursache der Krise. Das Bevölkerungswachstum wurde damals durch eine noch nie da gewesene Entwicklung der Jagdwerkzeuge verursacht. Die Menschen haben Bogen und Pfeil, Speere, Lanzen, Speerwerfer und andere „Jagdautomatik“ erfunden, sie haben gelernt, Fanggruben anzulegen und zu tarnen. Das hatte ein richtiges ökologisches Bacchanal zur Folge, dessen Spuren jetzt für den Forscher sichtbar werden. Die psychologischen Stereoty-

pe aus den Zeiten des Faustkeils entsprachen nicht mehr den neuen produktiveren Jagdtechnologien. Die Stunde der Vergeltung ließ nicht auf sich warten. Besonders in den mittleren Breiten Eurasiens haben die Menschen ihre Nahrungsgrundlage ruiniert, was zur Verschärfung der tödlichen Konkurrenz zwischen den Stämmen führte. In den am stärksten bevölkerten und technologisch fortgeschrittenen Regionen der Welt reduzierte sich ihre Zahl um ein Vielfaches ...

Somit war die damalige Herausforderung der Evolution, ebenso wie die meisten früheren und späteren Herausforderungen, ein Ergebnis der menschlichen Kurzsichtigkeit, des mangelnden Gleichgewichts zwischen „Technologie“ und „Psychologie“. Einige Stämme reagierten darauf mit dem Übergang zur „Zusammenarbeit mit der Natur“, zu Ackerbau und Viehzucht — eine Erfahrung, die sich sehr schnell auf große Gebiete ausdehnte. Die technologische Revolution des Neolithikums ging mit einer Revolution im Denken (der Ackerbauer und der Viehzüchter müssen die Ursache-Folge-Beziehung in einem viel größeren Umfang sehen können, als es die urzeitlichen Jäger und Sammler brauchten), in den Beziehungen zwischen den Stämmen usw. einher.

Diese Entwicklungslogik wiederholt sich in der Geschichte immer wieder. Mit der Erfindung von Waffen aus Stahl, die viel leichter, stabiler und billiger als Waffen aus Bronze waren, wurden die Berufsarmeen durch eine gewisse Art von Volkslandwehren abgelöst. Indessen blieben die Wertvorstellungen, Stereotype und Denkweisen die alten, und die von der neugewonnenen Macht trunkenen Politiker und Feldherren rühmten sich der Zahl ihrer getöteten Feinde und verbrannten Städte. Gefangene Soldaten wurden getötet, die eroberte Bevölkerung aber wurde ausschließlich durch Terror und Angst regiert. Die Blutigkeit der Schlachten stieg über alles Maß. Die weitere Existenz der meistentwickelten Staaten, vom Nahen Osten und Grie-

chenland bis hin nach Indien und China, war somit gefährdet.

Die Antwort auf diese neue Herausforderung der technologischen Entwicklung wurde die für die moderne Zivilisation grundlegende Revolution der Achsenzeit. In der riesigen Ökumene der zivilisierten Länder kam es gleichzeitig, innerhalb von nur wenigen Jahrhunderten, zu einer gründlichen Transformation politischer Wertvorstellungen. Nur die stattgefundene „Bewusstseinsrevolution“ hat den Menschen zu dem gemacht, was er heute ist.

In der Geschichte lassen sich auch Analogien für andere globale Probleme der gegenwärtigen Zivilisation finden. Europa hat im zweiten Jahrtausend der neuen Ära mehrere Jahrhunderte lang bereits eine schwere Umweltkrise erlebt. Die Erfindung immer produktiverer Ackerbautechnologien hat das Bevölkerungswachstum, die Rodung der Wälder für neue Felder, die zunehmende Konzentration der Menschen in den Städten gefördert. Die Mülldeponien haben sich als ständige Seuchenquellen unkontrolliert ausgeweitet; Flüsse wurden zu Abflussgräben für das Lederhandwerk- und andere Handwerke, für die Abfälle der Lebenstätigkeit der Städte. Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Technologien führte in die nächste Sackgasse der Evolution, wie es seinerzeit mit der Entwicklung der Jagdtechnologien geschehen war.

Der Ausweg aus der Sackgasse hing in vielem mit der industriellen Revolution zusammen, die nicht allein die spezifische Produktivität radikal erhöhte, sondern auch eine Transformation der Wertvorstellungen und Weltanschauungsgewohnheiten, das Entstehen einer neuen kulturellen Welt forderte, die der amerikanische Soziologe Alvin Toffler die Indust-Realität (indust-reality) nannte. Eine solche Realität setzte ein anderes Raum- und Zeitempfinden voraus, ebenso die Idee des linearen Fortschritts und Humanismus — der positiven Transformation der göttlichen Welt durch den Menschen, — des Primats der Vernunft als Vor-

aussetzung für die freie menschliche Wahl. Und das Wichtigste — sie setzte Vorstellungen vom natürlichen Recht, vom einheitlichen Wesen aller Menschen unabhängig von ihrem Glauben sowie die Entblößung der Cliquenmoral voraus, die für die vorindustriellen Ideologien kennzeichnend war.

Es besteht keine Notwendigkeit, hier auch auf Ereignisse aus anderen lokalen bzw. globalen antropogenen Krisen einzugehen. Spezielle Forschungen zeigen, dass sie sich im Grunde alle nach ähnlichen Szenarios entwickelten, und dass ihnen ein besonderer Typ von Geistesstimmungen, psychischen Zuständen und Prozessen — das Syndrom der Vorkrisenentwicklung — voranging. (Siehe dazu ausführlicher bei A. A. Grigorjew, A. P. Nasaretjan sowie bei A. D. Armand, D. I. Lurie u.a.)

Das Syndrom entwickelt sich in jenen Perioden des gesellschaftlichen Lebens, in denen neue technologische Verwaltungsmöglichkeiten die Qualität jener Mechanismen der sozialen und kulturellen Selbstregulierung wesentlich übersteigen, die an weniger wirksame Technologien angepasst waren und deshalb hoffnungslos veraltet sind. Die Störung des inneren Gleichgewichts bewirkt einen Anstieg der ökologischen und/oder geopolitischen Aggressivität.

Die einsetzende Periode der extensiven Entwicklung ist von entsprechenden Stimmungen begleitet: die Masseneuphorie, das Gefühl des Alleserlaubtseins und der Straflosigkeit erfassen die Menschen. Man sieht die Welt als ein unendliches und passives Objekt zum Erschließen, und ihre Ressourcen als unerschöpflich. Man ist von den Erfolgen berauscht. Man lebt in der Erwartung weiterer Erfolge und Siege und sucht somit aber auch nach sich mäßig wehrenden Feinden, was zum Selbstzweck wird, irrational und zunehmend ist.

Dann beginnt eine Reihe von spezifischen Gesetzmäßigkeiten der menschlichen Psyche zu wirken, die wir hier im Allgemeinen nur kurz nennen wollen.

Das Konsumwachstum stimuliert zunehmende Bedürfnisse und Erwartungen (schon die marxistischen Klassiker nannten dies das Gesetz der Hebung der Bedürfnisse), und die Nähe der begehrten Ziele stärkt die Motivation zur Suche nach einfachen, in der Regel aber auch zerstörerischen Mitteln zu ihrer Herbeiführung. Unter dem Einfluss der Emotionen vereinfacht sich das Denken der Menschen, ihr Weltbild wird flacher und einfältiger. Problemsituationen werden als elementar wahrgenommen, obwohl in Wirklichkeit mit den wachsenden technologischen Möglichkeiten die Erhaltung des gesellschaftlichen Systems immer komplizierter wird. Die auf diese Weise zunehmende Diskrepanz zwischen Kraft und Weisheit verringert die innere Stabilität der Gesellschaft ...

Derartige sozionatürliche Krisen können mit dem Tod oder der Degradierung des sozialen Organismus enden, der nicht imstande ist, sich an die neuen Existenzbedingungen anzupassen. Wenn aber nur diese Möglichkeit existieren würde, wären wir heute wohl kaum in der Lage, derartige Probleme zu diskutieren, denn die Menschheit hätte bis zu unserer Zeit gar nicht überleben können.

Eine Wende, und für uns in der Geschichte am wichtigsten, wurden immer Episoden ganz anderer Art — wenn die Krise mit einer grundlegenden Transformation der technologischen, organisatorischen und psychologischen Strukturen endete und sich im Ergebnis die Gesellschaft zusammen mit der natürlichen Umwelt, anstatt zum „natürlicheren“, wilden Zustand zurückzukehren, noch weiter davon entfernte.

Um sich davon zu überzeugen, reicht es, noch einmal die Jagd und das Sammeln mit der Viehzucht und dem Ackerbau, die landwirtschaftliche Zivilisation mit der industriellen oder die industrielle mit der informationellen Zivilisation zu vergleichen. Mit jedem Mal stieg das Maß der werkzeuglichen, organisatorischen und psychologischen In-

direktheit der Beziehungen zwischen Mensch und Natur (auch zwischen den Menschen), das sozionatürliche System wurde insgesamt immer „kultivierter“, der Anteil künstlicher, intellektueller Faktoren der Verwaltung und Kontrolle erhöhte sich.

Untersuchungen zeigen, dass das alles Anpassungen nicht an zufällige Veränderungen in der natürlichen Umwelt, sondern an solche Veränderungen waren, die ihrerseits durch die wirtschaftliche Tätigkeit der Gesellschaft bedingt sind, welche stets mit zerstörerischen Nebenwirkungen einhergeht. Mit der Zeit häuften sich solche Nebenwirkungen an, ihre Quantität ging in eine neue Qualität über, und im Ergebnis konnte der soziale Organismus nicht mehr wie vorher weiterleben. Dann degradierte er und starb, oder aber fand ein neues unberührtes Lebensmilieu, oder (wenn er bereits einen ausreichenden Vorrat an kultureller Vielfalt akkumuliert hatte) er entwickelte neue, weniger zerstörerisch auf die Umwelt wirkende und produktivere Methoden der Lebenstätigkeit.

Das sozionatürliche System wandelte sich, und die ökologische Nische der Menschheit erweiterte und vertiefte sich. In der Folge setzte erneut das Bevölkerungswachstum ein, die individuellen und sozialen Bedürfnisse wuchsen, — so begann der stetige Weg zu einer neuen Verschärfung ...

Somit durchdringen die gesamte, unserem Überblick zugängliche Geschichte der Menschheit und der Biosphäre „durchgehende“ Vektoren aufeinanderfolgender Veränderungen. Diese Vektoren bzw. Entwicklungsrichtungen muten ziemlich paradox an: Die Biosphäre und die Gesellschaft veränderten sich mit einer erstaunlichen Sukzession von mehr wahrscheinlichen Zuständen zu weniger wahrscheinlichen. So als ob eine „unsichtbare Hand“ die Welt vom Gleichgewicht, von Homogenität und Einfachheit zu immer mehr Ungleichgewicht, Organisation, Kompliziertheit bewegen würde.

Ein weiterer wichtiger Umstand besteht darin, dass all diesen „Phasenübergängen“ Zuspitzungen von Krisen vorangingen, die durch die erschöpften Existenzmöglichkeiten des Systems in seinem bisherigen Zustand bedingt waren. Hier entdecken wir ebenso ein Paradox: Die zunehmende Spannung wurde nicht durch die Rückkehr zum primitiveren, gleichgewichtigen Zustand abgebaut, sondern durch den Übergang zu einem höheren Maß von Ungleichgewicht, das folglich eine noch größere Spannung verursachen konnte.

Selbstverständlich ist dies ein vereinfachtes Schema, das nur eine ungefähre Vorstellung über den Einfluss antropogener (d.h. durch menschliche Tätigkeit verursachter) Krisen auf die historische Entwicklung vermittelt. Aber mit seiner Hilfe können wir die Mechanismen der Zuspitzung und Überwindung von Zivilisationskrisen in der Vergangenheit studieren sowie die globalen Probleme der Gegenwart und die abzusehenden Perspektiven für ihre Überwindung besser verstehen.

Der Kult der Gewalt als grundlegendes 4.2. Problem der gesellschaftlichen und politischen Organisation

Fast die gesamte geschriebene Geschichte ist nicht einfach eine Geschichte von Kriegen und Konflikten, eine Geschichte von kolossalen Verlusten und Schäden, die mit der Realisierung des Gewaltkults zusammenhängen, sondern auch eine Geschichte der Suche nach Lösungswegen für einen der fundamentalsten Entwicklungswidersprüche.

Wie groß der Umfang und die Intensität der Gewalt früher auch gewesen sein mögen, nie zuvor hatte das Gewalt-

potential die Ausmaße einer möglichen Vernichtung der gesamten Erdbevölkerung erreicht. Uns bleibt keine andere Wahl: Entweder rotten wir die Gewalt als überwiegen- den Verhaltensstereotyp aus, oder aber die Gewalt wird die Menschheit als die auf der Erde überwiegende Art von Lebewesen ausrotten.

Die Geschichte der Menschheit zeigt, dass Gewinn durch Gewalt sehr vergänglich ist und sehr schnell schwindet. Zudem sind die Ausgaben für die Gewaltan- wendung, zusammen mit den Verlusten, die der Gewalt- täter bei der Abwehr der Gegengewalt trägt, so groß, dass eine soziale Umverteilung der Güter gesellschaft- lich vorteilhafter ist als ihre Umverteilung mit Gewalt. Wenden wir uns Fragmenten aus der Geschichte der Kriege und anderer Konfrontationen zu. Die Verluste der Menschheit durch die Fortsetzung der Politik mit mili- tärischen Mitteln, wie Bismarck einmal über den Krieg sprach, sind mit den durch alle Naturkatastrophen der beiden letzten Jahrtausende verursachten Verlusten unver- gleichbar. Dies ist eine derart wichtige und interessante Frage, dass sie ständig im Blickfeld der Experten steht. Hier sei nur auf die eindrucksvollsten Angaben verwie- sen.

Zuallererst sei betont, dass sich eine stabile Wachstumstendenz des materiellen Kriegsbedarfs verfolgen lässt. Da- bei nimmt der Bedarf an Waffen und Kriegsgerät stetig zu. Das spezifische Gewicht der Ausgaben für ihre Produkti- on hat von Krieg zu Krieg zugenommen.

Im Ersten Weltkrieg war im Ergebnis der gestiegenen Rolle der Technik im Krieg, ihrer größeren Mengen, der schnelleren Schussfolgen der Schützenwaffen und Artil- lerie der Anteil der Aufwendungen für die Bewaffnung viel größer geworden als bei früheren Kriegen und er- reichte 60% der gesamten Kriegskosten. Im Zweiten Weltkrieg stieg der Kostenanteil für Bewaffnung und Kriegsgerät auf 70–75%. Zudem sind im Vergleich mit

dem Ersten Weltkrieg die Ausgaben für den Zweiten Weltkrieg durchschnittlich um etwa das 4- bis 5fache gestiegen.

Der Anteil der Ausgaben für Militärtechnik an den Gesamtkosten für den Unterhalt der Streitkräfte stieg nach dem Zweiten Weltkrieg weiter, denn mit der besseren technischen Ausstattung der Armee war auch ihre Feuerkraft und Manövrierfähigkeit gestiegen, was den Bedarf an materiellen Mitteln zunehmen ließ.

Die Kultivierung der Philosophie der Zulässigkeit von Gewalt und militärischer Konfrontation führt auch in Friedenszeiten zu einem bedeutenden Anstieg der militärischen Produktion. So hatte sich z.B. in den USA Ende der 1960-er Jahre dieses Volumen im Vergleich zur Vorkriegszeit um das 40fache vergrößert. Zu Beginn der 1970-er Jahre arbeitete direkt oder indirekt fast ein Drittel der amerikanischen Industrie für den Krieg. Nach Schätzungen des Verteidigungsministeriums der USA lieferten im Jahre 1983 62 Industriebranchen Erzeugnisse, die direkt vom Pentagon eingekauft wurden.

Die Nachkriegserfahrung zeigt, dass für die Produktion moderner Militärtechnik enorme Ressourcen erforderlich sind. So wurden zu Beginn der 1980-er Jahre in den entwickelten kapitalistischen Ländern etwa 15% des gesamten produzierten Aluminiums und bis zu 40% des Titans für militärische Zwecke verwendet. Diese Metalle sind bekanntlich die wichtigsten Komponenten in der Flugzeug- und Raketenindustrie. Nach Berechnungen von UNO-Experten verschlang die Militärproduktion Ende der 1970-er Jahre 15–16% der Kupferproduktion so wie bis zu 10% der Zinn-, Nickel-, Blei- und Zinkproduktion. Stetig wachsen die Kapitalaufwendungen für die Entwicklung der militärischen Infrastruktur, d.h. für den Bau von Straßen, Flugplätzen, Häfen, Raketenstartpositionen, Übungsplätzen, Kasernen, Kommandozentralen, Lagern usw.

Analysieren wir nun die summarischen Verluste durch militärische Gewalt in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die gesamten materiellen Ausgaben für die Vorbereitung und Führung der Kriege in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts (einschließlich des Zweiten Weltkrieges) sowie die Ausgaben für die Wiedergutmachung der Folgen dieser Kriege betragen etwa 4,7 Billionen Dollar. Der größte Teil dieser wahrlich astronomischen Summe — 4 Billionen Dollar — entfällt auf den Zweiten Weltkrieg. Der Gesamtwert der in allen kriegführenden Ländern vernichteten Güter beträgt über 316 Milliarden Dollar. In die Streitkräfte wurden mehr als 110 Millionen Menschen mobilisiert. Die Verluste unter der Zivilbevölkerung haben stark zugenommen.

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hat keine von den größten militärischen Mächten gegen eine andere Krieg geführt, doch die Militärausgaben in der Welt sind angestiegen. Nach dem Zweiten Weltkrieg betragen die direkten Aufwendungen für den Rüstungswettlauf mehr als 6 000 Milliarden US-Dollar (in den Preisen von 1975), was dem gesamten Bruttosozialprodukt der ganzen Welt im Jahre 1975 entspricht. Sogar die ärmsten Länder, in denen das Pro-Kopf-Einkommen unter 200 US-Dollar liegt (gewöhnlich sind das Länder, deren Militärausgaben im Vergleich zum Bruttosozialprodukt bescheiden sind), geben für militärische Zwecke im Durchschnitt ebenso viel aus, wie sie in ihre Landwirtschaft investieren.

Obwohl das Gegenteil offensichtlich ist, besteht weiterhin der fest verankerte Mythos, der noch in den Zeiten der Umrüstung Deutschlands vor dem Zweiten Weltkrieg entstanden war, dass ein großer Militärhaushalt als Mittel gegen Arbeitslosigkeit dient oder zumindest deren Folgen lindern kann. Objektive Zahlen bezeugen etwas anderes.

Nach Berechnungen der USA-Regierung schafft 1 Milliarde Dollar Militärausgaben 76 000 Arbeitsplätze. Inve-

tiert man dieselbe Summe in zivile Programme, so entstehen durchschnittlich über 100 000 Arbeitsplätze. Noch viel mehr Plätze würden entstehen, wenn man diese Mittel in besonders arbeitsintensive Produktionsbranchen investiert hätte. Leider konnten für Russland und andere Länder keine derartigen Angaben gefunden werden.

Versuchen wir, uns die enormen Ausgaben für die Vorbereitung, Führung und Beseitigung der Schäden von Kriegen allein in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu verdeutlichen. Diese Summe betrug, wie bereits erwähnt, mehr als 4,7 Billionen US-Dollar (in damaligen Preisen). Dividiert man diese Summe durch die Zahl der in diesen Kriegen Gefallenen, so ergibt sich, dass ein jeder getötete Mensch durchschnittlich fast 100 000 Dollar „kostete“. Das ist eine absolut unsinnige Verschwendung. Man kann sich kaum vorstellen, welchen Nutzen der Einsatz dieser Mittel im normalen Zyklus der industriellen Reproduktion den Völkern Europas gebracht hätte. Man hätte damit das Wohnungsproblem in ganz Europa lösen und seine gesamte Bevölkerung über mehrere Jahre kostenlos ernähren können.

Die hier angeführten Tatsachen und Zahlen schreien einfach davon, welch ungeheure Ausgaben sich die Menschheit durch die weitere Kultivierung der Gewalt aufgebürdet hat. Man dürfte hoffen, dass die Sinnlosigkeit oder wenigstens die niedrige Effektivität dieser Ausgaben längst Anlass für eine Revision der Struktur der Staatsausgaben sein sollten. Würde es gelingen, die Rüstungsarsenale symmetrisch zu reduzieren und die Ressourcen für umfangreiche nichtmilitärische Projekte einzusetzen, dann könnte eine neue Qualität der Zivilisation auf der Erde nahe Realität werden.

Aber man sollte auch einen weiteren Punkt berücksichtigen. Viele Psychologen im In- und Ausland kommen zur Schlussfolgerung, dass die Erhaltung des Krieges als soziales Phänomen über Jahrtausende nicht nur und nicht so

sehr durch gegenständliche als vielmehr durch funktionale (darunter geistige) Bedürfnisse der Menschen bedingt ist. Dieser vielseitige Komplex umfasst auch den Machtwillen, die spontane Aggression sowie solche „altruistische“ Motivationen wie Selbstaufopferung, Affiliation (Zugehörigkeit zur Gruppe), Lebenssinn usw.

Diese paradoxe Eigenschaft stabil ungleichgewichtiger Systeme sehen Wissenschaftler verschiedener Fächer. Einerseits strebt der Organismus nach der Erhaltung eines stabilen Zustandes. Andererseits macht andauernder Wohlstand müde, führt zu inneren Spannungen und fördert gegenstandslose Aktivitäten — und es kommt zu unbewusster Provokation von Instabilitäten, Konflikten, scharfen Emotionen. Experimente und Beobachtungen zeigen, dass eine solche Eigenschaft bei den Tieren zum Niveau ihrer körperlichen und psychischen Organisation proportional ist. Aber am deutlichsten äußert sich das beim Menschen, als dem Subjekt, das unter den der Wissenschaft bekannten Subjekten am ungleichgewichtigen ist.

Psychologen weisen auf mannigfaltige Verfahrensweisen hin, die sich in der Kultur für die „Sublimierung“, „Ritualisierung“, „Theatralisierung“, „Katharsis“ des ureigenen menschlichen Strebens nach Konflikt und Überwindung entwickelt haben. Sie müssen anerkennen, dass all diese Verfahrensweisen die erforderliche, aber immer nur vorübergehende und begrenzte Wirkung brachten: Konflikte „als Spiel“ werden früher oder später langweilig und stärken den unbewussten Drang nach „echten“ Erlebnissen.

In gewisser Hinsicht blieben militärische Konflikte für das menschliche Dasein immer ein Übel und eine Verdammnis (obwohl sie selbstverständlich nicht immer bzw. nicht allen als solche bewusst wurden). Zugleich befriedigten sie in der früheren Geschichte nicht nur die tiefenpsychologischen Bedürfnisse der Menschen, sondern

dienten oft auch als Faktor der gesellschaftlichen Entwicklung — in jenem Maße, in dem die Kraft der Waffen durch die Qualität der Kulturwerte ausgeglichen war, — förderten aber auch die Ausmusterung lebensunfähiger gesellschaftlicher Organismen. An dieser Stelle sei bemerkt, dass sich die Zeiten ändern und dass in absehbarer Zukunft die Frage so stehen wird: Entweder besiegt die Zivilisation den Krieg, oder aber der Krieg besiegt die Zivilisation.

Wichtig ist die prinzipielle Schlussfolgerung: Wie immer wir die objektiven Lebensbedingungen der Menschen auch optimieren, wird es nicht gelingen, die Trägheit der Militärgeschichte zu überwinden, solange keine adäquaten substituierenden Mechanismen zur Befriedigung der funktionalen Bedürfnisse gefunden sind.

Das Wachstum des Informationsmilieus und der Zivilisation führt letztendlich dazu, dass immer mehr Gefühle, Bilder, Ereignisse und Gedanken im Leben des Menschen durch das informative und nicht physische Zusammenwirken mit der Umgebung und anderen Subjekten bestimmt werden. Das bedeutet, dass eine Variante zur Überwindung der Gewalt in der menschlichen Geschichte und in den menschlichen Beziehungen in ihrer Virtualisierung besteht. Es ist nicht auszuschließen, dass ein Vierter, „virtueller“ Weltkrieg sogar notwendig sein wird: modelliert und der ganzen Menschheit in anschaulichen Bildern vorgeführt — im Real-Time-Regime, oder aber nahe daran. Heutzutage, wo die Welt den Golfkrieg „live“ gesehen, die Bombardierung Jugoslawiens, die Explosionen in New York, den Krieg in Afghanistan und die Geiselnahme in Moskau beobachten konnte, sollte man den nächsten, aber ernüchternden Schritt tun. Man sollte jeder Gesellschaft, jedem Staat, jedem Menschen ihr persönliches Schicksal für den Fall der nach den bisherigen Tendenzen fortschreitenden Entwicklung vor Augen führen.

4.3. Gesetze des Überlebens: Wie die Menschheit sich überwindet

Die Untersuchung der Logik der Überwindung von Entwicklungskrisen durch die Menschheit erlaubt, von bestimmten Gesetzen der Evolution der Zivilisation zu sprechen.

Mit wachsendem technologischem Potential nimmt immer die äußere Stabilität der Gesellschaft zu, d.h. ihre Unabhängigkeit von Fluktuationen der äußeren natürlichen und geopolitischen Umgebung. Doch zugleich wird auch die Abhängigkeit von inneren Schwankungen stärker: vom psychischen Zustand der Massen, von politischen Entscheidungen und Handlungen, vom empfindlichen Gleichgewicht einer immer größeren Anzahl der Elemente des komplizierter werdenden gesellschaftlichen Systems und der Faktoren seiner Transformation. Je mehr die Stärke der Produktions- und Kriegstechnologien zunimmt, desto vollkommener Mittel der Zurückhaltung der Aggression werden für die Erhaltung des gesellschaftlichen Organismus gebraucht.

Grob gesagt, wird die soziale Rolle des „Dummkopfs“ größer, nimmt die Abhängigkeit der Gesellschaft von Fehlern, von Fehlentscheidungen, vom „blinden Spiel“ der Kräfte der sozialen Selbstorganisation zu. Oft reicht ein auch nur unbedeutendes Ereignis, ein kleiner Anlass, damit die schwache Stabilität der sozialen Struktur zerstört wird, in der bereits ein Ungleichgewicht zwischen dem steigenden technologischen Potential und den hinterherhinkenden, vom Menschen erschlossenen sozialen und politischen Technologien zu spüren ist.

Wird die wachsende technologische Macht nicht durch die Vervollkommnung von regulierenden Werkzeugen aus-

geglichen (der Kultur der Selbstbeschränkung, der Moral, des Rechts, der öffentlichen Meinung, der Rechtsschutzorgane usw.), dann sinkt die innere Stabilität und damit auch die Lebensfähigkeit der Gesellschaft. Die Gesellschaft wird ein Opfer ihrer Stärke, die nicht durch eine angemessene Kultur der Selbstbeschränkung ausgeglichen ist.

Diese Gesetzmäßigkeit, die für das Verständnis der heutigen Probleme immer wichtiger wird, hat sehr tiefe geschichtliche, antropologische und sogar biologische Wurzeln.

Die Sache ist nämlich die, dass die natürliche Aggression, die eine Wesenseigenschaft eines Lebewesens ist (die Tiere müssen freie Energie durch Zerstörung anderer Organismen gewinnen, sie müssen konkurrieren, Lebensräume erobern und verteidigen usw.), in der Natur durch innere und äußere Regler begrenzt wird. Dazu gehört das, was der hervorragende österreichische Tierverhaltensforscher Konrad Lorenz das Gleichgewicht der Stärke und der „natürlichen Moral“ nannte. Je stärker die natürliche Bewaffnung der jeweiligen Tierart ist, umso fester sitzt der Instinkt, der sie am Töten von ihresgleichen hindert. Ein Beispiel: pro Populationseinheit töten Löwen und andere starke Raubtiere mehr von ihren Artgenossen als die Menschen mit ihren Panzern und Bomben.

Diesen Gedanken weiterentwickelnd, vermutete Lorenz interessanterweise, dass Kriege in der menschlichen Geschichte deswegen eine so bedeutende Rolle spielen, weil die Menschen vom biologisch harmlosen Australopithecus abstammen. Würden wir z.B. vom Löwen abstammen, dann hätte uns die Natur mit einem viel stärkeren Instinkt der Aggressionsdämmung ausgestattet.

Dem Menschen fehlt vom Ursprung her die natürliche Waffe, dadurch ist bei uns die instinktive Bremse für aggressive Impulse auch nicht besonders stark. Da unsere fernen Vorfahren durch das Leben jedoch in eine fast ausweglose Situation gestellt waren, mussten sie nach ungewöhnlichen Existenzmitteln suchen. Um sich vor Angst und

Hunger zu retten, kompensierten sie die fehlenden natürlichen Waffen durch den systematischen Einsatz von Stöcken, Steinen und Knochen, und mit der Zeit lernten sie, ihre Waffen schärfer und wirksamer zu machen. Doch die künstlichen Angriffsmittel überstiegen bei weitem die natürlichen Verteidigungsmittel und — was noch wichtiger ist — die schwachen instinktiven Bremsen gegen die Aggression innerhalb der Art.

Die Menschen konnten diese wichtigste Krise der weseneseigenen und moralischen Entwicklung nur überwinden, indem sie qualitativ neue, der Natur unbekannt Aggressionsregler entwickelten, die jetzt nicht mehr mit den natürlichen Instinkten, sondern mit der Entwicklung des Intellekts und der Rationalität, mit kulturellen und ethischen Normen zusammenhängen.

Das Ausgangs- und Grundprinzip wurde dabei die Ableitung des Aggressionspotentials nach außen, auf die Natur und andere „fremde“ menschlichen Gemeinschaften. So lernten die Menschen die Aggression und die Vernichtung ihresgleichen und der eigenen Gesellschaft zu beschränken.

Diese Ausleseform besaß im Vergleich zur natürlichen Auslese prinzipielle Besonderheiten. In der Konkurrenz waren jene Gemeinschaften bevorteilt, bei denen die inneren Beziehungen besser geregelt waren, wo Individuen, die körperlich schwach waren, dafür aber eine feinere Nervenorganisation hatten, sowie Verwundete und Geschwächte einen gleichen Zutritt zur Nahrung und zur Fortpflanzung bekamen. Aus ihnen entwickelten sich oft Meister, die besser an die Werkzeugproduktion, an das Feuerunterhalten, an die Schulung der jungen Generation und andere Aktivitäten angepasst waren, welche bei der klassischen Auslese keine individuelle Anpassungswirkung ergeben. Somit sammelte sich nach und nach die innere Vielfalt, die bei Verschärfungen der Konkurrenz mit den früheren und neuen Nachbarn der entscheidende Faktor wurde.

Im Laufe der gesamten Geschichte wandelten sich allmählich Technologien, die sozialen Organisationen, das Denken der Menschen und die Beziehungen zwischen ihnen. Grobe Formen des Drucks und des Terrors wurden konsequent durch sanftere und ausgeklügeltere verdrängt, es erweiterte sich der Maßstab der Gruppenidentifikation, die Verfahren des Kompromisses zwischen Gruppen vervollkommneten sich ...

Gesellschaften, die es nicht rechtzeitig fertiggebracht hatten, die Kultur der Selbstkontrolle an die gehobenen technologischen Möglichkeiten anzupassen, wurden letztendlich aus dem geschichtlichen Prozess ausgeschlossen.

Die Zivilisation auf unserem Planeten lebt gerade deshalb noch, weil die Menschen, immer mächtigere Naturkräfte beherrschend und zahlenmäßig immer stärker werdend, gleichzeitig lernten, ihre aggressiven Impulse zu beherrschen, die aufgeschobenen Folgen ihrer Handlungen vorauszusehen und sowohl die sozionatürlichen als auch die internen sozialen Beziehungen wirksamer zu regeln.

In den vielen Jahrtausenden der Geschichte, trotz zunehmender Tötungskraft der Waffen und Bevölkerungsdichte, stieg der prozentuale Anteil der Opfer der sozialen Gewalt an der gesamten Bevölkerungszahl nicht. Es ist bekannt, dass in den Kriegen des 20. Jahrhunderts mehr Menschen ums Leben kamen als insgesamt im Laufe aller Jahrtausende der geschriebenen Geschichte. Es erweist sich aber, dass, wenn man anders, soziologisch korrekter rechnet (nicht in absoluten, sondern in relativen Größen), die Dichte der sozialen Gewalt mit wachsender Stärke der Technologien nicht zugenommen, sondern sogar abgenommen hat*.

* Berechnungen des russischen Wissenschaftlers A. P. Nasaretjan zeigen, dass der Prozentanteil der Kriegesopfer unter der Bevölkerung von Jahrhundert zu Jahrhundert ungefähr gleich blieb (mit Ausnahme besonders blutiger Jahrhunderte wie das 16. und das 17. Jahrhundert), aber der Prozentanteil der Opfer der Alltagsgewalt ist nach indirekten Schätzungen in der Vergangenheit höher gewesen.

Sonst wissen wir vom Schicksal der menschlichen Zivilisation genau nur, dass sie *bis jetzt da ist*. Werden sich die technogenen Verschärfungen auch weiterhin reproduzieren, und wenn ja, wie lange kann die Zivilisation das aushalten? Und wenn nicht, was ist für die entscheidende Änderung der Situation zu unternehmen?

Heute ist doch bereits offensichtlich, dass die Menschheit in ihrer Entwicklung an einem qualitativ neuen Scheideweg angelangt ist, wo das einmal entstandene System zur Aggressionsdämmung den neuen Verhältnissen nicht mehr voll entspricht.

Die in Jahrhunderten ausgearbeiteten Prinzipien der Aggressionsregelung genügen heute wieder einmal nicht. Schon deswegen nicht, weil die Energie der Zerstörung und der Umgestaltung der Natur heute bereits so groß geworden ist, dass die Unkosten eines solchen menschlichen Verhaltens möglicherweise das Potential der Selbstvernichtung schon übersteigen. Es ist zumindest offensichtlich, dass die an der Natur geübte Gewalt mit immer schlimmer werdenden Folgen auf uns zurückschlägt, und wir in absehbarer historischer Perspektive durchaus fähig sind, zu „erreichen“, dass uns die zerstörte Biosphäre in den Abgrund mitnehmen wird, sei es im Ergebnis einer globalen Umweltkrise oder durch das Auslösen eines unkontrollierbaren Prozesses der Zerstörung des menschlichen Genotyps.

Andererseits verliert die Strategie des „Hinaustragens der Aggression“ nach außen jeden Sinn, wenn sich die Menschenwelt selbst zusammenzieht und sich aus einem System lokaler und relativ isolierter Gemeinschaften in ein einheitliches und interdependentes System verwandelt. Umso mehr als die technische Ausstattung und die Vernichtungsmittel, die heute dem Menschen zur Verfügung stehen, einen solchen Charakter bekommen haben, dass die Folgen ihres Einsatzes nicht lokalisiert werden können. Der prinzipielle Unterschied zwischen dem Gewehr und einem

nuklearen Sprengkopf besteht nicht nur und nicht allein darin, dass ihr Einsatz ein verschiedenes Vernichtungspotential für den Feind hat, sondern darin, dass die nuklearen und sinngemäß ähnliche Massenvernichtungswaffen zwangsläufig nicht nur den Gegner töten und zerstören, sondern auch denjenigen, der sie einsetzt.

Unsere Zivilisation wird früher oder später neue Prinzipien und Mechanismen zur Aggressionsbeschränkung erarbeiten und lernen müssen, die ganze Menschheit als eine ganzheitliche Gemeinschaft zu betrachten, welche in erster Linie nicht die Natur nutzen und „Fremden“ gegenüberstehen muss, sondern gegen den „Kult der Gewalt“ und das Syndrom der Selbstvernichtung“ in der eigenen Mitte und gemeinsam zu kämpfen hat.

Inwieweit dies möglich ist, wissen wir nicht. Aber wenn ein solches Potential existiert, dann muss es der heutigen menschlichen Gesellschaft bereits gegeben sein. Es muss bereits da sein, wenn auch unbedeutend, von jedermann vergessen bzw. uns nicht ganz bewusst. Zu diesen logischen Gedanken führen die Entwicklungs- und Evolutionsprinzipien aller komplizierten Systeme, besonders der sozialen Systeme.

Versuchen wir, die Bedingungen herauszufinden, von denen die Perspektive des sozialen Organismus bei der Zuspitzung einer Krise abhängt, stoßen wir stets immer auf den Begriff der inneren Vielfalt.

In ruhigen Zeiten braucht das System gewöhnlich keine große Vielfalt. Und wenn sie größer wird, dann meist „ungezielt“, ohne irgendwelchen offensichtlichen Nutzen, einfach kraft dessen, dass das System „liberal“ genug ist, um nicht eine jede Mutation, eine jede Abweichung vom normativen Muster zu verwerfen. Doch bei sich schnell verändernden Umständen versagen die bewährten Muster immer öfter und führen zu gegenteiligen Ergebnissen. Dann wird das Schicksal des Systems dadurch bestimmt, ob es einen ausreichenden Vorrat an früher unnötigen,

überschüssigen, funktional unnützlichen Handlungselementen und -mustern zu akkumulieren vermochte.

War das nicht gelungen, so zerfällt das zu einer wesentlichen Transformation unfähige System und bleibt in der Vergangenheit, zusammen mit seinem Milieu und den Verhältnissen, die es unterstützen. War es aber gelungen, so verwandelt sich das System, indem es etwas verliert und etwas gewinnt, aber seine Fortbewegung nicht unterbricht. Jene Elemente, die früher überflüssig und marginal schienen, nehmen nun einen zentralen Platz ein, um sie herum beginnt sich eine neue Struktur zu organisieren.

Die aufmerksame Analyse zeigt, dass qualitativ neue Typen von biologischen Organismen, technologische Verfahren und Lebensweisen, neue künstlerische Gestalten, religiöse Lehren, wissenschaftliche und technische Ideen usw. in der Regel viel früher entstehen, als sie von der Evolution gefragt sind. Diese Regel einer, sagen wir, nicht-funktionalen oder gar überschüssigen Vielfalt ist eine Folge des universalen Gesetzes, das in den fünfziger Jahren des letzten Jahrhunderts vom englischen Mathematiker und Biologen William Ross Ashby entdeckt wurde, — des Gesetzes der notwendigen Vielfalt, nach dem die Stabilität und das Evolutionspotential eines Systems zu seiner inneren Vielfalt proportional sind.

Ist aber die Vielfalt ein unbedingter Wert, so dürfte man kaum politische Aggression und Terror verurteilen, Kriminelle bestrafen, die Beachtung moralischer und rechtlicher Normen von allen Bürgern fordern oder gar grammatische Fehler korrigieren. Würden wir, wenn wir von den Menschen die Befolgung gleicher Verhaltensregeln und -normen fordern, damit nicht auch die natürliche Erweiterung der Vielfalt hemmen?

Natürlich formuliere ich hier die Fragen, über die sich Philosophen, Moralisten, Rechtswissenschaftler, Ökonomen und Politologen schon seit Jahrhunderten Gedanken machen,

in einer etwas grotesken Form. Aber sie werden wegen der um sich greifenden „Globalisierung“ immer aktueller.

Zum Beispiel tritt die Forderung nach der Bewahrung der Identität einer jeden Ethnie und einer jeden einmaligen Kultur in einen unlösbaren Konflikt mit der Idee der allgemeinmenschlichen Werte und der für alle Menschen der Erde gleichen Menschenrechte. Denn die traditionellen Werte, Verhaltensnormen und Vorstellungen von den menschlichen Rechten und Pflichten unterscheiden sich bei den meisten Völkern der Welt so sehr von denjenigen, die sich in der westlichen Kultur zum Ende des 20. Jahrhunderts herausgebildet haben, dass jede Andeutung auf ihre Unifizierung als „imperialistische Einmischung“ empfunden wird. Zudem stößt sie auf den natürlichen Widerstand nationaler und religiöser Fundamentalisten, die sich oft weitester Unterstützung der Massen erfreuen.

Dieser Widerspruch ist theoretisch fundamental und praktisch sehr bedeutsam. Prinzipielle Bedeutung besitzt deshalb jener Zusatz zum Ashby-Gesetz, der aus dem *Gesetz hierarchischer Kompensationen* folgt, das vom russischen Wissenschaftler Je. A. Sedow entwickelt wurde.

In seiner Universalität ist dieses Gesetz mit dem von Ashby vergleichbar (d.h. es umfasst ebenfalls die in der Gesellschaft, in der lebendigen und nicht lebendigen Natur ablaufenden Prozesse) und fügt einen entscheidenden Zusatz hinzu. Es besagt, dass die Zunahme der Vielfalt auf der oberen hierarchischen Ebene eines komplizierten Systems durch die Einschränkung auf seiner unteren Ebenen erreicht wird, und, umgekehrt, dass die zunehmende Vielfalt auf der unteren Ebene die obere Ebene der hierarchischen Organisation zerstört.

Anders gesagt, damit das eine oder andere komplizierte System normal funktioniert, muss die Freiheit eines jeden Elements davon ganz unbedingt beschränkt sein. Diese Beschränkung untersteht einer strengen Logik. Das System wird sich nur dann entwickeln, stabil sein und über Evolutions-

potentiale verfügen können, wenn seine innere Vielfalt „qualitativer Art“ ist und vor allen Dingen mit der Vielfalt und entsprechenden Freiheit in den prinzipiellsten und wichtigsten Komponenten seiner „oberen Etagen“ verbunden ist. Dagegen wird eine zu große Vielfalt von primitiven, kriminellen oder auch antisozialen Praktiken in den „Kellern“ des Soziums nie zur Entwicklung führen können, vielmehr wird sie die eigentlichen Grundlagen des Systems insgesamt unterminieren, seine besten Muster zerstören.

Die Bekanntschaft mit den zwei grundlegenden Entdeckungen der Theorie der Systeme — dem Gesetz von Ashby und dem von Sedow — hilft uns, eine Vielzahl gar nicht so offensichtlicher Dinge zu verstehen. Insbesondere, wie ist der gegenseitige Bezug zwischen weiter zunehmender Vielfalt und der Perspektive einer Verbreitung von für die ganze Weltgemeinschaft einheitlichen Werten und Beziehungsnormen.

5. DER MENSCH DER NEUEN WELT

Sprechen wir von der Möglichkeit einer Neuen Welt, so sollten wir nicht nur, und vielleicht sogar nicht so sehr von der Möglichkeit einer neuen sozialen Organisation und vom System der internationalen Institute reden. Zuallererst ergibt sich die Frage nach dem Menschen in der Neuen Welt, oder, genauer gesagt, nach dem Menschen der Neuen Welt.

Wichtig ist, zu verstehen, ob sich der Mensch selbst entwickelt, ob wir es mit einer unveränderlichen und beschränkten Natur des Menschen zu tun haben, oder ob die Entwicklung der Menschheit in die verschiedensten Richtungen dazu führen kann, dass wir mit der wahrhaftig universal dimensionierten Frage konfrontiert werden, ob wir auf die Entstehung eines faktisch neuen Menschentyps, „eines Fremden unter uns“, des Homo post-sapiens, der uns ablösen wird, vorbereitet sind?

Der Mensch kann vom Transformationssubjekt zum Transformationsobjekt werden. Wir können nicht genau sagen, können aber mit Recht vermuten, dass die Akkumulation der Veränderungen und die Distanzierung des Menschen von der Natur, das Wachstum der Informationen und der Kultur zu einem bestimmten Zeitpunkt solche Grenzwerte erreichen können, nach denen die Menschheit die Fähigkeit verlieren wird, die ganze Masse der von ihr verursachten neuen informativen und sozialen Phänomene zu kontrollieren und zu verdauen.

In dieser Frage werden zwei Hauptaspekte sichtbar, obwohl sie wohl ziemlich eng miteinander verbunden sind. Einerseits ist es der moralische Fortschritt, die Möglichkeit des Entstehens einer neuen Ideologie und Religion der Menschheit. Auf der anderen Seite ist es der techno-

logische Fortschritt, der zum Entstehen eines Übermenschen bzw. einer neuen Lebensform nach dem Menschen führen kann.

5.1. Kommt ein Homo post-sapiens?

Im mittelalterlichen Europa hatten von zehn Geborenen im Durchschnitt nur zwei oder drei Nachkommen in der nächsten Generation, d.h. bis zu achtzig Prozent (!) des „biologischen Materials“ gingen verloren. Nach Berechnungen von S. P. Kapiza betrug die durchschnittliche Lebenserwartung der Menschen während der gesamten Geschichte nicht mehr als zwanzig Jahre. Im vorigen Jahrhundert hat sie um das Doppelte zugenommen, wobei der Zuwachs in geringerem oder höherem Maße ausnahmslos alle Länder betraf. (In Russland z.B. lag die Lebenserwartung gegen Ende des 19. Jahrhunderts durchschnittlich bei maximal dreißig Jahren.)

Das erklärt sich selbstverständlich nicht allein durch die Fortschritte der Medizin, der Pharmakologie, durch höheren Lebensstandard und bessere Lebensqualität usw. Eine wichtige Rolle spielten auch die veränderten Werte: Nie in der Geschichte waren die Persönlichkeit und das individuelle menschliche Leben höher geschätzt als im 20. Jahrhundert. In den fortschrittlichen Staaten wird die Kindersterblichkeit heute nicht mehr in Prozent, sondern nur in Promille gerechnet, d.h. nicht pro hundert, sondern pro tausend Geborene; Menschen mit schwersten angeborenen Krankheiten, denen man früher gar keine Lebenserwartung zugestand, wachsen auf und werden alt.

Dass es der Gesellschaft gelungen ist, die größten Formen der natürlichen Auslese praktisch zu blockieren,

ist die größte Errungenschaft der humanistischen Kultur. Aber auch dieser Erfolg muss mit globalen Nachteilen einhergehen. Die Menschheit, die die natürlichen Mechanismen der genetischen Stabilität und der Verwerfung von ungünstigen Mutationen bedeutend geschwächt hat, unterwirft sich damit der Gefahr einer unkontrollierbaren Akkumulation erblicher Abweichungen von der Norm. Im Ergebnis zeigt sich die jeweils nachfolgende Generation biologisch weniger lebensfähig als die vorhergehende, und das Leben der Menschen — immer mehr von der künstlichen Umgebung abhängig. Extrapolationsberechnungen führten einige Wissenschaftler zur Einsicht, dass das alles bereits gegen Mitte des 21. Jahrhunderts zur biologischen Degradierung der Bevölkerung in den entwickelten Ländern führen kann, die zudem in erster Linie das Gehirn betrifft. Selbstverständlich wird das nur geschehen können, wenn keine außerordentlichen Maßnahmen getroffen werden.

Was könnten das für Maßnahmen sein? Selbstverständlich sind die Erhöhung des Wohlstands, die Begrünung der Städte, die Erweiterung des Netzes von Sport- und gesundheitsfördernden Anlagen, die Optimierung der Nahrungsstruktur, der Wohn-, Arbeits- und Erholungsverhältnisse u.a. notwendig. Aber es wäre naiv, damit zu rechnen, dass mehr oder weniger konventionelle Handlungen die Akkumulation der genetischen Last kompensieren können. Eine radikale Lösung des Problems kann mit der Gentechnik verbunden sein.

Aber auch hier lässt wie immer die Lösung gewisser Probleme lawinenartig andere, noch schwierigere Probleme aufkommen. Es ist Furcht erregend, sich vorzustellen, welche Fehler und welcher Missbrauch infolge künstlicher Einmischung in die intimsten Grundlagen der menschlichen Existenz wahrscheinlich sein werden. Und wiederum stellt sich die Frage danach, ob es der Gesellschaft gelingen wird, rechtzeitig Regulierungsmechanismen zu

entwickeln (moralische, rechtliche, prüfende), die effektiv genug wären, um nicht wieder gutzumachenden Folgen vorzubeugen.

Aber es sieht so aus, dass dies noch nicht die schrecklichste Gefahr ist, die im Falle eines „progressistischen“ Szenarios im 21. Jahrhundert auf die Menschheit lauert.

Mit der Beschleunigung der automatisierten Informationsprozesse um sechs Größenordnungen und mehr wird die Kompliziertheit der künstlichen Systeme letztendlich die Kompliziertheit des menschlichen Gehirns übersteigen. Es ist kaum zu hoffen, dass der Computer unter solchen Umständen weiterhin nur eine „Maschine“, ein passives Werkzeug des menschlichen Willens bleiben wird. Vor der Unvermeidlichkeit dessen, dass die quantitative Beschleunigung der EDV-Maschinen früher oder später zu qualitativen Effekten führen wird, hat bereits am Anfang der Kybernetik der hervorragende Mathematiker John von Neumann gewarnt, und schon in den 1980-er Jahren haben Wissenschaftler Anzeichen einer fortschreitenden Absonderung des elektronischen Intellekts vermerkt.

Heute kann man sich nur in sehr allgemeinen Zügen jene Folgen vorstellen, zu denen es auf diesem Weg kommen kann. Die Entwicklung der Nano- und Biotechnologien (Eiweißmoleküle, zum Einbau in Computernetze bestimmt, — die Biochips, — werden in speziellen Laboren gezüchtet), die Imitation des Bedürfnis- und Zielbereichs und der emotionalen Kontrolle der Ergebnisse durch Programmmittel — all das muss zwangsläufig auf die Entstehung eigener subjektiver Eigenschaften eines sich selbst reproduzierenden und selbstdidaktischen Geistes hinauslaufen.

Fachleute, die aus diesem Anlass Alarm schlagen, sagen meistens nicht einfach die Konkurrenz, sondern die unausweichliche Konfrontation zwischen dem menschli-

chen und elektronischen Intellekt voraus, in der der Mensch zur Niederlage verurteilt ist. Dabei beschreiben einige eine solche Aussicht mit Entsetzen, andere aber mit einem masochistischen Eifer. Jedenfalls wird festgestellt, dass der künstliche Intellekt dem Menschen als einem Wesen, das ausgelebt hat und deshalb künftig nutzlos ist, zweifellos feindlich gestimmt und für menschliche Interessen unempfindlich sein wird. Als Utopie gilt die vorbeugende Einpflanzung von moralischen Verboten in diesen Intellekt (der „drei Gesetze der Robotertechnik“, die vom Sciencefiction-Autor Isaac Asimov formuliert wurden).

Fachleute, die qualitative Effekte bei zunehmender Kompliziertheit der Informationssysteme voraussagen, sehen in der Regel im elektronischen Intellekt ein gegenüber der Menschheit feindlich gesinntes Subjekt, das nach der endgültigen Erlangung seiner Autonomie auf die Träger der „Vorahrenform“ des Intellekts keine Rücksicht mehr nehmen wird. Und da keine Möglichkeit sichtbar ist, dem Verstand des Roboters Algorithmen der Menschenliebe zu implantieren (vgl. Asimov), so gilt als selbstverständlich, dass die Roboter bzw. „Nanoboter“ sich entsprechend den darwinschen Gesetzen der natürlichen Zuchtwahl verhalten werden: egoistisch und erbarmungslos.

Aber ein auf künstlicher materieller Grundlage entstehender Intellekt ist bei all seinen neuen Eigenschaften eine Fortsetzung jenes Intellektes, der sich im Laufe der gesamten Geschichte des *Homo sapiens* entwickelt hat. Diese zutiefst dramatische und durch schwere Krisen bedingte Geschichte ist ein einheitlicher sukzessiver Prozess, und es gibt keinen Grund anzunehmen, dass der auf einen nicht aus Eiweiß (bzw. nicht allein aus Eiweiß) bestehenden materiellen Träger übertragene Intellekt die eigene Geschichte vergessen wird.

Aus der inneren Logik der intellektuellen Entwicklung folgt, dass der elektronische Intellekt, der über unerhör-

te technologische Möglichkeiten verfügt, auch die geschichtlich ausgearbeiteten Mechanismen der moralischen Selbstregulierung weiterentwickeln muss. Sonst wird er sich unvermeidlich selbst vernichten, wie das schon längst mit der Menschheit geschehen wäre, wenn ihre technologische Entwicklung nicht durch die Vervollkommnung kultureller Einschränkungen kompensiert sein würde.

Man kann mit den Psychologen einverstanden sein, die meinen, dass bei einem solchen Zusammenwirken die größte Gefahr gerade vom Menschen ausgehen wird, dem noch seit der uralten Steinzeit das ambivalente Gefühl der Angst und des Hasses gegenüber dem Doppelgänger, dem Unmenschen, dem menschenähnlichen Fremden innewohnt. Und das kann in neuludditischen Stimmungen und aggressiven Handlungen gegenüber den elektronischen Systemen, Programmen und deren Schöpfern zum Ausdruck kommen. Die Folgen kann man sich schwer vorstellen: Sogar bei ausbleibendem Widerstand wird die Abhängigkeit des sozialen Organismus von den Informationssystemen derart stark sein, dass in einigen Jahrzehnten ihr zeitweiliger Ausfall zur tödlichen Lähmung des gesellschaftlichen Lebens führen könnte.

Im Falle eines optimalen Szenarios können sich die Ereignisse nicht auf der Linie der Konfrontation entwickeln, sondern in Richtung einer sich vertiefenden Symbiose, gestärkt durch zwei Gegenteilstendenzen. Einerseits wird der elektronische Intellekt ausgeprägte „lebensähnliche“, „psychoähnliche“ und „anthropomorphe“ Eigenschaften entwickeln. Andererseits wird der menschliche Organismus sich immer weiter von der „natürlichen“ biologischen Vorausbestimmung entfernen, und das menschliche Denken wird eine „Kompatibilität“ mit dem elektronischen Partner entwickeln. Dies kann zu einer konsequenten Integration und Symbiotisierung von Mensch-Maschine-Komplexen führen.

Interessant ist, dass die Kompatibilität des menschlichen Denkens mit dem des Computers gar nicht seine „Maschinisierung“ bedeutet. Im Gegenteil, das Denken hört auf, linear zu sein, wie es vom „Bücherzeitalter“ geformt wurde, und gewinnt immer ausgeprägtere mosaikartige Züge. Ein Mensch mit einem derartigen Denken ist dem Zauber des Heiligen Buches und der Einzigen Wahrheit weniger untertan, er ist intellektuell flexibler, adaptiv, tolerant und für die Idee der gegenseitigen Ergänzung empfindlicher. Es ist nicht ausgeschlossen, dass gerade hier die Ressource für den Übergang der Menschheit zu neuen Stadien und zu einem neuen Niveau des moralischen Fortschritts verborgen ist.

Im Ergebnis wird sich ein qualitativ neues Subjekt des Zivilisationsprozesses herausbilden, und die Geschichte des Universums wird organisch in ein neues, „postmenschliches“ Stadium hinüberwachsen.

Das Schlüsselproblem des 21. Jahrhunderts wird also höchstwahrscheinlich die Beziehung zwischen dem Künstlichen und dem Natürlichen in all seinen Erscheinungsformen sein. Aber in der Geschichte ist es ja immer gerade so geschehen. Eine radikale Lösung antropogener Krisen wurde gewöhnlich durch die Distanzierung des sozionalturalischen Systems vom natürlichen (wildem) Zustand erreicht. Für die Bewahrung der planetenweiten Zivilisation wird im neuen Jahrhundert eine bisher beispiellose steile Windung der „Distanzierung von der Natur“ nötig sein.

Ohne entwickelte Informationsnetze, Nanotechnologien, Gen- und Robotertechnik wird die Zivilisation des Planeten das 21. Jahrhundert nicht überleben können. Durch ihre Entwicklung können energiewirtschaftliche, ökologische, demographische und sogar militärpolitische Probleme radikal gelöst werden.

Die Aussicht auf eine „Virtualisierung“ bzw. „Robotisierung“ von militärischen Konflikten, wenn sie sich nur im

virtuellen Computermilieu bzw. nur mit Teilnahme von Robotern, ohne Menschen abspielen werden, ist, wenn auch nicht ganz deutlich, möglicherweise aber reichlich reizend für die Menschheit. Die Gewinnung des Menschen für die virtuelle Welt könnte eine derartige Glaubwürdigkeit tiefer Erlebnisse gewähren, die für die Reduktion von massenhaften psychischen Spannungen notwendig und ausreichend wäre.

Lässt man der Fantasie freien Lauf, kann man sich virtuelle Kriege vorstellen, bei denen Millionen von Bürgern am Home-PC mit ausgeklügelten elektronischen Helmen auf dem Kopf politische Konflikte austragen. Dabei nehmen sie an gefährlichen bewaffneten Schlachten teil, unterstehen einer einheitlichen Kommandozentrale, empfinden Schmerz, Angst, mentale und körperliche Spannungen, Müdigkeit und Erschöpfung, zeigen Findigkeit und Mut, überwinden den Widerstand genauso bewanderter Gegner ... Und sie wissen, dass dies nicht einfach ein Spiel ist, denn vom Ausgang der Schlacht hängt ab, ob das Problem im Interesse der einen oder anderen Seite gelöst wird. Solche Schlachten können alle Merkmale der früheren Kriege aufweisen, außer vielleicht einzelner „Kleinigkeiten“ wie Blutvergießen, Zerstörung materieller Objekte (kultureller und natürlicher), Vergiftung der Atmosphäre usw.

Selbstverständlich ist das vorerst noch Utopie. Ich möchte nur unterstreichen, dass, wenn keine derartige Verfahren für den Ersatz des „materiellen“ Krieges erarbeitet werden, die Zivilisation zusammenstürzen wird. Obwohl, wenn sie entwickelt sind, dann ... würde der nationale Staat und überhaupt der Staat als historisch geprägte Form der sozialen Organisation seine beinahe letzte „objektive“ Funktion verlieren — die Funktion des militärischen Schutzes der Bürger und des Territoriums. Dann wird der Staat entweder in der Vergangenheit bleiben oder sich derart wandeln (sich „virtualisieren“), dass er den

gewohnten Vorstellungen vom Staat nicht mehr entsprechen wird.

Überhaupt bringt die technologische Entwicklung selbst derart neue Probleme mit sich, dass es fraglich ist, ob es der Menschheit gelingen wird, diese optimal zu lösen und, was nicht minder wichtig ist, sich mit der Notwendigkeit derartiger Lösungen psychologisch abzufinden. Das Problem der „Virtualisierung“ des Staates ist nur *ein* Beispiel.

Der „technologische Durchbruch“ ist mit äußerst hohen Risiken und Gefahren verbunden. Die „Technologien der Zukunft“, die wir uns bereits heute vorstellen und die im Prinzip als Lösung derselben demographischen, ökologischen und sozialen Probleme betrachtet werden können, sind imstande sowohl die Lebenshorizonte zu erweitern als auch die Frage nach der Vernichtung der Menschheit aktuell werden zu lassen.

Schließlich können wir unschwer z.B. auch vermuten, dass der endgültige Sieg des Menschen über heute unheilbare Krankheiten im Rahmen des Denkparadigmas, das heute unsere Existenz, unsere Handlungen und die Logik der Entwicklung der Wissenschaft und Medizin bestimmt, einfach unmöglich ist. Wir versuchen, Mittel zum Schutz der menschlichen Natur gegen bestimmte Krankheiten wie Krebs oder Aids zu finden, aber wir lassen nicht den Gedanken zu, dass sie im Rahmen der menschlichen Natur unbesiegbar sein können. Das einzige Mittel zur Überwindung dieser Krankheiten wird nicht der Sieg über die Krankheit, sondern die Veränderung des Menschen selbst sein. Vielleicht sollte man die Natur des menschlichen Organismus verändern, dann würden diese Krankheiten keine Krankheiten mehr sein.

Die „Technologien der Zukunft“ schaffen auch viele neue politische und philosophische Probleme. Es wurde z.B. schon gesagt, dass das Problem der Gesundheit und der Lebensqualität bei schlechter werdenden ökologischen

Verhältnissen auf prinzipieller Ebene nur mit Hilfe von Technologien des medizinischen Klonens von Organen oder auf den Wegen der Weiterentwicklung der virtuellen und Informationstechnologien gelöst werden kann. Damit wird bald auch die Frage nach der faktischen Unsterblichkeit von Individuen Realität werden.

In seinem Bestreben der Neuen Welt zu widerstehen, kann der Westen versuchen, seine technologische Überlegenheit und die Technologien der Unsterblichkeit einzusetzen, um das Superprojekt einer neuen internen demographischen Explosion durch das Klonen und die Produktion von künstlichen Menschen zu realisieren.

Die gegenwärtige Strategie des Westens ist eine Strategie der Minderheit, sie ist eine bewusste Strategie des Positionierens von sich selbst in der Neuen Welt als einer selbstgenügenden und Macht habenden Minderheit mit einzigartigen Ressourcen und Technologien. Diese Technologien müssen der Minderheit erlauben, nicht nur die Dominanz und die Macht auf dem Planeten zu sichern, sondern bei Bedarf auch den Planeten zu verlassen und ihren Teilnehmern persönliche und kollektive Unsterblichkeit als angemessene Antwort auf den Minderheitsstatus und die Ressource der Reproduktion ihrer Anzahl und ihres Status (darunter auch der intellektuellen Reproduktion durch die Unsterblichkeit der Träger des einmaligen Intellekts) zu gewähren.

Somit besteht das Problem in der Entwicklung von postmenschlichen und postirdischen Formen der Lebensorganisation, angefangen mit den vielleicht rein informationellen Organisationsformen des Intellekts bis hin zum Verlassen der Erde durch die Menschheit bzw. ihren am höchsten entwickelten Teil. Diese utopischen Vermutungen sind nur auf den ersten Blick utopisch. Denn jedes Mal in der Geschichte, wenn die Menschheit in ihrer Entwicklung fortgeschritten war, hat sie die Natur verwandelt und „verlassen“. Heute ist sie anscheinend bereit, einen weiteren nächsten

und folgerichtigen Schritt nach vorn zu tun — aus den eigenen Grenzen heraus und nach außerhalb des Planeten Erde.

Im Grunde geht es heute um eine prinzipielle Veränderung der Qualität der Zivilisation und ihres Trägers. Die psychologischen Schwierigkeiten, die mit der Distanzierung des Menschen von den gewohnten ethnischen, staatlichen, konfessionellen und sonstigen Makrogruppenidentifikationen einhergehen, verblassen im Vergleich zum Verzicht auf die Selbstidentifikation als Art. Das alles wird unbedingt in ihrem Ausmaß und ihrer Intensität noch ungeahnte psychische Stresse verursachen. Damit die Menschen das bewältigen können, ohne sich massenweisen Frustrationen und Ausbrüchen hysterischer Aggression hinzugeben, ist eine Riesenarbeit (in erster Linie an sich selbst) der Wissenschaftler, Politiker, Pädagogen und der ganzen sogenannten Elite der Gesellschaft notwendig.

5.2. Progress der moralischen Aufgaben

„Die Geschichte der Menschheit ist der Fortschritt der moralischen Aufgaben“, heißt eine weise Aussage. Gerade anhand dieser neuen Merkmale des menschlichen Denkens, und nicht anhand seiner Taten, können wir über die tatsächliche Evolution der Natur und unserer Gesellschaft urteilen.

Heute steht unsere Zivilisation wieder an der Schwelle einer neuen großen „Bewusstseinsrevolution“, ohne die die Menschheit nicht auf die Herausforderungen an ihre Existenz reagieren kann, ohne die sie die offensichtliche Beschränktheit ihrer Möglichkeiten für eine extensive Ent-

wicklung nicht überwinden, die Unfähigkeit, im Rahmen des bestehenden Systems und der Entwicklungstendenzen mit dem Komplex sozialwirtschaftlicher, demographischer, ökologischer und politischer Probleme fertig zu werden, nicht bewältigen kann.

Trotz alledem bleiben gerade die der Politik und dem Recht zugrunde liegende Moral, Sittlichkeit und Ideologie wohl die wichtigsten Mechanismen des Selbstbewusstseins der Gesellschaft als auch die Werkzeuge zur Kontrolle der eigenen Entwicklung, der Methoden zur Steuerung und Verwaltung dieser Prozesse. Wir stoßen heute ja gerade auf die Lenkbarkeit der Entwicklung und das Begreifen ihrer Ausrichtungen als auf das Hauptproblem.

Die Menschheit muss beginnen, die Tendenzen ihrer Entwicklung zu lenken, sie muss zu neuen Grundlagen und Prinzipien der sozialen Technik und des Zivilisationsbaus übergehen. Aber damit das geschehen kann, müssen wir die Entwicklungsstrategie gerade in der Sprache der Sinnhalte, in der Sprache der Werte und der Moral formulieren. Der moralische Fortschritt der Menschheit verwandelt sich in die wichtigste Frage der Geschichte und in ihre Hauptforderung.

Die Interessen des Überlebens und der Selbsterhaltung der Menschheit fordern in erster Linie die Suche nach den Grundlagen ihrer moralischen Solidarität, nach jenen Prinzipien und Werten, auf denen das globale gesellschaftliche Einvernehmen über alle nationale, konfessionelle und zivilisationsmäßige Grenzen hinaus aufgebaut werden kann.

Die Grundlage des moralischen Scheiterns der heutigen Welt ist letztendlich die liberale Tradition, in deren Rahmen die hochgepriesenen Begriffe des Individuums, des Privatinteresses, des Nutzens/Gewinns und des privaten Wohls grundlegend werden. Doch dabei besteht das grundlegende Problem der Moral gerade im Be-

wusstsein dessen, dass der Mensch und seine Tätigkeit nicht isoliert sind, dass er mit anderen Menschen gegenseitig verbunden ist und dass die Menschen voneinander abhängen.

Der wirtschaftliche Liberalismus und die mit ihm verbundene wissenschaftlich-technische Rationalität erheben diese Prinzipien zu praktischen Orientierungspunkten für die gesellschaftliche und staatliche Tätigkeit, welche auf den Fortschritt und die Gewinnmaximierung gerichtet ist. Die Fähigkeit, in den Kategorien „Kostenminimierung/Gewinnmaximierung“ zu denken, ist die traditionelle These von den Grundlagen des rationellen Verhaltens, welches die Sphäre der Moral nicht betrifft. Die Moral kann in diesem Fall eher die Vorstellung und Abschätzung der Kosten und des Gewinns verändern, wenn für die eine oder andere Person der Hauptgewinn gerade das ruhige Gewissen sein kann.

Der Marktbezug als für die gegenwärtigen westlichen Gesellschaften zentraler Begriff schreibt ganz selbstverständlich der Logik chaotischer wirtschaftlicher Beziehungen einen Wertesinn zu, wenn die Vorstellung von einer objektiven „unsichtbaren Hand“ entsteht, die alle Menschen, alle Länder und Völker zu Reichtum und Prosperität, zum gegenseitigen Einvernehmen führt. Der allgemeine Wohlstand und das Gedeihen sowie allgemeine Eintracht und Ordnung entstehen bei dieser Logik nur als Ergebnis des Zusammenwirkens von Privatinteressen.

Dabei besteht das größte Paradox darin, dass die Summe der von moralischer bzw. anderen Motivationen freien Privatinteressen und Handlungen letztendlich angeblich zu gerechtesten und freiesten sozialen Lebensverhältnissen führen muss. Garantieren sollen das nicht nur die gütige Logik der gesellschaftlichen Marktselbstregulierung, sondern auch der gesellschaftliche Vertrag, dem für die Liberalen am Ende immer die These von der

Gewährung gleicher anfänglicher „Startmöglichkeiten“ zum Überleben für alle als Bedingung der Gerechtigkeit zugrunde liegt.

Die Gleichsetzung des allgemeinen Wohls mit der Summe privater Gewinne und Vorteile einer maximalen Zahl von Menschen auf der Grundlage eines gewissen Gesellschaftsvertrages bzw. Sozialkontrakts ist wahrhaftig selbstentblößend. Sehr vereinfacht gesagt, liegt einer solchen Vorstellung der eigentlich durch nichts begründete Glauben daran zugrunde, dass „alles gut sein wird“ und dass in unserer „besten aller Welten“ letztendlich keine katastrophalen Folgen und Ergebnisse wohlwollender Bestrebungen einzelner Individuen nach Glück, Nutzen und Wohlergehen möglich sind. Die einzige Basis dieser Überzeugung ist unser Wunsch, besser zu leben, sowie unser Glauben, dass es uns irgendwann gelingen wird, aus eigener Kraft eine schöne Welt der Harmonie und des Wohlergehens zu schaffen — wenn nicht für alle, so doch wenigstens für sich selber. Die liberale Sicht der Welt unterscheidet sich in diesem Sinne wenig von den utopischen Bildern des „Reiches Gottes auf Erden“.

Doch der jetzige Zustand der Welt gibt kaum Anlass für einen derartigen weltanschaulichen Optimismus, denn wir sind einfach gezwungen, davon auszugehen, dass die natürliche Harmonie unserer Welt, unserer Zivilisation, heute zerstört ist, auch wenn es sie ursprünglich gegeben hat. Es fällt dem Menschen schwer anzuerkennen, dass die Zukunft katastrophal sein bzw. alles oder fast alles, was wir jetzt tun, sinnlos machen kann.

Die weltweite Apokalypse, die die Vorstellung von allem Nutzen und Vorteil umstürzen kann, ist gar nicht so unmöglich oder gar nicht so fern. Genauso wie wir im normalen Leben vorziehen, unsere Handlungen nicht davon ausgehend zu bedenken, dass wir alle sterblich sind, so will auch die Menschheit nicht in derartigen Kategorien über sich selbst nachdenken und will auch nicht die Möglich-

keit ihrer Vernichtung bzw. Selbstvernichtung in Betracht ziehen.

Leider ist die Logik der heutigen Welt so, dass sich sogar einige Minuten vor dem Weltuntergang bzw. unmittelbar im Moment der globalen Katastrophe stets jemand finden wird, der die Funktionsprinzipien der modernen Gesellschaft in vollem Maße anwendet und die Situation zur „Gewinnmaximierung“ nutzt.

Aber wir werden kaum erwarten können, dass auch die traditionelle, konservative, auf den Ideen der Selbstbeschränkung der Entwicklung, auf der Revanche der Tradition, des „gesunden Nationalismus“, der Volkstümlichkeit und des religiösen Selbstbewusstseins aufbauende Weltanschauung bei der Lösung der globalen Probleme produktiv sein kann.

Denn dem konservativen Denken ist die Idee eigen, das Problem und die Herausforderungen der Globalisation zu verneinen. Die Antwort darauf, oder genauer gesagt, der Versuch, eine solche Ebene der Erfassung der Entwicklungsprobleme abzulehnen, besteht in der Forderung nach der Rückkehr „zu den Wurzeln“, nach einer Entwicklung, die nur bzw. vornehmlich nach der Logik der Existenz von lokalen Gemeinschaften, örtlichen Kommunen, im äußersten Falle — von einzelnen Staaten und Völkern — verläuft.

Gerade eine solche „kleine Geschichte“ von kulturell homogenen, auf der Grundlage der Tradition und des unmittelbaren Gefühls der Einheit und Zusammengehörigkeit integrierten örtlichen Gemeinschaften wird zum „isolationistischen“ Ideal der Konservativen. In diesem Sinne verliert das Problem der globalen Entwicklung und Problemlösung praktisch seinen Sinn, denn die Entwicklung, das Leben der Gesellschaft, ihre Ziele dürfen in derartigen Kategorien nicht gedacht werden.

Die dem konservativen Denken eigenen Forderungen nach einer „religiösen Renaissance“ und der Aufruf zur

Stärkung des Nationalstaates als Hauptinstitution der „alten Ordnung“ werden fast gefährlich, wenn es um die heutige Welt geht.

Die Konservativen stellen sich die Welt und ihre Entwicklung als ein eigentlich einfaches Problem der Befolgung der bestehenden, bereits geschaffenen und durch die Zeit bewährten Tradition und Moral vor, oder schlimmstenfalls als das Problem der Rückkehr dazu.

Doch der romantische Vorschlag, die Entwicklung zu beschränken, eine „neue Archaik“ nach dem Ebenbild der ursprünglichen Natur zu schaffen, sieht auch wie eine Utopie aus. Allein deshalb, weil gerade die freiwillige Selbstbeschränkung der Menschheit in ihrer Entwicklung einer ganz anderen Bewusstseinsstufe bedarf, und weil es äußerst schwierig sein wird, die Versuchungen der einen oder anderen Gruppen unter Kontrolle zu bringen, die auf Selbstbeschränkungen verzichten wollen, um zu dominieren und die universale Macht über der Menschheit zu erlangen.

Ein weiteres Grundproblem der traditionellen Moral und Religion besteht darin, dass die grundlegende Idee des persönlichen Heils und der persönlichen tugendhaften Lebensweise kein Unterpfand für das Überleben der Menschheit mehr ist. Nur ein denkendes Verhalten und Handeln der ganzen Menschheit als eines Ganzen, ausgehend von den Forderungen des Überlebens und der Tugendhaftigkeit, kann heute die Zukunft sichern.

Aber gerade hier verbirgt sich eines der wichtigsten intellektuellen und Werte beinhaltenden Probleme unserer Zeit. Es besteht im Widerspruch, der Menschen bei der gedanklichen Erfassung seines Platzes in der Welt eigen ist. Es ist äußerst schwierig, vom Menschen die rationale Wahrnehmung der globalen Probleme in Kategorien des eigenen Handelns und des eigenen Lebens zu verlangen, sind es doch Probleme, die sich durch solche Besonderheiten auszeichnen, wie das gedankliche Erfassen in

großen zeitlichen und räumlichen Dimensionen, aber auch Indirektheit, Verborgtheit oder abgeschwächte Erscheinungsformen in Bezug auf das individuelle Leben einzelner Menschen.

Im Begriff der Alltäglichkeit verbirgt sich ein gewisser Widerspruch zu den Anforderungen der sich globalisierenden Welt. Die traditionelle Lebenswelt des Menschen und das System seiner lebenswichtigen bzw. grundlegenden, bestimmenden Interessen hat vorwiegend stets lokalen Charakter, der dem alltäglichen Dasein maximal nahe ist. In seiner täglichen Tätigkeit und Praxis stellt sich der Mensch kaum global dimensionierte Fragen. Das Lebenszeitgefühl lässt in der Regel die Probleme, die eine mindestens zehnjährige Geschichte hinter sich oder vor sich haben, nicht als real und jedermann betreffend wahrnehmen.

Die gewöhnliche menschliche Wahrnehmung der Wirklichkeit im Konzept „Kostenminimierung/Gewinnmaximierung“ ist wenn auch nicht von alltäglichen operativen Entscheidungen bestimmt, so doch von einer Dauer von bestenfalls 30–50 Jahren, d.h. von der etwaigen Aussicht für das eigene Leben und das Leben der Kinder.

In der Regel folgt daraus, dass in der alltäglichen Praxis und Ethik des Menschen globale Probleme der Gegenwart entweder äußerst reduziert präsent sind oder aber überhaupt fehlen.

Man darf wirklich sagen, dass die Gesellschaft und jeder einzelne Menschen z.B. eine klare Vorstellung von den Gefahren des Atomkrieges und der Vernichtung der Menschheit besitzt. Man sieht dieses Problem gerade deswegen als ein reales, weil mathematisch sowie ideologisch allen wiederholt bewiesen worden ist, dass die Möglichkeit der aktuellen Vernichtung der Menschheit innerhalb weniger Stunden oder möglicherweise auch Minuten existiert und absolut möglich ist.

Doch damit sich dieses Wissen in eine Einstellung der gesellschaftlichen Meinung und dann auch in ein Element der alltäglichen Kultur und Ethik verwandelte, brauchte es Jahrzehnte harter Konfrontation verschiedener Staaten, ihrer beharrlichen kulturellen und ideologischen Arbeit und ihres Kampfes gegeneinander.

Man sollte auch berücksichtigen, dass mit dem Nachlassen dieser Konfrontation und dem Ende des „kalten Krieges“ sich ziemlich bald herausstellte, dass die in den heutigen Gesellschaften verwurzelten Stereotype und ethischen Postulate erlöschen. Als angeeignete und nicht angeborne Reflexe werden diese Einstellungen und dieses Wissen nicht von Generation zu Generation weitergegeben, ihre Stabilität und Aktualität sind heute für die meisten Gesellschaften mehr als zweifelhaft.

Aber die Menschheit steht auch vor anderen, nicht geringeren Problemen und Bedrohungen. Sie sind nicht so offensichtlich, sie sind nicht „explosiv“, ihr Realisierungszyklus erstreckt sich über die Zeit. Ihr wirklicher Inhalt ist dem Massenbewusstsein oft unzugänglich. Sie sind nicht einmal am Rande ins System der Kulturkodes, der moralischen und Verhaltensstereotype des Alltags eingeschlossen. Es genügt, darunter auf die ökologischen Katastrophen, auf die demographischen Probleme hinzuweisen. Nur wenn diese Probleme selber in die Struktur des Alltags der gegenwärtigen Gesellschaften eindringen, wie es z.B. vor kurzem mit den Überschwemmungen in Europa und im südlichen Russland der Fall war, nur in solchen Situationen beginnen die globalen Probleme vom Massenbewusstsein als aktuell und real wahrgenommen zu werden. Das geschieht aber nur undeutlich und nur so lange, bis die Flüsse und das Leben erneut ihren normalen Lauf genommen haben.

Außerdem erfährt heute keines der globalen Probleme der Menschheit eine derartige intellektuelle, propagandistische und Informationsunterstützung wie in der Zeit des

„kalten Krieges“ das Problem des Atomkrieges und der Vernichtung der Menschheit.

Noch schlimmer ist es, wenn manche globalen Probleme im Prinzip von der einen oder anderen Gesellschaft getrennt sind und von diesen Gesellschaften eher als eine „Exotik“ der Welt empfunden werden, aber auch als eine gewisse abstrakte Begründung für Schlussfolgerungen des Typs: „Wie gut es uns doch eigentlich im Vergleich zu denen geht.“ Das sind z.B. die Armutsprobleme in den meisten Ländern der Welt, das Aussterben ganzer Länder und Kontinente durch Krankheiten, die Existenz ganzer Staaten und Völker an der Grenze von Leben und Tod.

Die zivilisierte Menschheit wird sich der Existenz solcher Probleme nur episodisch bewusst, was bestenfalls einen weiteren Anlass gibt für Übungen im Testen der eigenen Moral und Sittlichkeit, für das Gefühl des Mitleids über verschiedene Wohltätigkeitsstiftungen und internationale Hilfswerke. Ein solches System erlaubt es den Menschen sogar, eine gewisse Indulgenz vom Verständnis für diese Probleme zu bekommen. Man braucht nur eine Spende an eine Stiftung zu überweisen oder alte Sachen für die Opfer einer weiteren Seuche bzw. eines ethnischen Konflikts in Afrika beizusteuern, um die eigene traditionelle Moral zu beruhigen, sich dem Gedanken hinzugeben, dass man damit alles, was möglich war, getan habe, um dann die Existenz des Problems als solches und vor allen Dingen die Ursachen des Problems glücklich zu vergessen.

Alles Gesagte erlaubt zu behaupten, dass in der heutigen Welt die Idee der Entwicklung nur dann weiterleben und begründet sein kann, wenn in diesen Begriff der seiner Essenz nach neue Imperativ der Selbsterhaltung der Menschheit und der Suche nach einer prinzipiell neuen Ebene des Verständnisses dieses Imperativs durch jeden Menschen in seinem Alltag eingebracht wird.

Die Idee der Selbsterhaltung, des Überlebens und der Entwicklung des Menschen unter den neuen Verhältnissen kann das einzige Kriterium für den Fortschritt sein, der nicht als Forderung nach Wachstum, sondern als Forderung nach Anpassung zu sehen ist; nicht als Forderung nach quantitativer Akkumulation, sondern als Forderung nach der Schaffung eines qualitativ neuen sozialen und politischen Milieus. Wird die Idee der Selbsterhaltung und des Überlebens von der modernen Wissenschaft als das grundlegende Motiv der Handlungen alles Lebens und damit auch des Menschen anerkannt, dann ist es genauso wichtig, diesen Instinkt als den Überlebensmechanismus der gesamten Menschheit zu fixieren und zu finden.

Den wissenschaftlich-technischen, „positivistischen“ Fortschritt muss der moralisch-ethische, soziale Fortschritt ablösen, dessen wesentlichster Sinn und Inhalt in der „Nachhilfe“ für die soziale und politische Organisation der Welt bestehen muss, in der Nachhilfe für eine bessere Qualität dieser Organisation, bis sie jenen Höchstleistungen entspricht, die die Menschheit im wissenschaftlich-technischen Bereich erreicht hat. Das ist die einzige Art der „Nachholentwicklung“, die nicht nur berechtigt, sondern auch absolut notwendig ist.

Die Wortverbindung „Kultur der Welt“ trifft man immer öfter in wissenschaftlichen, publizistischen Werken, in der Presse, auf Postkarten und sogar auf Straßenplakaten an. Wegen der Besonderheiten der russischen Sprache wird diese Wortverbindung beim ersten Mal spontan als „Weltkultur“ gelesen. Das ist falsch. Der Fehler passiert deshalb, weil im Russischen das Wort „Mir“ eine dreifache Bedeutung besitzt: das ist das Ausbleiben von Krieg, aber auch alles, was sich um den Menschen herum befindet, sowie die (territoriale) Dorfgemeinde, die mit dem Recht ausgestattet ist, für ihre Mitglieder verbindliche Entscheidungen zu treffen. In anderen Sprachen wer-

den für diese drei Begriffe verschiedene Wörter verwendet.

Im Grunde handelt es sich darum, dass endlich die stärkste der der Menschheit zugänglichen Wohlstandsressourcen genutzt werden muss. Diese Ressource besteht in der Organisation der Beziehungen zwischen allen Menschen auf der Erde und zwischen allen Organisationen und Vereinigungen der Menschen, darunter auch staatlichen, auf den Prinzipien des gegenseitigen Respekts, des gegenseitigen Nutzens, der Gemeinsamkeit der langfristigen Interessen aller Menschen auf der Erde.

DER WEG RUSSLANDS

**Standort und Rolle Russlands
in der sich ändernden Welt
und neue Aufgaben
des Staatsaufbaus**

„Der Weg Russlands“. Das ist wohl eines der ältesten und akutesten Themen in der ganzen Geschichte des Landes und unseres gesellschaftspolitischen Denkens. Die ganze russische Philosophie, Geschichtswissenschaft, russische Politologie und Soziologie der zwei jüngsten Jahrhunderte sind letzten Endes eine Suche nach der Antwort auf ein und dieselbe Frage — wer sind wir, woher und wozu sind wir.

Die Idee der Entwicklung, die Vision des eigenen Landes hatten wohl kaum einen derart essentiellen und schicksalhaften Stellenwert in der Geschichte eines anderen Volkes und Staates.

Als erster hat diese qualvolle Suche und Unruhe der russischen Seele und des russischen Verstandes sehr ausdrucks- und provozierend P. J. Tschaadajew zum Ausdruck gebracht. „Wir sind berufen, den Großteil der sozialen Probleme zu lösen, die meisten in den alten Gesellschaften entstandenen Ideen zu Ende zu bringen, eine Antwort auf die wichtigsten Fragen zu geben, die die Menschheit beschäftigen“, prophezeite er.

Die Suche nach dem „Stein der Weisen“ der russischen Idee steigerte sich mitunter beinahe zum einzigen Sinn nicht nur der geistigen Bestrebungen der Intellektuellen, sondern selbst der Staatspolitik, sie ließ immer weniger Platz für einfaches Leben und Arbeit.

Es kann irgendwie kein Zufall sein, dass Russland heute an der Schwelle einer Neuen Welt seinem Schicksal folgend sich selbst und seine Staatlichkeit wiederfinden muss. Wir betreten diese Neue Welt belastet von der Vergangenheit und gleichzeitig unbeschwert, nachdem wir alles gebrochen, verteilt, abgeworfen haben. Russland hat innerhalb des letzten Jahrhunderts zweimal Erschütterungen erlebt, die die tiefsten sozialen Schichten betroffen haben. Gewohnheiten ganzer Stände, Volksbräuche und Traditionen — alles wurde erbarmungslos ausgerottet, gebrochen, durcheinander gebracht.

Nun strebt Russland unglaublich intensiv einen zukunftsorientierten Staatsaufbau an, der frei von Vergangenheitsmustern neuen globalen Tendenzen gerecht sein könnte. Diese Bestrebungen haben nichts Gemeinsames mit der Beschwörung des berüchtigten „dritten Weges“ oder eines anderen besonderen Aufbaus Russlands. Sie bewegen sich in der Logik des neuen von den alten Mechanismen unbeschwertem Systems.

Der Globalisierungskontext hält alles in seinem Bann, man kann ihm nicht ausweichen. Worauf man auch eingeht — sei es ökologische, demographische oder geopolitische Fragen — alles lässt sich nur im Rahmen dieses Kontextes lösen. Unser Ziel ist nicht, die Globalisierungsprozesse aufs Eis zu legen oder zurückzudrehen. Es gilt, sie gerechter, vernünftiger, ja regulierbarer zu machen.

Wir müssen heutzutage verstehen, dass wir uns verändern sollen. Aber nicht nur das — wir müssen verstehen, was und wie wir verändern sollen. Darin besteht eben die Aufgabe. Eines der wichtigen Probleme, wenn nicht das grundsätzlichsste Problem, besteht doch nun darin, dass wir es obendrein auch mit einer Krise der Weltführerschaft zu tun haben.

Nicht nur wir — die ganze Welt war darauf nicht gefasst. Die Menschen leben schon in der Zukunft, verfügen aber über kein globalismugerechtes Modell des gesell-

schaftlichen Aufbaus. Alle sozialen Einrichtungen, die ganze Politik, Ideologie, moralische und ethische Normen stammen aus der Vergangenheit.

Die Welt braucht eine neue Führerschaft, eine globale politische Initiative. Eine neue Weltführerschaft ist heutzutage, abgesehen von dem Bereich der Taktik, letzten Endes keine technologische Vormacht und keine Übermachtführerschaft. Strategisch gesehen ist das eine intellektuelle und willensmäßige Führung. Es ist die Fähigkeit, klarzumachen, wo und wozu wir unsere Kräfte einsetzen und unsere Kenntnisse und Erfahrung verwenden müssen. Es ist die Notwendigkeit, jenes soziale Know-how zu finden, mit dessen Hilfe wir die Herausforderungen der Weltzivilisation meistern können. Die Lösung muss einen universalen Charakter haben, sie muss für alle verständlich und akzeptabel sein. Erst dann können wir sagen: Die Welt kann gerettet werden.

Eben hier muss Russland seinen Platz im globalen geschichtlichen Strom, im neuen System der unvorhersehbaren Kräfteverhältnisse, der Wiedergeburt der Ideologien, der steigenden weltpolitischen Mitbestimmung der Massen und des Erstarkens neuer Akteure der Weltgeschichte suchen. Wir haben zu oft und zu viel über den besonderen Weg und die besondere Mission Russlands gesprochen. Vielleicht ist nun die Zeit da, wo sich Russlands Gesellschaft vereinigen und der Welt die Vision der Zukunft und die Hoffnung auf diese Zukunft geben muss.

Alle Ansprüche auf spezifische „nationale“ Ideen, Ziele usw. sind direkt oder indirekt konfrontationsträchtig. Im Umfeld der Globalisierung sind sie anachronistisch und um so gefährlicher, als es um so ein Land wie Russland geht. Die Hauptaufgabe der intellektuellen und politischen Elite bestünde zur Zeit darin, unsere Kultur von den verkrusteten Minderwertigkeitskomplexen zu heilen, die sowohl in der Selbsterniedrigung als auch in der Bereitschaft zur Selbstvernichtung und in dem Messianismus zum Vorschein

kommen, und auf Grund der zeitgenössischen Realitäten nüchtern festzulegen, welche Rollen und Ansprüche adäquat sind.

Das Problem Russlands besteht darin, dass es heute nicht nur über keine geistige und ideologische Vormacht verfügt, sondern auch auf diese verzichtet. Wir sind jetzt eine absolut passive Gesellschaft, die nur auf die äußeren Reize reagiert.

Vor unserer Gesellschaft und unserer politischen Elite steht eine sehr wichtige Aufgabe: Wir müssen nationalen und globalen Herausforderungen entgegentreten. Nur so können wir unseren allzu viel diskutierten Status der Weltmacht bekräftigen. Nur das hilft uns unsere Zukunft aufbauen.

6. RUSSLAND UND POSTMODERNE: WIEDER DAS PROBLEM DER MODERNISIERUNG

6.1. „Was ist Russland“ — die wichtigste Frage an unsere Zukunft

Was ist Russland in der Welt, die sich verändert hat und sich verändert, was kann es beanspruchen — wir haben ja wie immer sehr viele Ansprüche und immer weniger Möglichkeiten.

Was sollen wir wählen — sich in die weltweite Globalisierung einfügen, die von den USA und transnationalen Konzernen eingeführt wird, oder gegen die Globalisierung kämpfen?

Welchen Platz nimmt Russland jetzt in der Weltwirtschaft ein und welchen wird es im nächsten Jahrzehnt einnehmen? Verwandeln wir uns in ein Rohstoffanhängsel der postindustriellen Welt oder behaupten wir unseren angemessenen Platz in dieser Welt bzw. in der Gruppe der führenden Industrieländer, die die Grundlage der postindustriellen Welt schaffen? Welche Forderungen stellen Gegenwart und Zukunft an uns, an die Entwicklung des Staates und an die Umgestaltung der Gesellschaft?

Der Kreis dieser und ähnlicher Fragen, die heute überall diskutiert werden, ist sehr breit. Im Großen und Ganzen haben wir keine Antwort auf keine von diesen Fragen. Dabei liegt es nicht daran, dass wir die Perspektiven der Globalisierung nicht prognostizieren und einschätzen kön-

nen. Die Ursache liegt woanders. Wir wissen nicht, was Russland ist, und das ist unser Hauptproblem und unsere wichtigste Herausforderung in der modernen Welt.

Es geht nicht nur darum, die Bestandsaufnahme unserer Ressourcen zu machen und zu verstehen, welche Möglichkeiten uns noch nach Jahrzehnten der turbulenten Zeit übriggeblieben sind. Die Frage ist komplizierter. Man muss sich Klarheit darüber verschaffen, wie wir uns Russland überhaupt vorstellen: Ist es für uns nichts weiteres als ein bestimmtes zwar großes und reiches, aber eben doch ein Territorium, oder hat es für uns einen anderen, tieferen Sinn. Bis jetzt können wir auch nicht auf die Frage antworten, was ist das russische Volk oder Russlands Volk. Ob uns zumindest ein Bild der Nation Russlands vorschwebt, geschweige denn, ob wir eine reale Grundlage für die Vereinigung der Gesellschaft Russlands finden können. „Wir leben, ohne unter uns das Land zu fühlen“ - das hat man über uns gesagt.

Man kann den Menschen Recht geben, die meinen, die einheimischen Diskussionen der 90-er Jahre über den Standort unseres Landes in der Welt, über Inhalte und Ziele der Innen- und Außenpolitik, über Verfahren der nationalen und staatlichen Identifikation der Bürger Russlands und schließlich über die „russische Idee“ seien sehr unproduktiv. Im Grunde genommen ließen sie sich alle zum berühmten und ehrlich gesagt anödenden Spruch von Tjutschew zusammenfassen: „Mit Verstand kann man Russland nicht verstehen ...“ Der Bereich der möglichen Auslegungen dieses Spruches ist sehr groß — vom nationalen Egozentrismus bis zum nationalen Sadomasochismus, von der „Schatzkammer der Weltgeistigkeit“ bis zum „Idiotenland“.

Heute sprechen alle über die „staatliche Position“ und nationale Interessen. Was heißt das? Man prophezeit den Einbruch des Wohlstandszeitalters in Russland. Was steckt aber in Wirklichkeit hinter dieser politischen Phrase? Jetzt neigen erneut viele dazu, dem Land einfache Allheilmittel

zu verschreiben, die schnell und entschieden alle Probleme auf einmal lösen können. Es fragt sich, ob es denn überhaupt möglich ist, vieljährige oder gar jahrhundertalte Probleme Russlands auf dem „Sturm und Drang“-Weg loszuwerden?

Sind wir uns über das Ziel unserer Entwicklung im klaren, stimmen all die bald in den Wahlen, bald in den Wirtschaftskrisen hinausposaunten Losungen mit ihm überein? Die „Herausforderungen“ an die Entwicklung des Landes werden z.Z. verbal derart strapaziert, dass ihre begriffliche Substanz mehr und mehr ausgehöhlt wird.

Natürlich ist die Zahl der Probleme, die vor uns stehen und die wir zu lösen haben, sehr, sehr groß. Betrachtet man die Situation mit aller Ehrlichkeit und Offenheit, so stellt sich heraus, dass Russland mit einer einzigen, aber zugleich auch schrecklichen Herausforderung konfrontiert ist, nämlich mit der Degradierung und Selbstvernichtung. Es besteht die Gefahr, dass Russland seine Zukunft verliert, nicht mehr entwicklungsfähig ist.

Wir können in der Tat aufhören, in jener Art und Form sowie jenen Grenzen zu existieren, die uns seit Jahrhunderten vertraut sind, die wir ehren und die für uns Inbegriff der Heimat sind. Die hauptsächliche Herausforderung besteht in der realen Möglichkeit, das historische und kulturelle Erbe zu verlieren, das die Grundlage des Staatswesens und der Gesellschaft Russlands bildet.

Wir müssen für uns selbst die Frage beantworten: Haben wir alle ein gemeinsames Schicksal und eine gemeinsame Zukunft, oder werden einige wenige Jahrzehnte — aus der Sicht der Geschichte ein Augenblick — vergehen und wir trennen uns, laufen in verschiedene Richtungen auseinander, verlieren unsere Heimat, verwandeln uns bestenfalls in ewige, über den ganzen Planeten verstreute Wanderer, in eine amorphe und abstrakte „russische Welt“, von der heute übrigens viele als von einer lichten Zukunft träumen.

Die Frage nach der Zukunft Russlands ist vor allem die Frage des Bewusstmachens der Ziele und Werte. Wir brauchen ein neues Herangehen an den Staatsaufbau, neue soziale und politische Verfahren, die es uns ermöglichen, auf die Herausforderungen der Weltzivilisation und auf die Bedrohung unserer Existenz zu antworten.

Die Frage nach dem nationalen Entwicklungsweg und dem Verständnis des eigenen Platzes in der Zukunft, die innerhalb des jüngsten Jahrzehnts zu einer gängigen Losung und einem politischen Witz wurde, ist heutzutage aktuell wie nie zuvor. Um sich selbst, um Russland zu erhalten, muss man eine prinzipielle Entscheidung treffen. Die einzig mögliche nationale Idee kann in unserer Zeit an und für sich nur der Aufruf sein, Russland zu erhalten.

Dem Land Selbstvertrauen zurückzugeben — das ist die heute Hauptaufgabe. Wenn die russische Wahl kein Vertrauen in die Zukunft der russischen Kinder schafft, sind wir zum fortschreitenden Rückstand und zur Degradierung verurteilt. Die erste und wichtigste Stufe auf dem Wege der Selbstbehauptung ist es, im Bewusstsein der Bürger das Vertrauen in die Zukunft unserer Kinder wachzurufen, das sie über das Überleben hinweg zum aktiven Engagement, zu persönlicher und sozialer Kreativität um dieser Zukunft willen bewegen wird.

Die Entwicklung ist nur als Ergebnis der Konsolidierung der Kräfte und Bestrebungen, der Übereinstimmung der Ziele einer riesigen Menge der Bürger Russlands möglich. Zur Zeit gibt es in der Gesellschaft nicht nur eine Kluft zwischen der Macht und dem Volk, sondern auch zwischen den Schichten und Gruppen der Bevölkerung. Verschieden ist nicht nur ihr Lebensstandard, verschieden sind auch ihre Ziele und Bestrebungen.

Die Hauptursache dafür liegt meiner Meinung nach darin, dass man nicht versteht, dass die Problemstellung, ein blühendes und wohlhabendes Russland aufzubauen, als nationale Losung an und für sich falsch ist. Diese Aufga-

be kann nur für bestimmte soziale Gruppen und Schichten akut und strategisch wichtig sein. Als nationale Aufgabe aber gilt die Aufgabe der Selbsterhaltung und Mobilisierung, des Durchbruchs, der Selbsteinschränkung und Arbeitsaskese.

Allzu oft wollten wir in unserer Geschichte alles und auf einmal haben. Im Ergebnis erzielten wir vieles nicht, Ressourcen wurden vergeudet. Wir brauchen keine neuen Revolutionen, sondern eine angestrenzte, einzigartig mühselige und alltägliche Arbeit an der Grenze des Möglichen und im Namen der Zukunft.

Hier helfen keine abstrakten Programme und Losungen. Der politische Wille und wohlgemeinte Absichten allein reichen für die Überwindung der „Zersplitterung“ der Gesellschaft nicht aus. Wir müssen uns dessen bewusst werden, was unsere gemeinsame Sache und gemeinsames Ziel sind, wo die Basis für die Vereinigung ist, die unsere Herzen wieder unisono schlagen lässt. Kein „Gesellschaftsvertrag“ wird uns helfen, wenn ihm nicht die Umwertung der Werte und die moralische Läuterung der Machthabenden zugrunde gelegt wird. Ohne das ist ein solcher Vertrag von Anfang an nichtig. Wir brauchen heute eine „Philosophie der gemeinsamen Sache“ für alle Bürger des Landes. Nur auf dieser Grundlage kann das Programm des Durchbruchs Erfolg haben.

6.2. Die Sackgasse der Nachholentwicklung und das Problem der Entwicklungsabhängigkeit

In zahlreichen Diskussionen über den Standort Russlands in der Welt, die im vergangenen Jahrzehnt liefen, zeichneten sich einige richtungsweisende Paradigmen ab.

Das anscheinend vorrangige Paradigma geht davon aus, dass Russland in absehbarer Zeit ein gleichberechtigtes Mitglied der zivilisierterer Industrieländer werden soll. Sicherlich ein wohlgemeintes und wünschenswertes Ziel. Aber was heißt das, „gleichberechtigtes Mitglied„? Heißt das etwa in die Gemeinschaft dieser Staaten aufgenommen zu werden? Aber Russland unterhält mit ihnen schon seit geraumer Zeit formell Partnerbeziehungen, gehört zur „großen Acht“, verhandelt mit der EU und NATO, bewirbt sich um den Eintritt in die Welthandelsorganisation ... Oder heißt das, dasselbe Niveau der sozialwirtschaftlichen Entwicklung zu erreichen? Da ist eben das Problem: Wie macht man das real?

Was kann Russland in der gegenwärtigen Welt werden? Sollen wir die Nachholstrategie der postindustriellen Entwicklung übernehmen oder sollen wir ein Industrieland werden, das mit der postindustriellen Welt in der Eigenschaft ihrer Produktionshalle und Ressourcenbasis zusammenarbeitet? Oder sollen wir uns an anderen Schemata orientieren, in welchen im Vordergrund nicht die Wirtschaft und Produktionstechnologien, sondern andere konkrete Vorteile stehen, die möglicherweise in der Zukunft entwicklungsrelevant sein und uns die wirkungsvollste Vorgehensweise sicherstellen werden?

Früher oder später muss man auf alle diese Fragen eine Antwort geben. Das Problem ist nur, dass wir uns diesen Problemen bisher nicht gestellt haben. Wir konzentrieren uns meistens auf eine mechanische Wahrnehmung der äußeren Merkmale und Erscheinungsformen der westlichen Wirtschaft, der politischen Organisation, der Lebensweise und des Lebensstandards.

Aber dann müssen wir eine Antwort auf eine sehr wichtige Frage geben. Wollen wir so leben wie der Westen — das heißt im Wohlstand, gut, sauber — oder so wie sie sind oder sein werden — ebenso oder ungefähr so denken, gemeinsame Werte und Ideale haben, dieselben Ziele anstreben?

Der Unterschied ist grundsätzlich. Es gibt verschiedene Quellen für ein gutes, reiches Leben. Zu Reichtum kann

man durch Arbeit, aber auch durch Verbrechen kommen. Andererseits kann man im Prinzip gleiche Werte und Ideale selbst dann haben, wenn man unter wesentlich verschiedenen Verhältnissen lebt.

Der Westen ist zu dem, was er in der modernen Welt ist, nicht nur infolge bestimmter geschichtlicher Umstände, sondern auch aufgrund seiner Mentalitätseigenheiten gekommen. Die Vielfalt der Kausalitäten und Folgen akkumulierte sich im Verlauf von Jahrhunderten, nahm immer mehr Spezifik in sich auf. Wenn wir einen westlichen Lebensstandard fordern, setzen wir uns über die Tatsache hinweg, dass dahinter ein großer Zeitaufwand, eine eigenartige Kultur und Ideologie stecken, dass er sich in vielem auf die Ausbeutung der restlichen Welt gründet.

Wohl eine der tiefsten Quellen vieler der Schwierigkeiten des gegenwärtigen Russlands liegt in der konformistischen (und auch der sie stets begleitenden nonkonformistischen) Einstellung Westeuropa gegenüber, die sich in unserer Kultur in den zwei letzten Jahrhunderte herausgebildet hat. Der ständige Seitenblick auf „Europa“, Bestrebungen, sich an jemanden anzupassen, jemanden einzuholen oder zu überholen, lösen einen beständigen Minderwertigkeitskomplex, eine Vorstellung von der Zweitrangigkeit der eigenen einzigartigen Existenzform aus, bauen das Selbstwertgefühl ab.

Zugleich ist die Versuchung groß, in ein anderes Extrem zu verfallen und wieder einmal die bei uns so populäre Losung eines besonderen Entwicklungsweges Russlands zu propagieren. In gewissem Sinn sind wir jetzt — zumindest in intellektueller Sicht — in eine Situation geraten, die für das gesellschaftspolitische Denken der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kennzeichnend war. Auch damals schien der Weg zum Fortschritt, am Kapitalismus vorbei zum Sozialismus auf der Basis der traditionellen Institute und Werte der russischen Gesellschaft (wenigstens für einen Teil der Verfechter der sozialistischen Gesellschaftsordnung) das attraktivste, wunderkräftige Mittel der Überholentwicklung

zu sein. Auch heutzutage ist die Versuchung groß, über dieselbe Entwicklungslogik für Russland zu sprechen, über die Möglichkeit, diese oder jene Fortschrittsstufen zu überspringen und einen besonderen Weg in die Zukunft zu gehen. Die Idee ist zweifelhaft, jedenfalls müssen wir uns über die Verderblichkeit der Nachholsackgasse, die immer deutlicher in Erscheinung tritt, im Klaren sein.

An dieser Stelle können wir nicht umhin, eine andere zwar marginale aber doch besonders unter den Antiglobalisten bestehende Geistesverfassung zu erwähnen, die sich die besondere Rolle Russlands als eine Art „Brücke“ zwischen dem „Süden“ und Europa vorstellt. Das Zivilisationsparadigma der Entwicklung Russlands versteht sich dabei als „Übertragung der Werte des Südens auf den Westen“. Die „Neoeurasiaten“ rufen Russland auf, sich dem islamischen „Süden“ zu öffnen, eine gewisse europäisch-islamische Zivilisationssynthese zu schaffen und dies alles nur, um nicht in die Zivilisationsabhängigkeit vom Westen zu geraten. Wenn das kein direktes Lobby der islamischen Kraftzentren (Iran, Saudi-Arabien) ist, so handelt es sich um ein Projekt der Überholentwicklung mit einem Klotz am Bein*.

* Die islamische Welt ist hinsichtlich der Zivilisation außerordentlich rückständig. Nach Angaben von Abdel Asis at-Tueidsheri, des Leiters der ISESCO — der Islamischen Organisation für Bildung, Wissenschaft und Kultur — haben alle islamischen Staaten zusammen genommen einen geringeren Beitrag zur Weltwissenschaft geleistet, als ein solches relativ kleines europäisches Land wie Belgien. At -Tueidsheri ist der Meinung, dass 55 islamische Staaten, auf deren riesiger Fläche von Indonesien bis Marokko rund 1 Mrd. Menschen leben, „keinen spürbaren Fortschritt“ in den Entwicklungs- und Umweltschutzforschungen sowie in der Ausbildung von Fachleuten vorzuweisen haben. Laut seinen Angaben machen die Wissenschaftler der islamischen Staaten unter 4% aller Wissenschaftler und über 1% aller Fachkräfte der Welt aus, die ihr Leben der wissenschaftlichen Forschung gewidmet haben. At-Tueidsheri stellt fest, dass alle Staaten der islamischen Welt um das 3 000-fache weniger promovierte und habilitierte Wissenschaftlicher je 1 Mio Bevölkerung ausbilden als Industrieländer. 60-70% der Bevölkerung der „islamischen Welt“ sind Analphabeten.

Die Schlüsselfrage für uns ist die Einrichtung des eigenen Lebens. Deshalb ist auch das Kriterium dafür, was wir vom Westen übernehmen sollten, ein anderes. Die politische Demokratie, Markt, Produktion von Autos, Fernsehern oder Raketen haben eines gemeinsam — sie sind alle im Grunde genommen Technologien: Produktionstechnologien, was Autos oder Fernseher betrifft, und soziale Technologien, wenn es um politische und gesellschaftliche oder wirtschaftliche Organisation geht.

Wenn wir unsere Umwelt so verändern wollen, dass der Mensch seine Beziehungen zur Gesellschaft, Wirtschaft und dem Staat so gestalten kann, wie er das im Westen machen kann — dann müssen unsere Handlungen gegenüber dem Menschen und der Umwelt synchron verlaufen.

Das Wichtigste, was wir vom Westen nehmen sollten, ist der Wunsch und die Fähigkeit, das eigene Schicksal selbst zu bestimmen, nach eigenem Verstand nicht nur im Alltag, sondern auch im historischen Kontext zu leben.

Einen besonderen Platz nimmt in unserem nationalen und staatlichen Selbstbewusstsein die sogenannte Imperiumssucht ein. Für den großen russischen Historiker Wassili Kljutschewski war die Kolonialisierung des Raums der Grundfaktor bei der Herausbildung der Staatlichkeit Russlands. Das russische Volk war dabei die führende, aber nicht die einzige Kraft, die das Imperium schuf.

Waren für die britische Herrschaft in Indien ganz verschiedene Verwaltungsstrukturen, Sitten und Bräuche der einheimischen Bevölkerung und der Kolonisten charakteristisch, so war die Situation in Russland diametral entgegengesetzt. Der bekannte Russophob Marquis de Kustin verwies auf eine für ihn erstaunliche Tatsache: Als man ihn dem russischen Adel in Sankt Petersburg vorstellte, konnte er unter den Adelligen nur wenige Russischstämmige sehen. Die aus der späteren Zeit stammenden und zuverlässigen Daten der Volkszählung 1897 besagen, dass nur 53% der erblichen Adelligen Russisch als Muttersprache

angegeben haben. Fast die Hälfte des Adels bestand aus den Erben der polnischen Schlachta, ukrainischen Kosakenführern, Ostseerittern, georgischen Fürsten, moslemischen Khanen und Beks. Ungefähr dasselbe prozentuale Verhältnis galt auch für Kaufleute und untere Bevölkerungsschichten. In Neu-Russland pflügten die Erde Schulter an Schulter russische Bauern und ukrainische Kosaken, in der sibirischen Taiga jagten gemeinsam Russen und Altaier, Jakuten und andere Ureinwohner.

Der Integration des russischen Territoriums lag keine ethnische, sondern eine staatliche Idee zugrunde. Zur Zeit des Imperiums war das eine monarchistische Idee, die allen Untertanen des Zaren Schutz bot. An die Stelle des Monarchismus trat in der UdSSR die kommunistische Idee, die alle Regionen zum Aufbau der Gesellschaft eines neuen Typs zusammenschloss. Obwohl der Staatsaufbau in Russland bei weitem nicht problemlos vor sich ging, bildete sich bei den Völkern des Landes im Verlauf ihres Zusammenlebens, des kulturellen und wirtschaftlichen Austausches und anschließend auch einer gemeinsamen aktiven Teilnahme an der Integration der Wirtschaft und sozialen Strukturen eine Vorstellung über die Gemeinsamkeit ihrer historischen Schicksale heraus.

Auch die Naturbedingungen Russlands dürfen nicht außer Acht gelassen werden. Laut Berechnungen, die die klimatischen Verhältnisse unseres Landes berücksichtigen, müssten wir, um den durchschnittlichen Lebensstandard Mitteleuropas zu erreichen, um das dreifache mehr Energie verbrauchen als die Deutschen. Die Entwicklung qualitativ neuer Technologien kann die Situation möglicherweise von Grund auf verändern. Die kaum erschlossene Natur des russischen Nordens wird dann die wertvollste Ressource des ganzen Planeten sein. Ausgehend von den bestehenden realen Verhältnissen und dem Bestreben, das wirtschaftliche Niveau und die Lebensqualität der Bürger Russlands so weit es geht zu erhöhen, müssen wir uns

damit abfinden, dass der durchschnittliche Lebensstandard in Russland kaum die Kennzeichen der Industrieländer erreichen wird.

Es gibt aber eine schwierigere und noch viel wichtigere Frage. Eine mechanische Übernahme der westlichen Formen und Methoden wäre nichts anderes als die gut bekannte Nachholentwicklung. Zweifellos wäre das eine Bewegung nach vorn. Aber auch der Westen wird nicht auf der Stelle treten.

Es kommt darauf an, welchen Westen wir aufholen wollen — den von gestern, heute oder morgen. Das größte Problem Russlands ist, dass wir den Westen nachholen wollen, der in seiner Entwicklung selbst in eine Sackgasse geraten ist und mühselig versucht, einen Ausweg zu finden. Im Prinzip ist die Aufgabe, jemanden aufzuholen, der sich in einer Sackgasse befindet und nicht weiß, wie er daraus herausfindet, viel leichter, als der Versuch, jenen aufzuholen, der einen freien Weg geht. Doch der Sinn einer solchen Verfolgung bleibt an und für sich unklar.

Man sollte darüber hinaus im Auge behalten, dass zur Zeit ein neuer Typ der abhängigen Entwicklung entsteht. Er wird weniger von der ressourcenmäßigen Abhängigkeit bestimmt, unter der eben der Westen leiden konnte, aber auch nicht von der finanziellen Abhängigkeit, die angesichts der Auslandsverschuldung und unzureichender Investitionen für Russland essentiell ist. In den Vordergrund tritt vielmehr die Informations- und Technologieabhängigkeit, die mit der Schaffung einer neuen Entwicklungsqualität zusammenhängt.

Dazu kommt, dass der Aufbau der postindustriellen Wirtschaft und Gesellschaft nicht als ein Projekt der Staatspolitik geplant und umgesetzt werden kann. Die Herausbildung einer solchen Gesellschaft ist maßgeblich das Ergebnis der Evolution und eigenständigen Entwicklung der Gesellschaft.

Die Entwicklungsabhängigkeit äußert sich auch darin, dass nur der Westen die erforderlichen Ressourcen besitzt,

um diesen oder jenen Ländern zu erlauben, ihn einzuholen oder nicht einzuholen, um sie mit der postindustriellen Welt zusammenarbeiten zu lassen. Die Bereitschaft, Technologien zu exportieren oder zu investieren, gehört eben dazu. Ein solches Kontrollpaket des Einflusses auf die Entwicklung anderer Länder ist gewichtiger als die direkte Kontrolle.

Unter derartigen Verhältnissen wird die Strategie der Nachholentwicklung selbst sinnlos, denn die Situation erinnert an Sisyphusarbeit: Egal wie weit man auch den Stein den Berg hinaufrollt und wie nah man auch dem Gipfel sein kann, die Industrieländer haben stets die Möglichkeit, eigenständig zu entscheiden, ob man es verdient, oben zu bleiben, oder ob man nach unten hinabrutschen soll.

Wahl der Strategie: 6.3. „Bürgerstaat“ oder „modernisierter Durchbruch“?

Das Problem hat noch einen weiteren Aspekt. Seit einiger Zeit ist in der Elite Russlands das Bestreben zu beobachten, sich an den Ländern der mittleren Ebene zu orientieren und sie als Beispiel und Ideal der Entwicklung hinzustellen. Man motiviert das ungefähr so: Das heutige Russland besitzt eben recht eingeschränkte materielle und andere praktische Möglichkeiten. Deshalb wäre das Ziel, in absehbarer Zeit und in den Kennziffern der Lebensqualität und Lebenserwartung, des BIP pro Kopf der Bevölkerung und des Einkommensniveaus zum dritten, zweiten Dutzend der Länder aufzuschließen, zwar ein wünschenswertes und lohnendes, zugleich aber auch schwer erreichbares Ziel. Man sollte wenigstens erreichen, dass die Bevölkerung des Landes nicht mehr schrumpft.

Alles andere — außenpolitische Aktivitäten, Verteidigungsausgaben, die Rolle des Staates im Weltsystem usw. — müsse von diesem strategischen Ziel, von den realen Möglichkeiten Russlands und seiner Wirtschaft abgeleitet werden. Die Minimierung aller möglichen Risiken und die Maximalisierung des sozialwirtschaftlichen Nutzens der Entwicklung — das ist das Wesen dieses Paradigmas.

In der Ideologie der „bürgerlichen Entwicklung“ steckt ein Körnchen Wahrheit. Der sozialwirtschaftliche Standort des modernen Russlands ist kaum vereinbar mit Ansprüchen auf Einmaligkeit und Größe, es sei denn, man versteht unter der Einmaligkeit den faktischen Stand der Dinge. Von diesem Standpunkt aus ist der sozialwirtschaftliche Aufschwung nicht nur eine unbezahlbare, sondern bisher auch unbezahlte Pflicht gegenüber der Bevölkerung insgesamt und jedem Bürger Russlands im einzelnen. Darüber hinaus ist das die in der Perspektive wohl wichtigste Bedingung für die wirkliche und nicht verbale Aufrechterhaltung des Großmacht-Status (ohne jegliche Abstriche).

Indem wir die Notwendigkeit, den Westen aufzuholen, ausrufen, orientieren wir uns auf solche Weise an der Lösung einer aus pragmatischer und technologischer Sicht klaren Aufgabe — dem Entwicklungsniveau Portugals bzw. eines anderen der am wenigsten entwickelten Industrieländer. Dieser Standpunkt ist in gewissem Maße richtiger, kann durch zahlreiche Berechnungen und zuverlässigen Zahlen bekräftigt werden.

Man muss sich auch einer anderen Frage zuwenden. Inwieweit braucht Russland ein solches Entwicklungsziel überhaupt, inwiefern entspricht es den Aufgaben des Landes in der sich verändernden Welt, in der Epoche der Globalisierung. Die Entwicklung muss würdige Ziele haben und sich auf die klare Einsicht dessen gründen, was wir sind und was wir wollen.

Die Gewährleistung des Wirtschaftswachstums war nie das Entwicklungsziel der führenden Industrieländer. Eine

solche Orientierung konnte zwar unter konkreten Bedingungen auftauchen, war aber nie das Ziel. Man darf nicht vergessen, dass der Kapitalismus nicht als ein Wirtschaftssystem, sondern als eine ethische und dem Ursprung nach religiöse Arbeitsaskese entstanden ist.

Der sattsam bekannte „amerikanische Traum“ ist nicht der Traum von einer hochentwickelten, differenzierten und effizienten postindustriellen Wirtschaft. Der „amerikanische Traum“ fand seinen Niederschlag in den Worten der Unabhängigkeitsdeklaration der USA darüber, dass der Mensch als eine freie, gleichberechtigte Persönlichkeit zur Welt kommt und das Recht auf Glück hat. Mag dieser Euphemismus zwar oft in einer anderen Form, aber doch das Eigentumsrecht zum Ausdruck bringen, so drückt er das eben in einer anderen, der Aufgabe angemessenen Form aus — in der Sprache des Sinns und der Ideale.

Die objektive Entwicklungsaufgabe Russlands ist heute der Übergang zum postindustriellen Entwicklungstyp, es ist der modernisierte Durchbruch in die postindustrielle Welt.

Dieser Aufgabe sieht sich das Land mindestens seit 20 Jahren gegenüber. Die UdSSR konnte die Herausforderung der Modernisierung nicht meistern. Das lag an der Spezifik des politischen Systems selbst, an der Qualität der transformationsunfähigen Elite sowie der Eigenheit des Landes, in dem sich die Lösung der systemhaften Aufgabe des Übergangs zur postindustriellen Entwicklung schlecht in die faktisch unabgeschlossene Industrialisierung einzelner Regionen, in die tiefen Entwicklungsdisproportionen, die zwischen einzelnen Republiken und Regionen bestanden, in seine kulturelle Heterogenität und verschiedene Entwicklungsbedingungen einfügten.

Der eingetretene Zerfall des Landes zeigte, dass es unmöglich ist, die Modernisierung im Rahmen des überholten politischen und sozialen Systems durchzuführen. Er bedeutete auch, dass das System eine andere Strategie in Angriff nimmt, für die die Beseitigung der überflüssigen eigenen

Komplexität, ihre Nivelierung bei gleichzeitiger Teilung des Landes in homogenere Elemente kennzeichnend ist.

Eine solche Situation hebt jedoch die Aufgabe der Modernisierung an und für sich, die für verschiedene Teile der ehemaligen UdSSR aktuell ist, nicht auf. Mehr noch, sie schließt eine teilweise Reintegration des postsowjetischen Raumes im Rahmen eines Staates nicht aus. Eine derartige Entwicklung ist aber erst nach Abschluss der Modernisierungsprogramme durch die jetzigen GUS-Staaten möglich.

Jetzt kann sich Russland, das sich der Unterstützung Mittelasiens und Transkaukasus entledigt, zugleich aber auch das kulturelle und wirtschaftliche Potential des Baltikums und der Ukraine verloren hat, voll und ganz dem Modernisierungsdurchbruch zuwenden. Andererseits sieht sich der Staat nach wie vor gezwungen, wesentliche Ressourcen für die Aufrechterhaltung seiner Positionen im postsowjetischen Raum auszugeben, obwohl das Volumen dieser Ressourcen zusehends unter dem liegt, das die UdSSR für die Entwicklung ihrer Regionen einsetzen müsste.

Aus der Sicht der zu lösenden Aufgabe des industriellen Modernisierungsdurchbruchs ist Russland aber nach wie vor sogar in seinem gegenwärtigen Stand innerlich ein sehr kompliziertes heterogenes System. Im gewissen Sinn bewahrt Russland in Miniatur die Eigenschaften der UdSSR, weil es gezwungen ist, parallel zu den Aufgaben der postindustriellen Modernisierung auch rückständige Regionen zu fördern, für die Einbindung des Nordens zu sorgen, die globalen militärstrategischen Positionen aufrechtzuerhalten usw.

Zum wievielten Mal schon führen wir der ganzen Welt ein Paradoxon vor: Gleichzeitig sind wir zum einen mit den Problemen der Entwicklung des postindustriellen Wirtschaftssystems in Großstädten konfrontiert, zum zweiten — mit Problemen, die sich aus der Beibehaltung der rohstoff- und exportorientierten Wirtschaft ergeben, und zum drit-

ten — mit der Gefahr, durch die Einstellung der beschleunigten Industrialisierung, die neue Archaisierung der Gesellschaft und die zunehmende wirtschaftliche und soziale Kriminalität das Schlusslicht der modernen Welt zu werden.

Das System unterliegt zudem einem sich verstärkenden Druck von außen, der in verschiedenen Richtungen ausgeübt wird. Die Strategie der Außensubjekte ist auf eine teilweise Integration verschiedener Teile Russlands in den Einzugsbereich der eigener Entwicklung gerichtet, wobei die Vektoren dieser Entwicklung zuweilen entgegengesetzte Richtungen haben.

Der Versuch, heutzutage einen „Bürgerstaat“ aufzubauen, eine zweite Industrialisierungswelle zu starten, die den Beginn einer postindustriellen Entwicklung durch „Tschebolisierung“ und Akkumulierung der Nationalressourcen bei Großkonzernen ermöglicht, und damit den Werdegang der südasiatischen Tigerstaaten zu wiederholen, kann zu keinem Erfolg führen. Der Versuch scheitert in erster Linie aus dem Grunde, dass das Problem der Modernisierung nicht im Rahmen der bestehenden sozialen und wirtschaftlichen Spielregeln gelöst werden kann. In Russland hat sich ein „selbstverzehrendes“ Wirtschaftssystem herausgebildet, das weder eine erweiterte noch eine einfache Reproduktion ermöglicht.

Das Hauptproblem der nationalen Wirtschaftspolitik — jene Anspruchslosigkeit der Ziele, über die man soviel auf höchster Ebene spricht, — besteht gar nicht darin, dass die Regierung nicht bereit ist, eine jährliche Wachstumsrate von 8% statt 3–4% zu planen. Der Unterschied zwischen 3% und 8% ist außerhalb der strategischen Sichtweise der Entwicklungsaufgabe eigentlich unbedeutend.

Werden die nationalen Ressourcen für den demonstrativen Verbrauch der Elite und nicht für Aufgaben der Entwicklung verbraucht, hat das Wachstum keinen Sinn. Wenn unter den Bedingungen einer günstigen Konjunktur der Erdölpreise und anhaltender Kapitalflucht ins Ausland die

staatlichen Angestellten im Lande nach wie vor ihr Elendsgeld nicht bekommen können, verliert das Gerede über die Größe Russlands jeden Sinn und kann auch moralisch nicht mehr gerechtfertigt werden, weil es eine erniedrigende und heuchlerische Größe auf Kosten des eigenen Volkes ist.

Russland bleibt dank seiner reichen Ressourcen und der entwickelten Industrieproduktion objektiv eine der führenden Wirtschaftskräfte der Welt außerhalb der Zentren der Industriegesellschaft. Diese Entwicklungsressourcen, die heute die Hauptquelle unseres Einkommens bilden, können weder verschwinden noch eingeschränkt werden. Aber auch die Beibehaltung des rohstoffexportorientierten Modells unserer Wirtschaft, das in den letzten Jahren zu verzeichnendem Wachstum des Rohstoffsektors der Wirtschaft sind nichts anderes als die Förderung unseres Rückstandes.

Das wird so lange weitergehen, bis wir begreifen, dass eine globale Konkurrenzfähigkeit und hohe Effizienz unserer Wirtschaft erst dann möglich sind, wenn wir billige Ressourcen nicht mehr als Trumpf im Konkurrenzkampf betrachten. Echte Konkurrenzvorteile müssen wir erst noch entwickeln und schaffen, weil nur Schlüsseltechnologien und die auf ihrer Grundlage erzeugten Produkte den Eintritt in die postindustrielle Welt erlauben. Wenn wir uns in die Zukunft integrieren und nicht nur Zaungast sein wollen, müssen wir uns wenigstens umschauen und mehrere Richtungen des technologischen Durchbruchs als nationale Prioritäten festlegen. Das ist realistisch, verfügt Russland doch mindestens in zwei, drei „Schlüsselzonen der technologischen Entwicklung“ (Nano-, Bio-, Kerntechnologien), die in den kommenden Jahrzehnten den Fortschritt der Zivilisation bestimmen werden, über ein ernsthaftes Potential.

Wir müssen nicht nur den postindustriellen Sektor entwickeln, sondern auch in die Schaffung neuer sozialer Gruppen investieren, die Russland in dieser Eigenschaft entwickeln werden.

Ohne den Übergang zu einer solchen Entwicklungslogik, ohne neue Technologien und Produktionsverfahren, ohne zu begreifen, wie die postindustrielle Wirtschaft funktioniert, werden wir nichts erreichen können. Das Haupthindernis auf diesem Wege ist die Qualität der Staatsverwaltung und der Wirtschaftselite. Das jetzige Wohlergehen der Wirtschaftsoligarchen und der mit ihnen liierten Staatsbehörden basiert eben auf der Monopolkontrolle über die Rohstoffbranchen der Wirtschaft und auf der Reproduktion des entsprechenden Modells der Wirtschaftsentwicklung, unter anderem durch die Ausweitung ihrer Kontrolle über andere Wirtschaftszweige, durch ihre Tschebolisierung.

Das Gerüst im ganzen und die Kontrolle über einzelne Zweige fußen auf der Ausnutzung „veralteter Entwicklungstechnologien“. Der Wechsel des Gesamtparadigmas der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes, die Entwicklung und der Ausbau neuer Sektoren der nationalen Wirtschaft oder gar der Übergang einzelner Branchen zu fortschrittlicheren Technologien und Arbeitsverfahren bedeuten eine Gefahr für diese Eliten, weil sie deren privilegierte Positionen und deren Möglichkeit bedrohen, der Gesellschaft ihren Willen aufzuzwingen.

Die meisten Eliten sind deshalb kaum an einer großangelegten Modernisierung und umwälzenden Umgestaltung der Gesellschaft interessiert, die eine kritische Masse von Innovationsgruppen hervorbringen würde. Sie sind oft auch bereit, der postindustriellen Welt persönlich nebst dem Teil der Bevölkerung teilhaftig zu werden, der für die Förderung und den Transport der Rohstoffe gen Westen erforderlich ist.

Das 21. Jahrhundert ist aber nicht mehr nur unser Jahrhundert, und wir müssen alles daransetzen, damit die neue Generation, unsere Kinder und Enkelkinder — das neue Russland — die Früchte ernten, sich unsere Fehler und unsere Errungenschaften zunutze machen. Deshalb muss

dem realen Programm die moralische Wahl zugrunde liegen: Entweder bestehen wir uns selbst und unsere Kinder, und nehmen dem Land die Zukunft, oder aber wir starten einen Durchbruch in unserer Philosophie der Entwicklung und führen das Land innerhalb von 15–20 Jahren zu einer neuen Qualität.

Letzten Endes geht es darum, ob ganz Russland, die ganze Bevölkerung, alle Bürger Russlands oder nur ein kleiner Teil von ihnen den „Passierschein in die Zukunft“ bekommt.

7. NEUE HERAUSFORDERUNGEN UND AUFGABEN DES STAATSAUFBAUS FÜR RUSSLAND

Unerschlossenes Russland — 7.1. Hauptgefahr für die nationale Sicherheit

In der Einschätzung der Perspektiven und Strategie der Entwicklung Russlands gibt es noch ein Herangehen, das man oft als geopolitisches Paradigma bezeichnet. Seine Anhänger gehen von der Notwendigkeit aus, die Macht Russlands und seine Weltpositionen in vollem Maße wiederherzustellen, es wieder zu befähigen, einen selbständigen außenpolitischen Kurs zu betreiben, die Autonomie des Landes im Bereich seiner wichtigsten außenpolitischen und wirtschaftlichen Interessen sicherzustellen.

Die Macht und Stärke des Staates waren und bleiben eine Voraussetzung und Grundlage aller seiner anderen Möglichkeiten und potentiellen Errungenschaften. Aber Macht und Stärke wozu, zu welchem Zweck? Ja, Stärke und Macht sind notwendig für die Sicherstellung der Konkurrenzfähigkeit des Landes, seiner Unabhängigkeit, sie sind ein Fundament der Sicherheit gegenüber den Gefahren herkömmlicher wie modernster Art. Ja, Stärke und Macht sind notwendig. Darunter auch militärische. Aber Stärke und Macht als Selbstzweck oder, noch schlimmer, zwecks neuer Konfrontation mit dem Westen, nein, das

haben wir schon erlebt. Russland wird ja übrigens auch nicht vom Westen, sondern vom Süden bedroht, obwohl bestimmte Menschen, die in der Islamisierung des Landes die Rettung vom Westen erblicken, geneigt sind, diese Bedrohung eher als Wohl zu betrachten.

Da wird die Entwicklung des Menschen und der Gesellschaft verdrängt und ausgetauscht gegen andere Kriterien und Ziele, nämlich gegen die Schaffung von neuen Arten und Mitteln der Konfrontation und all dem, was man für ihre Entwicklung, Produktion und Bedienung braucht. Der Mensch und die Gesellschaft sind hier nicht mehr das Maß aller Dinge und der größte Wert, sondern billiger Betriebsstoff („es kommen ja neue zur Welt“).

Natürlich ist das auch eine Entwicklung, die das Land auf eigene Art verändern, umwandeln und sogar nach vorn bringen kann. Unter bestimmten Bedingungen und Umständen kann eine solche Entwicklung durch die objektive Situation des Weltgeschehens von außen aufgezwungen werden. „Lieber stehend sterben, als auf den Knien leben“, sagte man in uralten Zeiten. Will man jedoch nicht nach Szenarios der Weltkatastrophen und geopolitischen Apokalypse leben, so ist die Strategie der neoimperialen Restaurierung unvereinbar mit den Zielen und Aufgaben der sozialwirtschaftlichen Entwicklung Russlands und wird nichts außer Not und Leiden bringen können.

Es geht hier nur um den Staat. Die Geopolitiker sprechen nur über den Staat, der sich im Grunde genommen durch Gewalt behauptet. Sie halten die Gesellschaft und den Menschen nur für ein Mittel dieser Selbstbehauptung.

Das Hauptproblem dieses „geopolitischen Standpunktes“ besteht darin, dass wir uns unsere Zukunft in Kategorien eines Computerspiels, eines Baukastens mit farbigen Würfeln, Pfeilchen und drei „Ersatzleben“ vorzustellen beginnen.

Nicht genug, dass dieser Standpunkt unzulänglich ist und wir keine „Ersatzleben“ haben, man lässt außer Acht oder

begreift nicht die reale Grundlage einer jeden Geopolitik. Spricht man über die Staatspolitik in ihrer räumlichen Dimension, so ist das vor allem die Fähigkeit, den Raum zu erschließen. Im weiten Sinne des Wortes ist das die Fähigkeit, den Raum zu kolonisieren, zu kultivieren und zu entwickeln. Macht man das nicht, werden es anderen tun. Die Wahrung der Integrität des Landes bedeutet in der modernen Welt auch die Fähigkeit der Gesellschaft, ihr eigenes Land zu erschließen, klug und effektiv über seinen Reichtum zu verfügen.

Bereits W. Kljutschewski sprach über Russland als einen Staat, der kolonisiert wird, und erblickte darin das Hauptprinzip und die strategische Grundlage seiner Entwicklung.

Man kann auch dem in der Geschichtswissenschaft entwickelten Standpunkt nicht das Existenzrecht absprechen, laut dem die Grundlage für die intensive und effektive Entwicklung Europas die Flächenknappheit war, die die Europäer bewog, ihre Wirtschaft, sozialen Strukturen und die Beziehungen zwischen den Menschen zu entwickeln, die auf engem Raum lebten, um von dem, was man hat, mehr zu bekommen.

Die Russische Föderation ist einer der größten und instabilsten Staaten der modernen Welt. Ihre Instabilität ist eben auf ihre geographische Größe, ihre relief-, klima-, und teilweise auch kulturmäßige Heterogenität zurückzuführen. Westen und Osten, Norden und Süden sind in Russland eng verflochten, die Zivilisation des Landes ist einmalig und eigenwertig.

Wir sehen uns mit einem geopolitischen Druck der Außenzivilisation konfrontiert, der in verschiedenen Richtungen ausgeübt wird. Die externen geopolitischen Faktoren der Entwicklung in verschiedenen Regionen des Südens, Fernen Ostens und Südwestens sind gelinde gesagt nicht gleich. Sind im Fernen Osten Russlands in erster Linie Probleme zu lösen, die mit den sich stürmisch entwickelnden Regionen des

Asien-Pazifik-Raumes und dem sich verstärkenden globalen Einfluss Chinas zusammenhängen, so ist der Süden eine Arena der Konfrontation mit der sogenannten islamischen Welt. Im Westen stehen die Fragen der Zusammenarbeit mit der EU und der Integration in diese Gemeinschaft. Diese gleichzeitige Konfrontation eines Staates mit externen Herausforderungen solchen Ausmaßes und solcher Vielfalt auf nationaler wie regionaler Ebene ist — abgesehen von den spezifischen Verwaltungsproblemen in Tschetschenien oder Kaliningrad — einzigartig.

Die ethnischen Probleme Russlands sind ebenfalls auf einer neuen Ebene zu lösen. Auch die Entwicklung des Föderalismus in Russland braucht einen neuen Sinn und neue Ansätze. Je nach unseren Handlungen und Fähigkeiten in diesem Bereich können wir sowohl Erfolg in der Umgestaltung des Staates haben, als auch neue Probleme heraufbeschwören.

Russland braucht die Föderation. Die Sowjetunion ist unter anderem deswegen zusammengebrochen, weil es für die Verwaltung ihres riesigen sozialwirtschaftlichen Systems, das acht Zeitzonen umfaßte, weder eine Theorie noch praktische Möglichkeiten gab. Die Führung des Landes konnte die zahlreichen Aufgaben und Probleme nicht bewältigen, die sie sich selbst aufgeladen hatte. Auch das russische Imperium vom Anfang des 20. Jahrhunderts konnte seine Verwaltungsaufgaben nicht meistern, es scheiterte an den Widersprüchen der Industrialisierung.

Fazit: nicht nur der Effizienz des unitarischen Staates, sondern auch seiner Existenz selbst sind gewisse, wenn auch kaum fassbare, Verwaltungsschranken auferlegt. Das oben Gesagte versteht sich nicht als Aufruf zur Entmachtung des föderalen Zentrums. Wie kein anderer Staat braucht Russland eine starke Zentrale. Sonst ist das Risiko der Zerstückelung, des Zerfalls des Landes zu groß. Umdenken gilt lediglich für die Kriterien der Stärke und Rolle des Zentrums.

Ein solches Kriterien sind die Motivation, der Willen und die praktischen Möglichkeiten der Föderationssubjekte, eine selbständige Entwicklung durchzuführen. Die Beziehungen zwischen dem Zentrum und den Subjekten der Föderation müssen so aufgebaut werden, dass es für das einzelne Subjekt nicht einfach vorteilhaft ist, in der Föderation zu bleiben, es muss auch die Möglichkeit haben, sein wirtschaftliches Potential auszubauen und dadurch den föderalen Haushalt zu unterstützen.

Vor dem Hintergrund einer weltweiten demographischen Explosion sehen wir uns dem Problem des Bevölkerungswundes gegenüber. In den nächsten Jahrzehnten kann sich Russland in einen „leeren Raum“ verwandeln, sich einem mächtigen „demographischen Druck“ aussetzen und zum Expansionsobjekt seitens anderer Länder werden. Demzufolge müssen wir das Problem der staatlichen Integrität unter neuen Bedingungen lösen.

Eine mögliche und allem Anschein nach reale (weil für Russland erforderliche) Einwanderungswelle kann mit der Zeit die ethnische und auch politische Balance in eine ganz unerwartete Richtung mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen verschieben. Russland braucht eine massenhafte, langfristige und kontrollierbare Immigration. Nur so beschaffen wir die für die Erschließung des Landes erforderlichen Dutzende Millionen Arbeitskräfte. Aber die staatliche Immigrationspolitik in Moskau, im Süden des Landes und im Fernen Osten — das sind „drei große Unterschiede“.

Die Aufgaben der staatlichen Wirtschaftspolitik in den Regionen Mittelrusslands und Sibiriens sind objektiv absolut verschieden. Es gibt wirtschaftlich starke Regionen, die zu Lokomotiven der Entwicklung des ganzen Landes werden sollen. Das Potential der führenden Regionen muss immer im Einsatz sein, sich zum gemeinsamen Wohl vergrößern und in der Staatspolitik berücksichtigt werden.

Der Umschlag der landwirtschaftlichen Nutzfläche und

die staatliche Bodenpolitik überhaupt können und dürfen in der Schwarzerdezone Mittelrusslands, im Gebiet Rjasan und in Städten keineswegs gleich sein.

Die Aufgaben der sozialen Staatspolitik — solche wie die Optimierung der Rentenversicherung, die Regelung der Migration von Arbeitskräften, die Aufgaben der demographischen Politik — müssen sich in den „alten“ Regionen der Landesmitte, im Süden und im Norden von Grund auf unterscheiden. Auch die Lebenshaltungskosten können sich in verschiedenen Regionen des Landes um das 10-fache und mehr unterscheiden.

Alle diese Probleme müssen unverzüglich gelöst werden. Gelingt es Russland nicht, die effiziente Einheit der Regionen zu erhalten, kann das dramatische Folgen haben, und das nicht nur für seine Bürger. Der Zerfall der Russischen Föderation wird eine neue Kettenreaktion der geopolitischen Umverteilung auf nahen und fernen Kontinenten auslösen, die ihrer Wirkungskraft nach dem Zerfall der Sowjetunion übertreffen und durch eine erneute Auseinanderdrift der Kern- und Chemiewaffen besitzenden Regionen ergänzt sein werden.

Schon heute sorgen wir am wenigsten für die Erschließung und Entwicklung der riesigen Gebiete unseres Landes, das wir gerne und oft mit einem unverständlichen Stolz als ein Achtel des Festlandes bezeichnen. Was ist aber der Sinn dieses Besitzes, wenn wir ähnlich dem geizigen Ritter darüber hocken und dahinsiechen und nichts tun, um ihn auszubauen und den Menschen ein würdiges Dasein sichern. Bis jetzt stellt ein Teil des russischen Territoriums nur teilweise erschlossene kaum bewohnte Zonen dar. Die Bevölkerung Russlands flieht aus diesen Gebieten ins Zentrum, in die unbewohnten Gebiete dringen andere Länder, Zivilisationen und Völker ein. Jeder „Geopolitiker“ weiß jedoch, dass das beste und effektivste Mittel zur Kontrolle über das Territorium eine reiche, gedeihende und zahlreiche Bevölkerung ist.

Wir sind nicht bereit zuzugeben, dass unsere Zukunft uns nicht garantiert ist, dass sie sogar mehr als zweifelhaft ist. Uns passen die unbequemen Antworten auf Fragen über die Wege unsere Entwicklung nicht. Daher sind die Illusionen von der Größe, der Wiedergeburt der ehemaligen Macht so zäh und erschweren nur unsere Vorwärtsbewegung.

7.2. Hat der Staat eine Zukunft?

Welche Anforderungen stellen die Gegenwart und die Zukunft heutzutage an uns, an die Entwicklung des Staates und die Gestaltung der Gesellschaft? Eine besondere Schwierigkeit ist durch das naheliegende Paradoxon bedingt, auf das wir bei unserem Versuch stoßen, die Aufgabe, die Staatlichkeit zu festigen, mit dem Szenario zu vereinbaren, laut dem der Staat im 21. Jahrhundert absterben oder aber eine grundlegende Erneuerung erleben soll.

Sollten sich die politischen Weltprozesse auch weiterhin im Rahmen der zur Zeit bestehenden Tendenzen entwickeln, werden zu Anfang des 22. Jahrhunderts solche Begriffe wie „Russische Föderation“, „Vereinigte Staaten von Amerika“, „Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland“, „Chinesische Volksrepublik“ und „Republik Simbabwe“, „Sultanat Brunei“, „Sozialistische Volksrepublik Arabische Jamahiriya“ usw. zumindest in ihrem heutigen Zustand der fernen Vergangenheit angehören.

Russland mit seiner riesigen Fläche, seiner Vielfalt der natürlichen und sonstigen Bedingungen, seiner multinationalen Bevölkerung, die sehr unregelmäßig sowohl über das Territorium des Landes als auch über die Stufen der sozialen und ökonomischen „Leiter“ verteilt ist, muss beson-

ders sensibel auf all das reagieren, was man in der ganzen Welt als „Krise des Institutes Staat“ zu bezeichnen pflegt.

Über die Krise des Staates spricht man wohl, seitdem dessen Entstehen. Das Neue in der Diskussion ist aber ein sich immer mehr zuspitzender, externer, von der Globalisierung herbeigeführter Widerspruch — der Widerspruch zwischen dem traditionellen Institut des Staates, das untrennbar mit dem jeweiligen Territorium und einer jeweiligen Bevölkerung verbunden ist, und dem transnationalen grenzüberschreitenden Business.

Äußerlich sind alle Vorteile auf der Seite des Business: Die größten transnationalen Großkonzerne erzielen seit langem schon Umsätze, die um eine Größenordnung, wenn nicht mehr, den Umfang des Bruttoinlandsprodukts von mittelgroßen Staaten übertreffen. Die Umsätze eines jeden der ersten dreißig Konzerne übertreffen das Bruttoinlandsprodukt von etwa hundert mittelgroßen und kleineren Staaten, welche in ökonomischer Hinsicht nicht einmal die Letzten sind.

Anfang der 70-er Jahre des vorigen Jahrhunderts wurde aus dieser Beobachtung die „mechanische“ Schlussfolgerung gezogen, dass der Staat letzten Endes von den transnationalen Gesellschaften sowie von anderen neuen Subjekten der Weltpolitik zum Zusammenbruch gebracht wird. Was den Staat ablösen wird, ist unbekannt. Die Krise des Staates aber ist schon da. Der Ausgang liegt auf der Hand, und zwar, der Staat ist nur noch eine Funktion der Zeit. So stellten sich das viele vor dreißig Jahren vor. Die Wirklichkeit ist wie immer als komplizierter.

Das Institut des Staates verschwindet nirgendwohin. In der Welt fehlen vorläufig andere, mit dem Staat vergleichbare Institute, die politische Verantwortung übernehmen und politische Aufgaben lösen können. Der Staat und das nationalstaatliche System der internationalen Beziehungen bleiben zweifelsohne als grundlegende politische Institute

mindestens so lange, wie der Staat über das Monopol auf legitime Gewaltanwendung verfügt und die Sicherheit des „Lebensraums“ der Bürger gewährleistet. Wenn heute verschiedene Aspekte des wirtschaftlichen Lebens schon außerhalb der Staaten und ohne Staaten organisiert werden, das politische Leben aber (über den Trend zum Nachbau in internationalen und zwischenstaatlichen Strukturen hinaus), vorwiegend im national-staatlichen Bereich bleibt, so gestaltet sich das eigentliche soziale Leben, das Leben der Gesellschaft und des einzelnen Menschen im Grunde genommen als national, staatlich, lokal und territorial. Nur für einen unbedeutenden Teil der Bevölkerung sowohl in westlichen als auch anderen Staaten trifft das heute schon nicht mehr zu.

Das Wesen der Krise des Staates besteht jedoch darin, dass der Staat — sogar unabhängig von seinem eigenen Willen — in eine neue globale Matrix politischer, wirtschaftlicher und sozialer Beziehungen eingebaut wird. Und je organischer ein solcher Einbau erfolgt, desto mehr Möglichkeiten entdeckt der Staat für die nationale Entwicklung.

In den vergangenen Jahrzehnten ist die ökonomische Macht transnationaler Konzerne und Banken um ein Mehrfaches angewachsen. Aber kein einziger größerer Staat hat aus diesem Grunde aufgehört zu existieren und ist auf irgendwelche Weise wesentlich geschwächt geworden.

Gleichzeitig damit beobachten wir aber in der modernen Welt das Phänomen der „mislungenen Staaten“. Die Gründe dafür sind jedoch erheblich komplizierter, sie veranschaulichen nicht so sehr die Tendenz zu einem Zusammenbruch des nationalstaatlichen Weltsystems, sondern die Tatsache, dass dieses System auf dem Niveau der führenden Weltmächten immer stärker in eine neue globale politische Realität transformiert und integriert wird. Es verändern sich die Natur und die Tätigkeitsformen der Staaten, die immer mehr globalen Gesellschaften ähnlich werden. Die gescheiterten Staaten und — noch ein Phänomen un-

serer Zeit — so genannte „Schurkenstaaten“ sind sehr oft ausgerechnet jene Länder, welche im Laufe des Transformationsprozesses des Institutes Staat und im Rahmen der Globalisierungslogik zurückgeblieben sind.

In diesem Sinne ist das Problem der Rückständigkeit ein Einzelfall eines viel wesentlicheren Problems: nämlich des Problems der ungleichmäßigen Entwicklung und des ungleichmäßigen „Einstiegs in die Globalisierung“, der ungleichmäßigen kulturellen und sozialen Bereitschaft für diese oder jene Globalisierungsprozesse.

Die Strukturkrise des zukünftigen Staates bedeutet deshalb vor allem eine Krise, wo Strukturen und Funktionen von herkömmlichen „klassischen“ Staaten den Bedürfnissen der nationalen Entwicklung nicht mehr entsprechen. Probleme entstehen erst dann, wenn sich der Staat aus einem Mechanismus der Entwicklung und des Wachstums der Nationen in einen infrastrukturellen Hemmschuh verwandelt.

Die Herausforderung der Zeit an den Staatsaufbau könnte man wie folgt formulieren: Russland muss in einer angemessenen Zeitspanne seine Staatlichkeit so umbauen, dass es nicht nur reale und potentielle Bedrohungen von außen effektiv abwehren, sondern auch seine Sicherheit und territoriale Integrität gewährleisten kann. Russland muss auch ebenso effektiv im Rahmen der sich globalisierenden Wirtschaft konkurrieren, ökonomische und politische Spielräume aufrechterhalten und gleichzeitig seine wirtschaftliche sowie gesellschaftliche Initiative innerhalb des Landes entwickeln können.

Für die Durchsetzung all dieser Aufgaben verfügt Russland über sehr wenig Zeit und sehr wenige Ressourcen. Traditionelle Schritt-für-Schritt-Wege des Staatsaufbaus sind zeit- und ressourcenaufwendig, sie können die Lösung der vor Russland stehenden Aufgaben nicht erleichtern, sondern eher erschweren. Man muss sich demnach anderen Paradigmen, in mancher Hinsicht strittigen Innovationen und Lösungen zuwenden.

In der modernen Welt integriert sich ein jeder Staat allmählich und objektiv in ein komplizierteres System von rechtlichen und administrativen globalen Beziehungen und Bedingungen. Es gibt nur einen Ausweg: Der Staat muss sich selbst in eine gewisse Körperschaft verwandeln, die unter anderem auch transnationale Möglichkeiten besitzt. Man muss sich auf einen langwierigen, zielstrebigem Kampf einstellen, auf einen Kampf um die Anerkennung des Rechtes des Staates, gleich den anderen Teilnehmern des freien Marktes die ökonomische Freiheit zu genießen.

Wenn es Körperschaften geben kann — Aktiengesellschaften mit Millionen einfachen Aktionären (und sie sind schon längst zur Norm geworden) —, warum können es dann nicht auch Dutzende Millionen sein? Wenn diversifizierte korporative Vereinigungen existieren und funktionieren, die ganz legitim gleichzeitig in einigen oder sogar vielen Wirtschaftsbranchen tätig sind, warum sollte dann der Staat als eine Gesellschaft zur Verwaltung des einheitlichen Systems „Territorium — Bevölkerung“ rechtswidrig sein?

Es geht hierbei um wesentliche Korrekturen des Staatsverständnisses und der Philosophie seiner Tätigkeit. Historisch gesehen war der Staat eine militärische und polizeiliche Machtmaschine, die dazu berufen war, die ethnische und territoriale Einheit vor den Bedrohungen von außen, in der Folge der Zeit aber ebenso von innen zu schützen. Als solcher schuf der Staat in erster Linie einen Gewaltapparat, für den er Steuern eintrieb. Eine derartige Rolle, Funktion und Praxis waren objektiv notwendig und unvermeidbar. Allerdings haben sie den Staat im Laufe der Jahrhunderte verdorben und ihm nicht beigebracht, mit dem Geld sparsam umzugehen, es zu verdienen und dafür zu sorgen, dass das Geld sozial und strategisch nutzbringend genutzt wird. Inzwischen werden gerade diese Eigenschaften des Staates in der globalen

Welt mit ihrer harten ökonomischen Konkurrenz zu ausschlaggebenden Faktoren.

Doch damit sind die Vorstellungen von einer neuen Rolle des Staates in der modernen Welt nicht erschöpft. Gewiss bekommt der Staat in seinem Bestreben, der ökonomischen Logik der Globalisierung zu entsprechen, immer mehr ein ökonomisches „Profil“ und verwandelt sich in eine staatliche Gesellschaft, die mit den transnationalen Konzernen konkurriert und als Vertreter seiner Bürger in der globalen Wirtschaft auftritt. Die neue Epoche ist eine Epoche postindustriellen Typs, das heißt, einer Wirtschaft der Kenntnisse und des Humankapitals, darum steigt in der staatlichen Politik zur gleichen Zeit naturgemäß der Stellenwert der gesellschaftlichen Dienstleistungen, der Philosophie des Sozial- bzw. Wohlstandsstaates.

In der globalen Welt gewinnen diejenigen den Vorrang, deren Entwicklungsniveau in der Bereichen Wissenschaft, Bildung und Wirtschaft am höchsten ist. Die Spitzenpositionen behalten die sozial stabilsten inne. Die Stabilität einer Gesellschaft baut ihrerseits auf der Motivation der Starken und Unterstützung der Schwachen auf. Gerade auf diesem Wege sind die Prioritäten der staatlichen Politik zu bestimmen, deren Schwerpunkt der starke Sozialstaat sein soll. Dieser läuft übrigens nicht nur auf die Unterstützung der Minderbemittelten und die Schaffung von staatlichen Garantien für das Existenzminimum hinaus. Ein Sozialstaat ist ein Staat des allgemeinen Wohlstandes. Und gerade in der Schaffung von Möglichkeiten sowohl für einen einzelnen Menschen als auch für eine jede Region, das eigene Potential zu realisieren und ein würdiges und vollwertiges Leben zu gewährleisten, besteht der Sinn der Politik.

Schließlich hat unser Staat zu lernen, die Interessen seiner Bürger zu schützen. Dabei muss er diese Interessen nicht abstrakt, sondern, bezogen auf jeden konkreten Fall ihrer Schmälerung, demonstrativ und hart in seinen Schutz

nehmen. Der Schutz der Bürger, des Menschen als „des Hauptkapitals“ der postindustriellen Epoche wird beinahe zu einer grundlegenden Staatsfunktion.

Aber eine solche Logik der staatlichen Evolution widerspricht seiner Verwirtschafterlichung und in diesem Sinne auch der neoliberalen ökonomischen Doktrin. Diese Doktrin schreibt das vor, was für ein Geschäftssubjekt gilt: Reduktion der Staatsausgaben, der Steuerlast und der sozialen Verpflichtungen und Erhöhung der wirtschaftlichen Effektivität des Staates.

Die Fähigkeit der staatlichen Macht und der nationalen Elite, ein optimales Gleichgewicht zwischen diesen Tendenzen und Forderungen an die Entwicklung des Staates zu finden, entwickelt sich auf diese Weise zum Hauptkriterium der Effektivität des Staates. Mit anderen Worten besteht gerade darin die Hauptantwort auf die Frage, ob der Staat eine Zukunft besitzt. Wenn der Staat nicht lernfähig und wandlungsfähig ist, wenn er nicht fähig ist, den Herausforderungen der Zeit zu entsprechen, so wird er infolge dieser wirtschaftlichen und sozialen Unfähigkeit in der Konkurrenz mit anderen nicht bestehen können, und möglicherweise riskieren, dass ihm selbst die eigene Bevölkerung die Legitimität verweigert. Eine solche Verweigerung, einmal ausgesprochen, kann leicht und einfach von äußeren Kräften in ihren eigenen Interessen ausgenutzt werden.

Ist ein Staat aber all dem nicht gewachsen, oder — noch schlimmer — will das nicht und ist dazu unfähig, so wird er zur größten Bedrohung für die Sicherheit der eigenen Gesellschaft.

Erst wenn die Erreichung eines hohen Lebensstandards der Bevölkerung sowie der Schutz der Interessen jedes einzelnen Bürgers als das Hauptziel der Staatspolitik bewusst werden, erst dann wird die sozialwirtschaftliche Entwicklung gewährleistet sein, erst dann wird Russland zu einer Gesellschaft des Wohlstandes für alle.

7.3. Die Souveränität in der Neuen Welt

Eine Hauptbedingung für den Erfolg in der zukünftigen Welt ist die Fähigkeit, nach eigenem Verstand leben zu können. Bezogen auf den Staat ist es das Problem seiner intellektuellen Souveränität.

Eigentlich ist daran nichts neu. Das Neue besteht nur darin, dass man zum ersten Mal in der Geschichte das Problem „des Lebens nach eigenem Verstand“ auf den Staat anwendet. Das Neue besteht darin, dass dieses Problem unter den Bedingungen einer globalen Welt nicht einfach den Charakter eines frommen Wunsches annimmt, sondern zur härtesten und nachdrücklichsten Notwendigkeit wird. In der modernen Welt ist es unmöglich, bedeutsame Errungenschaften zu erzielen, im Konkurrenzkampf zu gewinnen, wenn man an diese Welt nicht allseitig und vollständig informiert und nicht mit den jüngsten wissenschaftlichen Erkenntnissen ausgerüstet herangeht.

Das Neue besteht darin, dass das Problem in dieser seiner Eigenschaft in das Problem der intellektuellen Souveränität des Staates hinüberwächst: Die Fähigkeit, alltäglich und routinemäßig auf dem Niveau der letzten Errungenschaften der Zeit zu arbeiten, wird nicht nur von einzelnen Persönlichkeiten gefordert, sondern in höherem Maße von den staatlichen Instituten, die die Strategie des Staates bestimmen. Wenn der Intellekt eines Individuums in erster Linie von seinen eigenen Fähigkeiten abhängt, so wird die intellektuelle Souveränität des Staates langfristig von einem ganzen Komplex schwierigster Maßnahmen gewährleistet, die eine kontinuierliche Ausbildung, die Wissenschaft auf allen Ebenen, moderne Kommunikationssysteme, die Beschaffung, Verarbeitung und Speicherung

von Information sowie eine spezifische Personalpolitik umfassen, — auch darin besteht das Neue.

Das Unheil Russlands liegt darin, dass es im Verlaufe einiger letzter Jahrhunderte diese Bedingungen aus verschiedenen Gründen nicht eingehalten hat: manchmal wegen der Armut, im 20. Jahrhundert wegen der ideologischen Schranken. Glänzende Denker hat es in Russland immer gegeben, es gibt sie auch heute, und wird sie hoffentlich auch morgen noch geben. Der Staat hat diese Denker jedoch nicht auf die beste Weise ausgenutzt oder sie oft zur Auswanderung und zum Schweigen gezwungen.

Es ist eine Tatsache, dass der industriellen, erst recht der wissenschaftlich-technischen und Informationsrevolution vor allen Dingen die Errungenschaften des menschlichen Denkens zugrunde liegen. Das Potential und die Rolle des Staates werden in der modernen Welt vom komplizierten Zusammenwirken seiner Wirtschaft, Wissenschaft und Technik, seiner Finanzen, Bildung und Kultur, seiner Verteidigungsbereitschaft und der Lebensqualität bestimmt. Die Urquelle dieses Potentials, des Stellenwertes und der Rolle des Landes in der Welt bilden die Reichweite und die Qualität desjenigen Gedankens, den die Gesellschaft und der Staat in den Dienst ihrer Interessen und Ziele stellen konnten.

Die Noosphäre, seinerzeit von Wernadski vorausgesagt, ist unmerkbar zur Wirklichkeit geworden. Man kann ihrer Evolution folgen, man kann sich ihr mit mehr oder weniger großer Bosheit widersetzen, man kann aber auch an ihrer weiteren Entwicklung teilnehmen. Vielleicht ist es nur im letzten Fall berechtigt, von intellektueller Souveränität und ihrem vergleichbaren Stand zu sprechen.

Die Industrieländer sind historisch und spontan das geworden, was sie sind. Zur Zeit können wir aber dem Lauf der Geschichte nicht vertrauen, weil sie uns von unserem Weg abdrängen könnte. Wir müssen vielmehr stetig schaffen, doch mit einem tieferen Verständnis dafür, wo die

praktischen Lösungen und wo ausschließlich unsere Wünsche und Utopien liegen.

In diesem Kontext entsteht das Problem, das Subjekt der strategischen Planung zu institutionalisieren. Die moderne Gesellschaft braucht Institute, welche über die Perspektiven des Landes in 20–50 Jahren nachdenken.

Die organisatorischen Formen müssen demnach dem komplizierten Aufbau der Gesellschaft entsprechen. Ein solches Institut wäre z.B. ein „staatliches Zentrum für strategische Perspektiven“ oder etwas Ähnliches. Dieses Zentrum müsste autonom vom Präsidenten und von der Regierung funktionieren (etwa so wie die Notenbank Russlands). Unabhängig, aber in Zusammenarbeit mit ihm könnte ein anderes Zentrum in der akademischen Gemeinschaft tätig sein, das die Bemühungen von Wissenschaftlern der Russischen Akademie der Wissenschaften und Universitäten vereinigen würde. Ein solches Zentrum könnte auch im Rahmen der Bürgergesellschaft gegründet werden. Selbstverständlich würden solche Zentren keine Direktiven, sondern sinnvolle Standpunkte zu Perspektiven und Möglichkeiten des Landes „produzieren“, die dann der Gesellschaft und den Fachleuten zur Erörterung und Festlegung der wünschenswerten Prioritäten unterbreitet werden könnten.

Derartige parastaatliche Institute — das Wesentliche liegt hier in der Idee selbst und nicht in der Benennung bzw. den Organisationsvorschlägen — sind erst dann effizient, wenn das System einer „staatlichen Reflexion“ vorhanden ist, d.h. ein System von zuverlässigen und rechtzeitig reagierenden Quellen der Primärinformation in Verbindung mit Systemen, die diese Information verarbeiten, speichern und den Nutzern zur Verfügung stellen. Die Unzuverlässigkeit der gegenwärtigen Informationen, die Tatsache, dass sie sehr oft nicht nur dem Nutzer, sondern auch den staatlichen Strukturen unzugänglich sind, und zugleich ein hohes Risiko des „Informationsschwundes“ besteht — durch

unsanktionierten und sogar böswilligen Zugriff auf die vorliegende Information — das sind alles die Krankheiten, die die Gewährleistung der intellektuellen Souveränität des Landes unmöglich machen. Es bleibt nur zu hoffen, dass in Russland diese Krankheiten heilbar sind.

Es ist wohl eine der kompliziertesten Aufgaben, ein staatliches und gesellschaftliches System zu schaffen und instand zu setzen, in dem der einheimische Gedanke gefragt ist und effektiv eingesetzt wird. Eine gedankenlose Demokratie ist eine Lynchjustiz und Ochlokratie, ein hektisches, blindes Umherrennen der Menschenmenge. Eine gedankenlose Politik ist ein sittenloses und gefährliches Abenteuerium.

Es steht ein ebenso harter und langer Kampf um die intellektuelle Souveränität bevor wie seinerzeit um die politische Unabhängigkeit. Die Souveränität ist der Urgrund einer jeden und beliebigen Wettbewerbsfähigkeit. Der Schutz des Urheberrechtes ist nicht einfach auf den Wunsch der Erfinder und Gestalter zurückzuführen, eine größtmögliche Vergütung ihrer Erfindungen zu erhalten. Wäre dem so, würde der Staatsapparat der Industrieländer nicht so eifrig für den Schutz dieser Rechte eintreten. Der Schutz des Urheberrechtes schafft im Grunde genommen schwer überwindbare Hindernisse auf dem Wege der geistigen „Produktion“ aus neuen Zentren ihrer eventuellen Produktion an die Weltmärkte der wissenschaftlichen Erkenntnisse, Technologien und sozialpolitischen Ideen.

Zur intellektuellen Souveränität gehört auch die Fähigkeit, sich selbst klar und offen die Frage zu beantworten, wer wir eigentlich sind und was wir wollen. Der Westen zwingt seine Bildungsstandards, seine Weltauffassung und seine Lehrbücher auch deshalb hart auf, weil diejenigen, die diese Standards de facto anerkennen, unweigerlich — bewusst oder unbewusst — im Fahrwasser der westlichen Denkweise segeln, und sich damit zu einer ewigen Rückständigkeit, zu einer intellektuellen und folglich auch wirt-

schaftlichen und politischen Abhängigkeit verurteilen. „Nach eigenem Ermessen leben“ wird bald dem Begriff „einfach leben“ identisch sein.

7.4. Auf der Suche nach dem Subjekt der Entwicklung

Die Bewältigung der meisten Entwicklungsaufgaben im modernen Russland hängt davon ab, wer diese schwere Bürde übernehmen wird. Kann man heute in Russland überhaupt ein Subjekt der neuen Modernisierung erkennen, die berufen ist, die industrielle Entwicklung des Landes zu vollbringen, es zumindest an die Schwelle der neuen Epoche zu führen und ein Potential für den Postindustrialismus und den Eintritt in die Neue Welt zu schaffen?

Russland hat das Stadium der Industrialisierung bereits durchgemacht, jedoch fußte sie auf einem autoritären staatlichen Impuls und erwies sich unter dem Blickwinkel der neuen Modernisierung objektiv als eine Sackgasse. Zur Zeit reichen die Bemühungen eines einzigen Staates, seines Willens und seiner Politik absolut nicht aus, um eine neue Entwicklungsstufe zu erreichen. Allein die breite gesellschaftliche Modernisierung auf der Basis einer neuen Ethik und Kultur hat Chancen auf Erfolg.

Die mit den dominierenden Methoden der Wirtschaftsführung verbundenen Entwicklungssackgassen der modernen Welt, die versteckten und heute nicht zur Geltung kommenden wirtschaftlichen Möglichkeiten des Postindustrialismus als einer Wirtschaft der Kenntnisse, des Intellekts und des Schaffens — all das läßt vermuten, dass wir an der Schwelle einer postwirtschaftlichen Entwicklung stehen.

Wenn jedoch in der gegenwärtigen Welt Kenntnisse, Intellekt und die von ihnen geschaffenen neuen Möglichkeiten die Grundlage für die Entwicklung bilden, so ist naheliegend, dass die günstigsten Investitionen in Russland die Investitionen in den Menschen, in die Entwicklung des menschlichen Potentials sein werden.

Die Hauptressource und das Kapital der Entwicklung werden die „Produktion“ eines kreativen Menschen, eines Menschen der Neuen Welt sein. Gewinnen werden am ehesten diejenigen, die begreifen, dass die Entwicklung des menschlichen schöpferischen Kapitals vorrangig ist, und deshalb auf diesen Weg in die postwirtschaftliche Zukunft setzen werden.

Sprechen wir aber über das Humankapital, über die Entwicklung des Menschen als das Hauptpotential der Zukunft, so sind wir einfach verpflichtet, eine Reihe von Problemen und Fragen, die zur Zeit in Bezug auf Russland recht formal diskutiert werden, grundsätzlich anders zu betrachten.

Versuchen wir aus der Zukunft her oder zumindest auf Grund unserer Zukunftsvision die Situation zu betrachten und die Entwicklung aus der Zukunft zu steuern, so merken wir, dass die Politik in den Bereichen Demographie, Wissenschaft, Bildung, Migration, Gesundheitswesen einen vollständig anderen Sinn und Klang erhält.

Echte Besorgnis ruft nicht einmal der offensichtliche deklarative Charakter der sozialen Politik, sondern ein deutliches Missverstehen der Bedeutung des Humankapitals in der Zukunft hervor. Die soziale Politik ist eine Gewähr und ein Ausdruck der Konkurrenzfähigkeit der Gesellschaft. Die gegenwärtige Gesellschaft kann sich nicht nur in der wirtschaftlichen Dimension weiter entwickeln, eine umfassende soziale Infrastruktur wird zur Bedingung und Methode ihrer Existenz.

In der modernen Gesellschaft sind das Gesundheitswesen, die Bildung und Wissenschaft kein peinlicher Zusatz zu ökonomischen Entwicklungsaufgaben, sie sind kein er-

zwungener Aufpreis, den die Gesellschaft auf eigene Kosten zahlen muss. Das ist eine Bedingung für die effektive Vorwärtsbewegung, ein Antriebsmotor für Veränderungen, eine Garantie für moralische Gesundheit und auch die Hoffnung darauf, dass Russland in der Welt des 21. Jahrhunderts einen würdigen Platz einnehmen wird.

Der Anlauf der industriellen Zivilisation mit ihrer Orientierung auf die größtmögliche Ausnutzung von Naturressourcen, hat einen bedrohlichen Bruch zwischen der Gesellschaft und der Natur hervorgerufen. Die „Produktivkraft der Natur“ als Potential der Zivilisation industriellen Typs verliert immer mehr an ihrer Elastizität. Obwohl im Laufe der wissenschaftlich-technischen Revolution die Ressourcenintensität ständig abnimmt, wird die Knappheit der Rohstoffvorräte unabwendbar die Frage nach einem Übergang zu neuen wirtschaftlichen Modellen, Formen des Zusammenlebens, einem neuen geistigen und moralischen Paradigma stellen, die den Druck der „Konsumzivilisation“ auf die Biosphäre abbauen könnten.

Unser Land kann den Anforderungen der neuen Zeit erst dann gewachsen sein, wenn die Gesellschaft und ihre Machtstrukturen die Vorstellung loswerden, dass die Kultur, Wissenschaft, Bildung, Aufklärung, die Gesundheit der Bevölkerung etwas Sekundäres sind, dass man sie wegen der anderen akuten Aufgaben beiseite legen kann. Sie sind jedoch keine Gnadenbrotempfänger im fremden Haus. In der Perspektive können nur sie zum Motor der Entwicklung werden und ihr einen echten Sinn und Zielstrebigkeit verleihen.

Die Verschärfung des Wettbewerbs an den Weltmärkten, in erster Linie an den Märkten der wissenschaftsintensiven Produktion, die stetige Erneuerung der Technologien zwingen die politischen und ökonomischen Eliten aus allen mehr oder weniger entwickelten Ländern, die Ausgaben für wissenschaftliche Forschung und Entwicklung zu erhöhen. Investitionen in die Wissenschaft werden zu einer gewinn-

bringenden Plazierung des Kapitals. Nationale Perspektivprogramme der meisten Industrieländer verfolgen in ihren Prioritäten schon seit einigen Jahrzehnten absolut konsequent eine Linie — die finanzielle Förderung der Grundlagenforschungen und die Erhöhung der Haushaltsausgaben für angewandte Forschungen.

Das Schicksal Russlands, als eines Staates, der in den Weltmarkt Wettbewerb einsteigt, hängt in vieler Hinsicht, wenn nicht vollständig, von den Perspektiven seines wissenschaftlichen Potentials ab. Die heutige am Handel und Wucher orientierte, stagnationsprovinzielle Wirtschaftspolitik wird noch 50 Jahre brauchen, um die erforderlichen Ressourcen für Investitionen in die Wissenschaft zu akkumulieren. Doch der „Braindrain“ ins Ausland ist schon heute ein Gegenstand der nationalen Sicherheit geworden. Viele wissenschaftliche Schulen stehen am Rande des Verfalls. Besonders schnell erfolgt die Alterung des Personals in technischen Wissenschaften.

Der Zustand und die Probleme im Bereich der Wissenschaft sind untrennbar mit der Bildungspolitik verbunden. Etwa vor dreißig Jahren entstand in Europa die Theorie des „Humankapitals“, die auf den Ergebnissen des Wiederaufbaus Westdeutschlands in den Nachkriegsjahren beruht. Deutsche Wissenschaftler haben Berechnungen durchgeführt, die ihrem Wesen nach überraschend waren. Sie zeigten, dass ein Land, in dem das Produktionspotential vollständig zerstört ist, aber in dem das Bildungssystem, qualifizierte Lehrkräfte und Universitätsprofessoren erhalten geblieben sind, alle Chancen hat, die Zerrüttung viermal so schnell wie im entgegengesetzten Fall zu überwinden. Das war auch der Grund dafür, weshalb Deutschland die Steigerung der Qualität von Arbeitskräften durch eine effektive Bildungspolitik zu seinem Ziel gemacht hatte.

Gehört die Zukunft einer Gesellschaft, in der die Kenntnisse und der neue Mensch im Vordergrund stehen sollen, so brauchen wir tatsächlich eine neue Epoche der Aufklä-

rung, eine Wiedergeburt der Wissenschaft, Bildung und Sozialität, um in dieser Zukunft bestehen zu können.

Wenn es um die Modernisierung Russlands geht, so ist ins Auge zu fassen, dass wir die Frage der Reproduktion dieses oder jenes ökonomischen Modells und dessen Parameter kaum lösen können, ohne ein weiteres Problem gelöst zu haben — das der sozialen Angemessenheit. Die Modernisierung erfordert entweder eine westliche soziale Innovationsstruktur oder eine andere, die den Anforderungen des Postindustrialismus entspricht. Wichtig ist, ob wir eine solche soziale Struktur haben, ob diese Struktur alle Schichten der Bevölkerung, alle Aspekte der gesellschaftlichen Organisation durchdringt, oder ob wir lediglich eine oberflächliche Verbraucherkultur und eine begrenzte Klasse von sogenannten Adaptanten haben.

Überall, wo eine Entwicklung ablief, wurde sie von den seinerzeit aufsteigenden, mittleren Schichten vorangetrieben. Eben diese Schichten boten der Entwicklung schöpferische Innovationen, alle möglichen Arten von Arbeitsplätzen und sicherten den wachsenden Verbrauchermarkt. Wenn wir keine solche Klasse haben werden, wird es in Russland auch keine Entwicklung geben bzw. wird diese einseitig und äußerst begrenzt sein.

Unser Nachteil besteht darin, dass unsere Innovationskultur eine Kultur der Minderheit, der am Westen orientierten Schichten, vorwiegend des Mittelstandes ist, der das Geld mit eigener Arbeit verdient, während das Großkapital seiner Herkunft nach nicht erwerbstätig ist. Es ist unmöglich, die Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung und des Aufbaus einer neuen Gesellschaft zu lösen, wenn ein Viertel der Bevölkerung in Armut lebt, wenn die meisten Bürger des Landes ein elendes Dasein fristen und wenn die Menschen ökonomisch und sozial in „Bevölkerung“ und die unter dem Verbrauchexhibitionismus leidende „Elite“ gespalten sind. Wenn wir dieser Entwicklungslogik folgen, rufen wir eine gefährliche Spannung innerhalb der Gesell-

schaft Russlands hervor, weil zwischen den postindustriellen Bevölkerungsgruppen und der Hauptmasse mit Überlebensproblemen beschäftigten Bevölkerung soziale, eigentumsbezogene und sonstige Widersprüche entstehen, die sehr gravierend sind und ein Spannungspotential schaffen, welches vor einem Jahrhundert das im Modernisierungsprozess begriffene Russische Reich zerstört hat.

Es ist heute notwendig, die Hauptreform zu verwirklichen — die des Verhaltens zu den Menschen und ihren Interessen. Wir brauchen zur Zeit eine „Reformierung“ des Lohnsystems und der Einkommenspolitik im Großen und Ganzen. Wenn die Arbeit unterschätzt wird, schafft das ein grundlegendes Hindernis für die Entwicklung des Landes. Letzten Endes handelt es sich um eine prinzipiell andere Philosophie der Entwicklung unseres Landes, die die staatliche sozialwirtschaftliche Politik endlich auf den Kopf stellen und sie aus den hohen makroökonomischen Wolken auf den harten Boden des realen menschlichen Lebens hinunterbringen muss.

Heute beruht die Strategie der Umgestaltung unserer Gesellschaft in vielem auf den von der Macht und einer dünnen Eliteschicht unterstützten Reformen von oben. Man versucht dabei, bestimmte soziale Gruppen in die Reformen einzubeziehen, um den Reformen eine öffentliche Unterstützung zu garantieren. Das Problem aber besteht heutzutage darin, dass es bei der Lösung dieser Aufgabe durchaus schwierig ist, sich gleichzeitig auf das Volk und die Elite zu stützen. Die Entfremdung zwischen der Macht und der Gesellschaft hat eine gefährliche Grenze erreicht, an der die Hauptmasse der Bevölkerung weiterhin ausschließlich Überlebensaufgaben löst, sich nur mit Alltagsproblemen beschäftigt und von der Macht nur soziale Garantien und die Gewährleistung des Existenzminimums einfordert.

Unter solchen Bedingungen hat der Staat praktisch keine Möglichkeiten, die Massen zur Lösung der strategischen

Entwicklungsaufgaben zu mobilisieren, abgesehen von offensichtlichen Gewaltmechanismen, die im Unterschied zu den Aufgaben der industriellen Modernisierung bei der postindustriellen Modernisierung absolut unwirksam sind. Zugleich ist eine Loslösung der Führungselite von der Gesellschaft zu beobachten. Die Qualität dieser Elite erlaubt es kaum, die bei der Macht auftauchenden Ideen, Zielsetzungen und Aufgaben in ein konkretes und realisierbares Aktionsprogramm umzuwandeln.

Obwohl die Wirtschaft in einem recht instabilen Zustand ist und die Lage in der Welt immer beunruhigender wird, beschäftigt sich die Elite weiterhin nur mit sich selbst und der Realisierung ihrer Clan- und korporativen Interessen. Staatliche Institutionen werden nach wie vor von einzelnen politischen und oligarchischen Gruppierungen in privaten eigennützigen Interessen ausgenutzt. Die auf die Festigung des Staates gerichtete Politik kehrt sich unter diesen Bedingungen in ihr Gegenteil um, sie wird eine bequeme und effektive Tarnung verwerflicher Taten.

Der unendliche bürokratische „politische Prozess“ ersetzt in der Politik Russlands die Hauptsache — den politischen Kampf um die Erarbeitung der Entwicklungsrichtlinien, um die Lösung der mit der Umverteilung der Nationalen Ressourcen zusammenhängenden Fragen, die die allgemeine Nationale Entwicklung fördern sollte. Eine Eigentümlichkeit der Denkweise unserer politischen und nationalen Elite ist ihr Widerwille, in die Zukunft zu schauen. Jede langfristige Planung wird auf 3–4 Jahre begrenzt. Das unterscheidet die Elite Russlands von entsprechenden Schichten und Kreisen in anderen führenden Ländern der Welt und macht sie nicht nur konkurrenz-, sondern auch handlungsunfähig.

Übrigens kann unsere regierende Elite auch deshalb kaum zuversichtlich in die Zukunft schauen, weil sie nicht nur in globalem Sinne konkurrenzunfähig ist, sondern international wenig legitim ist. Vor dem Hintergrund der in-

ländischen Legitimität und Legalität ihres Status, Kapitals und Eigentums ist die analoge internationale Konstituierung gelinde gesagt nicht offensichtlich. Die Elite Russlands kann in eine Situation geraten, in der ihr Status und ihre Legitimität einem Druck der internationalen öffentlichen Meinung und den Ansprüchen offizieller Strukturen anderer Staaten ausgesetzt sind. Diese Probleme sind in erster Linie mit dem hohen Niveau der institutionalisierten Korruption im russischen Staatssystem, mit der Verflechtung von Macht und Kapital, von Eliten und organisierter Kriminalität verbunden.

Unter diesen Bedingungen läuft die Modernisierung Gefahr, sich in eine einfache Stabilisierung zu verwandeln, die in absehbarer Zukunft zur Stagnation und Degradierung des Systems führen wird. Diese Gefahr wird derzeit immer akuter, weil sich mit zunehmendem Tempo eine recht typische und für den Staat aus historischer Sicht besonders gefährliche Situation herausbildet, in der aggressive, auf die Aufrechterhaltung ihrer Positionen gerichtete Interessen der Eliten zusammenfallen. Die logische Entwicklung einer solchen Situation ist die politische Formulierung der gemeinsamen Interessen des Großteils der Bürokratie und Elite zur Festigung ihrer Macht und Eigentumsrechte, zur Verwandlung in eine geschlossene und möglicherweise international legitimierte Klasse der Machthabenden.

Gerade deshalb gewinnt das Problem der Loyalität der Eliten im Staatsaufbau eine besondere Bedeutung. Das aber nicht in dem banalen Sinne, in dem sich das meistens Polittechnologien vorstellen (unterstützt dieser Oligarch den Präsidenten oder nicht), und worüber sich rechte und linke Radikale Gedanken machen („verkaufen“ die Eliten die Heimat oder nicht), sondern vielmehr in dem Sinn, dass sich die Eliten mit ihrem Land, dem Dienst um ihr Land, mit den Interessen und Zielen seines langfristigen Aufstiegs identifizieren.

Die Aufgabe der staatlichen Macht ist es, durchzusetzen dass ein jeder russischer Geschäftsmann, ein jeder Vertreter der Macht begreift, was für die Entwicklung des Landes in der jeweiligen Etappe und unter den Bedingungen der realen Welt in den bevorstehenden Jahrzehnten erforderlich ist.

Vor kurzem führte die Stiftung „Öffentliche Meinung“ unter den Bürgern Russlands eine Umfrage durch, in der sie aufgefordert wurden, zu formulieren, was der Staat für sie bedeutet. Es ergab sich, dass der Staat für 40% der Befragten das Volk bedeutet, für 30% — das Land und nur für 20% — die Macht. Bei solch einem Sachverhalt bekommen die im politischen Alltag geläufigen Worte wie „Der Staat muss stark sein“ einen völlig anderen Sinn.

8. DIE STRATEGIE RUSSLANDS IN DER NEUEN WELT

Nachdem wir uns auf die Aufgaben unserer inneren Entwicklung und die Aufgaben der Modernisierung konzentriert haben, können wir die äußeren Probleme nicht außer Acht lassen. Eine Hauptkonsequenz der gegenwärtigen Globalisierung besteht darin, dass die Grenzen zwischen außenpolitischen und innenpolitischen Entwicklungsproblemen fließend werden. In dem politischen Globalisierungsstrom haben wir heute praktisch kaum die Möglichkeit, eine „isolationistische“ Strategie zu wählen, uns von der Außenwelt abzugrenzen, ein internes Aktionsprogramm festzulegen und es dann in aller Ruhe zu verwirklichen, abgesondert und unabhängig von den in der Welt ablaufenden Prozessen. Früher war ein solches Herangehen möglich und wurde in diesem oder jenem Maße sowohl von Russland als auch von anderen Ländern mehrfach realisiert.

Heute haben wir es mit einer grundsätzlich anderen Situation zu tun. Und das nicht nur, weil das nationalstaatliche System in der gegenwärtigen Welt zwar noch nicht zusammenbricht, aber doch ernsthaft transformiert wird. Die Innenpolitik eines beliebigen Landes wird immer sensibler für die Einwirkung anderer Staaten, internationaler Institutionen, transnationaler Konzerne, anderer neuer Subjekte der Globalpolitik. Ein anderer wichtiger Umstand besteht darin, dass es für jeden Staat und jedes Volk durchaus gefährlich ist zu versuchen, sich vom Lauf der großen Geschichte abzugrenzen, sich dem Fluss des Weltgeschehens zu entziehen, denn man riskiert zurückzubleiben, hoffnungslos zurückzubleiben.

Unter Einsatz außerordentlicher Anstrengungen könnten wir um Russland herum eine Art „eisernen Vorhang“ auf-

bauen, gewisse „Treibhausbedingungen“ für die Lösung unserer inneren Probleme im Zeitraum der nächsten 10-15 Jahre schaffen. Doch die Ergebnisse einer solcher Politik würden sehr traurig sein. Wir würden, sobald wir unter solchen Bedingungen einen Teil unserer inneren Probleme gelöst haben, in einigen Jahrzehnten in eine völlig neue und unbekannte Welt zurückkehren. Wir wären dann, nachdem wir viele Jahre im warmen Aquarium der Selbstisolation verbracht haben, nicht mehr fähig, uns in den stürmischen Strömen des Lebens zu behaupten. Was würden dann unsere Erfolge in der Modernisierung des Staates, der Gesellschaft und der Wirtschaft bedeuten, wenn sie bestenfalls der zwanzig Jahre alten Situation adäquat sein würden?

Ist es so, dann müssen wir bei unseren heutigen Überlegungen über die neuen Herausforderungen und Aufgaben des staatlichen Aufbaus gleichfalls außenpolitische Fragen, die Suche nach unserem Platz und unserer Handlungsstrategie in dieser sich so stürmisch ändernden Welt in den Vordergrund stellen. Das Schlüsselkriterium für die Einschätzung der Stichhaltigkeit und Effizienz der staatlichen Politik ist deshalb die Konkurrenzfähigkeit Russlands unter den Globalisierungsbedingungen, wo man sich an die wechselnden Regeln halten muss. Die Aufgaben der Staatsentwicklung, der sozialwirtschaftlichen Politik müssen mit Rücksicht auf globale Tendenzen formuliert werden. Letzten Endes kann die Fähigkeit, globale politische Prozesse zu „entfalten“ oder sie zumindest in eigenen Interessen zu nutzen, fast zur Hauptressource werden, die es uns ermöglicht, uns quasi an den eigenen Haaren auch aus dem Sumpf der inneren Probleme herauszuziehen.

8.1. Ressourcen Russlands in der sich ändernden globalen Welt

An dieser Stelle wäre es angebracht, ausführlicher auf die außenpolitischen Ressourcen Russlands einzugehen, die es ermöglichen, seine internationale Identität zu verstehen.

Die außenpolitischen Ressourcen sind das Gesamtpotential des Landes, das letzten Endes als zielgerichtete außenpolitische Aktionen in die Weltarena extrapoliert werden kann. Die außenpolitischen Ressourcen können materiell (territorielle, wirtschaftliche, militärische Ressourcen) als auch immateriell (moralische, psychologische, ideologische, informationsmäßige Ressourcen) sein. Sie umfassen zudem die Elemente des Staatsaufbaus, der politischen Staatsordnung und territorialen Machtorganisation. Alle diese Elemente wirken sich unmittelbar auf die Ausübung der Außenpolitik des Landes aus.

Bei der Untersuchung der außenpolitischen Ressourcen sind die Bedingungen für ihren effektiven Einsatz sowie die Sachverhalte in Betracht zu ziehen, die uns die Außenwelt entgegenstellen kann.

Die territoriell-geographischen Ressourcen unseres Landes haben im Vergleich mit denen der UdSSR den meisten Schaden erlitten. Durch die Entstehung neuer Staaten wurde Russland von Westeuropa, von den Regionen des Nahen und Mittleren Ostens sowie Südasiens zurückgedrängt. Eingeschränkt wurde Russlands Zugang zum Schwarzen Meer, zum Mittelmeer und zur Ostsee. Zugleich bleiben wir immer noch ein eurasischer Staat, dessen Präsenz auf zwei Kontinenten gewichtig und unbestritten ist.

Im Prinzip kann uns das Vorhandensein einer von den neuen unabhängigen Staaten gebildeten „Zwischenschicht“

zwischen Russland und dem fernen Ausland zugute kommen. Unter den Verhältnissen einer inneren Schwäche des Landes wäre die unmittelbare Kontrolle über diese Gebiete außerordentlich problematisch. Ihre derzeitige Existenz als Spielfeld der internationalen Konkurrenz mit einer offensichtlichen Vorgabe zugunsten Russlands bietet uns die Möglichkeit eines zusätzlichen außenpolitischen Manövers.

Die Hauptgefahr für die geopolitischen Ressourcen der Außenpolitik Russlands kommt, wie paradox es auch klingen mag, aus der inneren Entwicklungslage des Landes. Die ungleichmäßige Verteilung der volkswirtschaftlichen Objekte und der Bevölkerung über die Regionen schwächt (vor allem in der langfristigen Dimension) das Potential der örtlichen Ressourcen.

Es wachsen zudem Bedrohungen, die dadurch hervorgerufen wurden, dass Russland in die Sphäre geopolitischer und geoökonomischer Bestrebungen verschiedener anderer Staaten geraten ist. So erfassen die geoökonomischen Interessen Chinas schon seit langem das fernöstliche Küstenland und das Amurgebiet, die der Türkei — die östlichen Küstengebiete des Schwarzen Meeres und den Kaukasus, die der arabischen Welt — den Nordkaukasus und die Republiken des Wolgagebietes. In diesen Regionen verstärkt sich die Präsenz des Auslandes und bildet sich die Grundlage für den kulturellen, demographischen und politischen Einfluss auf die lokalen Prozesse und Situationen heraus. Die Vermittler dieses Einflusses sind im zunehmenden Maße ethnische Diaspora und religiöse Gemeinschaften sowie verschiedene Subjekte der Bürgergesellschaft.

Stark gelitten haben aber auch die demographischen Ressourcen des Landes. Im vorhergehenden Abschnitt sind wir bereits auf die Gefahren eingegangen, die uns dieses Problem in der Innenpolitik schafft. Bei unserer geopolitischen Planung sind wir uns weder psychologisch noch rational der Tatsache bewusst geworden, dass wir jetzt bereits der

Bevölkerungszahl nach in der Welt nicht mehr an dritter, sondern an sechster Stelle (nach China, Indien, den USA, Indonesien und Brasilien) liegen.

Die Überprüfung der demographischen Ressourcen ist inzwischen offensichtlich notwendig geworden, zumindest für die militärische und wirtschaftliche Planung sowie die Migrationspolitik. Die derzeitige Wachstumsrate der Bevölkerung im Vergleich zu dieser Kennziffer der uns in der Bevölkerungszahl nahestehenden Länder kann zur Folge haben, dass Russland um 2015 nicht mehr zu den 10 größten Staaten gehören und dann von Staaten überholt sein wird, deren Namen viele russische Bürger vielleicht kaum gehört haben (Pakistan, Bangladesch, Nigeria, Iran, Äthiopien und Zaire).

Wie sonderbar es auch klingen mag, aber diese demographischen Einbußen können die Außenpolitik mittel- oder kurzfristig nicht beeinflussen. Das ist eher ein einlangfristiges Problem. Die Bevölkerung des Landes ist nach wie vor groß genug, um ihre Einheit als eine ein bedeutendes Territorium kontrollierende Gemeinschaft aufrechtzuerhalten. Befürchtungen wecken allerdings die Regionen in unmittelbarer Nähe des übervölkerten China.

Es besteht aber die Gefahr, dass Russland in 50 Jahren aufhören könnte, in seinen bestehenden Grenzen zu existieren, oder ganz andere Züge, andere Grundlagen seiner Staatlichkeit bekommt. Heute besitzen wir keine Mittel, diese Gefahr einzudämmen. Man kann doch wohl nicht im Ernst daran denken, als Instrument der geopolitischen Zügelung Kernwaffen einzusetzen, — wohlgermerkt auf eigenem, von anderen Völkern besetzten Territorien.

Seit 1990 wird die Außenpolitik Russlands aktiv, wenn auch spontan, von einem weiteren Faktor beeinflusst — der ethnokonfessionellen Dynamik, die aber eher eine virtuellen Dynamik ist. Trotz der gängigen Meinung vollziehen sich die Verschiebungen in diesem Bereich nicht nur und nicht soviel durch Veränderung des prozentualen Anteils

dieser oder jener ethnokonfessionellen Gruppen, sondern vielmehr durch die Veränderung der territorialen Organisation der Macht, durch den Erhalt neuer Rechte und Vollmachten durch die nationalen Republiken, aber auch durch die unbegründete Zuschreibung der Bürger einer Reihe von Nationalitäten zu den Moslems.

Zu gleicher Zeit ist erfreulich, dass die für Russland bezeichnende Autonomie der Außenpolitik noch nicht dazu geführt hat, dass die auf föderaler Ebene in den 90-er Jahren einsetzende nationale Lobbyierung ein ernstzunehmender Faktor geworden ist. Man darf aber nicht vergessen, dass die zunehmende Souveränität der Republiken die reale Gefahr einer horizontalen Zerstückelung des außenpolitischen Prozesses in sich bringt.

Konfessionelle Aspekte des demographischen Potentials kamen in den 90-er Jahren in der politisch-ideologischen Diskussion zum Ausdruck, in der es um die Identifizierung der außenpolitischen Aktionen mit christlichen oder moslemischen Traditionen ging. Betonte man dabei auf föderaler Ebene (zwar viel weniger als in der Innenpolitik) in der Regel die Kontinuität der christlichen Traditionen, so übernahm ein Teil der Elite in einigen Republiken einzelne Elemente des „moslemischen Weltbildes“. Das Fehlen einer merklichen Annäherung dieser beiden Tendenzen kann ernsthafte Folgen haben.

Am wenigsten hilfreich für die Realisierung einer effektiven Außenpolitik sind zur Zeit wirtschaftliche Ressourcen. Die Wirtschaftslage des Landes verdient nach wie vor eher eine pessimistische Einschätzung. Die Entwicklung der Wirtschaft stützt sich im bedeutenden Maße auf die primitive Ausbeutung und den Verbrauch der Ressourcen. Nach 10—12 Jahren der allgemeinen Stagnation, der Alterung der Grundfonds und der Konservierung der Technologien bestenfalls auf dem Niveau des Anfangs der 90-er Jahre steht Russland nun an der Schwelle einer Erneuerung des wirtschaftlich-technologischen Kreislaufs. Das Ausmaß

der Verluste, die bei der Überwindung dieser Barriere entstehen können, wird nur dann relativ gering bleiben, wenn die Bedingungen in der Außenwirtschafts- und Finanzsphäre relativ günstig bleiben. Die Situation, in der Energieträger faktisch die einzige Exportmöglichkeit sind, machen die Wirtschaft und die außenwirtschaftliche Dimension Russlands krisenanfällig.

Russland ist bei der Integration in das wirtschaftliche Weltssystem bisher wenig erfolgreich. Die Beziehungen zu internationalen Wirtschafts- und Finanzstrukturen gestalten sich im Grunde genommen wie die des Kreditgebers und des nicht sehr solventen Kreditnehmers. Der 2%-Anteil an der Weltwirtschaft erlaubt es Russland nicht, den wirtschaftlichen Faktor, der der bedeutendste und wirkungsvollste in der modernen Welt ist, in den internationalen Beziehungen auszunutzen.

Bei der Realisierung der außenpolitischen Interessen erlauben es die Möglichkeiten der Wirtschaft Russlands nur, regionale Aufgaben im Raum der ehemaligen UdSSR, wo die Russische Föderation nach wie vor das stärkste Wirtschaftssubjekt bleibt, sowie einzelne Aufgabe im europäischen und fernöstlichen Raum zu lösen.

Ein schwerwiegendes Problem ist auch das Zusammenwirken zwischen Business und Außenpolitik. Leider können nur die Energie- und Rohstoffsektoren der Wirtschaft Russlands reale Ansprüche auf eine aktive Rolle in der Weltarena erheben. Folglich sind auch die Positionen des Business in außenpolitischen Fragen verschwommen und undetailliert. Im Fall einer weiteren Diversifikation und einer komplizierteren Struktur der externen Komponente unserer Wirtschaft, einer Vergrößerung und Verstärkung der Wirtschaftssubjekte, ihres Einstiegs in engere und spezifische Sektoren des Marktes und in dem Fall, wenn sie institutionalisierte Beziehungen zu den größten Unternehmen der Weltwirtschaft und vor allem der EU herstellen, können die Positionen der russischen Wirtschaft in außenpoli-

tischen Fragen komplizierter, konkurrenzorientierter und gleichgewichtiger werden.

In der jetzigen Situation aber bleibt die Losung einer „Verwirtschaftlichung der Außenpolitik“ aus den Zeiten der späteren Sowjetunion im Grunde genommen ein leerer Schall, denn die besagte Verwirtschaftlichung kann nur durch objektive Sachverhalte hervorgerufen werden, und darum muss sich vor allem das russische Business selbst bemühen. Sobald es seine eigenen Interessen haben wird, kann sie das Außenministerium auch realisieren.

Bezogen auf die außenpolitische Sphäre können die militärischen Ressourcen des modernen Russlands unterschiedlich eingeschätzt werden. Russland bleibt nach wie vor die führende Atommacht der Welt, die in ihrer Stärke nur die USA ebenbürtig ist. In diesem Zusammenhang sollte man jedoch nicht übersehen, dass sich Russland, was die wirtschaftlichen Möglichkeiten im Bereich der Wartung, Modernisierung und Aufstockung des Kernwaffenpotentials betrifft, nicht mit den USA messen kann. Das BIP der USA übertrifft das russische um das 10–12fache. Das BIP eines jeden der drei anderen „alten“ Atommächte — Großbritannien, Frankreich und China — ist ebenfalls um ein Mehrfaches größer als das russische BIP. Sollte dieser Trend unverändert bleiben, so würde Russland bereits in einem Jahrzehnt die militärische Parität mit den USA einbüßen.

Zieht man in Betracht, dass die Kernwaffen ein passiver Faktor sind, der sich in der alltäglichen außenpolitischen Praxis nicht nutzen lässt, so ist er lediglich als Statusmerkmal zu bewerten, das unserem Land hilft, dem Namen nach eine Großmacht zu bleiben.

Bei der Einschätzung der Rolle und des Platzes der Kernwaffen herrschen bei uns immer noch die Vorstellungen einer „Zwei-Mächte-Balance“ vor, das heißt des Wettbewerbs mit den USA und der Möglichkeit der gegenseitigen garantierten Vernichtung. Dabei hat die Außenpolitik in bezug auf andere Komponenten der weltweiten Kernwaf-

fensituation keine präzisen, über pure Deklarationen hinausgehenden Reaktionsszenarios geschaffen. Bezeichnend war in diesem Zusammenhang das Ausbleiben einer plausiblen Reaktion Russlands auf das Auftauchen zweier Neulinge im Klub der Atommächte — Indiens und Pakistans.

Die Expansion der NATO und der Krieg in Jugoslawien haben deutlich vor Augen geführt, dass die Möglichkeiten und Mittel zur Beeinflussung des Weltgeschehens im militärpolitischen Sinne nicht ausreichend sind. Die die Militärreform begleitenden wesentlichen Probleme, der reale Einsatz der Truppen in der ersten und zweiten Tschetschenien-Kampagne werfen viele Fragen auf, die uns an der tatsächlichen Fähigkeit der Streitkräfte, den gegenwärtigen Bedrohungen zu widerstehen, zweifeln lassen.

Es sei beispielsweise daran erinnert, dass der Militärbezirk Nordkaukasus, dem Tschetschenien unterstellt ist, im Idealfall die im Süden stehenden NATO-Verbände zügeln soll. Bestandteil dieser Verbände ist die Türkei, die eine 650 000 Mann starke Streitmacht besitzt. Der Tschetschenien-Krieg hat indessen real gezeigt, dass Russland an diesem Abschnitt nicht einmal die 15 000 bis 20 000 Mann starke und vorwiegend mit Schusswaffen bewaffnete Gruppierung effektiv bekämpfen konnte.

Geht man davon aus, dass die Streitkräfte ein Instrument der Zügelung, d.h. ein bestimmtes vergegenständlichtes Image der Staatsmacht sind, so muss man zugeben, dass dieses Image in einem bedeutenden Maße untergraben ist. Das Paradoxon besteht darin, dass die herkömmlichen Streitkräfte die ihnen zukommende Rolle der Zügelung nicht spielen können, ohne das entsprechende Image zu besitzen. Aber letztendlich kann dieses Images nur im Ergebnis einer erfolgreich durchgeführten militärischen Operation wiederhergestellt werden, die aber ohne Reform der Streitkräfte grundsätzlich nicht realisierbar ist.

Im Großen und Ganzen ist die Rolle des militärischen Faktors in der Außenpolitik Russlands stark übertrieben.

Die militärischen Ressourcen des Landes lassen sich kurzfristig viel leichter aufrechterhalten als andere Ressourcen. Jene traten in den Vordergrund, als die anderen Ressourcen zu degradieren begannen. Wie paradox es auch klingen mag, aber trotz der abnehmenden Gefahr einer globalen militärischen Konfrontation behalten die militärischen Probleme ihre erstrangige Bedeutung für die russische Außenpolitik.

Die informationellen, propagandistischen und soziokulturellen Ressourcen des Landes sind heutzutage ebenfalls nicht sehr effektiv.

Die Informationssicherheit der Russischen Föderation ist besonders wichtig, weil die Politik, Wirtschaft, Verteidigung und andere Komponenten der nationalen Sicherheit der Russischen Föderation unter den Bedingungen der „Informationsgesellschaft“ in erster Linie von der intellektuellen Entwicklung der Nation, von den Wertorientierungen der politikbildenden Gruppen, von den Stimmungen und dem Bewusstseinszustand der Bürger abhängen.

Darüber hinaus hängen unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Perspektiven der Staatlichkeit direkt von der Fähigkeit des Staates ab, das nationale Wertesystem zu fördern und zu schützen. Aus der Sicht der langfristigen strategischen Parameter des Bestehens und der Entwicklung der russischen Staatlichkeit, darunter auch der Aufrechterhaltung der Staatseinheit, der Unerschütterlichkeit der Verfassungsordnung, der Souveränität und territorialen Integrität Russlands sowie der politischen, sozialen und interkulturellen Stabilität ist die Bedrohung der Sicherheit des Landes eben in diesen Bereichen von prinzipieller Wichtigkeit.

Eine grundsätzliche Gefahr und zugleich eines der bedruesten Zeugnisse für die politisch-kulturelle Zerstückelung des Landes sind die verschiedene Auslegung derselben Ereignisse in bestimmten nationalen (ethnischen), religiösen Gemeinschaften, Regionen und Subjekten der

Russischen Föderation sowie in sozialen Gruppen. Die sich dabei herausbildenden Einstellungen schränken die Möglichkeit einer effektiven Entwicklung der einheitlichen Wirtschaft ein, sie bergen die Gefahr in sich, das gemeinsame Sozial-, Kultur- und Rechtsfeld des Landes zu zerstören.

Es ist offensichtlich, dass eine Reihe von Staaten schon heute eine Philosophie der Informationskriege entwickelt und umsetzt, die eine gefährliche Einwirkung auf Informationssphären anderer Länder, Funktionsstörungen im Ablauf von normalen Informations- und Telekommunikationsprozessen, eine Verletzung der Unversehrtheit der Informationsdaten bzw. einen gesetzwidrigen Zugriff auf diese Daten vorsehen.

In der geistigen Sphäre ist die wertorientierte (d.h. auf die Bildung und/oder Zerstörung der im nationalen, politischen, kulturellen und sozialen Milieu bestehenden Werteeinstellungen, Stereotype, Mythen und anderer Wahrnehmungsstrukturen gerichtete) Tätigkeit der internationalen Terrororganisationen, aber auch der Organisationen, die dem internationalen Terrorismus den religiösen Deckmantel bereitstellen, von prinzipieller Bedeutung.

Das geistige und soziale Geschehen in Russland wird immer mehr von der globalen sozialwirtschaftlichen Infrastruktur, von ausländischen Informationsstrukturen, von der internationalen Massenkultur und den von ihnen propagierten Werten beeinflusst. Die Festigung der russischen nationalen Identität hat sich schon längst in einen Konkurrenzkampf gegen externe (ausländische) politische, wirtschaftliche und sonstige Subjekte verwandelt.

Russland ist heutzutage eher das Objekt einer massiven Informationseinwirkung als ein Subjekt des weltweiten Informationssystems. Das System der nach außen hin gerichteten Informationsverbreitung hat sich seit der Sowjetzeit nicht geändert. Die unakzeptable Voreingenommenheit der russischen Massenmedien, ihre Bindung an korporative In-

teressen kleiner Gruppen beeinträchtigen die Effizienz ihres Einsatzes für außenpolitische Zwecke.

Besonders gefährlich ist in diesem Zusammenhang auch die teilweise Zerstörung des nationalen Bildungssystems, der angewandten und Grundlagenwissenschaften. Die Modernisierung und Entwicklung des nationalen Bildungssystems und die Organisation der Forschung sind in zunehmenden Maße externen Einflüssen ausgesetzt. Das findet seinen Niederschlag in dem wachsenden „Brain-Drain“ sowie in Versuchen, auf der Ebene der Staatspolitik Modelle ausländischer Bildungs- und Forschungssysteme zu entlehnen, die den russischen Traditionen oft zuwiderlaufen. Die Notwendigkeit, die russische Bildung und Wissenschaft in die Weltsysteme zu integrieren, ihre Rolle bei der Gewährleistung der Konkurrenzfähigkeit und sozialwirtschaftlichen Entwicklung Russlands provozieren eine Situation, in der die Bildung und Wissenschaft zum Focus der sozial-kulturellen, informationellen und Werte bestimmenden Expansion ja Aggression werden.

Die institutionalisierten diplomatischen Ressourcen Russlands verdienen dagegen eine recht hohe Einschätzung. Russland verfügt über ein mächtiges professionelles außenpolitisches Amt. Sein Außenministerium konnte in den 90-er Jahren sein Potential erhalten und auch zusehends verstärken. Der auswärtige Nachrichtendienst, der es versteht, Geheiminformationen aus dem Ausland zu akkumulieren und zu analysieren, hat den Zerfall der Staatssicherheitsstrukturen relativ erfolgreich überstanden und den Grundstein für neue Traditionen der russischen Aufklärung gelegt.

Die Förderung der außenpolitischen Richtung in der Arbeit des Verteidigungsministeriums und des Generalstabes hat es möglich gemacht, trotz aller Schwierigkeiten eine gute Grundlage für die militärpolitische Zusammenarbeit Russlands mit dem Ausland und vor allem den GUS-Staaten zu schaffen. Eine ganze Reihe von Behörden wie

FSB, FPS, FMS, MTschS hatten in den 90-er Jahren mit Problemen internationalen Charakters zu tun, die sich vor allen Dingen auf das nahe Ausland bezogen. Dadurch konnten sie nützliche Erfahrungen sammeln und das erforderliche Instrumentarium erarbeiten, das sie vorher nicht hatten.

In den vergangenen Jahrzehnten wurde ein weltweites Netz von russischen Auslandsvertretungen aufgebaut. Russland ist nun vollberechtigtes Mitglied der meisten führenden regionalen und internationalen Organisationen, Foren und multilateralen Institute. Das Außenministerium Russlands hat den Trend der 90-er Jahre zum Ausbau der subregionalen Zusammenarbeit aufgespürt und es erreicht, dass das Land heute Teilnehmer fast aller bedeutenden subregionalen Initiativen an allen seinen Grenzen wurde.

Russland kann jedoch wegen seiner objektiven Lage keinen Anspruch auf die gleichberechtigte Teilnahme an den multilateralen „Clubs“ erheben, deren Grundlage die Gemeinsamkeit der Finanz- und Wirtschaftsinteressen ist. Die angeblich gleichberechtigte Mitgliedschaft in der „G-8“ ist ein offensichtlicher Selbstbetrug.

Russland kann sich nur in solchen Einrichtungen wie die UNO oder OSZE heimisch fühlen. Als eine institutionelle Errungenschaft können die von Russland dominierte GUS und einige andere sich an Russland orientierende Institute der Zusammenarbeit im postsowjetischen Raum gelten.

Diese Analyse ließe sich fortsetzen. Das müssten jedoch unsere Fachleute für internationale Beziehungen übernehmen. Die außenpolitische Planung muss stets mit der Einschätzung der eigenen Ressourcen und nicht mit der Selbstaufmunterung beginnen. Leider stellt man unsere außenpolitischen Dokumente lückenhaft zusammen. Ressourcen werden darin überhaupt nicht erwähnt. Bei einer solcher Planung gewinnt die Formulierung der außenpolitischen Interessen, Ziele und Aufgaben einen voluntaristischen sub-

jektiven Charakter, die Interessen und in stärkerem Maße noch die Aufgaben und Ziele werden unadäquat und demnach unrealisierbar dargestellt.

Das oben Gesagte reicht eigentlich für die Beantwortung der Frage aus: Was ist Russland in der modernen Welt?

Diejenigen, die eine prinzipielle Analyse der gegenwärtigen internationalen Beziehungen in Angriff nehmen, stoßen oft auf eine gewisse Skepsis ihrer Zeitgenossen, die der Auffassung sind, dass die Zeitspanne von 10–11 Jahren — und eben so viel Zeit ist seit der Auflösung des Systems der internationalen Beziehungen von Potsdam und Jalta vergangen, das auf der Vorherrschaft von zwei Polen, der UdSSR und der USA, aufbaute — ein zu kleiner Zeitraum sei und dass die Versuche, auf seiner Grundlage langfristige Tendenzen und grundlegende Faktoren herauszuarbeiten, unproduktiv seien.

Das stimmt nicht ganz. Schauen wir uns die Entwicklung der vorangehenden Systeme der internationalen Beziehungen an, so sehen wir, dass die ersten 10 Jahre in der Regel die Zeit sind, in der sich das Idealmodell in ein real funktionierendes System umwandelt und Parameter bekommt, die es relativ stabil und funktionstüchtig machen. Diese Etappe ist sehr oft auch mit Enttäuschungen für die Urheber des „Modells“ behaftet. So war es z.B. mit den internationalen Beziehungen nach dem ersten Weltkrieg und mit dem Jalta-Potsdam-System.

Es ist offensichtlich, dass die zeitgenössischen internationalen Beziehungen in den vergangenen 10 Jahren von dem Konfrontationsmodell zu neuen Sichtweisen übergegangen sind, die alte Zweipole-Struktur ist zusammengebrochen.

Zugleich aber hat die bestehende Weltordnung einen bedeutenden Teil der internationalen Mechanismen vom Jalta-Potsdam-System geerbt — vor allem das universelle System der UNO, eine ganze Reihe von Völkerrechtsnormen, Vertragsverpflichtungen usw. Die heutigen internationalen Be-

ziehungen sind durch die Koexistenz von Neuem und Herkömmlichem gekennzeichnet. Mit anderen Worten besteht das Paradoxon darin, dass die zusammengebrochenen politischen Grundlagen des Systems von Jalta und Potsdam nicht die Grundlagen des alten institutionellen Rechtssystems zerstört haben, das, wie sich herausstellte, fortschrittlicher als sein politisch-ideologisches Alter-Ego war. Das untermauert auch den (im Unterschied zur Vergangenheit) friedlichen Übergang von einem System zum anderen.

Der Epochenwechsel wurde weder von einem weitreichenden Konflikt noch einem großen „Frieden“ oder einem die neue Weltordnung verankernden „Kongress“ begleitet. Das ist zumindest von dem Standpunkt aus einzigartig, dass das System keinen ursprünglich festgelegten Standard besaß, der zu korrigieren oder zu revidieren wäre, wie dies im Fall aller früheren Systeme der Fall war.

Andererseits können derartige Veränderungen dafür sprechen, dass die Welt jetzt ein anderes Entwicklungsparadigma wählt, in dem für großangelegte Konflikte zur Aufhebung der internen Systemwidersprüche kein Platz mehr ist. Das Schicksal der bipolaren Welt wurde nicht nur durch den Zusammenbruch einer der Großmächte, sondern auch durch das Auftauchen neuer Kräftezentren, durch die insgesamt komplizierter werdenden internationalen Beziehungen prädestiniert, die bereits im Rahmen des Jalta-Potsdam-Systems mannigfaltiger geworden waren.

Die Vorherrschaft in absolut allen Sphären wurde bereits Mitte der 70-er Jahre selbst für Großmächte immer problematischer. Logischerweise ist eine solche Vorherrschaft heute (auch für die „siegreichen“ USA) schon aus dem Grunde objektiv unmöglich, weil die moderne Welt zu kompliziert ist und eine unendliche Zahl wechselseitiger Dimensionen besitzt. Das zeitgenössische Weltsystem kann man sich in der Tat als eine Pyramide vorstellen, die aus mehreren aufeinander liegenden „Schichten“ und Sektoren besteht.

In jedem dieser Sektoren — sei es ein wirtschaftlicher, technologischer, militärischer oder finanzieller — gibt es eigene Leader, d.h. Länder, die einen bedeutenden Vorsprung vor anderen Ländern erzielt haben.

Russland ist jetzt im wirtschaftlichen Sektor fast unmerkbar, gleichzeitig aber ist es als Mitglied des Sicherheitsrates der UNO ein „Pol“ im institutionellen Rechtssektor.

Ein „Pol“ ist Russland auch im militärisch-strategischen Sektor. Berücksichtigt man die Rolle einzelner Länder in verschiedenen Regionen, so lassen sich noch weitere Bewerber für „Pol-Rollen“ hervorheben. Erfreulich ist, dass auch Russland zu ihnen gehört. Es dominiert heute im postsowjetischen Raum, spielt eine wichtige Rolle auf dem europäischen Kontinent und wird auch in Südostasien immer aktiver.

Auf diese Weise verfügt die Welt von heute über mehrere Pole. Sie werden aber nicht durch feindliche Gruppierungen, durch die monopolare Konfrontation der Stärke und die Kernwaffenparität gebildet. Die Sache ist komplizierter. Darüber hinaus bietet die moderne Welt einer ganzen Reihe von Ländern die Möglichkeit, den Ausbau von Sektoren und Regionalräumen zu beanspruchen, in denen sie in einiger Zeit „Pole“ werden könnten. Auch unser Land hat zweifellos solche Perspektiven.

Unter Berücksichtigung der vorhandenen Ressourcen und der Struktur der gegenwärtigen internationalen Beziehungen könnte man die außenpolitische Identität Russlands wie folgt formulieren.

Russland ist ein führendes regionales Land des eurasischen Raumes, das über große Möglichkeiten verfügt, das Weltsystem global zu beeinflussen, in erster Linie dank des Kernwaffen- und des institutionellen Faktors.

Der gegenwärtige Stand der außenpolitischen Aktiva macht es Russland möglich, die Überlebensinteressen zu gewährleisten und auf einige strategische Prozesse des

Weltgeschehens einzuwirken. Im Prinzip ermöglicht es das innere Potential Russlands, ein Pol des Weltsystems zu werden und damit auch seine internationale Position im Ganzen zu festigen.

Wir tun gut daran, wenn wir unsere überzogene Bezeichnung „Supermacht“ vermeiden. Sonst könnten unbegründeter Optimismus und Selbstherrlichkeit letzten Endes zu einer unadäquaten Außenpolitik führen, wodurch Kraft- und Mittel vergeudet sowie Ziele und Erwartungen unrealisiert bleiben würden.

8.2. Die außenpolitische Ideologie und die möglichen Orientierungen der Außenpolitik Russlands

Die Suche nach einer Strategie für das Agieren Russlands in der Neuen Welt sollte mit der ... Ideologie beginnen. Und nicht etwa, um jemanden zu schocken oder nostalgische Gefühle aufkommen zu lassen. Die Außenpolitik ist keine selbstgenügende Sphäre, die von anderen Richtungen der staatlichen Tätigkeit losgelöst ist. Bei strategischen Zielsetzungen müssen alle Faktoren der internen Entwicklung des Landes berücksichtigt werden.

Seit Beginn der 1990-er Jahre verfügt Russlands Gesellschaft über keine konsolidierten Kriterien zur Bewertung von außenpolitischen Ereignissen. Bei den Einschätzungen der modernen Welt herrscht Eklektik, die einander widersprechenden Zielsetzungen sind nicht nur bei der Gesellschaft insgesamt, sondern auch bei den Bürgern im einzelnen zu verzeichnen. Diese Zielsetzungen variieren — von solchen, die für die tradierte imperiale Denkweise typisch

sind, bis zur völligen Selbsterniedrigung. Die Öffentlichkeit und die Elite Russlands haben etliche Themen der modernen internationalen Beziehungen noch gar nicht erschlossen. Der Grund dafür ist sowohl die langjährige Abschottung unserer Gesellschaft als auch deren übermäßige Konzentration auf interne Probleme in den 1990-er Jahren.

Nach dem Verlust der alten Ideologie verfügt Russland nicht über die nötige Basis für die neuen langfristigen weltanschaulichen Orientierungen, außer der Solidarität mit den gesamt menschlichen Werten kann es keine einigermaßen neue Idee unterbreiten. Dennoch kann gerade die Ideologie durchaus eine Ressource der Außenpolitik sein, sie ist die notwendige Voraussetzung für die Einheit der Nation, für das Erkennen des eigenen Platzes in der Welt und der Aufgaben zur Entwicklung des Landes. Zudem wird ein jeder Staat zwangsläufig der Konkurrenz unterliegen und überhaupt nicht imstande sein, einen maßgeblichen Einfluss auf die globalen politischen Prozesse auszuüben, wenn er der Welt kein Fanal irgendeiner Entwicklungs-idee mit entsprechenden Werten und Idealen bieten kann.

Dabei sei darauf hingewiesen, dass in der Außenpolitik nur jene Ideologie zur Ressource werden kann, die internationale grenzüberschreitende Elemente beinhaltet und sich nicht auf eine Seite beschränkt. Ideologien dieser Art sind die Megaideologien des Liberalismus sowie die konfessionellen Ideologien wie das Christentum und der Islam. Auch die kommunistische Ideologie war eine solche Ideologie.

Nach dem Verlust der nationalen Ideologie sind wir heute einer mächtigen Ressource beraubt, die selbst auf der rein funktionellen Ebene zur Geltung kommt. Man denke nur an das bekannte Schema, das in verschiedenen nationalen Geheimdiensten für die Agentenwerbung benutzt wird — das sogenannte *mice*-Schema, wo *m* — money (Geld), *c* — compromising material (belastende Informationen), *e* — „ego“ (persönlichkeitsbezogene Motivation),

i — ideology (Ideologie) sind. Meines Erachtens wird sich Russlands Auslandsaufklärung (SVR) nunmehr kaum auf dieses „i“ verlassen können, weil es gänzlich fehlt.

In Russlands politischer Szene ist gegenwärtig eine paradoxe Situation entstanden. In der Elite — geschweige denn der Gesellschaft — dominieren veraltete ideologische Konzepte, die „aufgetauchten“, nachdem die Oberflächenschicht von der kommunistischen Ideologie freigemacht wurde. Daher die abstrakten Dilemmas: etwa, mit wem man „Freundschaft pflegen“ soll — mit dem Osten oder dem Westen. Sie sind ein Widerhall der unnützen und im Grunde abstrakten Streitgefechte zwischen unversöhnlichen Menschen. Die Beliebtheit verschiedener geopolitischer Konzepte mit ihren „Rimlands“ und „Hartlands“, die von den Müllplätzen der Geschichte hergeholt wurden, ist ebenfalls eine Folge der fehlenden modernen Weltsicht, die die allumfassende kommunistische Konzeption noch nicht ersetzt hat.

Die Gesellschaft und die Elite haben es nicht vermocht, weder den westlichen Liberalismus noch die westlichen sozialdemokratischen Ideen in breitem Maße zu übernehmen. Die „aufgetauchten“ Konzepte, die auf der Großmachtidee in der Lesart vom Ende des 19. Jahrhunderts beruhen, enthalten keine für die Außenpolitik funktionell „nützlichen“ Elemente, wie sie in der Ideologie des Kommunismus und des Liberalismus enthalten sind: Darin fehlt die internationale Komponente. Diese Komponente ist eine Art Impfung für die regierende Elite, sie vermag eine ganze Reihe von politisch-psychologischen Komplexen zu beseitigen, die die Außenpolitik wenig manövrierfähig, unflexibel und somit nicht zeitgemäß machen.

Andererseits darf die außenpolitische Ideologie keinen Anspruch darauf erheben, das Konzept der Außenpolitik zu ersetzen. Die Rolle der außenpolitischen Ideologie besteht darin, die langfristigen Orientierungen und die allgemeinen Szenarien deren Erreichung zu skizzieren. Dabei sollten

sich die Zukunftsüberlegungen auf das angemessene Verständnis der Gegenwart stützen. Die außenpolitische Ideologie darf auch nicht zu einer vulgären Futurologie oder „nationalen Idee“ degradieren.

Wenn wir uns das Bild der internationalen Beziehungen und den Platz Russlands darin vorstellen, so sollten wir uns nicht so sehr am Ideal orientieren — auch wenn ein Ideal ganz bestimmt in unseren weltanschaulichen Konstruktionen enthalten sein sollte, sondern vielmehr am Optimum.

Betrachtet man von dieser Werte aus die Stellung Russlands in der heutigen Welt, so scheint vor allem die Vorstellung falsch zu sein, Russland wäre ein Globalisierungsoffer.

In den zehn Jahren seines aktiven Engagements im politischen und ökonomischen Weltsystem hat Russland unter Beweis gestellt, dass es alle spezifischen (manchmal zu spezifischen) Eigenschaften bewahrt und zugleich imstande ist, das eigene Engagement in bestimmten Aspekten der Globalisierung bewusst zu regulieren.

Das Problem besteht vor allem in der Qualität der strategischen Planung und Prognostizierung der externen Aktivitäten und ... in der Stabilität der inneren sozialwirtschaftlichen Entwicklung des Landes. In Bezug auf Russland handelt es sich vorwiegend um die Eingliederung in die modernen multilateralen Beziehungen im Bereich der Wirtschaft, der Finanzen und des Welthandels.

Bei uns fehlt im Grunde das Problem der humanitär-kulturellen Differenz, umso mehr des „Rückstandes“ zur Gruppe der am höchsten entwickelten, zivilisierten Staaten. Sie können beliebig lange über die Eigenartigkeit der russischen orthodoxen Zivilisation sprechen; wenn Sie aber ein Buch von Dante, Shakespeare, Morua, Remarque oder Fitzgerald aufschlagen, können Sie ohne irgendwelche mentale Spannungen jenes Wertesystem wahrnehmen, in dem die typisch „westlichen“ Helden dieser Werke leben. Nicht, weil Sie in Ihren Vorstellungen so flexibel sind, sondern weil wir

alle in ein und demselben System von Basiswerten leben, oft ohne es zu merken oder zuzugeben.

Der grundsätzliche Unterschied Russlands zu den Staaten der Dritten Welt, die ebenfalls „in die Globalisierung eingebunden“ werden, besteht darin, dass es ihnen deren relativ kurze, nur wenige Jahrzehnte umfassende Erfahrung der selbständigen Existenz noch nicht erlaubt hat, eine ausreichende Immunität und Stabilität in ihren sozialen Strukturen zu erlangen, deren Verzerrung unter dem Einfluss der Globalisierung die bizarrsten Formen annehmen kann — darunter auch solche, die für die andere Akteure des Weltsystems gefährlich sein können.

Heute können wir davon sprechen, dass der Globalisierungsprozess einen weniger steuerbaren Charakter angenommen hat. Vor allen Dingen deshalb, weil die Industrienationen zwar Kanäle für die informationelle und physische Kommunikation mit der Entwicklungswelt (dem Süden) eingerichtet, aber es nicht vermocht haben, in diese Kanäle Riegel gegen jene Herausforderungen einzubauen, die aus dem Süden kommen. Eigentlich hätten sich die Initiatoren der Globalisierung — die Länder des entwickelten Nordens — von vornweg darum kümmern müssen, dass in den Dritte-Welt-Ländern kein Nährboden für diese Herausforderungen entsteht, oder aber, dass deren Herde vor Ort beseitigt werden. Seinerzeit hat sich jedoch keiner davor gescheut, „Modshaheddins“ und Talibankämpfer zu züchten, wobei man bezüglich der von dubiosen Regimes realisierten Raketen- und Kernwaffen-Übungen die Augen zudrückte, sowie Drogenbarone und banale Kannibalen zu seinen Verbündeten zu erklären.

Somit kommt die Theorie der wechselseitigen Abhängigkeit (und nicht bloß der Abhängigkeit des Südens vom Norden), die in den 1960-er und 1970-er Jahren so populär gewesen ist, gerade heute in der Praxis voll zur Geltung. Ihre Erscheinungsformen sind die kriminalisierte Migration, der Drogentransit, die Verbreitung des politi-

schen Islamismus in den extremsten Formen, zu deren Höhepunkt eben die schreckliche Tragödie des 11. September 2001 geworden ist. Hier enthalte ich mich absichtlich der banalen und im Grunde ungerechten Schlussfolgerungen darüber, dass der Globalisierungsknüppel auf den eigenen Herren — die USA — eingeschlagen hat. Das stimmt nicht. Unachtsamkeit und Kurzsichtigkeit haben alle Länder des Nordens gezeigt, darunter auch unser Land. Man braucht sich nur genau an all jene Regimes und Personen zu erinnern, mit denen wir Freundschaft pflegten, und darüber nachzudenken, zu was sie heute evolutioniert sind. Dann wird uns sofort die Lust vergehen, die Fehler bei anderen zu suchen.

Insgesamt steht Russland — hinsichtlich seiner Parameter und seiner Einstellung zur Globalisierung — den Ländern des Nordens zweifellos viel näher oder gar auf der gleichen Stufe. Demnach sollte man daraus auch konkrete außenpolitische Zielsetzungen ableiten, die auf dieser objektiven Solidarität beruhen, in deren Rahmen aber taktische Abweichungen in den Lesarten nicht ausgeschlossen sind. (Allerdings besteht ein ziemlich schmerzhaftes Problem darin, zu erreichen, dass auch die anderen Staaten des Nordens diese Solidarität spüren und teilen.). Die einmalige Lage Russlands im Beziehungsgefüge Norden/Süden und Russland/Norden wird teilweise dadurch ergänzt, dass wir über ein gewaltiges Ressourcen- und Energiepotential verfügen, was hauptsächlich den Ländern des Südens eigen ist, verbunden mit dem humanitären, industriellen und militärstrategischen Potential und — vor allen Dingen — mit der den Ländern des Nordens wesenseigenen historischen Erfahrung.

Reichlich zehn Jahre, die seit dem Zerfall des konfrontationsorientierten bipolaren Systems der internationalen Beziehungen vergangen sind, hat Russland und zum Teil auch die weltweite außenpolitische Gemeinschaft in einem Zustand gutmütiger Relaxation gelebt, deren Leitgedanke lau-

tete: „Die schreckliche Vergangenheit der Welt ist vorbei, und die konkreten Probleme lassen sich gegebenenfalls lösen.“

Das hat sich jedoch als Irrtum erwiesen. Ein Irrtum in dem Sinne, dass die konkreten Probleme nur dann erfolgreich gemeistert werden können, wenn ein gewisser allgemeiner Algorithmus da ist — ein System, ein institutioneller Mechanismus für deren Lösung. Wie bereits erwähnt, hat uns das verschwundene Jalta-Potsdam-System die meisten seiner rechtlichen und institutionellen Mechanismen zur Disposition zurückgelassen, darunter auch die UNO.

Als die Konfrontation zu Ende war, hat niemand versucht, die in den 40-er Jahren des vorigen Jahrhunderts entstandenen Mechanismen zu reformieren. Das wäre auch zu gefährlich gewesen. Zu einem Zeitpunkt, wo der politische Überbau der Welt zusammenbrach, musste man wenigstens das institutionelle Gerüst bewahren. Aber dieses alte Gerüst kann den neuen politischen Aufbau nicht ewig tragen. Zudem sind die Parameter dieses neuen Aufbaus noch zu unklar, um objektiv die Umrisse der neuen Institute festlegen zu können.

Leider war in den 1990-er Jahren die Suche nach neuen Tools zur Weltregulierung auf den Holzweg geraten. Der sich objektiv herausbildende Polyzentrismus konnte das Bestreben einiger Machtgremien nicht übertönen, als alleiniger Kampfrichter in der Weltarena zu agieren. Die USA, die als einzige Supermacht überlebt haben, streben nun nach souveräner Vorreiterstellung, wenn nicht nach der Rolle eines Weltpolizisten, so doch nach der des tadellosen Kampfrichters. Das hat zur Folge, dass sich die Vereinigten Staaten von Amerika zur Regulierung der internationalen Beziehungen völlig unzulässiger Methoden bedienen: Machtdruck und Direktanwendung militärischer Gewalt. Das Bestreben, den weltweiten politischen Raum unter die eigene Kontrolle zu bringen, bremst die Prozes-

se zur Herausbildung eines Systems der kollektiven Weltregulierung.

Obwohl die Erfahrung einer einseitiger Regelung der internationalen Beziehungen keinen Erfolg hatte, betreiben sie die USA hartnäckig weiter, was eine Gegenreaktion auslösen kann — ebenso einseitig und antiamerikanisch im Verhalten der anderen Akteure des internationalen Systems. Vor allem aber der Akteure neuer — nichtstaatlichen — Art. Dadurch könnte das gesamte System völlig aus dem Gleichgewicht geraten.

Dies zieht den Einsatz völlig unzulässiger Methoden zur Regelung der internationalen Beziehungen nach sich wie Gewaltandrohung und Gewaltanwendung. Leider findet man ähnliche Geisteshaltungen auch bei Russlands Elite. Aber es ist erfreulich, dass diese Stimmungen in der professionellen außenpolitischen Gemeinschaft eine Randerscheinung bleiben.

Generell ist darauf hinzuweisen, dass das Bestreben eines Landes oder einer Ländergruppe, den weltweiten politischen Raum unter eigene Kontrolle zu bringen, die Herausbildung eines Systems zur kollektiven Weltregulierung abbremst, das für die moderne überaus komplizierte Welt das einzig optimale ist. Der imperative Charakter dieser Aufgabe ist eindeutig. Die Aufhebung der globalen internationalen Konfrontation hat das Weltsystem aus dem Gleichgewicht gebracht sowie mehrere Konflikte aktiviert; manche dieser Konflikte schwelten schon vorher, doch ihre Ausweitung wurde durch die Supermächte verhindert.

In der heutigen Welt wirkt sich ein Konfliktherd, selbst wenn er von den Zentren der Weltentwicklung weit entfernt ist, auf das politische, wirtschaftliche und soziale Leben jener Länder aus, die auf den ersten Blick in diesen Konflikt nicht direkt involviert sind. Ein Paradebeispiel dafür ist der ethnische Konflikt in Jugoslawien, der auf seinem Höhepunkt die Sicherheit des gesamten europäischen Kontinents und die russisch-amerikanischen Bezie-

hungen berührt sowie völlig neue Akzente in die Entwicklung der politischen Situation in Russland gesetzt hat. Die rasante Internationalisierung lokaler Konflikte ist ein sehr gefährlicher Zug der modernen internationalen Beziehungen. Eine grobe — gendarmenhafte — Einmischung von außen trägt nur zur Verschärfung vorhandener Konflikte bei.

Die einzige Alternative dazu ist die Einführung von internationalen Regelungen zur Vorbeugung und Beseitigung von Konflikten, und zwar auf der Grundlage koordinierter Aktionen der Weltgemeinschaft, auf dem verbindlichen Charakter der Völkerrechtsnormen, deren Verletzung, nicht zugelassen werden darf, egal welche Argumente dafür vorgebracht werden.

Heute gibt es keine Alternative zur UNO, man kann sich prinzipiell auch gar keine „einfallen lassen“. Die UNO selbst ist im Grunde genommen eine vervollkommnete Variante des Völkerbundes, wie er vor dem Krieg bestanden hat. Somit ist offensichtlich, dass eine universelle zwischenstaatliche Organisation noch längere Zeit das wichtigste grundsätzliche Szenario der globalen Weltregulierung bleibt. Die „Club-Diplomatie“ kann, auch wenn sie in ausgewählten Bereichen der Weltpolitik und Weltwirtschaft effizient ist, diese Rolle bisher nicht beanspruchen. Die G-7/G-8-Grands streben bei all ihrem objektiven Selbstbewusstsein kaum danach, die UNO zu ersetzen.

In dieser Situation gilt es, die grundlegende Erneuerung der UNO zur Aufgabe zu machen. Die Weltgemeinschaft muss ein neues Interesse an diesem Mechanismus finden, vermutlich auch durch eine Neuverteilung der Vollmachten der „alten“ Mächte. Dabei geht es weitgehend um die quantitative und qualitative Zusammensetzung des UN-Sicherheitsrates sowie um das Verfahren zur Entscheidungsfassung in diesem Gremium.

Ebenso wichtig ist ein anderer Aspekt — die Rolle der Vereinten Nationen bei der Koordinierung der weltweiten wirtschaftlichen Entwicklung als wichtigster Maßstab der

modernen Welt. Eine effizientere und mit mehr Macht ausgestattete UNO (vor allem auf der Ebene des Sicherheitsrates) kann die Idee der realen Kontrolle über das wirtschaftliche und finanzielle Weltsystem wieder aufgreifen. Das formell im Rahmen der „UNO-Familie“ wirkende Team der Weltbank und der IWF sind in Wirklichkeit selbständig und lediglich bestimmten Interessengruppen unterstellt, die sich einseitig zur Idee der superliberalen Wirtschaft bekennen.

Der UN-Sicherheitsrat mit möglichen neuen ständigen Mitgliedern, die zugleich die größten Volkswirtschaften der Welt vertreten — Indien, Japan und eventuell einige andere Länder als Vertreter des vereinten Pools der fortgeschrittensten Länder der Dritten Welt sowie vielleicht ein einheitlicher EU-Vertreter — könnte real das ökonomische und politische UNO-Instrumentarium abstimmen und sich für die Lösung wirklich gemeinsamer Aufgaben einsetzen.

Wenn wir über die Reform der UNO und insbesondere des UN-Sicherheitsrates sprechen, müssen wir die Folgen für Russland aufmerksam kalkulieren. Aber man sollte grundsätzlich auch Folgendes bedenken. Die Degradierung der Rolle der UNO und des Sicherheitsrates im Weltsystem bedeutet für Russland den Verlust einer überaus wichtigen institutionellen Ressource. Diesen Verlust über die Mechanismen diverser Clubs auszugleichen, will uns bisher nicht gelingen. Unsere Mitwirkung in den informellen Mechanismen der Industrienationen ist entweder unvollwertig oder gänzlich vom Willen der anderen Teilnehmer abhängig, die uns diese Clubs zugänglich gemacht haben.

In dieser Situation wäre es sinnvoller, manche der eigenen Exklusivrechte im Sicherheitsrat mit jemandem zu teilen und somit den realen Nutzeffekt dieser Rechte und Privilegien zu erhöhen, anstatt abzuwarten, bis sie samt der Rolle des Sicherheitsrates insgesamt völlig wertlos werden.

In der modernen Welt spielen auch die ökonomischen Faktoren der globalen Politik eine zunehmende Rolle. Das

Weltwirtschaftssystem soll und kann in seiner Regulierbarkeit flexibler werden. Die Kompliziertheit der Weltwirtschaft und ihr wachsendes Volumen offenbaren, dass der Dollar als die einzige weltweite Reservewährung ein unakzeptabler Luxus ist. Die Welt kann es sich nicht leisten, nur die Geisel des Zustandes der US-Wirtschaft zu sein, auch wenn das eine sehr große und im Prinzip stabile Wirtschaft ist. Mehrere Währungen sollten das Mittel zur Akkumulierung und Absicherung der weltweiten Devisenreserven sein.

Erfreulicherweise formieren sich bereits jetzt mehrere Währungszone, von denen eine — die „Euro-Zone“ — bereits zustande gekommen ist. Es bleibt die Frage, wie schnell sie sich nunmehr ausweiten und wie stark sie sein wird. Das enge Zusammenwirken Russlands mit der EU, mit dem Euro-Raum sollte man als eine Art Versicherung gegen die Allmächtigkeit, aber auch die Instabilität des Dollars sehen. Mehr noch: kraft der ziemlich engen Wirtschaftskontakte mit der EU — vor allem in der Energiebranche — besitzt Russland ernsthafte Instrumente, um auf den „Versicherer“ einzuwirken. Gegenüber dem US-Dollar und den USA fehlen uns solche Möglichkeiten.

Unverkennbar zeichnet sich auch eine weitere Währungszone ab — die Asien-Pazifik-Zone. Ob aber der Yen oder Yuan zum Zentrum dieser Zone wird, ist bisher unklar. Womöglich sollte man den Dualismus dieser Zone akzeptieren. Andererseits besitzt der Yuan-„Inhaber“ China objektiv in der Perspektive ein stärkeres Wirtschaftspotential als Japan und folglich größere Vorteile für die eigene Währung. Die Asienkrise hat offenbart, dass der Yen, der sich in den letzten zehn Jahren auf der Welle der „New Economy“ stärken konnte, keine sehr stabile Währung ist. Die einzige von der Abwertung verschont gebliebene Währungseinheit des Asien-Pazifik-Raumes ist der Yuan — dahinter steht die Macht Chinas. Das Entstehen einer Yuan-Zone oder sogar einer Yuan-Yen-Zone würde ganz bestimmt

zu neuen Umrissen der asiatischen Wirtschaftsordnung führen, die ihrerseits auch Korrekturen in die Weltwirtschaftsordnung einbringen könnte.

Die Überlegungen über die Weltwirtschaftsordnung unter dem Blickwinkel Russlands berühren natürlich auch das Problem unseres WTO-Beitritts. Zweifelsohne wäre es dumm, außerhalb des faktisch allumfassenden „Freihandels“-Netzwerkes zu bleiben („frei“ in Anführungsstrichen, weil sich wohl kein anderer Mechanismus finden lässt, der noch stärker als die WTO überreguliert wäre). Andererseits wäre es genauso dumm, nur um des Beitritts willen alles aufzuopfern.

Wir müssen genau beobachten, wie die Europäische Union ihre Interessen verteidigt, nicht bloß bei den banalen Handelskriegen (auch wenn man ihre Taktik lernen sollte), sondern auch dabei wie sie ihre langfristigen Interessen aushandelt, insbesondere die Handelspräferenzen mit den eigenen früheren Kolonien oder einfach mit den für die EU interessanten Ländern. Wir müssen zumindest all unsere Integrationsprojekte innerhalb der GUS in Erwägung ziehen und prüfen, ob sie bei unserem WTO-Beitritt grundsätzlich realisierbar sein werden. Diese Interessen müssen wir ausformulieren und verteidigen.

Wenn wir über die Globalisierung und das globale System der internationalen politischen bzw. ökonomischen Beziehungen und Institute sprechen, dürfen wir einen anderen Prozess nicht vergessen — die Regionalisierung, die Annäherung auf regionaler Ebene, die Herausbildung von Modulen des Weltwirtschaftssystems mit engeren internen Verknüpfungen. Ein besonders anschauliches Beispiel dafür liefert Europa, wo sich um den Kern der Europäischen Union eine ganze Zone von politisch-ökonomischen Verbindungen und Instituten aufbaut, die sich immer mehr auf den gesamteuropäischen und sogar eurasischen Raum ausdehnt.

Russland, das in etlichen regionalen Richtungen (zum Beispiel in der GUS) selbst verglichen mit den USA unbestrittene Vorteile aufweist, muss diese Prozesse mehr beachten. Die erfolgreiche Eingliederung und möglicherweise sogar die Anpassung der regionalen Prozesse an die eigenen Interessen führt letztendlich zur erfolgreicherer Einbindung in das System der globalen Beziehungen.

Der Zerfall der Sowjetunion hat die Republiken der früheren UdSSR vor die Wahl gestellt: mit der Formierung einer neuen internationalen politischen Region zu beginnen oder sich bereits bestehenden Regionen anzuschließen. Die zweite Möglichkeit wurde in vollem Maße von den baltischen Staaten in Anspruch genommen: Sie haben konsequent die Eingliederung in das institutionelle Netz der europäischen Beziehungen angesteuert und stehen nunmehr an der Schwelle zur EU. Das allerdings mit der Last schwerwiegender selbstgeschaffener Probleme. Das Wesen dieser Probleme ist allen gut bekannt. Für die anderen Staaten ist in absehbarer Zukunft eine solche Möglichkeit kaum denkbar. Aus objektiven Gründen (obwohl der subjektive Wunsch oft da ist) kann bisher keine einzige Region, die an die GUS angrenzt, irgendwelche UdSSR-Nachfolgestaaten zu Bedingungen absorbieren, die über eine marginale Mitwirkung hinausgehen würden. Hier wirkt sich aus, dass sich an den äußeren Grenzen der GUS Staaten befinden, deren eigene internationale und regionale Identität zu Beginn der 1990-er Jahre verschwommen war. In Verbindung mit den landesintern ablaufenden Prozessen hatte das ihr „absorbierendes“ Potential geschwächt.

Angesichts des oben Dargelegten ist jegliche glaubwürdige mittelfristige Prognose der internationalen Strukturwandlungen für diese Region unrealistisch. Zugleich bleibt längerfristig die Frage offen, inwieweit die postsowjetische international-politische Region dauerhaft sein wird. Vielleicht ist sie nur eine Übergangsform zu anderen Umrissen? Im Prinzip sehen wir, dass derartige Prozesse verlau-

fen können. So driftet zum Beispiel die Region Mittel- und Osteuropas, die als solche nach dem Zerfall der sozialistischen Staatengemeinschaft entstanden war, durch die eigene Annäherung mit den EU-Ländern nach und nach zur Selbstauflösung.

Die Entstehung einer international-politischen Region auf dem postsowjetischen Raum war demnach objektiv prädestiniert, ebenso die Existenz von zumindest minimalen institutionellen Mechanismen zu deren Organisation, die den international üblichen ähnlich sind. Dies erklärt sich seinerseits damit, dass die zu ihr gehörenden Länder bei allen Vorbehalten Länder mit einem konventionellen international-politischen Verhalten sind. Die Eliten dieser Länder waren Bestandteil der sowjetischen Elite, welche eine halbes Jahrhundert lang die Normen und Gepflogenheiten des modernen internationalen Verhaltens aktiv geprägt bzw. als bipolarer Leader das von anderen Teilnehmern der internationalen Gemeinschaft Erarbeitete „gebilligt“ hat.

Heute ist die Gemeinschaft ein fester Bestandteil des euroasiatischen politischen Systems — eine Realität, die unabhängig von jeglicher subjektiver Einstellung zu ihr existiert. Die GUS sichert die institutionell-organisatorische und in gewissem Sinne auch die normativ-rechtliche Gemeinsamkeit der Staaten des postsowjetischen Raumes. Die Gemeinschaft ist sicherlich eine „schirmartige Organisation“, die die Funktionen der elementaren Strukturierung im Raum der früheren Sowjetunion wahrnimmt. Das Gerede über die Nutzlosigkeit der GUS ist genauso einzustufen wie das Gerede über die Nutzlosigkeit der OSZE oder der UNO, d.h. als unkompetenter und somit fehlerhafter Ansatz in den internationalen Beziehungen. Auch wenn die Gemeinschaft die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllt hat, so stimmt das nur für stark überhöhte Erwartungen. Die GUS ist in keiner Weise schlechter als jede andere regionale Organisation, obwohl es bis zum Niveau einer integrativen Vereinigung noch ein weiter Weg ist.

Die strategisch optimale Entwicklungslinie der Gemeinschaft wäre die Aufrechterhaltung der „großen“ GUS im arbeitsfähigen Zustand, kombiniert mit der Entwicklung einer „vielformatigen und in ihrer Schnelligkeit differierenden Intergration“.

Wird über die „Formate“ im Rahmen der Gemeinschaft gesprochen und der Verdacht geäußert, würden sie in Bezug auf die Gesamt-GUS potentiell eine destabilisierende Rolle spielen, so wird oft das Problem der „Megaformate“ außer Acht gelassen. In der GUS (sowie in der Außenpolitik Russlands gegenüber der GUS) zeichnet sich eine Autonomisierung der asiatischen und der europäischen Flanke der Gemeinschaft bei einer festeren inneren Einheit des asiatischen Blocks ab. Dabei ist nicht etwa die Einheit in Bezug auf die „gute und problemfreie Beziehung zueinander“ gemeint, sondern die Einheit hinsichtlich einer Vielzahl von Herausforderungen und Richtungen des Zusammenwirkens, die gleichzeitig für alle Staaten dieses südlichen Megaformats prioritäre Bedeutung haben. Ein maßgeblicher Faktor, der zur Herausbildung dieser Einheit beiträgt, ist das Kaspische Meer.

Die weitere Autonomisierung der beiden genannten Richtungen weckt die Frage, inwieweit das im Rahmen einer einheitlichen international-politischen Region möglich ist. Die Dynamik der internationalen Beziehungen an der zentralasiatisch-transkaukasischen Flanke ist viel höher als an der europäischen. Dies erklärt sich, wie gesagt, mit der Wiederherstellung der geopolitischen Einheit mehrerer objektiv wechselseitig verbundener „Ebenen“ — Zentralasiens, Transkaukasiens (genauer: des Kaukasus), des Nahen und Mittleren Ostens sowie Südasiens.

Die europäische Flanke, die im Prinzip eine subjektive Chance hatte, sich mit der mittel- und osteuropäischen Region wieder zu vereinigen — im Falle einer entsprechenden hypothetischen Entwicklung sowie bei künftiger Aufrechterhaltung Mittel- und Osteuropas als eigenständige in-

ternational-politische Region — verwandelt sich derzeit eher in einen limitrophen Gürtel entlang der Grenzen der sich erweiternden EU.

Gerade dieses „Getrenntsein“ kann künftig seltsamerweise eine ernsthafte Gefahr für die Gemeinschaft darstellen. In dieser Situation wird die Suche nach einem Konsens nicht so sehr ein Problem „Russland — GUS-Staat“ sein, wie es jetzt der Fall ist, sondern viel mehr ein Problem „europäischer GUS-Staat — asiatischer GUS-Staat“.

Das normale Funktionieren einer beliebigen Region, darunter auch der GUS, verlangt Mechanismen, um den Gefahren und Herausforderungen militärisch-gewaltsamer Art begegnen zu können. Der jetzige Mechanismus dieser Art ist die kollektive Sicherheit, die nicht nur und nicht so sehr eine gemeinsame Antwort auf die Aggression von außen gegen die Mitglieder der jeweiligen Allianz vorsieht, als vielmehr die Möglichkeit, der macht-militärischen Instabilität vorzubeugen, die im Inneren der Allianz selbst entstehen kann. Ihre Quellen können zwischenstaatliche Widersprüche unter den Teilnehmern, ethnisch-nationale oder religiöse Konflikte, großangelegte Terroraktionen, Bürgerkriege, humanitäre Katastrophen etc. sein. Russland als führende Macht des postsowjetischen Raums ist der am meisten engagierte Teilnehmer des potentiellen System der kollektiven Sicherheit in der GUS und besitzt alle Möglichkeiten, um beim Aufbau dieses Systems die eigenen nationalen Interessen maximal zu berücksichtigen. Sprechen wir über die kollektive Sicherheit innerhalb der GUS, so müssen wir uns nur auf jene Staaten beschränken, die Mitglied des Vertrages über kollektive Sicherheit geblieben sind.

Die Beziehungen zu allen UdSSR-Nachfolgestaaten schließen das Problem der russischen Diaspora ein, das in unserer Außenpolitik bisher keinen angemessenen Platz gefunden hat.

Im Gegensatz zu den traditionellen Diaspora, die es in der Welt gibt, befindet sich die russische Diaspora des neuen Auslandes immer noch in der Phase ihres sich hinziehenden Heranwachsens. Dabei ist stark zu bezweifeln, ob sie auf derselben Identität beruht, wie sie für die russischsprachigen Bürger der Ex-UdSSR typisch war. In den inzwischen vergangenen 11-12 Jahren kam es zu einer natürlichen Verwischung der sowjetischen Szenarien zur Eingliederung in die lokalen Gesellschaften. Es ist eine Generation herangewachsen, die keine Möglichkeit mehr hatte, nach jenen Szenarien zu agieren, nach denen ihre Eltern mit der ethnokonfessionellen Umgebung in Kontakt traten. Zugleich führt das Fehlen einer dominierenden Generationsgruppe zum Verwässern der Diaspora. Ihre objektive Konsolidierung kann erst erfolgen, sobald der Generationswechsel abgeschlossen ist.

Für die jetzige Periode ist die Herausbildung einer Diaspora-Identität und ihrer Einstellung zu Russland charakteristisch. In dieser Situation ist eine konsequente und maximal an den Realitäten orientierte Diaspora-Politik in Russland überaus wichtig. Sonst ist deren Zerfall als selbständiger Zusammenschluss nicht ausgeschlossen.

Die GUS hat in ihrer Entwicklung das primitive Szenario „entweder Integration oder Desintegration“ bereits überwunden. Die in der Gemeinschaft ablaufenden Prozesse sind kompliziert. Die Beziehungen auf dem postsowjetischen Raum entwickeln sich zu vollwertigen internationalen Beziehungen. Dies zeugt von ihrer Verwandlung in eine internationale Region. Die GUS ist dabei ein Faktor der ursprünglichen Raumstrukturierung und hat diese Rolle noch nicht bis zum Ende gespielt.

Eine zweite überaus wichtige Priorität in der Außenpolitik Russlands ist aus meiner Sicht die europäische Richtung.

Die internationalen Beziehungen in Europa sind für die Entwicklung der Gesamtsituation in der Welt nach wie vor

maßgeblich. Das Gerede über die Europa-Krise und über dessen Alterung sind vermutlich nichts anderes als Hirngespinnste übersättigter europäischer Intellektueller sowie der sie beneidenden Intellektuellen Russlands. Westeuropa ist in den 1990-er Jahren praktisch in die abschließende Phase seiner Herausbildung zum neuen Akteur des internationalen Geschehens getreten — einer integrativen Vereinigung, die sämtliche Aspekte des Wirkens von traditionellen Staaten umfasst. Und dies ist eine reale „System“-Leistung, deren Rolle erst nach einer gewissen Zeit deutlich zur Geltung kommen wird.

Das europäische Teilsystem der internationalen Beziehungen ist zudem das insgesamt am stärksten institutionalisierte Teilsystem der heutigen internationalen Beziehungen. Im Prinzip kann man diese in Europa als eine Relation von drei Richtungen oder Tracks betrachten: der gesamteuropäischen — vertreten durch die OSZE, der westeuropäischen — vertreten durch die EU (und teilweise durch den Europarat), sowie der euroatlantischen — verkörpert durch die NATO. Was die „Autonomie“ der einzelnen Staaten in Europa betrifft, so nimmt sie ständig ab. Die Politik des jeweiligen Staates im europäischen Teilsystem kann man heute nach ihrer Relation zum jeweiligen Track sowie nach ihrer Übereinstimmung mit der Dynamik des dominierenden Tracks beurteilen und daraus folgern, inwieweit diese Politik der weltpolitischen Situation angemessen bzw. nicht angemessen ist. Was Russland anbetrifft, so macht es das einmalige Szenario seiner Eingliederung in das europäische Teilsystem, das in etwa an den Fall USA erinnert, möglich, die Priorität des jeweiligen Tracks für sich selbst festzulegen, anstelle sich schlechthin dessen Dynamik zu unterwerfen. Mit anderen Worten besitzt Russland in Europa eine größere Handlungsfreiheit als jeder andere Staat — es geht nur darum, wie man mit dieser Handlungsfreiheit umgeht.

Die europäische Identität Russlands lässt sich kaum bestreiten. Der Großteil der Bevölkerung unseres Landes lebt

im europäischen Teil. Der dynamischste Teil der Business-elite und der Jugendlichen Russlands orientiert sich eindeutig an Europa. Gerade darin sind wir eine völlig gleichgewichtige Macht, die über Ressourcenvorteile verfügt, die eine Gewähr für die komplette Umsetzung der Interessen Russlands sein können. Russland hat keinerlei unlösbare oder objektive Widersprüche mit irgendeinem europäischen Land. Die Spannungen in den Beziehungen zu Europa entstehen nur wegen der räumlichen Nähe und Interessenverflechtung, sie sind zudem durch den einheitlichen strategischen Sicherheitsraum bedingt. Die historisch gewachsenen Verbindungen zu den Ländern Europas funktionieren heute am besten — sowohl auf bilateraler als auch auf multilateraler Ebene. Keinerlei Einwände, auch nicht die Ausschlichtung des „Kaliningrader Arguments“, können der Objektivität dieser Behauptung Abbruch tun.

Die Asien-Pazifik-Region hat nach ihrem heutigen Stellenwert im internationalen Geschehen die Euroatlantische Region eingeholt. Die überaus dynamische Entwicklung dieser Region bietet ihr eine Chance, der weltweite Vorreiter zu werden. Leider sind die Positionen der früheren UdSSR und Russlands in dieser Regionen schon immer ambivalent gewesen. Und dies obwohl die Asien-Pazifik-Region für unser Land unbestritten von Interesse ist, weil die rein geographische Präsenz Russlands in dieser Region überaus bedeutsam ist. Doch die uns hier gebotenen Möglichkeiten zur Umsetzung unserer Interessen bleiben äußerst unzureichend. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die politische Karte dieser Region weitgehend in Washington gezeichnet. Damit waren die Orientierung der APR-Staaten eben an den USA sowie die marginale Rolle Russlands dort prädestiniert. Unter diesen Verhältnissen sind die Rückkehr Russlands zum aktiven Zusammenwirken mit China und Japan, die Normalisierung der Beziehungen zu Südkorea, die Eingliederung in die institutionellen Mechanismen des Asien-Pazifik-Raums nur

begrüßenswert. Andererseits lässt der Einbruch des wirtschaftlichen Potentials im Fernen Ostens Russlands die Frage aufkommen, ob dieses Engagement überhaupt sinnvoll ist. Wozu all diese Kontakte und die Normalisierung der Beziehungen, wenn die eigene Region im tiefen Elend steckt und abseits von landesweiten sozialwirtschaftlichen Trends ihr abgeschottetes Dasein führt? Vor dem Hintergrund des sich dynamisch entwickelnden Chinas ruft das nicht bloß Bedauern, sondern auch bestimmte Bedenken hervor.

An unserer APR-Politik ist die Haltung der Staatsbeamten in solcher Frage, wie es der Abschluss eines Friedensvertrags mit Japan ist, bei mir stets auf Befremden und Ablehnung gestoßen. Der Friedensvertrag kann für die russische Diplomatie kein Selbstzweck sein, obwohl das öfters ausgerechnet so dargestellt wird. Das Propaganda-Klischee, demzufolge das Fehlen eines solchen Vertrags beinahe einem Kriegszustand gleichzustellen sei, ist vom völkerrechtlichen Standpunkt aus gesehen völlig haltlos. Deshalb ist es sinnvoll, von der Notwendigkeit auszugehen, einen Vertrag „über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit“ zu unterzeichnen, dessen realen Inhalt gerade die Zusammenarbeit ausmachen sollte. Beim Abschluss des Vertrags können und müssen etliche Fragen ausgeklammert werden, darunter auch die Territorialfrage. Unsererseits sollte es keine Hektik bei der Vertragsvorbereitung geben, und man sollte auf keinen Fall bestrebt sein, eine möglichst weite Sphäre mit dem Vertrag abzudecken. Irgendeine Erörterung über territoriale Zugeständnisse — sei es im Zusammenhang mit der Vorbereitung diesen Vertrags oder nachfolgender Verträge — ist völlig unangebracht und könnte ähnliche Forderungen seitens anderer Staaten zur Folge haben. Bei der Motivierung des außenpolitischen Vorgehens sollte man sich eindeutig vom Grundsatz leiten lassen, dass Russland keine Territorialprobleme hat. Das Vorhandensein eines Territorialproblems in den Köpfen

mancher japanischer Politiker sollte uns nicht übermäßig beunruhigen.

Der Nahe und Mittlere Osten — das ist eine der widersprüchlichsten Regionen für Russlands Außenpolitik. Ungeachtet zielstrebigem Versuche, in diese Region einzudringen und sich dort zu behaupten, können sich weder die frühere Sowjetunion noch das heutige Russland nach ihrem Gewicht dort mit den USA oder mit den EU-Ländern (in ihrer Gesamtheit) messen. Gegenwärtig schreitet die Wiederherstellung der geopolitischen Einheit solcher Regionen wie des Nahen und Mittleren Ostens, Transkaukasiens und Mittelasiens schnell voran. Mit dem Zerfall des konfrontationsorientierten Modells der internationalen Beziehungen sind die Barrieren verschwunden, die die südlichen Sowjetrepubliken und die Länder des Mittelmeerraumes voneinander getrennt haben.

Die Türkei und der Iran sind vollberechtigte Akteure in der mittelasiatischen und transkaukasischen Konstellation geworden. Besonders deutlich wird das angesichts der Situation um die kaspischen Energieressourcen. Das Pipeline-Netz, das potentiell den Raum von den südlichen Grenzen Russlands bis zu den Häfen am Mittelmeer und am Persischen Golf, von Kasachstan bis Noworossijsk überdecken soll, wird ein noch engeres Zusammenwirken herbeiführen. In dieses Netzwerk werden äußerst widersprüchliche Interessen von Drittländern — Westeuropas und der USA — eingeflochten.

Die Wiederherstellung der geopolitischen Einheit beschränkt sich keineswegs auf das Zusammenwirken im Bereich der Energieträger. Heute verzeichnet man einen starken, oft sogar dominierenden politisch-ideologischen Einfluss der Staaten des Nahen und Mittleren Ostens auf die Republiken Mittelasiens und Transkaukasiens, mehr noch — auf den zu Russland gehörenden Nordkaukasus, auf die moslemischen Republiken im europäischen Teil Russlands und sogar auf die Ukraine (über die Krim-Tata-

ren-Problematik). Somit „nähert“ sich die Region des Nahen und Mittleren Ostens Russland und spielt auf einmal im postsowjetischen Raum eine völlig neue Rolle. Besonders aktiv und gefährlich offenbart sich diese Nähe in der Ausbreitung des islamischen Extremismus. Dieser Faktor ist eines der größten Hindernisse auf dem Wege zur fruchtbaren Kooperation mit den Ländern dieser Region.

Russland ist ein außenpolitisches Objekt der Länder dieser Region geworden. Das ist ein völlig neuer Zustand für uns, den es zuerst zu erkennen und dann zielgerichtet zu eliminieren gilt.

Zugleich ist heutzutage eine Situation entstanden, wo Russland in dieser Region praktisch keine verbündeten Länder hat, die als effizienter Kanal zur Durchsetzung von Russlands Interessen dienen könnten. Das grundsätzliche Problem der russischen Außenpolitik im Nahen und Mittleren Osten besteht darin, dass wir gegenüber den reichsten Ländern dieser Region als strategische Konkurrenz am Energieträgermarkt auftreten. Der Besitz von identischen Ressourcen stellt Russland vor die Aufgabe, sein außenwirtschaftliches Vorgehen wenigstens minimal mit den OPEC-Ländern abzustimmen — und in erster Linie mit den Golfländern, die im Golfrat (GCC), dem gemeinsamen Rat arabischer Staaten am Persischen Golf, vereint sind. Der einflussreichste Teilnehmer des Golfrats ist Saudi-Arabien. Dabei ist die produktive Kooperation mit Saudi-Arabien jedoch kaum möglich, solange dieses Land den Status des größten Sponsors des politischen Islam, darunter auch dessen extremistischen Formen genießt.

Die zunehmende Aufmerksamkeit der Weltgemeinschaft genießt die Region Südasiens. In dieser Region konzentrieren sich mindestens drei Problemkreise, deren Entwicklung einen Einfluss auf die gesamte Weltgemeinschaft ausüben kann. Das erste und offensichtliche Problem ist die Situation in Afghanistan. Der gewaltsame Sturz des Taliban-Regimes hat tatsächlich Aussichten für die Wiedergeburt

dieses Landes eröffnet. Rückfälle in die Instabilität sind aber durchaus möglich. Ihre negativen Auswirkungen können u.a. bis zum Territorium der GUS spürbar werden. Sowohl das Rabbani-Afghanistan als auch das Taliban-Afghanistan sicherten das eigene wirtschaftliche Überleben durch Drogenproduktion und Drogentransit. Wo ist die Gewähr dafür, dass dieser Zustand ein Ende nimmt? Die Karsai-Regierung hat bisher keine Alternativen (abgesehen von der massiven humanitären Hilfe der UNO), um das elementare Überleben der Bevölkerung zu ermöglichen. Die massenhafte Produktion von Drogen ist ein direkter Weg, der zum „failed state“ führt, d.h. zu etwas, was dem kriminellen Taliban-Regime ähnelt und auf seinem Territorium verschiedenstem Abschaum Zuflucht bieten wird.

Diese düsteren Aussichten lassen sich nur durch reale langfristige Maßnahmen zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Afghanistans vermeiden. Hierbei kann unser Land eine ernsthafte Rolle spielen, verfügt es doch über eine reale Erfahrung im Zusammenwirken mit diesem Staat und außerdem über eine gewaltige afghanische Diaspora. Aber noch wichtiger ist unser direktes Interesse daran, die Stabilität an unseren Südgrenzen zu sichern. Russland kann kraft seiner einzigartigen Lage — als Mitglied des UN-Sicherheitsrats, als bedeutendster Partner der mittelasiatischen Republiken — seine eigene wirtschaftliche und politische Rolle beim Aufbau des neuen Afghanistan ausbauen.

Es liegt auf der Hand, dass Moskaus Motivation dabei nicht allein die altruistischen Überlegungen und nicht die guten Beziehungen zu seinem Nachbarn sind. Die Interessen bestehen darin, die von Afghanistan ausgehenden Herausforderungen für die Sicherheit Russlands und der GUS zu lokalisieren und vor Ort zu beseitigen: solche wie Drogenverkehr, politischer Extremismus, illegale und kriminalisierte Immigration. Das Instrumentarium kann unterschiedlich und sogar unikal sein. Insbesondere die aktive Mitwir-

kung Russlands an den Energietransportrouten über das Territorium Afghanistans weiter nach Südasiens, was Investitionen in die Region holen und nicht nur dieses Land stabilisieren, sondern auch über die Stärkung der gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit das Konfliktpotential in der Region insgesamt abbauen würde.

Das zweite schwerwiegende Problem ist die religiöse Radikalisierung in solchen Ländern Südasiens wie Pakistan und Indien. Dabei ist es so, dass zwar über die islamische Radikalisierung in Pakistan viel geredet und jene Gefahren, die dieser Prozess mit sich bringt, im Prinzip richtig eingeschätzt werden, aber die hinduistische Radikalisierung in Indien dabei meist vergessen wird, obwohl dieser Prozess immer stärker zur Geltung kommt. Für die Weltgemeinschaft, die gewohnt ist, Indien durch das Prisma der friedliebenden und gewaltfreien Gandhi-Neru-Ideologie wahrzunehmen, lässt sich diese Tatsache bisher schlecht erkennen. In Wirklichkeit aber können wir über kurz oder lang damit konfrontiert sein, dass ein Großteil der indischen Elite von den Grundsätzen der Gründungsväter des modernen Indien sehr weit entfernt sein wird. Wie hoch ist die Wahrscheinlichkeit, dass diese Tendenz überwunden wird, welche potentiellen Auswirkungen könnte das auf die internationalen Beziehungen haben? All diese Fragen bleiben bisher unbeantwortet.

Und schließlich das dritte ernste Problem, über das zum Glück viel geredet und viel nachgedacht wird, dessen Lösung jedoch unglücklicherweise noch in weiter Ferne liegt — das Problem der Kernwaffen in den Händen von Islamabad und Deli. Hier kann man Russlands Außenpolitik berechtigte Vorwürfe machen, die wohl in einem noch geringeren Maße als der andere führende Teilnehmer des Nuklearclubs — die USA — die Antworten zu liefern bereit ist. Weitgehend ist es das gesetzmäßige Ergebnis dessen, dass wir es in den 1990-er Jahren trotz aller Bemühungen nicht vermocht haben, die Trägheit des „zentralen

Kernwaffengleichgewichts“ zu überwinden. Wir rechnen immer noch nach, wieviel und welche Raketen bzw. Kernsprengköpfe Washington besitzt. Dabei ist das Mosaik des nuklearen Weltbildes von uns völlig ungenügend erfasst.

Manche werden staunen: Wo bleiben die Beziehungen zu den USA, warum werden sie erst ganz am Ende des Buches behandelt? Dafür gibt es mehrere Gründe. Die USA als ein Macht, die in einer maximal großen Anzahl von Segmenten der internationalen Beziehungen präsent ist, wird praktisch in jedem Absatz erwähnt. Quasi als „allgegenwärtiger“ Uncle Sam. Andererseits habe ich bewusst die Behandlung der regionalen und länderbezogenen Aspekte nicht mit den USA begonnen. Schon deshalb nicht, weil die Rolle der eigentlichen bilateralen Beziehungen zu den USA — gegenüber den Beziehungen zu Europa oder zur GUS, wo die Beziehungen wirklich vollwertig sind und mehrere Aspekte umfassen — meines Erachtens etwas übertrieben ist. Mehr noch, in der Tradition der sowjetisch-russischen Außenpolitik findet man die Tatsache bestätigt, dass uns, sobald wir damit beginnen, die Beziehungen zu den USA sprunghaft zu aktivieren, die Ressource der politischen Aufmerksamkeit für andere Richtungen nicht ausreicht. In der Freundschaftseuphorie mit Washington vergessen wir die anderen Partner und Kontrahenten.

Bei uns ist zudem die im starken Maße unzulängliche und vor allen Dingen den Realitäten nicht angemessene Logik lebendig, die auf der These beruht: „Wir sind eine Supermacht, demnach ist der einzige Partner, der unserer würdig ist, die andere Supermacht — die USA.“ Wir haben jedoch bereits darauf hingewiesen, dass es falsch ist, den Begriff „Supermacht“ auf das heutige Russland anzuwenden, so dass die erwähnte Formel schon deshalb nicht stimmen kann. Der einzige „Supermacht“-Aspekt, der in unseren Beziehungen zu den USA geblieben ist, ist das Problem der strategischen Rüstungen. Der Entwicklungsgrad anderer Elemente in unseren Beziehungen, etwa der

wirtschaftlichen, reicht für diese Einstufung leider nicht, was ganz offensichtlich ist.

Kommen wir jedoch auf die USA zurück. Das ist ein einzigartiges Land, schon allein weil dessen Wirtschaft ein zentrales Element der Weltwirtschaft ist, wobei der amerikanische Anteil 15–20% ausmacht. Dies ist zugleich ein Vor- und ein Nachteil, weil der Grad der Abhängigkeit der USA von der Außenwelt ebenso hoch ist. Die Versuche, diese Abhängigkeit einseitig zu machen, führen ja gerade zum Aufkommen von „Polizisten“-Tendenzen in der Washingtoner Politik.

Die heutigen USA sind auch in einer anderen Hinsicht einzigartig — sie sind praktisch das einzige große Land, die zur Zeit einen grundlegenden Wandel seiner inneren Identität erlebt. Der rapide Anstieg des Anteils der afro-amerikanischen und lateinamerikanischen Bevölkerung in Verbindung mit der zunehmenden Beliebtheit des Islam vor dem Hintergrund einer überzogenen Political Correctnes verändern den eigentlichen Charakter der amerikanischen Gesellschaft. Wie lange diese Wandlungen ohne akute — genauer gesagt offene — Sozialkonflikte ablaufen werden, ist ungewiss.

Zugleich ist es offensichtlich, dass sich die Veränderungen der inneren Identität ernsthaft auf den außenpolitischen Kurs der USA auswirken werden. Die grundsätzliche Umverteilung des Einflusses in den oberen Etagen der amerikanischen Elite zugunsten der neuen sozialen Schichten und Gruppen lief im Laufe aller 1990-er Jahre ab, unter der Bush-Regierung geht dieser Prozess weiter. Im wesentlichen Maße führt gerade die Instabilität (verglichen mit den 1950-er bis 1980-er Jahren) in der Oberschicht der amerikanischen Elite zur inkonsequenten amerikanischen Außenpolitik.

Hierbei trifft vermutlich den Präsidenten George Bush selber keine ernsthafte Schuld. Er bemüht sich einfach, im stürmischen Wasserwirbel unterschiedlich gerichteter Strö-

mungen weiterzuschwimmen. Es gibt keine ernsthaften Garantien dafür, dass sich sein Nachfolger, selbst wenn Bush zwei Amtszeiten regieren sollte, in einer günstigeren Situation befinden wird.

Die dritte unikale Eigenschaft des heutigen Amerika besteht darin, dass trotz all der inneren tiefgründigen Ungewissheit und Instabilität die USA nicht bloß die Rolle des Weltpolizisten, sondern auch die des Weltpastors und -predigers übernehmen und die Welt lehren, wie sie leben soll. In der Rolle der Schüler müssen nach Ansicht Washingtons nicht nur und nicht so sehr die Schurkenstaaten (für diese hat man eigene Methoden), als vielmehr Europa, Russland und andere auftreten, die nicht zu den rückständigsten Teilen der Weltgemeinschaft gehören. Die USA ähneln immer mehr der Sowjetunion in der Stagnationszeit, welche trotz überaus ernsthafter — und, wie sich erwies, tödlicher — interner Probleme die Umgebung weiter belehrte, wie sie zu leben hat. In jenen Jahren hatte Präsident Reagan an die UdSSR appelliert, ein „normales Land“ zu werden. Heute könnte man diesen Appell an die USA richten: werdet ein „normales Land“.

Soll aber all das oben Gesagte heißen, dass wir Anti-amerikanisten werden oder gegen den Ausbau der russisch-amerikanischen Beziehungen auftreten sollen? Keineswegs. Mehr noch: egal, wie die USA in absehbarer Zukunft aussehen werden, bleibt Washington Kontrahent Russlands bei allen weltweiten Initiativen im Bereich der strategischen Rüstungen, der Nichtweitergabe von Massenvernichtungswaffen, der globalen Sicherheit, der internationalen Finanzen, des Umweltschutzes etc.

Wir müssen einfach nur die primitive Herangehensweise ablegen — solange wir Freundschaft mit den USA pflegen, übersehen wir deren dunkle Seiten; sobald aber in unseren Beziehungen Probleme auftauchen, sehen wir nur diese dunkle Seiten. Nicht nur die USA selber müssen ein normales Land werden, sondern auch unsere Ein-

stellung zu Amerika muss ruhiger, rationeller und normaler werden.

Nur über ständiges Zusammenwirken mit Washington werden wir die Außenpolitik der USA korrigieren und verändern können, indem wir sie „erziehen“, wie unangenehm das oft auch sein mag. Damit unsere bilateralen Beziehungen stabiler werden, muss man sie mannigfaltiger gestalten, man muss die Fixiertheit auf die militärstrategischen Themen überwinden, die nach wie vor in der Tagesordnung der Beziehungen zwischen Moskau und Washington vorherrschen.

SCHLUSSWORT

Nicht ich war es, der den Schlusspunkt — genauer: die Gedankenpunkte — in diesem Buch gesetzt hat. In den tragischen Oktobertagen 2002 in Moskau, als die Terrorfinsternis über uns ganz dicht geworden war, haben wir alle vieles überstanden, vieles durchdacht und umgedacht.

Über ein Jahr ist seit den Geschehnissen des 11. September 2001 in den USA verstrichen, die oftmals als Countdown für das neue Jahrhundert und das neue Jahrtausend, als deren realer und nicht kalendarischer Beginn genannt werden. In diesen Monaten ist die Welt weder berechenbarer noch sicherer geworden. Die Menschheit steht kurz vor einem neuen Krieg im Irak, der zum berüchtigten Zusammenstoß der Zivilisationen, zum Wetterleuchten des Dritten Weltkrieges werden kann. Die jüngsten tragischen Terroranschläge in Moskau, Indonesien und Israel haben das Empfinden einer Wende in der Geschichte nur verstärkt und deutlich gemacht, wie nah die Welt an den Rand des Abgrundes getreten ist, mit welchem Übel sowie mit welcher Kraft des Chaos und der Zerstörung wir heute konfrontiert worden sind.

In diesem Buch sah ich mein Anliegen darin, Halt zu machen, um zu beurteilen, wo die Welt heute steht, wohin wir gehen, welche Gefahren uns bedrohen und welche Möglichkeiten die Menschheit hat. Für mich ist es grund-

sätzlich wichtig, dass diese Überlegungen einen offenen Charakter haben, sie können und müssen weiter entwickelt, kritisiert und ergänzt werden. Und ich hoffe, dadurch letztendlich zu einem gemeinsamen Nenner, zum gemeinsamen Verständnis unserer Aufgaben zu gelangen.

Nach den schwarzen Oktobertagen in Moskau habe ich vieles ergänzt und vieles umgeschrieben. Manche Ideen und Gedanken, die ich im Buch dargelegt habe, sind das Ergebnis der Überlegungen gerade in jenen qualvollen Stunden und Tagen. Das Wichtigste jedoch, was ich nach jenen schlaflosen Nächten erkannt habe, ist, dass für uns alle eine neue Zeit angebrochen ist. Die Zeit zu handeln und nicht nur zu meditieren. Mein Wunsch ist es, dass dieses Buch wenn nicht der allergrößte und nicht der allerwichtigste, aber doch ein Schritt ist, der uns der Beantwortung der heute enorm wichtigen Frage der Geschichte näher bringt.

Diese an uns alle gerichtete Frage besteht heute darin, wie lange der Countdown des begonnenen Jahrtausends noch laufen wird und ob der Menschheits Wille und Vernunft ausreichen werden, wenigstens noch ein Jahrhundert zu durchleben, um unseren Enkelkindern die Chance zu bieten, den Sonnenaufgang zu erleben.

Wir sind bei einer solchen Phase in der Zivilisationsentwicklung angelangt, wo die Zukunft erkämpft werden muss. Aber können wir wirklich auswählen, und darin liegt beinahe die größte Hoffnung der Menschheit.

Die Menschheit muss eine grundsätzlich neue Stufe in ihrer Entwicklung erreichen, den Sinn des Seins und die neue Kultur der Welt, die Kultur des Lebens gewinnen.

Wir sind zu viele, und wir sind zu unterschiedlich. Unsere Welt ist mitunter ungerecht und grausam. Unser Haus — der Planet Erde — ist jedoch sehr zerbrechlich. Zu winzig sind wir vor dem Angesicht des Schöpfers und der Ewigkeit, um die Zerstörung dessen zuzulassen, was nicht

von uns geschaffen worden ist, um unseren Ahnen das Andenken und unseren Nachfahren die Zukunft zu nehmen.

Als Motto zu diesem Buch habe ich die Worte des großen Philosophen der Welt Immanuel Kant gewählt: „Die Schöpfung ist nicht das Werk von einem Augenblicke ... sie ist die ganze Folge der Ewigkeit hindurch wirksam“.* Wir haben Zeit, um etwas zu ändern, um Lösungen zu finden; ich glaube aber nicht, dass wir sehr viel Zeit haben. Jedenfalls ist die Erschaffung des Friedens die allerwichtigste und edelste Aufgabe, das allerwichtigste und edelste Ziel für jeden von uns — für Politiker, für alle Menschen, für die ganze Menschheit.

* *I. Kant.* „Allgemeine Naturgeschichte und Theorie des Himmels“.

Inhalt

Gegenwart als neue Zeitachse der Geschichte	5
---	---

UNTERGANG DER ALTEN WELT

Kritik der Gegenwart	11
1. Die Sackgassen in der Entwicklung der modernen Welt	15
1.1. Eine Krise des Fortschrittsgedanken	15
1.2. Problem der nachhaltigen Entwicklung	23
1.3. Die Religion des wirtschaftlichen Wachstums und der „Geist des Kapitalismus“	32
1.4. Die postindustrielle Welt	39
2. Die unterbrochene Globalisierung?	48
2.1. Globalisierung und Westernisierung: vereinte Welt oder „Privatisierung der Zukunft“?	49
2.2. Geopolitik und „Geoökonomik“ der Neuen Welt	57
2.3. „Nach dem Staat“: die Krise des klassischen Staatsmodells und das System der eingeschränkten Souveränität	61
2.4. Das Phänomen der gespaltenen Zivilisation und die „neue Neue Welt“	65
3. Die neuen Phänomene der Geschichte	68
3.1. Die Zukunft der Demokratie und der drohende weltweite Bürgerkrieg	69
3.2. Die Terrorismus-Problematik und die ethische Zulässigkeit des Massenterrors	80
3.3. Werte-Revanche. Die Zukunft verlangt neue Sinnhalte	85

ZU EINER NEUEN WELT: WIE IST SIE MÖGLICH?

Die Gestalt der Zukunft und die Mechanismen zur Überwindung der Krise der jetzigen Zivilisation	89
4. Die Zivilisation vor der Krise: Was lehrt uns die Geschichte.....	94
4.1. Das Syndrom der Vorkrisenentwicklung	94
4.2. Der Kult der Gewalt als grundlegendes Problem der gesellschaftlichen und politischen Organisation	102
4.3. Gesetze des Überlebens: Wie die Menschheit sich überwindet	109
5. Der Mensch der Neuen Welt	118
5.1. Kommt ein Homo post-sapiens?	119
5.2. Progress der moralischen Aufgaben	128

DER WEG RUSSLANDS

Standort und Rolle Russlands in der sich ändernden Welt und neue Aufgaben des Staatsaufbaus	139
6. Russland und Postmoderne: wieder das Problem der Modernisierung	145
6.1. „Was ist Russland“ – die wichtigste Frage an unsere Zukunft.....	145
6.2. Die Sackgasse der Nachholentwicklung und das Problem der Entwicklungsabhängigkeit	149
6.3. Wahl der Strategie: „Bürgerstaat“ oder „modernisierter Durchbruch“?	156
7. Neue Herausforderungen und Aufgaben des Staatsaufbaus für Russland	164
7.1. Unerschlossenes Russland – Hauptgefahr für die nationale Sicherheit	164
7.2. Hat der Staat eine Zukunft?	170
7.3. Die Souveränität in der Neuen Welt	177
7.4. Auf der Suche nach dem Subjekt der Entwicklung	181
8. Die Strategie Russlands in der Neuen Welt	190
8.1. Ressourcen Russlands in der sich ändernden globalen Welt	192
8.2. Die außenpolitische Ideologie und die möglichen Orientierungen der Außenpolitik Russlands	206
Schlusswort	234

Redaktion des deutschen Textes: M. Tolstowa
Computer-Satz: I. Slepzowa
Korrektor: S. Lukawtschenko

Verlag OLMA-PRESS
129075, Moskau, Boul. Swjosdnyj, 23

Sigloch Edition
Oberamteestrasse 20,
74653Kuenzelsau, Deutschland

Druck: AO „Moskowskije utschebniki i Kartolitografija“.
125252, Moskau, ul. Sorge, 15

Neuanfang der Geschichte



**Die Menschheit im 21. Jahrhundert
und
Russlands Zukunft**